

“DDR-Wirtschaftspolitik und der Mauerfall – Die Regierung Modrow im Zeichen des
Systemerhalts”

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung

der Doktorwürde

der Philosophischen Fakultät

der

Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität

zu Bonn

vorgelegt von

Marcus Overmann

aus

Gelsenkirchen

Bonn 2001

Gedruckt mit Genehmigung der Philosophischen
Fakultät der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität
Bonn

1. Berichterstatter: Professor Dr. Hans-Helmut Knütter
2. Berichterstatter: Professor Dr. Heinrich Fisch

Tag der mündlichen Prüfung: 27.Juni 2001

Gliederung:

	Seite
I Einleitung	- 1 -
II Das Scheitern der DDR – Eine Analyse äußerer und innerer Ursachen	- 11 -
1. Gorbatschows Reformpolitik- Moskaus neue Blockpolitik	- 11 -
1.1. Perestroika und Glasnost	- 13 -
1.2. Hintergründe und Anforderungen des „Neuen Kurses“ und seine ideologische Rechtfertigung	- 15 -
1.3. DDR und UdSSR - Die sozialistischen Bruderstaaten in Zwietracht	- 19 -
1.4. Ablehnung des sowjetischen Reformkurses im Politbüro der SED	- 22 -
1.5. Reaktionen der SED, der Parteibasis und des Volkes auf die sowjetische Reformpolitik	- 27 -
2. Oppositions- und Bürgerbewegung in der DDR	- 30 -
2.1. Erscheinungsformen von Opposition	- 33 -
2.2. Innerparteiliche Opposition im SED-Staat	- 34 -
2.3. Die Blockparteien - möglicher Ort für Opposition?	- 39 -
2.4. Kein rechtlicher Raum für politische Opposition	- 40 -
2.5. Die Formierung der politischen Opposition in den 80er Jahren	- 42 -
2.6. Die Rolle der Evangelischen Kirche	- 51 -
2.7. Die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989	- 53 -
2.8. Zuspitzung der Lage zum Herbst '89 - Massenflucht aus der DDR	- 55 -
2.8.1. Staatliches Bekämpfen „konterrevolutionärer Umtriebe“	- 58 -
2.9. Exkurs: Der Herbst 1989 - Eine Revolution?	- 60 -
2.10. Die Erfolge der Bürger- und Oppositions- und Bürgerbewegung	- 65 -
3. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR	- 68 -
3.1. Einführende Überlegungen	- 68 -

3.2.	Funktionsschwächen der zentralen Planwirtschaft	- 71 -
3.3.	Wirtschaftliche Schwächen in den 60er und 70er Jahren	- 78 -
3.4.	Subventionsapparat DDR	- 81 -
3.5.	Kostenfaktor innere und äußere Sicherheit	- 82 -
3.6.	Kürzungen sowjetischer Erdöllieferungen – Auswirkungen für Wirtschaft und Umwelt der DDR	- 83 -
3.7.	Die amtliche Statistik der DDR	- 84 -
3.8.	Das Schürer – Gutachten	- 86 -
3.9.	Erich Honecker, Wirtschaftspolitik nach Maßgabe	- 87 -
3.10.	Das ökonomische Desaster - als selbst erwählter Niedergang?	- 90 -
3.11.	Der Zusammenbruch der DDR – Resümee und abschließende Beurteilung	- 94 -
III	Exkurs: Die politische Ökonomie des Sozialismus	- 103 -
IV	Neuordnung und Reformen – Die letzte sozialistische Regierung der DDR	- 107 -
1.	Die Regierung Modrow	- 110 -
1.1.	Die Person Hans Modrow	- 111 -
1.2.	Modrow übernimmt Regierungsverantwortung	- 116 -
1.3.	Ministerpräsident Modrow – eine politische Strategie der SED zur Machterhaltung?	- 119 -
1.4.	Modrows politische Strategien für die DDR - Die erste Regierungserklärung	- 123 -
1.5.	Wege wirtschaftlicher Neukonzeptionen	- 127 -
2.	Soziale Marktwirtschaft vs. Sozialistische Planwirtschaft	- 133 -
3.	Die Reformdiskussion zur DDR-Wirtschaft	- 135 -
4.	Der „Dritte Weg“ - Die DDR zwischen Plan- und Marktwirtschaft	- 139 -
5.	Das offene Bekenntnis zur Marktwirtschaft – Wirtschaftspolitische Reformmaßnahmen	- 142 -
6.	Das geteilte Deutschland - Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation	- 144 -
7.	Der Zehn-Punkte-Plan	- 146 -

8.	Wirtschaftspolitische Aussagen seitens der Bundesrepublik Deutschland	- 149 -
9.	Die „deutschlandpolitische Wende“	- 152 -
V	Von Seilschaften, dubiosen Geschäften und alten Kadern	- 155 -
1.	„Neue-Alte“ Seilschaften in der DDR	- 155 -
2.	Die Treuhandanstalt	- 158 -
2.	Die Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften	- 160 -
4.	Das Parteivermögen der SED/PDS	- 162 -
5.	Dubiose Darlehen, Kredite und Transaktionen	- 169 -
6.	Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen der Modrow-Regierung	- 173 -
7.	Das Amt für Nationale Sicherheit – Instrument staatlicher Interessenvertretung mit neuem Namen?	- 177 -
7.1.	Aktenvernichtungen mit und ohne Zustimmung des Runden Tisches	- 179 -
8.	Das „Modrow-Gesetz“ über den Verkauf volkseigener Gebäude und Grundstücke – Ein Dankeschön an alte Genossen?	- 183 -
8.1.	Rechtliche Voraussetzungen	- 184 -
8.2.	Nutznießer des Modrow-Gesetzes	- 187 -
8.3.	Eigentumsfrage von Grundstücken und Gebäuden bis heute Streitthema	-190 -
9.	Der Bereich Kommerzielle-Koordinierung	- 194 -
10.	Privatisierung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften – Untreue, Betrug und alte Kader	- 197 -
IV	Schlußbetrachtung	- 204 -
Interviews:		
1.	Alexander Rahr „Der größte Auslöser für den Untergang der DDR waren die Reformen Gorbatschows“	- 212 -

2. Ehrhart Neubert	„Wenn es keine Opposition in der DDR gegeben hätte,dann hätte der politische Wille der Mehrheit keine Artikulation gehabt.“	- 222 -
3. Gerhard Schürer	„Wir waren latent auf dem Weg in den Bankrott in den letzten Jahren, aber wir waren nie pleite.“	- 240 -
4. Christa Luft	„Ich habe immer bestritten, daß die DDR kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand.“	- 268 -
5. Edelgard Jeske	„Seilschaften - ...wirtschaftliche Macht ist Basis der politischen Macht.“	- 280 -
Literaturverzeichnis		- 288 -
Abkürzungsverzeichnis		- 319 -
Biographie Hans Modrow		- 321 -
DDR Zeitchronik 1988 - Dezember 1990		- 325 -
Dokumente		

I. Einleitung

1989 war ein außerordentliches Jahr, das in der deutschen Geschichte einen besonderen Stellenwert eingenommen hat. Das Jahr, in dem die Macht der SED zerbrach, die sich über 40 Jahre lang das alleinige Recht zur Herrschaft über die Bürger der DDR angemahnt hatte; ein Jahr, in dem die Weichen der europapolitischen Nachkriegsgeschichte grundlegend neu gestellt wurden. Diese außerordentliche Zäsur führte dazu, daß manch Wissenschaftler bereits das Ende der Geschichte als gekommen sah.¹ Zweifelsohne brachten die politischen Ereignisse des Jahres 1989 die weltpolitische Geschichte an eine ungeahnte Wendemarke. Der Zerfall Osteuropas ließ in kürzester Zeit Regierungen und Systeme einstürzen, in dessen Verlauf auch das Ende der SED-Herrschaft und der Fall der Mauer eingebettet ist. Auslöser für diese Lage war die sich verschärfende ökonomische, ideologische und politische Krise der Sowjetunion, die letztlich bis in die DDR hinein strahlte. Doch es war nicht allein der Sog des „großen Bruders“, der die DDR mitriß, nein, es waren hausgemachte, ungelöste Spannungen und Konflikte innerhalb der DDR, die das Ende des zweiten deutschen Staates besiegelten. Die SED-Führung schaffte es nicht, den Spagat zwischen ökonomischen Zwängen und ideologischer Gefolgschaft länger aufrecht zu erhalten, den sie so lange mit allen Mitteln zu erzwingen versuchte.

1989 veränderte die deutsche Geschichte, was zu diesem Zeitpunkt geschah wurde noch kurze Zeit zuvor kaum für möglich gehalten. Eher glaubte man den Worten Erich Honeckers, daß die Mauer noch in 100 Jahren stehen würde, als daß das so greifbar nahe Ende des SED-Staates gesehen wurde. Doch trotz der rasanten politischen Entwicklungen innerhalb der DDR gab es eindeutige Anzeichen, die auf die Krise hindeuteten, in der sich die DDR befand. Der Mehrheit blieb es jedoch

¹ Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama erklärte das Ende der Geschichte für gekommen, schließlich fehle es an fortschreitenden Entwicklungsideen. Es fehlen nach dem Zerfall des Sozialismus Alternativen zu Demokratie, Marktwirtschaft und Rechtsstaat. Über alles habe sich die Freiheit als zentrale Idee des Politischen durchgesetzt, mit dem Ergebnis, daß die

zunächst verborgen, zu sicher und unerschütterlich schien das totalitäre Herrschaftssystem zu sein, das sich äußerlich durch hohe Mauern vor dem „Klassenfeind“ abschirmte und seine innere Sicherheit mit einem enormen Staats- und Überwachungsapparat gewährleistete.

Abgesehen von einigen Funktionären, wie z.B. dem Vorsitzenden der Plankommission Gerhard Schürer, sowie den Wirtschaftsfunktionären Günter Mittag und Alexander Schalck-Golodkowski, die, wie sich später herausstellte, bereits länger schon Kenntnis über die Schwierigkeiten der DDR-Volkswirtschaft hatten, schienen viele der an der „Wende“ Beteiligten völlig überrascht über den plötzlichen Exodus der DDR gewesen zu sein. Der selbe Zustand bestand auch auf westdeutscher Seite; hier gelang es einer seriösen DDR-Forschung nicht, die innere Befindlichkeit des SED-Staates richtig einzuschätzen und zu analysieren. Die aus heutiger Sicht doch eindeutigen Zeichen innenpolitischer und wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurden schlicht nicht wahrgenommen. Besonders bedeutend aber ist die Tatsache, daß trotz Wahrnehmung und Kenntnisnahme miserabler Wirtschaftsdaten selbst im Kreise des Politbüros kaum jemand die jahrelange Gratwanderung nah am Abgrund wahrgenommen haben will. Negative Wirtschaftsdaten wurden verleugnet und nach außen erfolgreich als Positivum dargestellt, womit das größte „Täuschungsmanöver aller Zeiten“ gelingen konnte, wie Rainer Eppelmann, Vorsitzender der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestags, der SED bescheinigt.² Die Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Leistungskraft der DDR aus westlicher Sicht ist seiner Einschätzung nach auf Propagandalügen und Desinformationsstrategien der SED und des MfS zurückzuführen.³

Weltgeschichte, so Fukuyama, als Entwicklungsidee beendet sei, vgl. Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992, S. 34ff.

² Eröffnungsworte des Vorsitzenden der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages, Rainer Eppelmann, MdB, zur 29. Sitzung „Bilanz der DDR-Wirtschaft-Zwischenbilanz Aufbau Ost“ vom 3. bis 5. März 1997 in Dresden.

³ Interessant ist die Antwort von Gerhard Schürer, dem ehemaligen Leiter der Staatlichen Plankommission der DDR, auf die Frage, wie es der DDR gelingen konnte, über ihre katastrophale Wirtschaftslage hinweg zu täuschen. Schürer

Das von vielen für unmöglich Gehaltene nahm seinen Lauf, über Gründe, Ursachen und Auslöser jedoch, die zum Fall der Mauer führten, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Heute, mehr als 11 Jahre nach dem Fall der Mauer, hat der Forschungsstand der wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Historie längst seinen Höhepunkt erreicht. Das Interesse der Wissenschaft erstreckt sich dabei auf ganz unterschiedliche Bereiche, wie z.B. auf das volle Ausmaß der SED-Diktatur, den Aufbau und die Funktion des Herrschaftssystems und seiner Machtinstrumente, der Analyse des Alltagslebens der DDR, dem Vergleich der SED-Diktatur mit der nationalsozialistischen Diktatur, der Ideologie, der Funktionselite, die Ursachen für das Scheitern des realexistierenden Sozialismus, der deutschen Wiedervereinigung u.s.w.. Mit dem Fall der Mauer einhergehend entwickelte sich das Interesse an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung, auch das Thema DDR-Ökonomie findet sich dabei wieder. Die Beurteilung und Einschätzung der Frage, welche Ursachen nun maßgeblich waren für den Zusammenbruch der DDR fällt heute schwer, trotz der hohen Zahl an Veröffentlichungen. Innerhalb der wissenschaftlichen Betrachtung finden sich äußerst unterschiedliche Wertungen, was den Niedergang maßgeblich herbeigeführt hat. Der Forschungsstand ist im Hinblick auf die thematische Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik und deren Rolle beim Untergang der DDR unzureichend. Es besteht ein nicht unerhebliches Manko bezüglich des Stellenwertes der katastrophalen wirtschaftlichen Lage als Ursache für den Niedergang der DDR. In der Literatur fehlen Veröffentlichungen, welche die Ursachen des Niedergangs der DDR thematisch aufgreifen und in ein richtiges Verhältnis zueinander setzen.

verwies auf einen einfachen Trick, den Günter Mittag erfunden hatte. Die Bundesrepublik gewährte der DDR einen Überziehungskredit von etwa 800 Millionen DM im Jahr. Jede Mark darüber wurde von der BRD zinsfrei gestellt. So hatte Mittag die Idee, diesen Überziehungskredit nicht mehr auszunutzen, um damit den Eindruck zu erwecken, die DDR benötige gar kein Kredit über Maß. Dieses einfache Manöver hatte Erfolg! Während einer Anhörung im Rahmen der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED Diktatur“ des Deutschen Bundestages wurde Schürer unter anderem zu dem Thema Überziehungskredite angehört. Er selbst war seinerzeit überrascht darüber, daß nicht er in der Sitzung kritisiert worden war, dafür aber die anwesenden Wissenschaftler, die sich vor dem Fall der Mauer mit solch primitiven Tricks haben täuschen lassen. Vgl. das Interview im Anhang mit Gerhard Schürer, S.258.

Zur Phase der wirtschaftspolitischen Neuorientierung in der DDR steht eine ausreichende Zahl an Primär- und Sekundärliteratur zur Verfügung, die einen Überblick einzelner Positionen der Beteiligten verschafft.

Auf bestehende Mißstände und Disproportionen, die sich hinsichtlich der DDR-Forschung auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte feststellen lassen, verweist auch Hermann Weber, er hält tiefgreifendere Analysen der Ökonomie für dringend notwendig.⁴ Nachweislich bestehen differenzierte und sogar gegenteilige Gewichtungen der Ursachen, was zu einer Verzerrung der politischen und historischen Ereignisse führt. Die in ihren Ergebnissen sehr unterschiedliche Auseinandersetzung innerhalb der wissenschaftlichen Literatur nach der Ursachenfrage für den Niedergang der DDR führt gerade auch in weiten Teilen der Öffentlichkeit zu einer Optikverschiebung. Als Kenner des DDR-Wirtschaftssystems hingegen haben die Wissenschaftler Hansjörg Buck, Harry Maier und Gernot Gutmann auf sich aufmerksam gemacht. Ihnen ist es gelungen, das komplizierte Wirtschaftssystem klar verständlich, detailgenau und ferner so darzustellen, daß das Endergebnis einer desaströsen SED-Wirtschaftspolitik den Fall der Mauer bedeutete. Die genannten Autoren waren als Sachverständige der Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages tätig, die von 1992 bis 1998 einen erheblichen Anteil zur Aufarbeitung der DDR Geschichte leisteten, infolgedessen 17 Bände in 32 Teilbänden veröffentlicht wurden.⁵ An dieser Stelle soll zunächst von einem weiteren Vergleich über Mißstände in der Fachliteratur abgesehen werden, die sich mit der Einordnung der Volkswirtschaft im Gefüge der Ursachen des Scheiterns der DDR befaßt. Dies ist an anderer Stelle ausführlich dargestellt und soll hier nicht vorweggenommen werden.

⁴ Vgl. Weber, Hermann: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR - Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B26/97 20. Juni 1997, S.3-14 (S.13).

⁵ Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) Herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a.M. 1995; Enquete-Kommission: „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Frankfurt a.M. 1999.

Zum Forschungsstand zur Wirtschaftspolitik der Modrow-Regierung als weiterer Gegenstand dieser Bearbeitung ist festzuhalten, daß sich nur wenig detaillierte Abhandlungen hierzu finden, was sicher auch in der nur 126 Tage währenden Regierungsverantwortung von Modrow begründet ist. Im Vergleich zu 40 Jahren DDR-Geschichte nimmt der „Zeitraum Modrow“ nur einen begrenzten, dafür aber höchst interessanten Platz ein. Erwähnt seien hier lediglich Patrick Moreau und Walter Heering, die sich mit Hans Modrow und seinen politischen Vorhaben befaßten. Während Moreau die Strategien zur politischen Machtsicherung ausführlich darstellt und analysiert, setzt Heering seinen Schwerpunkt auf das Wechselspiel von Krisen und deren Lösungsversuche durch die Modrow-Regierung. Darüber hinaus finden sich Aufsätze, Bücher und Zeitungsartikel über die letzte sozialistisch geführte DDR-Regierung, die allerdings sind in erster Linie von Modrow selbst und Angehörigen seiner Regierung verfaßt.⁶

Die Behandlung der Maßnahmen, Verordnungen und Gesetze der Modrow-Regierung ist insgesamt nur teilweise in Publikationen zu finden, so z.B. bei der Auseinandersetzung mit den Themen Seilschaften, Treuhandanstalt und Kommerzielle-Koordinierung. Die Analyse einzelner Aspekte, wie z.B. das Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude, in dessen Folge alte SED-Kader begünstigt wurden, machen es notwendig, Tages- und Wochenzeitungen, politische, wirtschaftliche und juristische Fachzeitschriften, aber auch Interviews heranzuziehen.

Gegenstand und Aufgabe der vorliegenden Bearbeitung soll in einem ersten Schritt sein, eine Antwort auf die Frage zu finden, welcher Stellenwert einzelnen Ursachen und Merkmalen die zum Niedergang führten, tatsächlich einzuräumen ist. Eine Antwort also darauf zu geben, welche Begebenheiten die Ursachenkette des Umbruchs anführten und in Gang setzten. So ist in erster Linie von Massendemonstrationen und Friedensgebeten Tausender Menschen auf den Straßen die Rede, die unter Gefahr für Leib und Leben für Veränderungen in der DDR eintraten. Ohne diese Leistung nicht ausreichend würdigen zu wollen, kann sie für sich allein

⁶ Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998; Aufbruch und Ende, Hamburg 1991; Luft, Christa: Zwischen Wende und Ende Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitgliedes der Modrow-Regierung, Berlin 1991

nicht in Anspruch nehmen, den „Offenbarungseid“ der bisherigen SED-Führung herbeigeführt zu haben. Vielmehr sind die Massendemonstrationen Teil einer Kette von Rahmenbedingungen, die schließlich den Umbruch auslösten. Weitere Glieder dieser Ursachenkette sind der Zusammenbruch des unerschütterlich geglaubten „kommunistischen Weltsystems“ Sowjetunion im Zusammenhang mit Gorbatschows propagiertem radikalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft (Perestroika und Glasnost). Die Auswirkungen des sowjetischen Reformkurses auf die DDR waren deutlich zu spüren, in dessen Folge Gorbatschow zum Hoffnungsträger der DDR-Bevölkerung avancierte. Wesentlich, von der Literatur aber eher in den Hintergrund gedrängt, ist der sich bereits seit Beginn der 80er Jahre ankündigende Zerfall der Zentralplanwirtschaft der DDR, welcher von der SED-Führung lange durch gezielte Täuschungsmanöver und Geheimhaltung verschwiegen wurde. Der Untersuchung volkswirtschaftlicher Ursachen im Zusammenhang mit dem Niedergang der DDR also kommt ein besonderes Augenmerk zu. Interesse weckt insbesondere die Frage, warum keine Änderungen des wirtschaftlichen Kurses durch die politische Führung vorgenommen wurden als sich abzeichnete, daß das marode Wirtschaftssystem nicht mehr tragfähig war. Warnzeichen gab es frühzeitig bereits seit den 70er Jahren, spätestens aber im Laufe der ersten Hälfte der 80er Jahre, als die Milliardenkredite durch die Bundesrepublik Deutschland notwendig wurden. Lag es daran, daß das Politbüro Tatsachen nicht wahrnehmen wollte, die darauf hindeuteten, daß der sozialistische Kurs nicht stimmte oder spielten andere Faktoren eine Rolle?

An die Ausführungen der Gründe des Scheiterns der DDR im Herbst 1989 schließen sich die Darstellung und Untersuchung von Rolle und Funktion der Ökonomie an. Der Zusammenhang zwischen sozialistischer Ideologie und Ökonomie in der DDR verdeutlicht, daß die Politisierung der Partei, die alle Lebensbereiche erfaßte, auch nicht vor der Volkswirtschaft halt machte. Die sozialistische Ideologie überlagerte das Wirtschaftssystem, was unliebsame Folgen mit sich brachte. Der Zusammenbruch schließlich zeigte, daß sich die ideologische Einfärbung vor allem für die Wirtschaft als verhängnisvoll herausstellte. Das Wirtschaftssystem in der DDR

funktionierte zu keinem Zeitpunkt nach den Gesetzen eines freien Marktes, was den wirtschaftlichen Entwicklungsstand sehr träge vorantrieb. Für die Analyse des politischen Neuanfangs der letzten sozialistisch geführten SED-Regierung nach dem Fall der Mauer ist es somit von Bedeutung zu untersuchen, welche Rolle der Ideologie beigemessen werden sollte - in einem so sensiblen Bereich wie der Volkswirtschaft, auf dem der Erfolg des politischen Systems aufbaut.

Nach dem Fall der Mauer war Hans Modrow nach einem kurzen Intermezzo von Egon Krenz zum Ministerpräsidenten bestellt worden, womit die letzte Phase einer kommunistisch regierten DDR eingeläutet wurde. Modrow, dem der Ruf eines Reformers vorauselte, sprach sich anlässlich seiner ersten Regierungserklärung am 17. November 1989 für die Erneuerung des gesamten öffentlichen Lebens aus und distanzierte sich vom alleinigen Führungsanspruch der SED. In der 126 Tage währenden Amtszeit seiner Regierung galt es nach Auswegen aus der Krise, insbesondere der wirtschaftlichen, zu suchen. Nachdem lange Zeit versucht worden war, an einer reformierten zentralistischen Planwirtschaft festzuhalten, wurde der Weg zur sozialen Marktwirtschaft eingeschlagen. Die verschiedenen Positionen seitens der Regierung, der Oppositions- und Bürgerbewegungen, sowie der Wissenschaft sollen den Weg zur Marktwirtschaft beschreiben und dabei die Interessen und Beweggründe der Akteure erklären. An dieser Stelle fließen auch die Ziele und politischen Maßnahmen der Bundesrepublik Deutschland mit ein.

Die Aufgabe, die Modrow mit seiner Regierungsmannschaft zu bewältigen hatte, um die politische und wirtschaftliche Lage der DDR wieder auf Kurs zu bringen, war ohne Zweifel mit großen Anstrengungen, kurzfristigen Entscheidungen von hohem politischen Gewicht und langen Arbeitstagen verbunden. In die Amtszeit der Regierung Modrow fallen eine Vielzahl von Maßnahmen, Verordnungen und Gesetzen, deren Darstellung und Bewertung hilfreich sein soll, Transparenz in die tatsächlichen politischen Ziele von Hans Modrow zu bringen. Sie sollen klären, ob sich mit der Person Modrow ein Reformverbinde, der seine öffentlich verkündeten Ziele mit ehrlichen Absichten verband oder ob er als neuer, unverbrauchter

SED-Politiker nach altem Muster das fortführen wollte, was die Partei bereits über 40 Jahre zuvor tat.

Die Herrschaftspraxis Modrows weist Widersprüche auf, denn das Verbinden von Reformen mit dem Versuch, an personellen und strukturellen Traditionen festzuhalten, wirft die Frage auf, welche Ziele er wirklich anvisierte. Wie ist z.B. zu erklären, daß in Modrows Amtszeit zahlreiche Machenschaften alter Kader fallen, denen von offizieller Seite kein Einhalt geboten wurde? Das Thema Seilschaften ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung um darzustellen, in welchen Bereichen die alten Kader beruflich unterkamen, wie sie ihre Macht sicherten und gewinnbringend einsetzten und durch welche Maßnahmen und Gesetze der Modrow-Regierung ihr Fortkommen gesichert wurde.

Bei der Vermögensauseinandersetzung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften z.B. zeigte sich sehr bald, auf welchen Gebieten sich alte Seilschaften neu in Szene setzen konnten. Die Betrachtung des Bereichs Landwirtschaft findet in der vorliegenden Bearbeitung besondere Beachtung, da gerade die Auswirkungen von Seilschaften auf das Wiedervereinigte Deutschland beweisen sollen, daß sich Machterhaltungsstrategien der alten Kader bis zum heutigen Tag auswirken. In der viermonatigen Amtszeit der Regierung Modrow waren verschiedene Aktivitäten innerhalb der SED/PDS zu registrieren, die darauf hinweisen, daß Versuche unternommen wurden, wirtschaftliche und politische Macht zu sichern. So wird das Kapitel Parteivermögen nähere Betrachtung finden, dabei insbesondere auch das Thema dubioser Darlehens- und Kreditvergaben an verdiente SED-Genossen.

Um Antwort auf die Frage nach Modrows politischen Zielen zu erhalten, sollen die von ihm zu vertretenden Gesetze und Verordnungen kritisch betrachtet werden. Neben dem Gesetz zum Verkauf volkseigener Gebäude und Grundstücke sind auch Maßnahmen von Interesse, die etwa den Umgang der Modrow-Regierung mit dem Bereich Kommerzielle-Koordinierung erkennen lassen. Die politischen Aktivitäten Modrows sollen einer Tiefenprüfung unterzogen werden, um zu einer verwertbaren Antwort zu gelangen, ob sich der „Reformer“ Modrow in die Reihe derer eingliedern

lassen muß, die zum eigenen Vorteil bzw. zum Vorteil der alten SED-Genossen und Gefolgsleute in Erscheinung traten.

Um bei der Ursachenforschung und Einordnung der Faktoren, die zum Niedergang der DDR geführt haben, eine möglichst zutreffende Bewertung vornehmen zu können, ist die Befragung von Zeitzeugen ein wichtiges und unerläßliches Mittel. Wie der Literaturüberblick gezeigt hat, ist die wissenschaftliche Darstellungen des Niedergangs der DDR breit gefächert. Für eine abschließende, möglichst realistische Beurteilung war es für die vorliegende Arbeit deshalb von Bedeutung, Befragungen und Interviews zu führen, um eine möglichst genaue Antwort auf die Frage zu erhalten, welchen Stellenwert die drei Faktoren haben, die heute als Ursachen für den Fall der Mauer angesehen werden - die sowjetische Reformpolitik, die Oppositions- und Bürgerbewegung und das marode Wirtschaftssystem der DDR. Um eine endgültige Einordnung der Ursachen zu erlangen, sollte aus den drei genannten Bereichen je ein Vertreter zu Wort kommen. Für den neuen Sowjetischen Reformkurs und dessen Auswirkungen wurde der Russland- und Gorbatschowexperte Alexander Rahr befragt, über Entstehung und Erstarren der Oppositions- und Bürgerbewegung kommt der Bürgerrechtler Ehrhart Neubert zu Wort und zur Lage der DDR-Wirtschaft ist Gerhard Schürer, der ehemalige Vorsitzende der Staatlichen Plankommission ein Gesprächspartner, der über DDR-Innenansichten berichtet. Trotz mehrerer Anläufe gelang es leider nicht, auch Hans Modrow für ein Interview zu gewinnen. Er wollte sich zu einer kritischen Betrachtung seiner Regierungszeit nicht mehr äußern, da alles gesagt und geschrieben sei, was geschehen ist. Christa Luft, Modrows ehemalige Wirtschaftsministerin erklärte sich hingegen bereit, über 126 Tage „Modrow-Regierung“ Rede und Antwort zu stehen. Auch der Untersuchung von Verordnungen, Maßnahmen und Gesetzen der Regierung Modrow auf Anhaltspunkte für Machterhaltungsstrategien liegt dieser Arbeit ein Interview mit Edelgard Jeske vor, die in der mittlerweile aufgelösten Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) tätig war.

Neben der Befragung von Zeitzeugen und Wissenschaftlern machte die vorliegende Arbeit auch Recherchen in Archiven notwendig, um einen Überblick über Dokumente und Akten zu erhalten, die zum Teil der Öffentlichkeit bislang noch nicht vorlagen. Unter den relevanten Archiven und Forschungseinrichtungen befanden sich: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) in der Zentralstelle Berlin, Abteilung Archivbestände; das Bundesarchiv, Abteilung Militärarchiv in Freiburg; Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) in Berlin sowie das Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages in Bonn.

Die vorliegende Bearbeitung gliedert sich in drei Kapitel, in einem ersten soll analysiert werden, was die wahren Ursachen des Scheiterns der DDR sind, daran an schließt sich die Betrachtung der Aufgabenstellung der letzten sozialistischen DDR-Regierung und schließlich folgt die Untersuchung von Maßnahmen und Verordnungen dieser Regierung, die zum Teil erkennen lassen, daß es beim Übergang zu einem wiedervereinigten Deutschland zu zahlreichen dubiosen Machenschaften alter SED-Kader gekommen war.

Diese drei Kapitel stehen in einem engen Zusammenhang zueinander, denn eines zieht sich wie ein roter Faden durch sie hindurch - das Thema Wirtschaft. So war die *katastrophale Wirtschaftslage* verantwortlich für die unlösbaren Probleme des SED-Staates; ein *neugeordnetes und reformiertes Wirtschaftssystem* sollte unter Ministerpräsident Hans Modrow den Wiederaufbau und die Rettung des politischen Einflusses sichern; *Wirtschaftliche Macht* ermöglichte den Angehörigen des untergehenden SED-Staates zu einem Zeitpunkt, als absehbar war, daß das endgültige Ende der DDR kommen würde, unrechtmäßige materielle Bereicherungen. In den letzten Phasen der DDR-Geschichte hat die Ökonomie eine wesentliche Rolle gespielt, sowohl beim Untergang, bei dem Versuch des Wiederaufbaus und auch beim Übergang zur Marktwirtschaft.

II. Das Scheitern der DDR – Eine Analyse äußerer und innerer Ursachen

1. Gorbatschows Reformpolitik - Moskaus neue Blockpolitik

Als Michail Gorbatschow am 11. März 1985 die Amtsnachfolge von Konstantin Tschernenko als Generalsekretär des ZK der KPdSU antrat, setzte zeitgleich auch die Entwicklung tiefgreifender Reformprozesse ein. Mit dem XXVII. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 leitete Gorbatschow Veränderungsprozesse ein, die nicht nur Auswirkungen auf die sozialistische Welt haben sollten.

Neben der Einführung eines neuen Parteiprogramms und Statuts verkündete der Generalsekretär eine reformfähige, kommunistische Bewegung, ohne dabei jedoch die führende Rolle der KPdSU in Frage zu stellen oder gar aufzugeben.⁷ Diese ersten Schritte der neuen sowjetischen Politik leiteten bereits von Anfang an eine Entwicklung ein, an deren Ende schließlich eine gänzlich veränderte Nachkriegsordnung stehen sollte.

Die Blockpolitik der Sowjetunion in der zweiten Hälfte der 80er Jahre basierte auf „*Konsequent(er)...Gleichberechtigung und gegenseitiger Verantwortlichkeit...*“ der sozialistischen Länder.⁸ Wenngleich die bislang gültige „Breshnew-Doktrin“ durch Gorbatschows neuen Weg zunächst nicht ausdrücklich widerrufen wurde, so stellte sich ab Mitte der 80er Jahre ein anderes Miteinander zwischen den sozialistischen Bruderländern und der Sowjetunion ein. Grundlage der Breshnew-Doktrin waren die „objektiven sozialistischen Gesetze“, welche im November 1957 von den zwölf regierenden kommunistischen Parteien anerkannt worden waren.⁹

⁷ Vgl. Otto, W.: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: Klein, T.; Otto, W.; Grieder, P.: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt a.d. Oder 1996, S. 438 ff.

⁸ Ow, von Barbara: Der Vogel in Moskaus Käfig, in: Löw, Konrad (Hrsg.): Beharrung und Wandel, Die Reformen des Michail Gorbatschow, Berlin 1990, S.11.

⁹ Vgl. Schenk, Fritz: Kommunistische Grundsatzserklärungen 1957-1971, Köln 1972, S.15ff.; zu den 12 Ländern zählten: Albanien, Bulgarien, China, DDR, Korea, Mongolei, Polen, Rumänien, Sowjetunion, CSSR, Ungarn, Vietnam. Bei Verstößen gegen die unverzichtbaren sozialistischen Grundsätze erfolgten militärische Interventionen, wie z.B. im Frühjahr 1968, als die CSSR erkennen ließ, daß sie zu Reformen in Wirtschaft und Politik übergehen werde. Die Streitkräfte

Seitens der sowjetischen Führung wurde das Abweichen der Bruderstaaten vom sozialistischen Kurs bislang in keinster Weise geduldet; Zuwiderhandlungen drohte harte Entgegnung.

Während sich Breshnew seinerzeit auf die Verantwortung aller sozialistischen Staaten berief, die sozialistischen Grundsätze zu bewahren, lockerte die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow vor diesem Hintergrund ihre Haltung und begann damit, die Beziehungen der sozialistischen Ländern zu reformieren und ein neues Miteinander zu konstruieren.¹⁰

So machte sich z.B. Politbüromitglied Alexander Jakowlew, ein enger Vertrauter Gorbatschows, für die Einführung eines Mehrparteiensystems stark, das in Ungarn diskutiert wurde. Jakowlew vertrat die Ansicht, daß es den politischen Entscheidungsträgern der jeweiligen Länder überlassen werden müsse, was die Gestaltung ihrer Parteisysteme angehe.¹¹

Nobelpreisträger Andrei Sacharow forderte im Dezember 1989 Gorbatschow, der dessen Leben im Exil in Gorki beendete, sogar auf, das Ende des Herrschaftsanspruches der kommunistischen Partei herbeizuführen.¹²

Allein diese beiden Beispiele bzw. Ansichten führender Personen des öffentlichen Lebens, die kurze Zeit zuvor so nicht hätte geäußert werden können, ohne daß sie Folgen nach sich gezogen hätten, zeigen deutlich, welche Veränderungen sich bereits eingestellt hatten. Öffentliche Meinungsäußerung, die nicht gleich als konterrevolutionär eingestuft wurde, war plötzlich möglich.

Hinsichtlich einer bislang starren Blockpolitik vollzog sich mit Michail Gorbatschow ein enormer Wandel, was sich deutlich in einem flexibleren politischen Vorgehen der sowjetischen Führung erkennen ließ.

des Warschauer Paktes beendeten den „Prager Frühling“ und damit den Versuch der CSSR, ein Stück Unabhängigkeit zu erlangen.

¹⁰ Vgl. Ow, von Barbara, a.a.O., S.12.

¹¹ dies., S.12 ff.

¹² Vgl. Kühnhardt, Ludger: Revolutionszeiten - Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1995, S. 245.

1.1. Perestroika und Glasnost

Als wesentliches Ziel der neuen Blockpolitik Gorbatschows und seiner politischen Führungsmannschaft galt die „*effektivere Zusammenarbeit im Warschauer Pakt und innerhalb der RGW-Wirtschaftsgemeinschaft*“.¹³ Gorbatschow erkannte, daß die äußerst gespannte Situation der sowjetischen Wirtschaft neben der inneren Stabilität auch das internationale Ansehen der UdSSR gefährdete.

Die wirtschaftlichen Zuwachsraten der Sowjetunion tendierten gegen Null, was als Folge versäumter Wirtschaftsreformen anzusehen war. Allein die Ausgaben der Militärindustrie erforderten mehr als 20% des Sozialproduktes¹⁴, was Folgen für die gesamtwirtschaftliche Lage der SU hatte, die Mitte der 80er Jahre als marode bezeichnet werden konnte und dringend einer Sanierung bedurfte.

Das Programm der Perestroika sollte die Sowjetunion aus dieser mißlichen Lage herausführen, wobei im Vordergrund der Reformpolitik zunächst die sowjetische Leistungssteigerung der Planwirtschaft stand. Später weitete Gorbatschow seine Reformen auch auf den Bereich Staat und Partei aus, denn „*nur ein tiefgreifender Wandel von Staat und Gesellschaft könne Verbesserungen bringen.*“¹⁵

Mit Hilfe des unter dem Begriff Glasnost (Offenheit) bezeichneten Prozesses sollten die Vorgänge innerhalb des Staates für die Bürger transparent werden, denn die Zustimmung der Bevölkerung für Gorbatschows Reformen würde Veränderungen beschleunigen und damit die Grundprinzipien des Sozialismus stärken.¹⁶ Bei der Durchführung der Reformpolitik setzte Gorbatschow auf die Mitwirkung der Bevölkerung, die Reformen nur dann zustimmen würde, wenn ihr die Möglichkeit gegeben

¹³ Vgl. Ow, von Barbara, a.a.O., S.13.

¹⁴ Vgl. Oldenburg, Fred: Die Deutschlandpolitik Gorbatschows 1985-1991, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, Köln 1992, S. 7.

¹⁵ Vgl. Wagenlehner, Günter: Die Revolution in Ostmitteleuropa als Folge der Perestroika, in: Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1993, S.15 f.

¹⁶ Vgl. Hamer, Eberhard: Von der Perestroika zur Katastroika, in: Ende - Wende - Wiederaufbau, Hannover 1993, S.6; Brahm, Heinz: Glanz und Grenzen der Glasnost, in: Sowjetunion 1986/87, Ereignisse - Probleme - Perspektiven, München 1987, S.103.

würde, sich in irgendeiner Form zu beteiligen und somit einen Nutzen daraus zu ziehen.

Glasnost forderte demnach alle Macht- und Verantwortungsträger auf, die Bevölkerung mit den Entscheidungsprozessen des Staates vertraut zu machen und diese zu erläutern, um eine kritische Auseinandersetzung mit dem Staat zu ermöglichen.

Im Zuge von Glasnost erlangten auch die Rolle und Funktion der Medien einen neuen Stellenwert, der fortan eine offenere und freiere Berichterstattung ermöglichte. Zweck dieser neuen Freiheit der Massenmedien war es, die Bevölkerung in der Sowjetunion einerseits an der Diskussion der Veränderungen zu beteiligen, und andererseits für Glaubwürdigkeit und Verbreitung der Perestroika zu werben.¹⁷

Gorbatschow weitete seine reformpolitischen Vorstellungen aus und verkündete anlässlich des Januarplenums des ZK der KPdSU am 27./28. Januar 1987 sowie auf den darauffolgenden ZK-Tagungen im Juni, daß die UdSSR die „*Demokratie wie die Luft zum Atmen*“ benötige. Standen mit Beginn der Politik von Glasnost und Perestroika noch die Beseitigung ökonomischer Defizite im Vordergrund, so stellte sich nach etwa zwei Jahren heraus, daß bisherige Ansätze staatlicher Direktiven kaum Verbesserungen der ökonomischen Lage hervorbrachten. Folglich wurde das Programm der Reformpolitik mit dem Januarplenum auf die Bereiche Staat und Partei ausgeweitet, womit die zweite reformpolitische Etappe eingeleitet war. Der sowjetische Generalsekretär forderte geheime Wahlen in Staat, Partei und Wirtschaft sowie offene und kontroverse Nominierungen von Kommunisten und Parteilosen für leitende Staatsfunktionen einzuführen.¹⁸

Ziel dieser Maßnahmen war offensichtlich der Versuch, der Nomenklaturherrschaft, als Kernstück des parteimonopolistischen Systems, zu entgegenen.

¹⁷ Vgl. Roth, Paul: Die sowjetische Medienpolitik seit 1985, in: Sowjetunion 1988/89 Perestroika in der Krise?, München 1989, S. 106 f.

¹⁸ Vgl. Oldenburg, Fred: Das entgleiste Bündnis. Zum Verhältnis DDR-Sowjetunion im Zeichen von Perestroika und „neuem Denken“, in: Kuhrt, E.; Buck, H.F.; Holzweißig, G. (Hrsg) :Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996.

1.2. Hintergründe und Anforderungen des „Neuen Kurses“ und seine ideologische Rechtfertigung

Da Gorbatschow für die Verwirklichung seines „Neuen Weges“ nicht nur Zustimmung fand, bedurfte es einer klärenden ideologischen Rechtfertigung, um den zu erwartenden Widerstand seitens der politischen Elite abzuwehren.

Diese fand sich bei Lenin, der in großer Sorge um den Sozialismus die Anwendung von Methoden befürwortete, welche mit dem Sozialismus zwar nicht vereinbar erschienen, aber mögliche Gefahren für diesen abwenden konnten.¹⁹ Gorbatschow wies darauf hin, daß die Demokratisierung das wesentliche Mittel sei, um die humanistischen Ziele des Sozialismus zu erreichen und daß dies der Leninschen Konzeption vom Sozialismus entspreche. Darüber hinaus kritisierte Gorbatschow das Versäumnis seiner Vorgänger, die Leninschen Ideen, die sich auf die sozialistische Demokratie bezogen, nicht eher umgesetzt zu haben.²⁰

Die Reformgegner hingegen verwiesen darauf, daß Lenin zu keinem Zeitpunkt von einem selbstverwalteten oder demokratischen Sozialismus gesprochen habe. Der von Gorbatschow und den sowjetischen Revisionisten geforderte reformierte Sozialismus sei nicht leninistisch und zielle darauf ab, die kapitalistische Gesellschaft zu festigen und zu verewigen.²¹

Eine eindeutig klärende Antwort auf die Frage, was Gorbatschow tatsächlich bewogen hat, die von ihm betriebene Reformpolitik trotz

¹⁹ Gorbatschow, Michail: Perestroika - Die zweite russische Revolution, München 1987, S.29.

²⁰ Gorbatschow, Michail: Perestroika - Die zweite Etappe hat begonnen, Eine Debatte über die Zukunft der Reformpolitik, Köln 1988, S. 102f.

²¹ Auszug aus einem Interview von Radio Tirana mit dem Inhaber des „Lehrstuhls für den Kampf gegen den Revisionismus“ an der Parteihochschule „Wladimir Iljitsch Lenin“, in: Löw, Konrad: Beharrung und Wandel. Die DDR und die Reformen des Michail Gorbatschow, Berlin 1990, S. 98; Bereits zum Zeitpunkt des Januar-Plenums im Jahre 1987 bezweifelte Erich Honecker nach Aussage von Egon Krenz, „daß die Politik Gorbatschows auf Lenin zurückgeht.“, was frühzeitig die konträre Haltung der DDR-Führung erkennen ließ, auf die im Folgenden noch gesondert eingegangen wird. Vgl. hierzu auch: Krenz, Egon: Wenn Mauern fallen, Wien 1990, S. 24.

zahlreicher Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen mit Reformgegnern voranzutreiben, läßt sich in der Fachliteratur nicht finden, bzw. wird dort zum Teil widersprüchlich behandelt.²² Fraglich z.B. bleibt, warum er die Zügel der sozialistischen Staaten des Ostblocks so locker ließ, die ihm am Ende sichtbar entglitten.²³

Relative Einigkeit besteht aber doch darüber, daß es Michail Gorbatschow nicht um eine Abkehr, sondern um die Erneuerung des Sozialismus mittels einer maßvollen Demokratisierung ging. Maßgeblicher Auslöser für den Prozeß waren ökonomische, aber auch innenpolitische Schwierigkeiten, welche die Sowjetunion belasteten.²⁴

Läßt man den Generalsekretär selbst zu Wort kommen, so finden sich zahlreiche Aussagen bezüglich seiner Vorstellungen und Anforderungen an eine Reformpolitik. Gorbatschow betont dabei, *„daß nicht außerhalb, sondern innerhalb des Sozialismus nach Antworten auf die Frage zu suchen sei, die sich der sowjetischen Politik stellen.“* Mit Sozialismus meint er: *„...die schöpferische Kraft der Massen“,* wobei *„mehr Sozialismus mehr Dynamik, Elan und schöpferische Anstrengung, mehr Organisation, Gesetz und Ordnung, mehr wissenschaftliche Methodik und Initiative in der Wirtschaftsführung und Effizienz in der Administration bedeutet sowie ein besseres und reicheres Leben für das Volk.“*²⁵ Gerade auch das Interesse der Bürger an inneren Angelegenheiten des Landes und deren positiven

²² Z.B. Batkin, Leonid: Weiß Gorbatschow was er will?, in: Kontinent Ost-West-Forum Heft 2/1990, S. 16-21; Peiler, Wolfgang: Gorbatschows Deutschlandpolitik, in: Sowjetpolitik unter Gorbatschow, Die Innen- und Außenpolitik der UdSSR 1985-1990, Berlin 1991, S. 115-130; Seiffert, Wolfgang: Die Reformpolitik und die Deutsche Frage, in: Osteuropa Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Heft 4/1989, S. 317-331; Kljamkin, Igor: Kann Gorbatschow auf den Sozialismus verzichten?, in: Kontinent Heft 1/1991, S.18-24.

²³ So ist auch unverständlich, wieso Gorbatschow noch am 10.12.1989 vor dem ZK der KPdSU betonte, man werde ein Abweichen von der Nachkriegsordnung zweier deutscher Staaten nicht zulassen, da die Aufgabe der DDR eine Destabilisierung der Sowjetunion bedeuten würde, wenngleich er wenige Wochen danach einer Wiedervereinigung zustimmte. Vgl. hierzu Gorbatschow warnt vor Einmischung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.12.1989, S.5.

²⁴ Vgl. hierzu Wagenlehner, Günther: Der Systemwandel in Osteuropa und in der DDR als Folge der Perestroika, in: Göttinger Arbeitskreis (Hrsg.) Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1993, S.21.

Einfluß auf die internationalen Angelegenheiten stehe dabei im Vordergrund des Sozialismus. Michail Gorbatschow bekannte sich zweifelsohne zum Marxismus-Leninismus und versuchte, entgegen der Aussagen einiger Kritiker, den Sozialismus nicht abzuschaffen, vielmehr neu zu gestalten. Offensichtlich bestand aber ein großes Problem hinsichtlich der sowjetischen Reformpolitik in der Frage nach einer einheitlichen Auffassung um das Wesen des Sozialismus. Gorbatschow betonte: *„Wenn Offenheit, Kritik und Demokratie den Interessen des Sozialismus zugute kommen, haben sie keine Grenzen!“*²⁶

Es ist dem Vorangegangenen zufolge nicht davon auszugehen, daß Gorbatschows Reformpolitik das Ziel größerer Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie um derentwillen verfolgte. Vielmehr schien die Erkenntnis im Mittelpunkt gestanden zu haben, daß die Festigung der kommunistischen Ordnung in der Sowjetunion, die durch Mißwirtschaft, Korruption und Inkompetenz gefährdet war, weitreichender Veränderungen und Reformen bedurfte, um das System aus der Krise herauszuführen und im internationalen Vergleich „wettbewerbsfähig“ zu machen.²⁷ Michail Gorbatschow erkannte den dringenden politischen Handlungsbedarf für das Ziel, den Sozialismus in der Sowjetunion wiederzubeleben.

Perestroika und Glasnost sollten den Weg der Sowjetunion korrigieren, infolgedessen sie eine Entwicklung zunehmender Demokratisierung in Gang setzten. Diese verbreitete sich schnell im Staatsapparat, entwickelte eine Eigendynamik und schien nicht mehr aufzuhalten zu sein. Daß der Zerfall des Ostblocks am Ende der Entwicklung stand, konnte von Gorbatschow und den Befürwortern der „Neuen Politik“ sicherlich nicht vorausgesehen werden; seine Kritiker hingegen befürchteten dies von der ersten Stunde an.

Dieser Erklärungsansatz scheint m.E. den tatsächlichen Ursachen für die Entwicklung des reformpolitischen Weges am nächsten zu kommen. Die

²⁵ Vgl. Gorbatschow, Michail: Perestrojka-die zweite russische Revolution, München 1987, S. 42f.

²⁶ ders.: Demokratisierung - das ist das Wesen der Umgestaltung, das Wesen des Sozialismus, in: Perestroika. Die zweite Etappe hat begonnen, Köln 1988, S. 30.

²⁷ Vgl. Hamer, Eberhard, a.a.O., S.6 f.

Frage, ob mit Beginn der politischen Korrektur von Perestroika und Glasnost bereits abzusehen war, was am Ende dabei herauskommen werde, ist zu verneinen. Zu viele Einflüsse und Kräfte der sowjetischen Innenpolitik, aber auch innerhalb der Ostblockstaaten, hatten Auswirkungen auf die Entwicklung des reformpolitischen Kurses. Den Teilrepubliken z.B. wollte Gorbatschow mehr ökonomische Autonomie zugestehen, eine völlige Abspaltung aus dem Block jedoch sah er sicherlich nicht vor. Er wollte in der Sowjetunion den Sozialismus reformieren, ein unabhängigeres Parlament schaffen, dabei aber die Autorität des Generalsekretärs beibehalten. Der Rußlandexperte Alexander Rahr bezeichnete die politischen Schritte Gorbatschows als Halbschritte, die ihn am Ende Karriere und Land kosteten.²⁸

An diesem Punkt erscheint es angebracht noch einmal festzuhalten, daß der Kurs von Glasnost und Perestroika „Wegbereiter“ der Ereignisse am Ende der 80er Jahre in den sozialistischen Staaten war und darüber hinaus die Weichen für eine sich ändernde weltpolitische Ordnung stellte.²⁹ Die Staaten des Warschauer Paktes legten auf der Tagung des Politisch-Beratenden-Ausschusses (PBA) in Bukarest im Juli 1989 ein Kommuniqué vor, in dem die Staats- und Parteiführer feststellten, daß *„niemand das Monopol auf die Wahrheit“* besitze und es *„keinerlei universelle Sozialismus-Modelle“* gebe. Darüber hinaus wurde unterstrichen, die Beziehungen untereinander *„auf der Grundlage von Gleichheit, Unabhängigkeit und des Rechtes eines jeden, selbständig seine eigene politische Linie, Strategie und Taktik ohne Einmischung von außen, zu entwickeln.“*³⁰

Die politischen Führungen in Polen und Ungarn, die innerhalb des Ostblocks bereits früher für innenpolitische Reformen eintraten, nutzen frühzeitig den Freiraum zur Umgestaltung ihrer Systeme, der durch die sowjetische Reformpolitik entstanden war. So wurde im August 1989 in

²⁸ Vgl. Interview mit Alexander Rahr, Rußlandexperte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP), im Anhang, S. 213.

²⁹ Vgl. Weber, Hermann: Aufbau und Fall einer Diktatur, Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991, S. 161.

Polen Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Regierungschef gewählt.

Die Abkehr von der Breshnew-Doktrin ist als ein wesentlicher Faktor anzusehen, der die eigenständige Entwicklung in den „sozialistischen Bruderstaaten“ ermöglichte, die ihrerseits letztendlich bedeutsam für den Prozeß einer Emanzipation und Verselbständigung der sozialistischen Staaten des Ostblocks gegenüber der Sowjetunion waren.

Ganz entscheidend ist dabei m.E. die Tatsache, daß Gorbatschow im Unterschied zu seinen Vorgängern im Falle eines drohenden Systemwandels von einer gewaltsamen Einmischung auf die Entwicklung der sozialistischen Bruderländer absah, wenngleich dies eine Gefährdung des sowjetischen Hegemonialverbandes bedeuten konnte.

Für die Auseinandersetzung und Gewichtung der Rahmenbedingungen des Zusammenbruchs der DDR ist festzuhalten, daß neben Perestroika und Glasnost der Weg eines friedlichen, freiheitlichen Miteinanders im sozialistischen Staatenverband Veränderungen ermöglichte, die sich, wie die folgenden Ausführungen zeigen, auch auf die DDR auswirkten.

1.3. DDR und UdSSR - Die sozialistischen Bruderstaaten in Zwietracht

Gorbatschow, der sich auch im eigenen Land mit Skeptikern, wie z.B. den Breshnewisten und Traditionalisten auseinandersetzen mußte, die sich seinem „Neuen Kurs“ verschlossen, brachte seine Unzufriedenheit gegenüber der Haltung der SED-Führung deutlich zum Ausdruck. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 40jährigen Bestehen der DDR am 7. Oktober 1989 tat der sowjetische Staatschef den in der Welt zur Berühmtheit gelangten Ausspruch: *„Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“*. Damit gab er das wieder, was die Staatsführung der DDR seiner Meinung nach lange Zeit tat, nämlich zu spät bzw. gar nicht zu Veränderungen und Reformen überzugehen, die längst überfällig waren.

³⁰ Kommuniqué der Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest, in:

Der zweite Teil des Ausspruchs traf ein, die SED-Führung wurde für ihre Versäumnisse hart gestraft. Das Zitat kann darüber hinaus als ein Hinweis dafür angesehen werden, daß der sowjetische Generalsekretär zu diesem Zeitpunkt bereits keine Zukunft mehr für die Politik der SED-Nomenklatura im Politbüro sah. Gorbatschow schrieb selbst, daß er eine Ablehnung seitens der SED-Führung gegenüber der sowjetischen Reformpolitik spürte. *„In dem Maße, wie sich bei uns Perestroika und Glasnost entfalten, wurde Honecker mir gegenüber kritischer (...) obwohl er in unseren Unterhaltungen sichtlich Zurückhaltung übte, war seine Ablehnung der demokratischen Veränderungen unverkennbar.“*³¹

Darüber hinaus kritisierte der damalige sowjetische Generalsekretär das Verhalten Honeckers, der *„seine Rolle augenscheinlich maßlos überschätzte.“* Die Beziehung des sowjetischen Generalsekretärs zu Honecker war dadurch gekennzeichnet, daß es im Grunde gar kein Verhältnis zwischen ihnen gab.³² Kühl und distanziert ist die zutreffende Beschreibung. Erich Honecker gehörte einer Generation an, die mit Leonid Breschnew auf einer Stufe stand, und genau davon trennte sich Gorbatschow gerade.

Die SED-Führung auf der anderen Seite war sich durchaus bewußt darüber, daß ihre Haltung sie vor außenpolitische Schwierigkeiten stellen würde. Bislang orientierte sich die Entwicklung der DDR stets nah an der Sowjetunion. Differenzen zwischen beiden Staaten waren demnach nicht wünschenswert und mußten dringend vermieden werden. Ganz offensichtlich war man sich im Politbüro über eines im Klaren: *„Ohne Sowjetunion gibt es keine DDR.“*³³ In diesem Bewußtsein befand sich die DDR-Führungsriege, wie Erich Mielke kurz nach dem Zusammenbruch feststellte.

Die Sowjetunion war Garant für die von der Einheitspartei beherrschten DDR, wichtigster Handelspartner als Rohstofflieferant sowie

Europa-Archiv, Heft 20/1989, S. 599.

³¹ Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 929ff.

³² Vgl. Interview mit Alexander Rahr im Anhang, S. 216.

³³ Vgl. Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Untergang auf Raten Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, S.500; Wolle, Stefan: Der Weg in den

Hauptabsatzmarkt für DDR-Produkte. Darüber hinaus bestand eine innere und äußere Wertschätzung gegenüber der UdSSR, die den Sozialismus als erster Staat erfolgreich errichtete und eine weltweite Ausbreitung förderte. Insbesondere aber die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion waren Anlaß für das Aufrechterhalten bilateraler Wirtschaftsbeziehungen. Auf etwa 10-12% belief sich der Anteil der DDR am Außenhandel der Sowjetunion, der wiederum nach statistischen Angaben der DDR, im Jahre 1989 sogar einen Anteil von 36% am DDR-Import und Export ausmachte.³⁴ Um es anhand einiger Zahlen noch anschaulicher zu machen ist festzuhalten, daß etwa 15% der in der DDR tätigen Industriearbeiter allein für den Export in die UdSSR beschäftigt und zeitweise bis zu 17.000 Arbeitskräfte aus der DDR bei Projekten in der SU im Einsatz waren. Die DDR importierte im Jahre 1989 96% ihres Erdöls, 100% des Erdgases und 75% Steinkohle aus der UdSSR.³⁵

Beide sozialistische Staaten sahen sich demzufolge als wichtigste Handelspartner innerhalb des RGW. Neben der Funktion als wirtschaftlicher Handelspartner hatte die DDR einen äußerst bedeutenden strategischen Stellenwert aus sowjetischer Sicht. Als Grenzstaat zum Westen war die DDR Eckpfeiler und somit westlicher Außenposten des Warschauer Paktes. Zwischen der Sowjetunion und den sozialistischen Bruderstaaten, insbesondere auch mit der DDR, fand ein System- und Strukturaustausch statt, woraus sich eine Vielzahl von Interessenidentitäten ergaben.

Die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion war dem Vorangegangenen zufolge wesentlich wirtschaftlicher Natur, so daß innerhalb des Politbüros darauf geachtet werden mußte, den sowjetischen Kurs in der Öffentlichkeit nicht zu eindringlich zu kritisieren und sich den Veränderungen nicht allzu offensichtlich zu verschließen. Um nicht den Zorn des „großen Bruders“ auf sich zu ziehen, bekannten sich Politbüromitglieder in der Öffentlichkeit zum sowjetischen Reformkurs. In der Aprilausgabe der SED-Zeitschrift „Einheit“,

Zusammenbruch: Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989, in: Jesse, Eckhard; Mitter, Armin: Die Gestaltung der deutschen Einheit, Bonn 1992, S.78.

³⁴ Vgl. Thede, S. u.a.: Entwicklung und Perspektiven des Außenhandels der DDR mit der UdSSR, in: IAW-Forschungsberichte, No. 5, 1990, S. 14 ff.

³⁵ Vgl. Höhmann, H.H.; Meier, C.: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen. Teil 1, Berichte des BIOst, No. 55, 1994, S.10 f.

Jahrgang 1988, erläutert z.B. ZK-Mitglied Otto Reinhold die Haltung der Partei zum Umgestaltungsprozeß der Sowjetunion und beschreibt diesen als „...unbedingt notwendig und erforderlich. Die SED verfolgt den Prozeß darüber hinaus mit Sympathie und Interesse.“³⁶ Aus heutiger Sicht war es wohl weniger ehrliche Sympathie als das Interesse und die Sorge darüber, ob und wie sich Reformen eines Tages für die DDR auswirken könnten. Zum 70. Gründungstag der KPD am 29. Dezember 1988 signalisierte Erich Honecker, daß sich die DDR formell in die Reformbewegung einordne, dabei aber ihren Weg selbst festlege.³⁷

Äußerlich war die politische Führung der DDR sichtlich bemüht, den Anschein zu erwecken, daß man nichts gegen den „Neuen sowjetischen Kurs“ einzuwenden habe; innerlich „brodelte“ es spürbar.

1.4. Ablehnung des sowjetischen Reformkurses im Politbüro der SED

Die anfängliche Beurteilung und der Umgang mit dem sowjetischen Reformkurs seitens der SED-Führung war zurückhaltend und reserviert, was sehr schnell in ein Stadium von Distanz und Skepsis überging. 1986 noch zeigte sich die Kritik am sowjetischen Reformkurs deutlich erkennbar im unüblichen Schweigen der SED, ein Jahr später ging die Parteiführung zur öffentlichen Abgrenzung über.

Der „einstige Musterschüler“ der Sowjetunion distanzierte sich seit 1987 zusehends von der Kreml-Führung und propagierte den „Sozialismus in den Farben der DDR“, womit die Ablehnung von Perestroika und Glasnost verdeutlicht wurde.³⁸

Um einen vom sowjetischen Reformkurs unabhängigen Weg einzuschlagen, berief sich die politische Führung der DDR auf die Souveränität der sozialistischen Staaten und damit sogar auf das Kernstück sowjetischer Reformpolitik. Das Politbüro übernahm damit einen

³⁶ Einheit, April 1988, S.6.

³⁷ Vgl. Spittmann, Ilse: Sozialismus in den Farben der DDR, in: Deutschland Archiv 3/1989, S. 241.

³⁸ Vgl. Schumann, Michael: Der Bruch mit dem Stalinismus, in: Deutschland Archiv Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Ausgabe 4/1990, S.628.

wesentlichen Bestandteil der Reformpolitik Gorbatschows, welcher jedoch dazu dienen sollte, ein Übergreifen von Veränderungen nach sowjetischem Vorbild auf die DDR zu verhindern.

„Kein sozialistisches Modell hat Gültigkeit für alle sozialistischen Länder.“

Mit der Aufgabe der Doktrin der gleichartigen Entwicklung der sozialistischen Länder wurde den Staaten des sozialistischen Ostblocks eine unabhängigere Entwicklung von der Sowjetunion ermöglicht. Die politische Führung der DDR aber betonte einen eigenständigen Weg zum Sozialismus und verschloß sich im Gegensatz zu den meisten anderen sozialistischen Staaten den Reformen von Glasnost und Perestroika.³⁹

Als die Staats- und Parteiführer der Warschauer-Pakt-Staaten anlässlich der Tagung des Politisch-Beratenden-Ausschusses am 7. und 8. Juli 1989 in Bukarest das gemeinsame Kommuniqué verabschiedeten und damit den sowjetischen Hegemonialanspruch aufhoben (siehe oben), reagierte die DDR-Delegation sprachlos. Staats- und Parteichef Honecker erlitt während der Tagung eine Gallenkolik und Willi Stoph als Honeckers Vertreter wußte keine Antwort, als er dazu aufgefordert wurde, die politische Lage der DDR einzuschätzen. Diese Reaktionen haben aus heutiger Sicht eine symbolische Aussagekraft, denn sie zeigen, daß der DDR-Führung zum Thema Aufgabe des sowjetischen Führungsanspruches und der damit zu erwartenden innenpolitischen Lockerung im eigenen Land, nichts mehr einfiel bzw. die Worte fehlten.⁴⁰

Mit ihrer Haltung beschwor die politische Führung der DDR nach jahrzehntelanger Isolation vom Westen eine neue herauf, diesmal zum Osten hin. Mit der Begründung, daß ein vergleichbarer Grund, welcher Auslöser für die Umgestaltung innerhalb der Sowjetunion war, in der DDR

³⁹ Vgl. Schroeder, Friedrich-Christian: Die Reaktion der DDR auf die „Perestroika“ auf dem Gebiet von Recht und Rechtsstaatlichkeit, in: Löw Konrad (Hrsg.), Beharrung und Wandel, Die DDR und die Reformen des Michail Gorbatschow, Berlin 1990, S.20.

⁴⁰ Vgl. Stenographische Niederschrift des informellen Treffens der Generalsekretäre nach der Tagung des Politisch-Beratenden-Ausschusses in Bukarest am 08.07.1989, in: SAPMO-BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/290, Bl. 117.

nicht vorliege, wies die Führungsriege der DDR die Notwendigkeit für Veränderungen nach dem Muster der sowjetischen Perestroika zurück.⁴¹ Vor dem Hintergrund der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sei es in der DDR gelungen, eine im Vergleich zu den übrigen RGW-Staaten erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu begründen. Die SED erklärte ihre ablehnende Haltung mit dem Hinweis, daß die DDR nach Wirtschaftseffizienz und Arbeitsproduktivität der fortschrittlichste Staat im sozialistischen Block sei.⁴² Die Politik der SED sei auf Kontinuität und somit auf ständige Veränderungen ausgerichtet, eine Reformpolitik analog der sowjetischen sei demzufolge als unnötig anzusehen. Die DDR habe sich beispielsweise mit der innerdeutschen Politik bemüht, die Initiative für eine chemiewaffenfreie Zone und einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa zu schaffen. Trotz dieser Bemühungen seien Gefahren für die Friedenssicherung in Europa eine ständige Begleiterscheinung, die vom politischen Gegner im Westen ausgehe.⁴³

Die DDR-Führung nahm für sich somit in Anspruch, eine „Vorreiterrolle“ im Bereich der internationalen Beziehungen eingenommen zu haben, was eine politische Flexibilität im Hinblick auf Veränderungen und Umgestaltungsprozesse beweise. All diese Aussagen beweisen, daß seitens der SED die tatsächliche Lage in der DDR verklärt wurde. Allen Verklämern voran stand Erich Honecker, der verkündete: *„Unser Volk hat aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse einen Lebensstandard erzielt wie noch nie in seiner Geschichte. (...) Gewährleistet sind bei uns soziale Sicherheit und Geborgenheit, Vollbeschäftigung, gleiche Bildungschancen...“*⁴⁴

Man beschränkte sich darauf, konservative Werte wie Recht und Ordnung, gesellschaftliche Verhältnisse, Geborgenheit u.s.w. zu propagieren, um in der Bevölkerung Zuspruch und somit eine systemstabilisierende Loyalität zu

⁴¹ Vgl. Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Informationen Heft Nr.14 vom 22.07.1988, S.3.

⁴² Vgl. Mentzel, Jörg Peter: Perestroika in der DDR? Reaktionen der SED auf die sowjetische Entwicklung, in: Informationen für die Truppe (IfdT), Heft 12/1988, S.20; Natter, Erik, a.a.O. S.17 f.

⁴³ ders. S.18.

⁴⁴ Vgl. Weber. Hermann: DDR: Grundriß der Geschichte, Hannover 1991, S. 183.

erlangen. Eine ernsthafte und vor allem öffentliche Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Reformkurs fand zu keinem Zeitpunkt statt.

Um die Notwendigkeit eines vergleichbaren Reformkurses für die DDR herunterzuspielen wurde in der SED-Führungsriege auch an Polemik nicht gespart, was das folgende Zitat beweist, womit die Reihe wichtiger Zitate bezüglich der Auseinandersetzung der DDR mit dem sowjetischen Kurs der Umgestaltung schließt. Politbüromitglied Kurt Hager stellte in einem Interview die Frage: „Würden sie sich verpflichtet fühlen, ihr Haus neu zu tapezieren, bloß weil ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert?“⁴⁵ Hager verglich damit das Programm der Perestroika äußerst lapidar mit einem Tapetenwechsel und machte damit deutlich, daß er einen Reformkurs in der DDR für unnötig erachtete. Hierbei wurde selbst an Vergleichen und Äußerungen nicht gespart, die auf tönernen Füßen standen. Ganz offensichtlich erahnte das Politbüro der SED frühzeitig mögliche Folgen und Auswirkungen eines übergreifenden Reformprozesses auf die DDR und fürchtete um seine Machtstellung.

Wie die Ereignisse der folgenden Zeit bewiesen haben, war diese Sorge nicht unbegründet. Michail Gorbatschow avancierte zum Hoffnungsträger oppositioneller Gruppierungen, Vertretern der Kirche, aber auch großer Teile der Bevölkerung, die sich Veränderungen im Staat erhofften und nun auf einen Weg setzten, der vom „großen Bruder“ vorgegeben wurde.⁴⁶ Demnach fanden Veröffentlichungen sowjetischer Herkunft in den Medien der DDR in breiten Bevölkerungskreisen großen Zuspruch. Um den inneren Druck in der DDR im Hinblick auf eine vergleichbare Umgestaltung, wie sie sich in der Sowjetunion vollzog, gering zu halten, veranlaßte die politische Führungsriege ein Abweisen und Zurückdrängen sowjetischer Informationen, die im Zusammenhang mit der Perestroika standen. Sowjetische Literatur, die der Parteiführung bedenklich erschien, wurde kurzerhand vom Markt genommen, so z.B. im November 1988 die deutschsprachige Zeitschrift Sputnik und später auch die Wochenzeitschrift

⁴⁵ Vgl. Interview mit Kurt Hager: „Jedes Land wählt seine Lösung“, in: Der Stern vom 09.04.1987, S. 140; Behrend, Manfred; Meier, Helmut: Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS - eine Dokumentation, Berlin 1991, S.44.

⁴⁶ Vgl. Mitter, Armin.; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle, Befehle und Lagerberichte des MfS Januar - November 1989, Berlin 1990, S.40.

„Moskowskije Nowosti“ sowie die „Budapester Rundschau.“⁴⁷ Parallel dazu wurden auch sowjetische Filme von den Spielplänen der Kinos genommen. Die Liste der Literatur, die fortan auf dem Index stand, erstreckte sich gerade auch auf die Schriften des sowjetischen Generalsekretärs. Die ins Deutsche übersetzte Ausgabe des Buches Perestroika wurde offiziell zwar auf den Markt gebracht, aber ohne Umwege von der Partei direkt wieder aufgekauft. So gelangten zwei Auflagen mit ca. 80.000 Büchern in den Handel, und von dort direkt in den Machtbereich der Partei.⁴⁸

Als ob es sich bei dieser Literatur um feindliche Hetzschriften handelte, so ist der Umgang der SED mit den Schriften des sowjetischen Generalsekretärs zu beschreiben. Nachdem Michail Gorbatschow auf dem Januarplenum des ZK der KPdSU im Jahre 1987 mit dem innenpolitischen Erbe Breshnews abrechnete, fand sich in den DDR-Medien zunächst nur eine stark abgeschwächte Form seiner Rede wieder. Trotz dieser Vorgehensweise der SED-Führung gibt es dennoch Belege dafür, daß mit der als „bedenklich“ eingestuften Literatur sowjetischer Herkunft nicht einheitlich umgegangen worden ist. So wurden die gerade angeführten Ausführungen Gorbatschows vor dem Januarplenum des ZK in ungekürzter Version in der DDR veröffentlicht, wenn auch erst ein halbes Jahr später.⁴⁹

Gültigkeit besitzt jedoch die Aussage, daß die Reden des sowjetischen Generalsekretärs lediglich in gekürzter Form abgedruckt wurden, sofern dies seitens der SED-Führung für erforderlich befunden wurde, womit Gorbatschows Gedanken und Ansichten den Säuberungsaktionen der SED zum Opfer fielen.⁵⁰ Die SED-Führung betrieb eine Medienpolitik mit dem Ziel, Fortschritte und Erfolge der Umgestaltungsprozesse in der Sowjetunion und den anderen Ländern des sozialistischen Blocks zurückzuhalten. Das Ziel verfehlte jedoch seine Wirkung, da der Bereich elektronischer Medien funktionierte und die Bevölkerung mit Informationen ausreichend versorgt wurde. Nahezu im gesamten Gebiet der DDR waren

⁴⁷ Vgl. Leonhard, Wolfgang Das kurze Leben der DDR Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, Stuttgart 1990, S.211; Zum Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ durch die SED, in: Der Spiegel, Nr. 48, 1988, S. 26f.

⁴⁸ Vgl. Winters, Peter Jochen, in: Löw, Konrad, a.a.O., S. 37.

⁴⁹ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/ I V 2/2.035/59, B1.156.

⁵⁰ Vgl. Mitter, Armin; Wollé, Stefan, a.a.O. S.502.

die Bürger in der Lage, Fernsehen und Hörfunk aus der Bundesrepublik zu empfangen, worauf die SED-Führung kaum Einfluß nehmen konnte.⁵¹

1.5. Reaktionen der SED, der Parteibasis und des Volkes auf die sowjetische Reformpolitik

Die sowjetische Parteiführung, die als hohe Autorität für jeden Kommunisten galt, setzte den Kurs demokratischer Reformen weiter fort. Gorbatschow regte eine Partnerschaft von Kritikern und Kritisierten an, denn niemand (hier die staatstragende Partei) sollte mehr für sich das alleinige Recht in Anspruch nehmen, sein Agieren für unfehlbar zu halten. „Dialog“ war das Stichwort und die Formel, um einen „sozialistischen Pluralismus“ zu fördern. Darüber hinaus betonte die sowjetische Reformpolitik Werte wie die Würde des Menschen sowie die Garantie und Wahrung von Freiheit und Rechten.⁵² Für die SED-Führung bedeutete dieser neue Kurs übertragen auf die DDR eine Umorientierung, die nicht in das Bild ihrer bisherigen Politik paßte. Das Herrschafts- und Gesellschaftssystem der DDR war zu erstarrt und inflexibel, um sich auf die angeführten „Neuerungen“ einzustellen.

Ein nicht zu unterschätzender Grund für die Zurückhaltung bei der Auseinandersetzung mit sowjetischen Reformen war sicher auch das im Durchschnitt sehr hohe Alter der Mitglieder im Politbüro. 1989 lag das durchschnittliche Alter bei etwa 67 Jahren, wobei acht der 22 Politbüromitglieder weit über 70 Jahre alt waren. Staatssicherheitsminister Erich Mielke hatte bereits das Alter von 80 Jahren überschritten und war somit der Senior des Politbüros.⁵³

Es ist wohl ein bekanntes Phänomen, daß mit steigendem Alter die Abneigung gegenüber Veränderungen zunimmt; erst recht dann, wenn

⁵¹ Vgl. Hesse, Kurt: Westmedien in der DDR-Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens, Köln 1988, S.19.

⁵² Vgl. Mentzel, Jörg-Peter: a.a.O., S. 22.

⁵³ Vgl. Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Informationen Heft Nr. 16 vom 02.09.1988, S.5.

durch Veränderungen das Lebenswerk der Spitzenfunktionäre angegriffen und möglicherweise zerstört werden könnte.

Zudem kollidierte Gorbatschows Vorstellung für die KPdSU, daß kein Funktionär länger als zehn Jahre im Amt bleiben sollte, mit der Praxis der SED-Führung. Im Politbüro der SED behielten die Funktionäre in der Regel ihre Ämter bis zum Ableben. Vor diesem Hintergrund war ein Engagement der „alten“ Führungsriege für Gorbatschows „Neuen Weg“ eher auszuschließen.

Der Frage nach den Ursachen für das offensichtliche Verweigern von Reformen innerhalb des Politbüros wird an anderer Stelle dieser Arbeit noch ausführlich nachgegangen. Diese befaßt sich dann mit dem bereits seit längerer Zeit ankündigenden wirtschaftlichem Niedergang, ohne daß darauf in erforderlichem Maße reagiert worden wäre.

Die SED-Führung sah sich neben dem Frontverlauf zum Westen und neuerdings, wie oben angeführt, auch zum Osten, zusätzlich einer weiteren Front gegenübergestellt. Der zunehmende innere Druck, ausgelöst durch den größer werdenden Zuspruch für Reformen innerhalb der Bevölkerung, bedeutete für die Staatsmacht eine Front im eigenen Staat.

Neben den oppositionellen Gruppen, Vertretern der Kirche, intellektuellen Zirkeln und Kreisen, sowie Kadern aus dem Bereich Wissenschaft und Technik nahm auch innerhalb der SED die Anzahl derer zu, die sich von Gorbatschows Reformkurs, auf die DDR übertragen, etwas versprochen. Die Abkehr der SED-Führung von der Führungsrolle der Sowjetunion, die bisher dogmatischer Grundpfeiler des Sozialismus war, sorgte darüber hinaus für Unruhe innerhalb der SED-Basis.⁵⁴

Diese erwartete, daß Gorbatschows Politik diskutiert und nicht einfach als „Teufelszeug“ abgetan werde, infolgedessen die Unzufriedenheit bezüglich des politischen Kurses der Partei spürbar wuchs. Die Parteibasis forderte

⁵⁴ Welzel, Christian: Von der SED zur PDS - Eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt a. M. 1992, S.53.

einen öffentlichen Dialog mit der Parteiführung, etwa nach dem Vorbild von Glasnost.⁵⁵

Zu einem Zeitpunkt schien es kurzfristig so auszusehen, als öffne sich die SED-Führung dem Kurs der Umgestaltung. Auslöser war „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, so der Titel eines gemeinsamen Papiers von SPD und SED, welches im August 1987 in millionenfacher Auflage im Neuen Deutschland veröffentlicht wurde. In der Bevölkerung und in Teilen der Parteibasis erweckte der Inhalt des Papiers den Anschein, als schwenke die SED-Führung um und stelle sich einer öffentlichen Diskussion. Dies äußerte sich dahingehend, daß einheitliche Standpunkte zu strategischen Grundaussagen bezüglich einer Bewertung der Gesellschaftssysteme in der Bundesrepublik und der DDR zugelassen und durchaus kontrovers diskutiert wurden. Für die Befürworter des Reformkurses nach sowjetischem Vorbild erlangte das gemeinsame Papier einen hohen Stellenwert und wurde als Erfolg der Dialogpolitik der SED aufgenommen, was seitens der SED-Führung auch als wünschenswert aufgefaßt wurde.⁵⁶ Mit der Feststellung, daß die Diskussion substantielle Fragen aufwarf, wie z.B. nach den Vorzügen des Kapitalismus und den Nachteilen des Sozialismus, wurde aber auch die innenpolitische Sprengkraft des Papiers immer deutlicher. Schließlich wurde die durch das SED-SPD-Papier ausgelöste Diskussion Ende des Jahres 1987 roh beendet, womit zugleich alle Hoffnungen auf Reformen für die DDR im Keim erstickt wurden.

Es sei abschließend noch ein statistischer Beleg für das Mißfallen und die Unzufriedenheit mit dem politischen Kurs der SED angeführt. Die hohe Zahl von 22137 Parteiaustritten im Jahr 1987 war sicherlich ein deutliches

⁵⁵ Vgl. Klein, Thomas: Reformen von oben? Opposition in der SED, in: Poppe, U.; Eckert, R. und Kowalczyk, I. S. (Hrsg.) Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S.125-141 (S.137 f.).

⁵⁶ Vgl. Rein, Gerhard Die protestantische Revolution 1987-1990, Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990, S.17; Reißig, Rolf: Der Umbruch in der DDR und das Scheitern des „realen Sozialismus“, in: Reißig, Rolf; Glaeßner, Gert-Joachim: Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und die deutsche Einheit, Berlin 1991, S. 30 ff.

Zeichen des Unmuts der Parteibasis in Bezug auf die Politik der Parteiführung,⁵⁷ die wiederum öffentlich keine näheren Angaben über Ursachen und Gründe für diese Entwicklung machte. Offensichtlich kann dies als ein Hinweis auf die politisch-ideologische Schwäche der SED angesehen werden, die zu diesem Zeitpunkt bereits einem Prozeß schleichender Erosion der inneren Bindung von Parteimitgliedern und Bürgern in der DDR ausgesetzt war.

2. Oppositions- und Bürgerbewegung in der DDR

In demokratischen Staatsformen treffen in der Regel zwei Dinge ganz natürlich aufeinander - Regierung und Opposition. Während die eine Seite versucht, mit einer aus demokratischen Wahlen legitimierten Mehrheit ihre Politik zu gestalten, opponiert die ebenfalls legitimierte andere Seite und befürwortet eigene politische Vorgaben. Wenngleich eine überstarke parlamentarische Opposition zur Blockade der politischen Kräfte im System führen kann, ist sie ein notwendiger Bestandteil demokratischer Systeme. Die Auswirkungen nichtparlamentarischer Opposition auf das demokratische System sind in der Regel unbedeutender, da ihr politischer Einfluß meist gering ist.⁵⁸

Ganz anders ist die Rolle der Opposition in autoritären, totalitären oder diktatorischen Systemen, in denen die politische Richtungsvorgabe einzig von der staatstragenden Partei, bzw. den „Staatsführern“, vorgegeben wird.

⁵⁷ Vgl. Fricke, Karl Wilhelm: Zur inneren Situation der SED, in: DDR-Report Referatezeitschrift zur politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 5/1988, S. 258; vgl. Die Austritte aus der Partei verstanden Bürgerrechtler als Signal, das ausgelöst wurde durch die neue sowjetische Politik, daneben aber auch durch innere Symptome, wie der jahrzehntelangen Verdrängung der nationalen Frage, sowie auch der ökonomischen Lage. Die DDR hatte nichts mehr vorzuweisen, was ihre Existenz dem Westen gegenüber rechtfertigte. Vgl. hierzu das Interview mit Ehrhart Neubert im Anhang, S.230.

⁵⁸ Einschränkend muß hier festgehalten werden, daß es durchaus oppositionelle Formen gibt, die im Stande sind, enormen Druck auf die Öffentlichkeit auszuüben, wenngleich sie keiner parlamentarischen Vertretung entstammen. Als Beispiel sei hier die Umweltbewegung Greenpeace angeführt, die durch massiven Protest und

Oppositionellen Kräften droht hier Verfolgung, Gefängnis und nicht selten Gefahr für Leib und Leben. Dennoch finden sich auch in nichtdemokratischen Systemen Formen der Opposition, die unter erschwerten Bedingungen zum Teil aus dem Untergrund heraus agieren. Die folgenden Ausführungen sollen darstellen, welche Formen der Opposition in 40 Jahren DDR anzutreffen waren, wobei der Zeitraum der 80er Jahre von besonderer Wichtigkeit im Hinblick auf den Zusammenbruch des SED-Staates ist. Es sei bereits vorab angemerkt, daß Opposition in der DDR in verschiedenen Bereichen von Gesellschaft und Staat Bestand hatte.

Der Verlauf der DDR Oppositionsgeschichte ist nicht einheitlich und muß demzufolge in unterschiedlichen Zusammenhängen betrachtet und erklärt werden.⁵⁹ Dabei ist zunächst von Interesse, welche Begebenheiten Opposition entstehen ließen.

Als Nährboden für oppositionelle Haltungen kamen verschiedene Aspekte in Betracht, wie z.B. das Aufkrotzen eines Systems, das nicht durch die Bevölkerung hervorgebracht, sondern von außen erzwungen wurde, die ungeklärte Frage einer deutschen Wiedervereinigung, fehlende Mitbestimmung, das Vorenthalten individueller Freiheitsrechte, insbesondere der Meinungs- und Reisefreiheit, der im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland schlechte Lebensstandard, die Friedens- und Ökologiebewegung, der Widerspruch zwischen marxistischer Lehre und der realsozialistischen Praxis und schließlich noch das Verweigern von

Druck verhinderte, daß die Bohrinself Brent Spar im Jahr 1995 im Meer entsorgt werden konnte.

⁵⁹ Zur Entstehung, Ursache und Geschichte der Opposition vgl.: Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1997; Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Band 1, Baden-Baden 1995; Weber, Hermann; Koch, Manfred: Opposition in der DDR, Bedingungen, Formen, Geschichte, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 1983, S. 142 ff; Fricke, Karl-Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984; Staritz, Ditrich: Die SED und die Opposition, in: Spittmann, Ilse (Hrsg.): Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987.

Reformen nach sowjetischem Vorbild seitens der SED-Führung, den Sozialismus in der DDR in erforderlichem Maße neu auszurichten.⁶⁰

Daß die DDR-Regierung keine demokratische Legitimation besaß, davon versuchte die Staatsführung mit dem Hinweis auf eine zukünftig bessere Gesellschaft abzulenken. Es gelang ihr jedoch nicht, die Bevölkerung gänzlich zu beeinflussen und hinzuhalten, so daß mit dem Bau der Mauer im August 1961 der Flüchtlingswelle aus der DDR ein Riegel vorgeschoben werden mußte. Bis zum Mauerbau verließen etwa 3,5 Millionen Menschen die DDR.⁶¹

Wenngleich sich Opposition im Laufe der DDR-Geschichte an verschiedene Anlässe knüpfen läßt, so ist als zentrales Merkmal festzuhalten, daß sie sich in erster Linie gegen die Repression und Diktatur der SED wandte.

Mit ihrer Gründung wurde die SED das politische Instrument zur Organisation der Gesellschaft, nach dem Vorbild der Sowjetunion. Obwohl politische Opposition in der DDR nach der marxistisch-leninistischen Ideologie illegitim war, da für sie keine „objektive, soziale und politische Grundlage“⁶² existierte, war sie ein Bestandteil während des 40-jährigen Daseins der DDR. Gerade aber das Fehlen einer Existenzberechtigung bedeutete, daß Opposition in den sozialistischen Staaten im Vergleich zu westlichen Demokratien einen gänzlich anderen, einen schwereren Stand hatte und sie sich erst die Voraussetzungen für eine Existenz schaffen mußte. Insofern waren oppositionelle Bestrebungen in der Anfangsphase zunächst darauf ausgerichtet, die diktatorische Macht auf dem Wege der

⁶⁰ Vgl. Jander, Martin: Vorläufige Chronologie Verfolgung, Opposition, Dissidenz und Verweigerung in der DDR 1945-1990, a.a.O., S. 7 ff.

⁶¹ Vgl. Wendt, Hartmut: Die deutsch-deutschen Wanderungen, in: Deutschland Archiv Heft 24/1991, S. 386 ff.

⁶² „Da die sozialistische Staatsmacht die Interessen des Volkes verkörpert und seinen Willen verwirklicht, die Staatsmacht tatsächlich vom Volke ausgeht, der Erhaltung des Friedens, dem Aufbau des Sozialismus und damit der kontinuierlichen Entfaltung umfassender Demokratie (...) dient, richtet sich jegliche Opposition gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung, gegen die Werktätigen selbst.“ Vgl. hierzu: Kleines Politisches Wörterbuch der DDR, 4. Auflage, Berlin 1983, S. 695f.

Revolte, der friedlichen Gehorsamsverweigerung der Bürger gegenüber dem Staat, zu stürzen.⁶³

2.1. Erscheinungsformen von Opposition

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Opposition in der DDR finden sich verschiedene Erscheinungsformen, die eine nähere Betrachtung erfordern.

Oppositionelles sowie regimekritisches Denken und Handeln fand in verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Bereichen statt, so z.B. in der Arbeiterschaft, die am 17. Juni 1953 den Arbeiteraufstand probte. Dieser ließ sich bekanntlich nur mit sowjetischer Hilfe, bestehend aus Panzern und Militär, niederschlagen.⁶⁴ Nachdem die SED-Führung im Mai 1953 den wirtschaftlichen Problemen im Staat mittels einer 10 %igen Normenerhöhung entgegnete, kam es zu erheblichen Protesten in den Betrieben, was wiederum die Zahl der Republikflüchtlinge stark ansteigen ließ. Die im „Neuen Kurs“ gemachten Zugeständnisse vom 09. Juni 1953 betrafen lediglich Bauern, Handwerker und Geschäftsleute, nicht aber die „herrschende Arbeiterklasse.“ Dort blieb es bei der Erhöhung der Arbeitsnormen, was zum Arbeiteraufstand führte, bei dem allein in Ost-Berlin hunderttausend Menschen auf die Straßen gingen. Der 17. Juni 1953 zeigte der SED deutlich, daß sie keinen Rückhalt für ihre Politik innerhalb der Bevölkerung hatte, was sich für die Parteiführung zum Trauma auswuchs. Innerhalb der kulturellen und wissenschaftlichen Elite fanden sich Wissenschaftler, Publizisten, Liedermacher und Künstler, die staatliche Vorgaben hinterfragten und diskutierten. Namentlich seien hier beispielsweise Robert Havemann, Ernst Bloch, Wolfgang Harich und Wolf Biermann angeführt, denen gemeinsam war, daß sie sich für ein produktives, nicht durch dogmatisch-bürokratische Vorgaben eingegengtes

⁶³ Vgl. Jander, Martin: Vorläufige Chronologie Verfolgung, Opposition, Dissidenz und Verweigerung in der DDR 1945-1990, in: Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 23/1997, Berlin 1997, S. 3.

⁶⁴ Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, a.a.O., S. 80 ff.

Denken, eine Humanisierung und Demokratisierung des Sozialismus stark machten.⁶⁵

Kulturförderung war ein festgeschriebener Bestandteil innerhalb der DDR-Verfassung, womit dem Bereich Kultur sowie den Kulturschaffenden großes Augenmerk zukam. Mitglieder des Schriftstellerverbandes genossen Privilegien, sofern sie der Partei angehörten, unterstanden jedoch auch der Beobachtung durch den Staat. Dieser war sich wohl bewußt über die „geistige Elite“ und deren Möglichkeiten, mit Hilfe von Literatur, Musik und Kunst, Einfluß auf die Menschen in der DDR auszuüben.

Die Ausbürgerung Wolf Biermanns im Jahre 1976 stellt eine Variante dar, wie in der DDR mit Kritikern des Systems verfahren wurde. In seinem Gedicht „An die alten Genossen“, im Dezember 1962 anlässlich eines Lese- und Diskussionsabend vorgetragen, forderte der Liedermacher das Ende der bisherigen Politik, die zu Enttäuschung und Unzufriedenheit beitrug. Im Text heißt es ferner, daß ein politischer Neuanfang mit neuen Menschen und Ideen folgen sollte. Nachdem die Texte des Liedermachers Biermann deutliche Kritik an Partei und Staat offenbarten, geriet er ins Visier der Parteiideologen. Seine Ausweisung verursachte innerhalb des Kreises der Intellektuellen Unruhe und einen Vertrauensverlust in den Staat.⁶⁶

2.2. Innerparteiliche Opposition im SED-Staat

Wesentliches Augenmerk muß insbesondere auch einer innerparteilichen Opposition zuteil werden. Diese war während des Bestehens der DDR immer wieder wahrnehmbar, meist jedoch aber ohne nennenswerten Einfluß und Erfolg.

Als Motiv der SED-internen Opposition kamen verschiedene Aspekte zum Tragen. Zum einen der mögliche Wunsch nach persönlichem Machtstreben von Parteimitgliedern und SED-Kadern, zum anderen der Versuch, die

⁶⁵ Vgl. Hoffmann, Dieter: Robert Havemann, Dokumente eines Lebens, Berlin 1991, S. 42.

⁶⁶ Vgl. Wittkowski, Joachim: Die DDR und Biermann, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 20/96 vom 10. Mai 1996, S. 37 ff.

größer werdenden Differenzen zwischen Partei und Bevölkerung im Rahmen zu halten und zu verringern.

Um den Stellenwert innerparteilicher Opposition besser einschätzen zu können, bedarf es einer genaueren Analyse und somit eines Überblickes über verschiedene zeitliche und inhaltliche Formen innerparteilicher Opposition.

In chronologisch richtiger Reihenfolge muß mit Staatssicherheitschef Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, dem Chefredakteur des Neuen Deutschlands begonnen werden, die bereits 1953 durch opportunes Verhalten aufgefallen waren.⁶⁷ Herrnstadt hatte einen Entwurf im Auftrag des Politbüros erarbeitet, in dem die Auswirkungen des „Neuen Kurses“, den die SED-Führung seit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 verfolgte, auf die SED und ihre Politik untersucht werden sollten. Den festzustellenden Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung begründete Herrnstadt „mit dem autoritären und selbtherrlichen Führungsstil, der sie die Massenbasis“ kostete.⁶⁸ Als Lösung dieser Problematik schlug er vor, im Glauben an die Ideologie von der historischen Mission der Arbeiterklasse, daß sich insbesondere die Partei von unten her strukturell und personell neuorganisieren müßte. Politbüromitglied Zaisser sollte es zum Verhängnis werden, daß er im Politbüro anlässlich einer Personaldiskussion vorschlug, Herrnstadt, dessen Thesen er unterstützte, als ersten Sekretär zu berufen. Dies jedoch berührte wiederum Walter Ulbricht in seiner Stellung als Generalsekretär. Der Konflikt war aus der Taufe gehoben, führte letztlich aber dazu, daß sich der mächtigere Ulbricht durchzusetzen vermochte, woraufhin Herrnstadt und Zaisser aus der Partei ausgeschlossen wurden. Weitere Politbüromitglieder wie Anton Ackermann, Elli Schmidt und Hans

⁶⁷ Vgl. hierzu auch: Hertwig, Manfred: Der Umgang mit oppositionellem und widerständigem Verhalten. Die Opposition von Intellektuellen in der SED/DDR in den 50er Jahren (insbesondere 1953, 1956/57), ihre Unterdrückung und Ausschaltung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII 1, Frankfurt a.M. 1995, S. 873- 895; siehe auch die Reaktion Ulbrichts vor dem 15. Plenum des zur Opposition Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen: Der Staatssicherheitsdienst, Bonn 1962, S.66f.

⁶⁸ Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition..., a.a.O., S. 101.

Jendretky verloren ihre Sitze im ZK, nachdem sie sich gegenüber Ulbricht kritisch in Bezug auf dessen Vorgehen äußerten.⁶⁹

Fraglich ist jedoch, ob das Inerscheintreten von Herrstadt und Zaisser als Form der Opposition angesehen werden muß. Karl Wilhelm Fricke⁷⁰ stellt gegenüber, daß sowohl Zaisser als auch Herrstadt, die beide zum engeren Führungskreis der SED gehörten, über eine Erneuerung der Partei sowie über eine Alternative zu Walter Ulbricht diskutierten, auf der anderen Seite die politische Richtung der SED aber nicht grundsätzlich in Frage stellten. Vielmehr suchten sie in Sorge um die Partei nach neuen politischen Wegen, ohne aber das „alte Ziel“ in Frage zu stellen.

Ähnlich verhält es sich um die Person von Karl Schirdewan, Mitglied des Politbüros und für Kaderfragen verantwortlicher Sekretär im ZK, der anlässlich der 35.sten Tagung des ZK der SED im Februar 1958 aus dem ZK ausgeschlossen wurde. Neben Schirdewan hatten sich Ernst Wollweber, Minister für Staatssicherheit, und Gerhart Ziller, Sekretär für Wirtschaft im ZK, im Hinblick auf die seit Februar 1956 einsetzende Entstalinisierung⁷¹ für eine Kurskorrektur zwecks innenpolitischer Konfliktmilderung starkgemacht. Schirdewan und seinen Mitstreitern⁷² ging es ebensowenig um eine Abkehr oder Schwächung des Sozialismus wie zuvor Zaisser und Herrstadt. Vielmehr verfolgten sie das Ziel einer „effizienteren Politik der SED“, die sie durch die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit in der Partei und in der Wirtschaft erreichen wollten.⁷³

Die innerparteilichen „Abweichler“ des strengen Ulbricht-Kurses scheiterten und hatten Abbitte zu leisten. Ziller beging Selbstmord und Vieweg wurde mit einer Gefängnisstrafe belegt. Einen Gegenkurs zu Ulbricht vorzunehmen führte schnell zur Beschuldigung, eine „opportunistische

⁶⁹ ebenda, S. 102.

⁷⁰ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII.1, Frankfurt a.M. 1995, S.23

⁷¹ Das sozialistische Lager wurde durch den XX. Parteitag der KPdSU vom 14. - 25.02.1956 erschüttert, nachdem Nikita Chruschtschow mit den Taten Stalins abrechnete, wodurch in den sozialistischen Staaten eine Krise ausgelöst wurde.

⁷² Dazu gehörten ferner auch Exminister Fritz Selbmann, Chefideologe Fred Oelßner und Kurt Vieweg. Letzterer machte sich des Vergehens schuldig, eine Verlangsamung und teilweise Rücknahme der Kollektivierungspolitik zu fordern. Siehe hierzu: Neubert, Ehrhart: Die Geschichte der Opposition..., a.a.O., S. 105.

⁷³ ebenda.

Gruppe“ gebildet zu haben – worauf unweigerlich negative Sanktionen folgten. Wiederum stellt sich die Frage, ob es sich im Falle „Schirdewan“ im eigentlichen Sinne um Opposition handelte.

Karl Wilhelm Fricke stellt hierzu fest, daß Schirdewan und dessen Befürworter Rückhalt in Teilen der SED und im Funktionskader hatten, was für Ulbricht als Risiko eingestuft werden mußte.⁷⁴ Insofern ist es m.E. legitim, von Opposition innerhalb der SED-Führung zu sprechen und es gilt an dieser Stelle festzuhalten, daß verschiedene Formen oppositionellen Handelns und Verhaltens innerhalb der SED und SED-Führungsriege Bestand hatten, wenn auch ohne nennenswerte Erfolge herbeigeführt zu haben. Ferner ist festzustellen, daß der Umgang mit opportunem parteiinternem Verhalten seitens der Parteiführung nahezu der gleiche war.⁷⁵ In der Öffentlichkeit wurden Dissidenten dem „Erbe des Kapitalismus“ zugerechnet, die durch „imperialistische Kreise und Diversionszentralen“ von außen in die DDR getragen wurden.⁷⁶ Hintergründe von in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Fällen von Opposition wurden stets geheimgehalten. Von offizieller Seite gab es in der DDR Opposition und Widerstand gar nicht.

Diese Beispiele veranschaulichen sehr deutlich, wie mit Mißbilligungen gegenüber dem Regime sowie mit abweichenden Ansichten zum politischen Kurs der SED verfahren wurde. Aus einem zunächst harmlosen Gutachten zu den Auswirkungen des „Neuen Kurses“ wurde ein handfester Skandal, der alle mitriß, die in seinen Sog gerieten. Am Ende wurde die Situation kurzer Hand dadurch gelöst, daß alle vermeintlich Oppositionellen oder solche mit allzu kritischen Vorbehalten gegenüber der Partei schlichtweg

⁷⁴ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII.1, Frankfurt 1995, S. 23.

⁷⁵ Innerhalb der SED fanden seit 1949 sog. Säuberungsprozesse statt, um eine Partei „Neuen Typs“ zu gestalten. Dahinter steckte jedoch einzig die Absicht, eine totale Disziplinierung aller Parteimitglieder zu gewährleisten. Vgl. hierzu: Klein, Thomas: Die Herrschaft der Parteibürokratie, Disziplinierung, Repression und Widerstand in der SED, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/96 vom 10.05.1996, S. 3-12.

⁷⁶ Vgl. Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 464 f.

entfernt wurden. Dieses Vorgehen sollte sich als symptomatisch für das Bestehen der DDR herausstellen. Die Tatsache, daß hohe Funktionäre innerhalb der SED bei Ablehnung des politischen Kurses mit Repressalien zu rechnen hatten, führte zwangsläufig zu ihrer Handlungsunfähigkeit. Umgestaltungen entgegen vorgegebener Ziele der Partei waren nicht möglich, insofern gab es keine oder nur sehr begrenzte Möglichkeiten für die Vornahme von Veränderungen.

Der Vergleich von Opposition in den 50er und 80er Jahren zeigt, daß die Beweggründe des Handelns Oppositioneller häufig ähnlich waren. Die Stoßrichtung der Bestrebungen in den 50er Jahren zielte nicht allein, wie so oft falsch beschrieben, darauf ab, die Einheit Deutschlands herzustellen, sondern richtete sich wie auch spätere Formen von Opposition gegen Unterdrückung und Diktatur der SED.

Im letzten Jahrzehnt der DDR stellten sich innerhalb der SED verschiedene Ansichten zu Richtungsvorgaben heraus, was politische Vorgaben im Staat anging. Wenngleich hier nicht wirklich von innerparteilicher Opposition gesprochen werden kann, so gab es hinsichtlich des sowjetischen Reformkurses zwei erkennbar „widerstreitende Grundrichtungen.“ Während die eine Seite als große Befürworter des sowjetischen Kurses das Ende Honeckers herbeisehnte, fanden sich auf der anderen Seite arge Kritiker, die mit Gorbatschows Reformkurs das Ende des Sozialismus voraussahen. Beide Gruppierungen wiesen jedoch eine nennenswerte Gemeinsamkeit auf - sie organisierten ihre Interessen nicht, sondern warteten auf Veränderungen, ohne darauf aktiv Einfluß zu nehmen.⁷⁷ Beidseitig setzte man auf eine „biologische Lösung“, also darauf, daß sich die Angelegenheit von selbst regeln werde.⁷⁸

⁷⁷ Vgl. Wolle, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989, Bonn 1998, S. 315.

⁷⁸ Dieser Aspekt weist ferner auf eines der großen Probleme innerhalb des Systems hin, auf den an späterer Stelle noch ausführlich eingegangen wird. Vorab ist aber hier schon festzuhalten, daß eine Handlungsunfähigkeit der Funktionäre auf allen Ebenen spürbar wurde, deren Ursache in der Furcht vor dem Treffen falscher Entscheidungen lag. Die Hierarchie im SED-Staat sah vor, daß Entscheidungen von oben nach unten getroffen wurden. Fehlte in diesem Prozeß ein Glied, so konnte dies dazu führen, daß wichtige Maßnahmen gar nicht oder erst viel später entschieden werden konnten. Behindernde Auswirkungen auf das tagespolitische Geschäft waren damit vorprogrammiert.

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema innerparteiliche Opposition stellt sich die Frage nach weiteren Möglichkeiten des Aufbegehrens im SED-Regime gegen politische Zielsetzungen der Staatspartei. Der Blick fällt dabei auf die Blockparteien, insbesondere deren Stellung und Rolle im politischen System der DDR. Immerhin waren mehr als 40% der etwa 500 Mitglieder im Zentralparlament, der Volkskammer, in den Blockparteien organisiert.⁷⁹ Hier könnte möglicherweise ein Raum bestanden haben, unabhängig von Vorgaben seitens der SED, auf das politische Geschäft Einfluß zu nehmen. Schließlich wurde den Blockparteien nachgesagt, daß sie eine sogenannte „Nischenfunktion“ innehatten, die es denjenigen, die nicht SED-konform waren, ermöglichte, politischen Unterschlupf zu finden.

2.3. Die Blockparteien - möglicher Ort für Opposition?

Mit der von der sowjetischen Besatzungsmacht nach dem Ende des 2. Weltkrieges vorgenommenen politischen Neuordnung in der SBZ wurde schrittweise das stalinistische Herrschaftssystem übernommen und eingeführt. Nachdem SPD und KPD im April 1946 zur SED zwangsvereinigt wurden, wurden die Aktivitäten der bislang zugelassenen demokratischen Parteien zunehmend unterbunden.

Lediglich CDU, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD), die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) wurden als sogenannte Blockparteien zugelassen, jedoch mit der Einschränkung, daß sie sich zum sozialistischen Staat und zur Führungsrolle der SED bekennen und als parteiinternes Willensbildungsmuster den demokratischen Zentralismus, getreu den Lehren Lenins, übernehmen. Es stellt sich zu diesem Zeitpunkt bereits die Frage, ob die Blockparteien im politischen System der DDR die Funktion einer politischen Opposition oder wenigstens eines Gegengewichtes zur SED einnehmen konnten. Sinn und Zweck der Blockparteien bestand darin, Teile der Bevölkerung, die dem System distanziert und kritisch gegenüberstanden, für die Politik der SED zu gewinnen. Während CDU und LDPD bereits 1945 gegründet wurden, hatten

⁷⁹ Vgl. Informationen zur Politischen Bildung: Die DDR , Nr. 205, Bonn 1988, S. 19.

sich DBD und NDPD erst im Jahre 1948 als Zweig der SED konstituiert, um die Anhängerschaft der bürgerlichen Parteien zu spalten und damit zu schwächen.⁸⁰

Die Blockparteien können demnach nicht als Form der Opposition im politischen System des SED-Staates angesehen werden, dazu unterstanden sie zu großer staatlicher Kontrolle, waren gesteuert und überwacht. Auch ihr politischer Einfluß war unbedeutend, da sie sich dem Diktat der SED zu unterwerfen hatten.⁸¹

Dennoch kam den Blockparteien tatsächlich eine gewisse Nischenfunktion für solche Personenkreise zu, die sich dem Zugriff der SED zu entziehen versuchten. Mitglieder der Blockparteien, insbesondere der bürgerlichen CDU und LDPD, wurden von der SED weitgehend in Ruhe gelassen, womit gewissermaßen ein „Freiraum“ vor politischer Erfassung entstanden war. Doch darf dieser Freiraum keineswegs überbewertet werden, so unterstanden z.B. innerhalb der Volkskammer die meisten Mitglieder der SED-Fraktion, da rund 90 % aller Volkskammerabgeordneten zugleich der SED angehörten.⁸²

Die SED überließ im politischen System der DDR nichts dem Zufall und strebte an, möglichst alle politischen Räume abzudecken und zu kontrollieren. Das angeführte Beispiel von DBD und NDPD, die allein deshalb gegründet wurden, um das politische Lager der bürgerlichen Parteien zu schwächen, untermauert diese Aussage.

2.4. Kein rechtlicher Raum für politische Opposition

Das Entstehen von Bürgerbewegungen und Opposition in einem System, welches von offizieller Seite keine Notwendigkeit für politische Betätigung außerhalb des dafür vorgesehenen staatlichen Raumes vorsah, stellte für die sich herausbildenden Kräfte eine Gefahr dar.

⁸⁰ Vgl. Informationen zur Politischen Bildung: Die DDR , Nr. 205, Bonn 1988, S.12ff.

⁸¹ Vgl. auch Weber, Hermann; Koch, Manfred: Opposition in der DDR, in: Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg, Stuttgart 1983, S.132 f.

⁸² Vgl. Informationen zur Politischen Bildung: Die DDR , Nr. 205, Bonn 1988, S.19.

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung ist die Ursache von Klassenkonflikten innerhalb der Gesellschaft mit der Aufhebung des Privateigentums beseitigt worden. Die Funktion von Politik in der DDR bestand somit nicht darin, konkurrierenden Parteien die Möglichkeit zu bieten, Konflikte und Differenzen auszutragen. Artikel 3 der DDR-Verfassung definierte Politik als „Bündnis aller Kräfte des Volkes“, demzufolge politische Opposition als systemwidrig angesehen wurde, der mit staatlichen Mitteln entgegnet werden müsse.⁸³

Artikel 33 des SED-Statuts untersagt jegliche Fraktionsbildung, die bereits dann eintritt, wenn mehrere „*Mitglieder von der Parteiführung abweichende Vorstellungen entwickeln (...) und dafür werben oder gar sich irgendeiner Form (.) organisieren.*“⁸⁴

Eine kontroverse Position zur SED-Führung zu beziehen war demnach nicht möglich, ohne die Statuten und somit das Gesetz zu verletzen. Allein der Versuch eine Fraktion zu bilden, sei „ein Beleg für feindliche Auffassungen.“ Daneben sah das politische Strafrecht in Artikel 6 der DDR-Verfassung von 1949 eine Bestimmung der „Boykotthetze“ vor, die im Jahre 1950 als unmittelbar anzuwendendes Strafgesetz umgesetzt wurde und der Verfolgung und Verurteilung jedweder Form nonkonformen Verhaltens diene. Verurteilungen nach der Norm des Artikel 6 erfaßten Tatbestände der politischen Unmutsäußerung bis hin zu regimfeindlichen Aktivitäten wie Spionage und Hochverrat.⁸⁵

Wenngleich eindeutige gesetzliche Bestimmungen vorlagen, so hatte die Staatsmacht dennoch mit einer ansteigenden Zahl oppositioneller Bestrebungen, insbesondere in den 80er Jahren, zu tun. Diesen versuchte man nicht zuletzt durch eine Verstärkung inoffizieller Mitarbeiter des MfS zu entgegnen.⁸⁶ Lag die Zahl der IMs 1968 bei etwa 100.000, so stieg sie in

⁸³ Vgl. Weidenfeld, Werner; Korte, Karl - Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1993, S.115.

⁸⁴ Vgl. Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1983, S. 34.

⁸⁵ Fricke, Karl-Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR, Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968, Köln 1979, S. 168 f.

⁸⁶ Für den Einfang von Stimmungsverschiebungen innerhalb der DDR bezüglich des politischen Kurses der SED sowohl in der Bevölkerung als auch innerhalb der Partei, wurde die dem MfS unterstehende Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) bereits im Jahre 1953 ins Leben gerufen. Dort kam

den 80er Jahren auf über 170.000 an.⁸⁷ Die Staatsmacht erhoffte sich damit, die gerade unter dem Dach der evangelischen Kirche zusammenkommenden Oppositionellen zu bekämpfen.

2.5. Die Formierung der „politischen Opposition“ in den 80er Jahren

Der Sog sowjetischer Reformpolitik war in der DDR deutlich wahrzunehmen und sorgte nicht nur im Kreise der Parteiführung für Aufregung und Unruhe, sondern griff auch auf große Teile der Bevölkerung über.

Daß eine Umgestaltung auch auf die DDR übergreifen und Verbesserungen mit sich bringen werde, diese Hoffnung verbanden viele Menschen mit dem sowjetischen Reformkurs. Denn von diesem ging deutlich erkennbar das Signal aus, daß die Zeit für demokratische Veränderungen auch für die DDR gekommen war, da dem Demokratisierungsprozeß in Osteuropa offiziell kein Hindernis im Wege stehen würde. In den Jahren 1987 bis zum Untergang des SED-Regimes im Herbst 1989 artikulierten immer mehr Bürger ihre Zustimmung bezüglich des sowjetischen Reformkurses, was die Staatsmacht zu unterbinden versuchte. Perestroika und Glasnost wurden zu Schlagworten in der DDR, mit denen die Bevölkerung Wünsche und Hoffnungen verband, die plötzlich in greifbare Nähe rückten. Die einstige Parole: *„Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“* verstummte und war von der SED-Führung nicht mehr zu hören.

man zu dem Ergebnis, daß die Auseinandersetzung der Parteiführung mit dem sowjetischen Reformkurs für Spannungen nicht nur in der Bevölkerung sorgte, sondern gerade auch innerhalb der Reihe von SED-Mitgliedern. Es wurde erstmals unter staatstragenden Personenkreisen, nämlich Mitgliedern und Funktionären der Partei, eine Unruhe festgestellt, die als bedenklich eingestuft werden mußte. Als Ursache dieser Entwicklung war zu vernehmen, daß sich die Bevölkerung der DDR politisch entmündigt fühlte, was in vielen Kreisen auch offen ausgesprochen wurde. Dennoch führte auch dies nicht zu einer erwähnenswerten SED-internen Opposition, trug aber zum Zerfall der Regimeloyalität bei. Vgl. hierzu: MfS ZAIG, Hinweise über Reaktionen progressiver Kräfte auf die gegenwärtige innenpolitische Lage in der DDR vom 8.10.1989, BStU, ZA, ZAIG 4258.

⁸⁷ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996, S. 54ff.

In den 40 Jahren, in denen die DDR existierte, hatte es die SED-Führungsrige verpaßt, der Bevölkerung die Möglichkeit einer politischen Mitgestaltung in Form eines wirklichen Mitspracherechtes einzuräumen. Das vehemente Unterbinden von Reformen nach sowjetischem Vorbild führte in großen Teilen der Bevölkerung zu Enttäuschung und Frustration. Die dadurch anwachsende Unzufriedenheit war ganz entscheidend für das Erstarken der Opposition, des ansteigenden Ausreisedrucks sowie für das wachsende Selbstbewußtsein gegenüber dem Regime. Letzteres zeigte sich in immer größer werdenden Demonstrationen, bei denen am Ende Hunderttausende auf die Straße gingen.

Die mit der Massenflucht einhergehende Destabilisierung des SED-Regimes verstärkte die Opposition zusehends, die sich in den letzten Monaten vor dem Fall der Mauer öffentlich formierte und ihre Forderungen artikulierte.⁸⁸ Im Folgenden soll ein Überblick vermittelt werden, der die einzelnen Bürgerbewegungen, -initiativen und Parteien vorstellt, dabei insbesondere auf deren Programmatik verweist, wobei für diese Arbeit deren wirtschaftspolitischen Aussagen von besonderem Interesse sind.⁸⁹

Als erste Oppositionsgruppierung ist das Neue Forum (NF) zu benennen (Gründung am 9.9.1989), welches mit dem „Aufbruch 89“ am 12. September 1989 an die Öffentlichkeit ging und eine der mitgliederstärksten Oppositionsbewegungen mit etwa 100.000 Mitgliedern wurde.⁹⁰

⁸⁸ Genau genommen muß begrifflich unterschieden werden zwischen Bürger- und Oppositionsbewegung. Während die Bürgerbewegung eher den kritischen Dialog mit der Regierung suchte, ging das Formieren einer Oppositionsbewegung wesentlich weiter und beinhaltete das Stellen der Machtfrage. Vgl. hierzu Interview mit Ehrhart Neubert, im Anhang, S.229f.

⁸⁹ Zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen siehe auch: Stark, Isolde: Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der Zeit vom Sommer 1989 bis zum Oktober 1990; Thaysen, Uwe: Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der DDR zur Zeit des Zentralen Runden Tisches (1989/90), beide in : Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur...“, Band 3, Frankfurt am Main 1999, (S. 2630-2805).

⁹⁰ Es ist jedoch davon auszugehen, daß eine Anzahl von Einträgen in die Mitgliedslisten erfolgte, um damit den Protest gegenüber den politischen Zuständen in der DDR zum Ausdruck zu bringen. Die Absicht, aktiv eine Funktion

Ausgangspunkt des Gründungsaufwurfes war die Feststellung: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.“ Um diesen Mißstand zu beheben, sollte das NF als eine gemeinsame politische Plattform für alle Bürger der DDR gebildet werden.⁹¹ Das NF wies auf politische, wirtschaftliche und ökologische Mißstände des SED-Regimes hin, entwickelte zunächst aber keine präzisen Vorstellungen über eine zukünftige Gestaltung des Systems.⁹² Inhaltlich übten Gründer und Mitglieder des NF zunächst Zurückhaltung und benannten Alternativen zum Sozialismus, wobei traditionelle Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus hervorgehoben wurden. Dieses vorsichtige Agieren ist vor dem Hintergrund verständlich, daß unklar war, wie staatliche Stellen darauf reagieren würden.

Die Frage einer Wiedervereinigung beider deutschen Staaten wurde seitens des NF verneint, in einem Rundbrief vom 1. Oktober 1989 wurde erklärt, daß die Wiedervereinigung beider deutschen Staaten kein Thema sei, da man von der „Zweistaatlichkeit Deutschlands“ ausgehe und kein „kapitalistisches Gesellschaftssystem“ anstrebe.⁹³

Bereits am 19. September 1989, knapp eine Woche nach seiner Gründung, lehnte das Ministerium des Inneren den Anmeldeantrag des NF mit der Begründung ab, daß „keine gesellschaftliche Notwendigkeit bestehe.“ Zum selben Zeitpunkt wurden Treffen der Mitglieder längst schon von Sicherheitsorganen beobachtet.⁹⁴

Im November 1989 richtete das NF eine Wirtschaftskonferenz aus, an der Referenten aus dem Westen, Wissenschaftler verschiedener bundesdeutscher Universitäten, Vertreter aus der westdeutschen Wirtschaft

innerhalb der Oppositionsgruppe übernehmen zu wollen, war in solchen Fällen sicherlich nicht maßgeblich für eine Mitgliedschaft.

⁹¹ Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition..., a.a.O., S. 835 ff.

⁹² Vgl. Weilemann, Peter; Meyer zu Natrup, Friedhelm; Bulla, Marcel u.a.: Parteien im Aufbruch, Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990, Melle 1990, S. 50 ff; Glaeßner, Gert-Joachim u. Svankmajer, Milan: Der Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR und der CSSR, Berlin 1990, S.6; Müller-Enbergs, Helmut: Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992, S. 14 ff.

⁹³ Vgl. Schult, Reinhard: Offen für alle - das Neue Forum, in: Knabe, Hubertus (Hrsg.): Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989, S.163 ff.

⁹⁴ Vgl. Neubert, Ehrhart: Die Geschichte der Opposition..., a.a.O., S. 836.

sowie Wirtschaftswissenschaftler aus der DDR teilnahmen. Einer der Teilnehmer vom NF machte im Rahmen dieser Tagung eine sehr treffende Feststellung. Guntolf Herzberg bemerkte: *„Das Neue Forum steht zwischen zwei Klippen: links die SED mit Aktionsprogramm, (...) rechts die finanzstarke Bundesrepublik, die Kapital und Technologie zu ihren Bedingungen liefern kann (...) das Neue Forum hat nicht die Macht, die wirtschaftlichen Verhältnisse in seinem Sinne zu verändern.“*⁹⁵

Das Bestehen dieses Zustandes erschwerte den Bürger- und Oppositionsbewegungen nicht nur die programmatische Arbeit, es verurteilte gleich im Vorfeld sämtliche Überlegungen eines neuen Wirtschaftsweges zum Scheitern. Zu stark und einflußreich waren die beiden Gegenpole, die Bundesrepublik und auch die SED. Nicht zu unterschätzen allerdings ist in diesem Zusammenhang auch die Öffentlichkeit der DDR. Ein Großteil der DDR-Bürger sah die Güter und Waren des Westens als greifbar nah, und diese Situation gefiel vielen Menschen. Hatten sie bislang nicht selten bis zu zwei Jahrzehnte auf ein Auto warten müssen, so konnten sie jetzt in großer Modellauswahl wählen, und in nur wenigen Stunden ein neues Auto besitzen. Vor diesem Hintergrund, der zwar nur exemplarisch ist, aber auch auf andere Bereiche Anwendung findet, ließ sich kaum Begeisterung ernten, weder für ein Wirtschaftssystem mit ausgeprägten sozialen Komponenten, noch für andere Varianten oder dritte Wege, die allesamt vermutlich zu unklar und unberechenbar erschienen.

Die zweite Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums am 27. und 28. Februar 1990 brachte im Ergebnis hervor, daß eine vorschnelle Einführung der DM für die DDR fatale Folgen haben werde, weshalb man dringend in aller Öffentlichkeit vor der geplanten DM-Einführung warnte.⁹⁶

Insgesamt ist festzuhalten, was wirtschaftspolitische Aussagen des NF anging, daß zunächst Einigkeit darüber bestand, das kapitalistische

⁹⁵ Vgl. Herzberg, Guntolf: Darum geht's: Demokratie und Gerechtigkeit, in: Neues Forum. Wirtschaftsforum der DDR. Internationale Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums, Berlin-Buch, vom 25./26. November 1989, Berlin 1990, S. 87 f.

⁹⁶ Vgl. Stark, Isolde: Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der Zeit vom Sommer 1989 bis zum Oktober 1990,

Wirtschaftssystem abzulehnen. Diese Aussage relativierte sich jedoch später, als eine Marktwirtschaft für notwendig gehalten wurde, die „soviel soziale Sicherheit wie möglich gewährleiste.“⁹⁷

Einige Tage nach dem NF konstituierte sich die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ (DJ) am 12.9.1989, deren Programmatik die „Überwindung des staatssozialistischen Infarkts“ mit demokratischem Mitteln vorsah, wobei das anvisierte neue System eine demokratische und humane Alternative zur Bundesrepublik Deutschland darstellen sollte.⁹⁸ Ferner sollten sich die beiden deutschen Staaten „um der Einheit willen aufeinander zu reformieren“, was jedoch lediglich das deutsche Dasein innerhalb der europäischen Gemeinschaft anging und nicht das eines wiedervereinigten Deutschlands. Ebenso wie das „Neue Forum“ erteilte „Demokratie Jetzt“ einer deutschen Wiedervereinigung die Absage. In der DDR sollte vielmehr eine reformierte sozialistische Gesellschaft die Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft darstellen. Hier sollten alsdann Werte wie „soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenwürde“ gewahrt werden, die im „Staatssozialismus“ nicht vorhanden waren.⁹⁹ Zu Veränderungen innerhalb eines Wirtschaftssystems finden sich auch hier lediglich allgemein gehaltene Aussagen, wie der Forderung nach Unabhängigkeit des Wirtschaftssystems, das ferner „dezentral, in der Preisbildung marktorientiert, und auch in privaten Eigentumsformen handlungsfähig“ sein sollte. Daneben trat DJ für eine „sozial-ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft“ ein, die sowohl für den Schutz der Umwelt, als auch für die Gewährleistung von Mitwirkungsrechten der Arbeitnehmer stand¹⁰⁰.

in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band 3, Frankfurt a. M. 1999, S. 2656 ff.

⁹⁷ Vgl. Weilemann, P.; Meyer zu Natrup, Bulla, M. u.a., a.a.O., S. 54.

⁹⁸ ebenda, S.59.

⁹⁹ Vgl. Neubert, Ehrhart: Die Geschichte der Opposition..., a.a.O., S. 837f.

¹⁰⁰ Vgl. Weilemann, P.; Meyer zu Natrup, Bulla, M. u.a.: Parteien im Aufbruch..., a.a.O., S.60 f.

In den Vorstellungen von DJ, was einen reformierten Sozialismus angeht, fanden sich sowohl „Gemeinschaftswerte“, als auch die Integration von „Menschenrechten, Pluralismus und Marktmechanismen.“¹⁰¹

Bereits im Februar 1989 entstand die Idee zur Gründung des Demokratischen Aufbruchs (DA), die erst Anfang Oktober `89 in die Tat umgesetzt wurde. Dabei wurde insbesondere am Gründungstag das Vorhaben durch das MfS und der Polizei erschwert, die die Zusammenkunft der etwa 80 Oppositionellen zu unterbinden versuchten. Der DA konstituierte sich mit dem Ziel, für bereits bestehende kirchliche und Umweltgruppen eine Sammelbewegung darzustellen, um ein gemeinsames Handeln dieser zu ermöglichen.

Das erste Programm des DA sah vor, einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus zu beschreiten, freie Wahlen in der DDR einzufordern sowie Meinungs- und Versammlungsfreiheit durchzusetzen. Zunächst wurde einer deutschen Wiedervereinigung die Absage erklärt, was ab Ende November '89 umschlug und darin mündete, daß die deutsche Einheit mittels „Wahlen in allen deutschen Ländern innerhalb der Grenzen der beiden deutschen Staaten“ herbeigeführt werden sollte.¹⁰²

Der DA setzte sich ein für eine demokratische, soziale, ökologische und gewaltfreie DDR und beschrieb sich selbst als „gestaltende Kraft der demokratischen Volksbewegung“, wobei eine Parlamentarische Demokratie in einem pluralistischem System anvisiert wurde.¹⁰³

Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen des DA sahen eine ökologischen Grundsätzen verpflichtete, kontrollierte Marktwirtschaft vor, die im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland eine stärkere Ausrichtung nach sozialen und ökologischen Aspekten aufweisen sollte. Jedoch blieb auch beim DA wie bei den anderen neuen Parteien und politischen Vereinigungen das Programm im Hinblick auf zentrale Fragen der Wirtschaft zunächst unvollständig und darüber hinaus uneinheitlich. Zum einen sollte der Markt als „Steuerungsinstrument für Angebot und Nachfrage“ dienen, andererseits

¹⁰¹ Vgl. Müller-Enbergs, Helmut: Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992, S. 48 ff.; Demokratie Jetzt 1989 Aufruf zur Einmischung in eigener Sache

¹⁰² Vgl. Weilemann, P.; Meyer zu Natrup, F.; Bulla, M. u.a., a.a.O., S. 28 f.

¹⁰³ ebenda, S. 22 ff; Müller-Enbergs, Helmut, a.a.O., S.17 ff.

sollten „Marktmechanismen im Rahmen gesamtwirtschaftlicher Strukturplanung wirksam werden“, es sollte also ein Zusammenspiel von Markt und Plan werden.¹⁰⁴

Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM), die bereits seit Ende Oktober 1985 als älteste Bürgerrechtsgruppe existierte und sich vorrangig mit der Menschenrechtssituation in der DDR befaßte, versuchte mit dem Aufruf vom 11. März 1989 ein „Netz von Kontakten“ zwischen isoliert arbeitenden Gruppierungen herzustellen. Die IFM verstand sich dabei als „außerparlamentarische, basisdemokratische Oppositionsbewegung“ und setzte auf ein breiteres programmatisches Profil, als sie es noch Mitte der 80er Jahre tat. Der Schwerpunkt, „die Menschenrechtssituation in der DDR und im Ausland“, wie er seit der Gründung im Vordergrund stand, hatte jedoch auch weiterhin größte Priorität. Daneben forderten Gründer und Mitglieder eine umfassende Demokratisierung von Staat und Wirtschaft, politische Transparenz sowie ein Maximum an individueller Selbstbestimmung der Bürger.¹⁰⁵

In den wirtschaftspolitischen Überlegungen der IFM gab es zwei wesentliche Ausrichtungen. Zum einen sollte ein „umfassendes System sozialer Sicherheit und staatlicher Daseinsvorsorge“ geschaffen werden, andererseits wurde eine Demokratisierung der Wirtschaft anvisiert, in der die Mitbestimmung der Werktätigen sowie demokratische Selbstverwaltung der Betriebe vorgesehen war. Wenngleich auch die IFM den „Aufbau einer Marktwirtschaft“ nach den Regeln der Marktwirtschaft befürwortete, so wurde aber gleichzeitig auf Gefahren, wie z.B. Zerstörung der Umwelt und der Zunahme sozialer Spannungen, hingewiesen, die damit einhergehen würden. Insofern wurde es für erforderlich gehalten, „demokratische und planerische Mechanismen“ zu entwickeln, um dem vorzubeugen.¹⁰⁶

Der Gründung der sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP), die am 07.10.1989 erfolgte, ging bereits der Aufruf einer Initiativgruppe vom

¹⁰⁴ Vgl. Weilemann, P.; Meyer zu Natrup, F., Bulla, M. u.a., a.a.O., S. 27.

¹⁰⁵ ebenda, S. 63 ff; Neubert, Ehrhart: Die Geschichte der Opposition..., a.a.O., S.839.

¹⁰⁶ Vgl. Weilemann, P.; Meyer zu Natrup, F., Bulla, M. u.a., a.a.O., S. 65.

28.08.89 voraus, eine sozialdemokratische Partei ins Leben zu rufen. Gleich am ersten landesweiten Treffen der lokal organisierten Parteigruppen am 12.-14. Januar 1990 wurde von den Delegierten die Umbenennung der SDP in SPD beschlossen. Diese machte sich alsdann stark für eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft innerhalb einer parlamentarischen Demokratie und fühlte sich ferner als führende politische Kraft in der DDR.¹⁰⁷ Den Prinzipien eines demokratischen Rechtsstaates zufolge forderte die SPD die Garantie von Menschenrechten, individuellen Freiheitsrechten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit, die Trennung von Staat und Partei, sowie das Recht auf Bildung freier Gewerkschaften. Während anfänglich die Anerkennung der „Zweistaatlichkeit Deutschlands“¹⁰⁸ bestand, wurde die Deutsche Frage dann aber schnell dahingehend beantwortet, daß man sich für eine zügige Vereinigung beider deutschen Staaten in einem neu zu konstruierenden Bundesstaat aussprach. Ein zentraler Punkt der SPD-Wirtschaftspolitik fand sich im Bereich Umwelt- und Energiepolitik. Hier wurde frühzeitig auf die ökologische Partnerschaft zwischen beiden deutschen Staaten verwiesen, die in einer gemeinsamen Erklärung von SPD in Ost und West festgehalten wurde. Die wirtschaftspolitischen Konzeptionen des SPD-Programms sahen ferner den Aufbau einer „demokratisch kontrollierten und ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft vor“. Doch auch in diesem Wirtschaftsmodell sollten marktwirtschaftliche Elemente mit staatlicher Kontrolle und Leitung verbunden werden, was letztlich dazu führte, daß sich die SPD vom Begriff der freien Marktwirtschaft trennte.¹⁰⁹

Neben den bereits angeführten gab es noch weitere Gruppierungen, wie z.B. die Grüne Partei und die Grüne Liga, die Vereinigte Linke sowie den Unabhängigen Frauenverband¹¹⁰, auf die hier jedoch wegen ihres eher als

¹⁰⁷ Vgl. Weilemann, P.; Meyer zu Natrup, F.; Bulla, M. u.a., a.a.O., S. 67 ff; Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition..., a.a.O., S. 835.

¹⁰⁸ Vgl. Bahrmann, Hannes; Links, Christoph: Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989, Berlin 1994, S. 11.

¹⁰⁹ Vgl. Weilemann, P.; Meyer zu Natrup, F.; Bulla, M. u.a., a.a.O., S. 72 f.; Schroeder, Klaus: Der SED-Staat..., a.a.O., S. 315 f.

¹¹⁰ Die Entwicklung dieser Gruppierungen wird ausführlich behandelt in: Schmidbauer, Bernhard: „Im Prinzip Hoffnung“, Die ostdeutschen

geringfügig einzustufenden Einflusses nicht weiter eingegangen werden soll.

Die Oppositionsgruppen und Bürgerbewegungen fanden innerhalb der Bevölkerung Anerkennung als Interessenvertretung und somit auch immer größer werdenden Zulauf. Gemeinsam, trotz der zum Teil unterschiedlichen Programmatik, setzte sich das breite Spektrum von Opposition und Bürgerbewegung für eine demokratische Verfassungsreform, freie demokratische Wahlen, Versammlungs-, Presse- und Medienfreiheit ein.¹¹¹

Obwohl die Bürger- und Oppositionsbewegungen organisatorisch zwar getrennt waren, gab es diese inhaltlichen Übereinstimmungen, die sich an gemeinsamen Zielen orientierten. Insofern entwickelte sich auch die Initiative, einzelne Forderungen zu bündeln und gemeinsam zu organisieren. Dies schien insbesondere vor dem Hintergrund von Wichtigkeit zu sein, politische Absichten und Funktionen der verschiedenen Bewegungen zu klären sowie gemeinsame Aktivitäten zu koordinieren.

Trotz zahlreicher Differenzen untereinander, was politische Richtungsvorgaben anbelangte, gab es immer wieder Zusammenarbeit und Zusammenschlüsse von Bürgerbewegungen.¹¹²

Festzuhalten ist, daß die Oppositionsgruppen weitgehend auf eine Reform des Sozialismus ausgerichtet waren, daneben bestand Einigkeit in der Frage nach der Abschaffung des SED-Machtmonopols. In den Forderungen nach freien Wahlen, Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit etc. ist bereits deutlich erkennbar der Wille nach demokratischen Verhältnissen, wenn auch nach Vorstellung der Gruppierungen in einem reformierten System sozialistischer Ausprägung.

Bürgerbewegungen und ihr Beitrag zum Umbruch 1989/90, Frankfurt a.M. 1996 S.136-245.

¹¹¹ Vgl. Gemeinsame Erklärung, Berlin, 03.11.1989; Neues Leben / Temperamente 1990: Oktober 1989, Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989, S.43 f.; vgl. ferner auch: Haufe, Gerda; Bruckmeier, Karl (Hrsg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern, Opladen 1993, S. 37 ff.

2.6. Die Rolle der Evangelischen Kirche

In direktem Bezug zur Bürger- und Oppositionsbewegung muß die evangelische Kirche genannt werden, der beim Aufbegehren gegen die SED-Herrschaft eine Schlüsselfunktion zukam.

Als Ende der 70er Jahre die europaweite Friedensbewegung in Gang kam, formierten sich erste Gruppierungen in größerer Anzahl öffentlich, deren Teilnehmer sich mit Friedens-, Menschenrechts- und Umweltfragen auseinandersetzten. Ihr Forum und zugleich auch Schutzniche war die evangelische Kirche.¹¹³

Bereits seit 1982 fanden wöchentlich, jeweils montags, Friedensgebete und Mahnwachen in der Nikolaikirche in Leipzig statt, die bis zum Zusammenbruch des Systems großen Andrang erfuhren. Unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ bildete sich 1983 eine breite kirchliche Friedensbewegung, die sich gegen die Stationierung von Raketen in Ost und West stark machte. Unter dem Dach der Kirche fanden sich diejenigen Bürger zusammen, die einen Ort suchten und auch fanden, an dem sie ohne Angst vor Repressalien kritisch über Staat und Politik diskutieren konnten. Die Kirche wurde somit schnell ein wesentlicher Pfeiler und Sammelpunkt, welche Infrastruktur und auch Fluchtborg für die sich herausbildende Protestbewegung und deren Aktionen stellte.¹¹⁴ In den Kirchen fanden Mahnwachen und Fürbittgottesdienste in regelmäßigen

¹¹² Vgl. Neubert, Ehrhart: Die Geschichte der DDR-Opposition..., a.a.O., S. 841.

¹¹³ Vgl. Gutzeit, Martin: Widerstand und Opposition in den 80er Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur, in: Materialien der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Band VII 1, Frankfurt a.M. 1995, S. 242; vgl. auch Henkys, Reinhard: Die Kirchen im SED-Staat, in: Weber Jürgen: Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, (S.199-243).

¹¹⁴ Die evangelische Kirche gehörte bereits seit den 50er Jahren zu den Trägern „ideologischer Dissidenz“ und politischer Opposition. Vgl. hierzu: Kleßmann, Christoph: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 25. Januar 1991, S.52-61 (S. 55).

Abständen statt, die von immer größer werdender Popularität gekennzeichnet waren.¹¹⁵

Erwähnenswert ist an dieser Stelle eine Institution innerhalb der evangelischen Kirche, die bereits Ende der 70er Jahre einen festen Platz einnahm, jedoch bei der Betrachtung des Entstehens politischer Opposition regelmäßig völlig außer Acht gelassen wird. Es handelt sich dabei um Bluesmessen, die in kürzester Zeit pro Messe bis zu 9000 Jugendliche aus der ganzen DDR anzogen.

Mitbegründer dieser Form der auf Jugendliche zugeschnittene musikalischen Gottesdienste, die darauf abzielten, mehr Jugendliche für die Kirche zu gewinnen, war Rainer Eppelmann. Nachdem die Zahl der Teilnehmer stetig anstieg, geriet die Institution der Bluesmesse ins Visier der Staatsorgane, die u.a. Anstoß an Liedertexten nahmen, welche oppositionellen Liedermachern wie z.B. Wolf Biermann entstammten. Innerhalb der Messen wurden die Militarisierung und Disziplinierung in der DDR-Gesellschaft thematisiert, die verlogene Darstellung der DDR-Wirklichkeit, die Angst davor, seine Meinung zu sagen, die Frustration durch Mauer und Grenze sowie weitere aus Sicht der Jugendlichen bestehende DDR-spezifischen Probleme.¹¹⁶ Die Bluesmessen machten später auch den Wahlbetrug, das Thema „Schwerter zu Pflugscharen“ sowie das mangelnde Mitspracherecht im Staat zum Gegenstand ihres Programmes, was dazu führte, daß sie eine oppositionelle Funktion einnahmen. Da die Bluesmessen seitens der Staatsorgane als Institution angesehen wurden, welche die SED-Jugendpolitik unterwanderte, wurden sie energisch bekämpft. 1986 schließlich kam es zum ersten Verbot der Bluesmessen in Berlin.

¹¹⁵ 1989 fanden z.B kirchliche Solidaritätsveranstaltungen mit großen Teilnehmerzahlen für die Opfer des Massakers in Peking im Jahre 1989 statt. Darüberhinaus signalisierten die Teilnehmer auch ihre Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in der DDR. Vgl. hierzu: Informationen über die Durchführung kirchlicher Solidaritätsveranstaltungen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR China, in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lagerberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990, S. 78 ff.

¹¹⁶ Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition..., a.a.O., S. 442.

Die Aktivitäten der sich innerhalb der Kirche formierenden Gruppierungen wurden genaustens von der Staatssicherheit beobachtet, infolgedessen es zu Verhaftungen und Ausbürgerungen kam. Politbüromitglied Werner Jarowinsky äußerte gegenüber Landesbischof Werner Leich am 19. Februar 1988, daß nach Ansicht der SED-Führung unter dem Dach der Kirche „*konterrevolutionäre Aktionen... Staat und Gesellschaft*“ provozieren. Die Kirche müsse sich wieder auf ihre eigentlichen Aufgaben besinnen und feindliche Tätigkeiten innerhalb ihres Raumes unterbinden.¹¹⁷

Wenngleich sich die evangelische Kirche als „Kirche im Sozialismus“ definierte, was ihr von staatlicher Seite einen größeren Freiraum einbrachte, ging der Schutzbereich nicht soweit, daß ein völlig gefahrloses Agieren oppositioneller Gruppierungen möglich gewesen wäre.¹¹⁸

Den innerhalb der evangelischen Kirche agierenden Gruppierungen gelang es daher, trotz Beobachtung durch Staatsorgane und damit einhergehender Kriminalisierung, ein Profil zu schaffen, das auf viele Bürger eine anziehende Wirkung hatte. Zudem verfolgten die in der Kirche aktiven Gruppen über hohe Organisations- und Kommunikationsstrukturen.¹¹⁹

2.7. Die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989

Die sich festigende Unzufriedenheit der Bevölkerung im Hinblick auf erforderliche, aber fehlende Reformen traf auf eine handlungsunwillige politische Führung, die das Aufbegehren des Volkes zu verhindern suchte. Entscheidend und maßgeblich für das Selbstbewußtsein der sich stärker formierenden Bürgerbewegung waren die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989¹²⁰. Als Vertreter der Bürgerbewegungen (kirchliche Gruppen und

¹¹⁷ Vgl. Rein, Gerhard: Die protestantische Revolution 1987-1990 Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990, S. 87.

¹¹⁸ Vgl. Pollack, Detlef: Religion und gesellschaftlicher Wandel. Zur Rolle der evangelischen Kirche im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Joas, Hans u. Kohli, Martin: Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt a.M., 1993, S.246-266 (S. 249).

¹¹⁹ Vgl. Knabe, Hubertus: Sprachrohr oder Außenseiter?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/96 vom 10.05.1996, S. 23 ff.

¹²⁰ Vgl. hierzu: Interview mit Ehrhart Neubert im Anhang, S.224 f.

Bürgerinitiativen), die bei den Stimmenausschüttungen zugelassen waren, den Nachweis führten, daß es bei der Kommunalwahl zu Verstößen gegen das Wahlgesetz und Fälschungen der Ergebnisse gekommen war, wurde die SED-Führung endgültig unglaubwürdig.¹²¹ Während die Bürgervertreter den Beweis erbrachten, daß innerhalb der Bevölkerung eine Ablehnungsquote der SED von etwa 10-20% vorlag, veröffentlichte der Leiter der Zentralen Wahlkommission, Egon Krenz, ein gänzlich anderes Ergebnis. Demzufolge wurden 98, 89% der Stimmen für die SED abgegeben. Dem Protest der Bürgerbewegung folgte die harte Entgegnung der Staatsmacht, die 120 Bürgerrechtler, die eine Eingabe zu den Wahlfälschungen beim Staatsrat machen wollten, vorübergehend festnehmen ließ. Danach übergingen die Verantwortlichen im SED-Staat in gewohnter Weise die Ereignisse, ohne sich mit den Vorwürfen weiter öffentlich auseinanderzusetzen.¹²² Zu diesem Zeitpunkt verschleiß die Parteiführung moralisch immer mehr und verlor zusehends an Einfluß und Ansehen in der Bevölkerung¹²³, auf die der Funke der Oppositionsgruppen allmählich übersprang.

Verstärkt wurde dieser Prozeß durch die Niederschlagung friedlicher Demonstrationen in der DDR mit polizeilicher Gewalt und der öffentlichen Bejahung des Vorgehens der chinesischen Führung, welche die Studentenproteste in Peking äußerst blutig beendet hatte.

Die Reaktion der SED-Führung ließ erahnen, welche Methoden sie im Umgang mit Kritikern möglicherweise anwenden würde. Auf der anderen Seite hinterließ der zunehmende Druck der Bevölkerung aber auch Wirkung auf die SED-Führung. Nachdem die Staatsicherheit in der Umweltbibliothek, die in den Räumen der Berliner Zionsgemeinde untergebracht war und sich zu einem Informationszentrum für Oppositionelle entwickelt hatte, im November 1987 Verhaftungen vornahm, hallte Protest durch die gesamte DDR und wurde auch im Ausland wahrgenommen. Die Staatsmacht entließ

¹²¹ Vgl. Deutschland Archiv, Ausgabe 9/1989, Wahlfälschungen, S.967; siehe auch Dokument VII im Anhang.

¹²² Vgl. Weidenfeld, Werner; Karl - Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1993, S.121.

kurz darauf die Inhaftierten, um ihr Ansehen in der Weltöffentlichkeit, die plötzlich regen Anteil am Geschehen in der DDR nahm, nicht zu gefährden.¹²⁴ Dieser Rückzug signalisierte der Bevölkerung, daß die internationale Bühne nicht nur Kenntnis von den Ereignissen in der DDR genommen hatte, sondern ein wichtiges Instrument für innenpolitische Veränderungen werden konnte.

2.8. Zuspitzung der Lage zum Herbst '89 - Massenflucht aus der DDR

Der Zuspruch innerhalb der Bevölkerung der DDR für die Bürger- und Oppositionsbewegung stand in engem Zusammenhang mit der Befindlichkeit der Bürger. Ein Großteil der Bevölkerung war weder in Bürger-/ Oppositionsbewegungen, noch in anderen „außerstaatlichen“ Institutionen organisiert, dennoch machte sich auch in diesen Kreisen allmählich eine Unzufriedenheit mit dem System breit, die nunmehr öffentlich artikuliert wurde. Diese Unzufriedenheit hatte ihre Ursachen in der „Gängelung“ der Bürger durch die Organe des SED-Staates, der stetigen Überwachung, der Beschneidung individueller Entfaltung, einer schlechten Versorgungslage und insbesondere auch im Verbot der freien Ausreise. Gerade auch die Befindlichkeit der Menschen in der DDR hat dazu beigetragen, daß sich eine Emanzipation eines großen Teils der Bevölkerung gegen das Regime, gegen Bevormundung und Unterdrückung vollziehen konnte, was als ein wichtiger Aspekt in der Ursachenkette angesehen werden muß, die zum Zusammenbruch der DDR führte.

Noch im Januar des Jahres 1989 verkündete Staats- und Parteichef Honecker, daß die Mauer *„so lange bleiben (werde), wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben.“*

¹²³ Vgl. Wolle, Stefan: Der Weg in den Zusammenbruch: Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989, in: Jesse, Eckhard u. Mitter, Armin (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit, Bonn 1992, S. 77.

¹²⁴ Vgl. Rein, Gerhard, a.a.O. S.42 ff (S.44); Mitter, Armin; Wolle, Stefan: a.a.O., S.495.

50 bis 100 Jahre stellte er dabei in Aussicht, doch im Fundament der Mauer zeigten sich bereits stetig größer werdende Risse. Einen Monat später, im Februar 1989, kam der 20-jährige Chris Gueffroy als letztes offizielles Maueropfer bei einem Fluchtversuch an der deutsch-deutschen Grenze ums Leben, an der bis zum Schluß scharf geschossen wurde.¹²⁵ Bis zur Grenzöffnung im November 1989 ließen noch zahlreiche Menschen beim Versuch der DDR zu entkommen ihr Leben. Allein sechs Personen ertranken in der Ostsee, der letzte am 06.07.1989. Von Juli bis Oktober fanden weitere Menschen den Tod, als sie die tschechische oder ungarische Grenze zu überqueren versuchten.¹²⁶

Das Gefühl des „Eingesperrtseins“, mit einer für viele Menschen nicht zu vereinbaren Lebensweise, die DDR nach menschlichem Ermessen nicht verlassen zu können, führte zum Wunsch nach Reisefreiheit, was sich zu einem zentralen Bedürfnis der DDR-Bürger entwickelte. Allein im ersten Halbjahr 1989 reisten 36484 Bürger legal und 4849 illegal aus, wobei 2070 beim Versuch des „ungesetzlichen Verlassens der DDR“, wie die entsprechende Norm im Strafgesetzbuch lautete, gefaßt wurden.¹²⁷

Die politische Führung der DDR war seit Beginn ihrer Existenz mit dem Problem konfrontiert, daß Bürger mit allen Mitteln versuchten, trotz Mauer, Stacheldraht und Schießanlagen der DDR zu entfliehen. Dabei nahmen sie in Kauf, aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen zu werden und Familienmitglieder, Freunde und Verwandte möglicherweise nie wieder zu sehen. Das totale Reiseverbot, mit Ausnahme der Rentner, wurde von vielen DDR-Bürgern als äußerst unbequem, sogar verwerflich empfunden. Dies erst recht vor der Tatsache einer sich entspannenden internationalen

¹²⁵ Vgl. Filmer, Werner; Schwan, Heribert: Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes, München 1992, S. 58 ff; vgl. auch Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Im Dienste der Partei – Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, 2. Auflage, Berlin 1998, S. 248 f.

¹²⁶ Vgl. Hildebrandt, Rainer: Die Mauer. Eine Bilanz, 105. Pressekonferenz der „Arbeitsgemeinschaft 13.August“ am 10.08.1995; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.08.1995.

¹²⁷ Vgl. Filmer, Werner; Schwan, Heribert: Opfer der Mauer..., a.a.O., S. 419 f; Gransow, Volker; Jaraus, Konrad (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 52 f.

politischen Lage in den 70er Jahren sowie der internationalen Anerkennung der DDR. Neben der Republikflucht bestand eine weitere Möglichkeit die DDR zu verlassen, sogar auf legalem Wege. Jedoch war der Gang innerhalb der Behörden in der DDR äußerst steinig, um den Weg eines Antrages auf Ausreise aus der DDR zu stellen. Von offizieller Seite wurde versucht, das Thema Ausreise abzutun, indem Anträge als „rechtswidrige Übersiedlungsversuche“ bezeichnet wurden.¹²⁸

Im Jahr 1989 trat dennoch ein neues Reisegesetz in Kraft, das erstmals ein Beschwerderecht gegen die Ablehnung von Ausreiseanträgen vorsah. In den Folgemonaten stieg die Zahl der Anträge auf Ausreise an, aber auch die Flüchtlingsbewegung nahm zu. Das MfS nannte in einer geheimen Analyse für die SED-Führung die Zahl von 125429 Anträgen allein im ersten Halbjahr 1989.¹²⁹

Im Sommer 1989 setzte dann eine Massenflucht aus der DDR ein, die durch die Besetzung der bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und später auch in Warschau ausgelöst wurde. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war ein unübersehbares Signal für den Ausbruch einer offenen politischen Krise der DDR Gesellschaft spürbar geworden.

Nachdem die ungarische Regierung die Flüchtlinge am 11. September 1989 nach Österreich ausreisen ließ, versuchten in den Folgemonaten Tausende DDR-Bürger sich über Ungarn in den Westen abzusetzen. In Prag konnten am 30. September 1989 6500 Menschen mit Sonderzügen durch das Gebiet der DDR ausreisen, wobei es an den Bahnhöfen zu großen Ansammlungen von Menschen kam, die versuchten, auf die Züge aufspringen.

¹²⁸ Vgl. Informationen über die Lage und die Entwicklungstendenzen der ständigen Ausreise von Bürgern der DDR in die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR in der Zeit vom 01.01. bis zum 30.06.1989, in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Ich liebe Euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS, Berlin 1990, S. 82 ff.; vgl. auch Gransow, Volker; Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 52 f.

¹²⁹ Vgl. Jung, Heinz: Abschied von einer Realität. Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR. Ein politisches Tagebuch Sommer 1989 bis Herbst 1990, Frankfurt a.M. 1990, S. 19; vgl. auch Gransow, Volker; Jarausch, Konrad H. (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S. 52 f.

Um innere Stabilität zu beweisen, wurde den Ausreisenden von staatlicher Seite die Ausreise gestattet, dafür aber formell-bürokratisch die Staatsbürgerschaft entzogen.¹³⁰

2.8.1. Staatliches Bekämpfen „konterrevolutionärer Umtriebe“

Während die SED-Führung am 7. Oktober 1989 zum vierzigsten Jahrestag der Gründung der DDR nicht müde wurde, den Zustand immer noch zu beschönigen und sich mit Fackelmärschen der FDJ und Militärparaden feiern ließ, hatte sie die Lage nicht mehr im Griff. Am Vorabend der Feierlichkeiten gingen in Berlin und anderen Städten Tausende Demonstranten auf die Straßen; in den darauffolgenden Tagen waren es in Leipzig bereits etwa 70.000, eine Woche später 120.000.

„Wir sind das Volk!“ Dieser Ausruf ging in diesen Tagen um die Welt.¹³¹ Die Staatsmacht versuchte, die Demonstrationen zum Teil unter Anwendung von Gewalt aufzulösen, wobei sie jedoch längst nicht all ihre „schweren Geschütze“ zum Einsatz brachte, obwohl die Armeeführung bereits im August durch den Staatsratsvorsitzenden in Bereitschaft gesetzt wurde, sich für die Bekämpfung „konterrevolutionärer Umtriebe“ bereitzuhalten.¹³² Honecker unterschrieb am 26.09.1989 den für alle Bezirke der DDR gültigen Geheimbefehl Nr. 8/89, der regionalen Einheiten der Armee, der Volkspolizei, den Staatssicherheitsdienst sowie den Kampftruppen die Direktive erteilte, „feindliche Aktionen“ zu unterbinden.¹³³

¹³⁰ Vgl. Jung, Heinz: Abschied von einer Realität, a.a.O., S.18 ff.

¹³¹ Vgl. Spittmann, Ilse u. Helwig, Gisela: Chronik der Ereignisse in der DDR, Köln 1989, S.8 f.

¹³² Vgl. Hermann, K.: Das Stundenbuch der Revolution, Teil 2, in: Der Stern vom 01.02.1990, S.35.

¹³³ Vgl. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien: Aktuelle Analysen Nr. 12/1990, vom 01.02.1990, S. 5; daneben ist aber schon am 13.10.1989 der Befehl von Honecker erlassen worden, auf keinen Fall Gebrauch von der Schusswaffe, anlässlich der Demonstrationen in Leipzig zu machen. Ein Beweis für die Unsicherheit des Generalsekretärs, wie mit der ungewohnten Situation zu verfahren sei. Siehe Dokument VIII im Anhang.

Die Kraft der systemdestabilisierenden Montagsdemonstrationen lag nicht zuletzt in der Beharrlichkeit der Demonstranten, deren Anzahl stetig anstieg. Als sich die Lage immer mehr zuspitzte, war noch ungewiß, ob der Repressionsapparat der DDR zum Einsatz kommen würde und nach „Pekinger Muster“ mit den Demonstranten verfahren würde. Militär, Polizei und Betriebskampfgruppen standen mit insgesamt etwa einer Million Mann bereit.¹³⁴

Zudem bejahte die Volkskammer seinerzeit das Eingreifen des chinesischen Militärs am 3./4. Juni mit Nachdruck, was für die Demonstranten auf den Straßen ein unkalkulierbares Risiko darstellte. Der Aufruf nach Veränderungen und die geteilte Ansicht über Gewaltanwendung fand aber möglicherweise auch in diesen Kreisen Gehör und schwächte damit die Handlungsfähigkeit des Staatsapparates.

Dem Ministerium für Staatssicherheit kam im Herbst '89 mit der Überwachung und Herstellung der innenpolitischen Sicherheit eine besondere Aufgabe zu, die anfänglich offensichtlich aber unterschätzt wurde. Als die Krise in der DDR offen zutage trat, erhöhte sich auch der Arbeitseinsatz des gesamten Apparates des MfS, der über die Lage im Land zweifellos im Bilde war. Während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der

DDR am 7. Oktober 1989 wurde das MfS in erhöhte Dienstbereitschaft versetzt. Im gesamten Gebiet der DDR nahmen die Sicherheitskräfte am selben Tag über 3000 Personen vorübergehend fest.

Das Nichteingreifen der Staatsmacht mit all den zur Verfügung stehenden Mitteln erklärt sich m.E. aus der Tatsache, daß die Demonstranten fast ausnahmslos betonten und immer wieder skandierten, friedlich und ohne Gewalt für Veränderungen einzustehen. Die Bürgerbewegungen und Oppositionsgruppen appellierten in zahlreichen Aufforderungen zur Gewaltlosigkeit, was sich sowohl an Demonstranten als auch an Einsatzkräfte des Staates richtete.¹³⁵

In einem Erfahrungsbericht eines Mitgliedes der Kampfgruppe vom 8. Oktober 1989 heißt es, daß sich die Aktivitäten der Demonstranten darauf

¹³⁴ Vgl. hierzu: Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer, Opladen 1996, S.112ff.

¹³⁵ Vgl. Rein, Gerhard, a.a. O. S. 265.

beschränkten, ihre Kerzen gegen den Wind zu schützen. Von Gewalt gegenüber den Einsatzkräften war nichts zu spüren.¹³⁶ Gerade der Verzicht auf die Anwendung von Gewalt seitens der Demonstranten stellte die auf das Vorgehen gegen „gewalttätige Akteure“ geschulten Kampfgruppen vor eine unvorhergesehene und ungeprobte Aufgabe.¹³⁷

Hinzu kamen die Defizite des zentralistischen Systems, in dem Befehle von oben nach unten abgesetzt wurden. Die unteren Funktionäre waren möglicherweise verunsichert, da sie die Verantwortung für Gewaltanwendung, verbunden mit der Inkaufnahme vieler Toter, nicht übernehmen wollten. Schließlich gab Gorbatschow frühzeitig zu verstehen, daß die Sowjetunion die Truppen des Warschauer Paktes, also auch der NVA, in der DDR nicht zur Verfügung stellen werde, um ein gewaltsames Vorgehen gegen die Demonstranten seitens der DDR-Führung zu unterstützen.

Die Unsicherheit innerhalb des Systems setzte sich von oben nach unten fort, was schließlich die Handlungsfähigkeit der einzelnen Organe behinderte.¹³⁸

2.9. Exkurs: Der Herbst 1989 - Eine Revolution?

Den Demonstranten auf den Straßen, die im Gefüge der Faktoren, die den Umbruch in der DDR herbeiführten, einen wichtigen Stellenwert einnehmen, ist wie angeführt seitens der Staatsmacht „relativ zurückhaltend“ entgegnet worden. In jedem Fall aber so gewaltlos, daß es keine Toten bei den Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und den ausführenden Organen des Repressionsapparates zu beklagen gab.

¹³⁶ Vgl. Bericht von Frank Geisler, Mitglied der Kampfgruppe, in: Oktober 1989 - Wider den Schlaf der Vernunft 1989, Berlin 1990, S.65; vgl. ferner zu den Gründen der Gewaltlosigkeit: Opp, Karl Dieter: DDR `89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: Joas, Hans; Kohli, Martin (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Stuttgart 1993, S.194 ff.

¹³⁷ Vgl. Ammer, Thomas: Demokratie - jetzt oder nie! Die „Wende“ in der DDR , in: Kontinent, Heft 1/1990, S.10.

¹³⁸ Vgl. Oldenburg, Fred: Sowjetische Deutschland-Politik nach der Oktober-Revolution in der DDR, in Deutschland Archiv 1/1990, S.70; Jung, Heinz, a.a.O. S. 19; Joas, Hans; Kohli, Martin: Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt a.M. 1993, S.259.

Das Aufeinandertreffen der Akteure aus Staat und Bevölkerung und deren Aktionen zur Erneuerung bzw. Erhaltung der bestehenden Verhältnisse in der DDR wird heute wie selbstverständlich mit dem Begriff Revolution bezeichnet. Die Entwicklung zu den revolutionären Ereignissen im Herbst `89 nahm ihren Ausgang aber viel früher.

Waren es lediglich einige Hundert, die noch 1982 im Rahmen kirchlicher Friedensgebete in Leipzig auf die Straße gingen, so erhöhte sich ihre Zahl auf über 70.000, die Anfang Oktober `89 in Leipzig ihren Unmut bezüglich der Lage in der DDR öffentlich kundtaten. Die einstige Institution der Friedensgebete aus dem Jahre 1982 erlangte 1988 enorm großen Zulauf, als zu Solidaritätsaktionen für verhaftete Oppositionelle aufgerufen worden war. Spätestens zu diesem Zeitpunkt rückte politischer Protest in den Mittelpunkt der Demonstrationen.

Die seit September 1989 stattfindenden Montagsdemonstrationen waren Vorläufer der Leipziger Friedensgebete und Kundgebungen, die somit als „Keimzelle“ der Montagsdemonstrationen gelten dürften.¹³⁹

Zu dem Zeitpunkt, als die Menschen in der DDR für ihre Wünsche, Hoffnungen und Forderungen aktiv eintraten, wendete sich das politische Blatt merklich. Das spürte auch die Parteiführung der SED, die um die Gefahr von größer werdenden Demonstrationen zügen wußte und eine sich anbahnende Revolution in der DDR fürchtete.

Die Ereignisse auf den Straßen der DDR im Herbst `89 werden sowohl in der Wissenschaft als auch im Volksmund als Revolution bezeichnet, wobei es Zusätze gibt, wie z.B. einer friedlichen, stillen oder legalen Revolution. Die Beschreibung und Darstellung der Krise in der DDR, die u.a. auf der Straße ausgetragen wurde, sieht sich damit konfrontiert, daß es keine einheitliche Definition gibt, unter die sich subsumieren läßt, welche Begebenheiten als Revolution zu bezeichnen sind. Wenngleich die Menschen auf den Straßen großen Anteil hatten am Umbruch, so stellt sich daher hier die Frage, ob dies tatsächlich auf dem Wege einer Revolution geschehen ist. Auf den ersten Blick erscheint es unwichtig, gar überflüssig, sich einer Wortspielerei hinzugeben, welche Ereignisse wann und unter

¹³⁹ Vgl. Feydt, S.; Heinze, C.; Schanz, M.: Die Leipziger Friedensgebete, in: Grabner; Heinze; Pollack, Berlin 1990, S. 123 ff.

welchen Voraussetzungen als Revolution zu bezeichnen sind. Wesentlich ist allein das Ergebnis der vorangegangenen Ereignisse an. Dennoch ist es von Bedeutung zu untersuchen, wie diese Ereignisse zu bezeichnen sind, da die Betrachtung der Ursachen des Scheiterns der DDR nicht nur eine inhaltlich, sondern auch begrifflich saubere Klärung erfordert.

Für Begriff und Tatbestand der Revolution gibt es mehrere Definitionen und Interpretationen¹⁴⁰, wobei m.E. Folgendes als wesentlich anzusehen ist.

Staatsrechtlich ist es von Bedeutung, daß ein herrschendes staatstragendes System beseitigt und durch ein neues ersetzt wird, was sich so in der DDR auch vollzog. Die einzelnen Modalitäten dieses Vorgangs sind nicht von so wesentlicher Bedeutung, da sich im Vorfeld nicht festlegen läßt, in welcher Reihenfolge welche Ereignisse ablaufen müssen, an deren Ende dann eine revolutionäre Umwälzung stattgefunden hat, die zur Beseitigung eines Systems und der Einsetzung eines neuen führte.¹⁴¹

In der Revolutionstheorie¹⁴² wird mehrheitlich das Vorhandensein bestimmter Leitbilder verlangt, die Revolution ausmachen, wie z.B. der

¹⁴⁰ In den Sozialwissenschaften findet sich keine gemeinsame, eindeutige Definition von Revolution. Dagegen gibt es zahlreiche Beschreibungen und Interpretationen. Ehrhart Neubert z.B. bezeichnet die Ereignisse im Herbst 1989 als „protestantische Revolution“. (Eine protestantische Revolution, Osnabrück 1990), Jens Reich und Karl-Dieter Opp entwickeln den Revolutionstyp der „legalen Revolution“ (Opp, Karl-Dieter; Voß, Peter: Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993, S. 56f.), Sigrid Meuschel spricht von einer „nachholenden Revolution“, die die Vernichtung der bürgerlichen Freiheiten durch den „Realsozialismus“ wiedergutzumachen versucht (Meuschel, Sigrid: Legitimation und Partnerschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945-1989. Frankfurt a.M. 1992, S. 318); vgl. zum vorangegangenen auch Eckert, Rainer: Die revolutionäre Krise am Ende der 80er Jahre und die Formierung der Opposition, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII, 1, Frankfurt a.M. 1995, S. 667 ff.

¹⁴¹ Vgl. Klein, Hans H.: Verfassungskontinuität im revolutionären Umbruch?, in: Festschrift für Peter Lerche, 1993, S. 459 ff; Hübner, Peter: Von der friedlichen Herbstrevolution 1989 bis zur deutschen Einheit - das Erbe, in: Fischer, Alexander; Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria (Hrsg.): Auf dem Weg zur Realisierung der Einheit Deutschlands, 1991, S. 61 ff.; Isensee, Hans; Kirchhof, Paul: Handbuch des Staats-Rechts, Bd. VII, § 166 Rn 15, Heidelberg 1995.

¹⁴² Schieder, Theodor: Die Entwicklung des Revolutionsdenkens, in: Die Theorie der Revolution, Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. V. Köln 1972

gewaltsame Aufstand und Sturm auf die Bastille im Jahre 1789. Der Revolution in der DDR, die auch als „friedliche Revolution“ bezeichnet wird, könnte demnach also das Fehlen von Gewalt entgegenstehen.

Doch ist das Maß einer „erforderlichen, meßbaren“ Gewalt nicht festgeschrieben. Entscheidend ist m.E. nicht die tatsächliche körperliche oder „blutige“ Gewalt, als vielmehr die Gewalt der Kraft, welche die Menschen auf den Straßen mitbrachten und entwickelten, um für ihre Forderungen einzutreten. Gewaltiger Mut und die Überzeugung, das Richtige zu tun und den Willen zu haben, etwas Grundlegendes verändern zu wollen, und dabei auch Gefahr für das eigene Leben in Kauf zu nehmen. Hier liegt doch die Gewalt, die den Revolutionstheoretikern fehlt, die aber spürbar vorhanden war.¹⁴³ Zudem war das Ergebnis dieser „körperlosen Gewalt“ der Machtwechsel in der DDR, dem der Systemwechsel folgte. Dieser Aspekt ist deshalb so entscheidend, da in erster Linie das Ergebnis der revolutionären Ereignisse zählt. Einen Maßstab festzulegen, wieviel Gewalt erforderlich sein muß oder sollte, damit von Revolution gesprochen werden kann, dürfte im übrigen nicht empirisch nachvollziehbar sein und erscheint demzufolge als unsinnig.

Einwendungen gegenüber der fehlenden „tätlichen Gewalt“ ist zudem entgegenzuhalten, daß es im Herbst '89 durchaus zu Übergriffen gewalttätiger Art durch Staatsorgane kam, infolgedessen jedoch keine Schwerverletzten oder gar Tote zu beklagen waren. So gab es dennoch staatliches Eingreifen, wie z.B. Festnahmen durch das MfS und die Volkspolizei, die mehr als nur harmloses Handgemenge mit sich brachten. Doch ist die fehlende Gewalt nicht der einzige Einwand, der unter den Revolutionstheoretikern kontrovers diskutiert wird. Darüber hinaus könnte der Revolution in der DDR entgegenstehen, daß sich Zielvorstellungen der Leipziger Montagsdemonstranten und der oppositionellen Gruppen voneinander unterscheiden, wie der Sozialwissenschaftler John Torpey feststellt. Und dieser Unterschied habe sich nicht erst im Zeitraum der

Sp.602 ff.; Isensee, Josef; Kirchhof, Paul: Handbuch des Staatsrechts, Bd.VII, §166 Rndr. 15, Heidelberg 1995.

¹⁴³ Vgl. hierzu auch: Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbstzerstörung: Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993, S. 9.

Wende kristallisiert, sondern bestand lange zuvor. Während sich ein Teil der Demonstranten westlich, d.h. auf die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland, orientierte, befürwortete ein anderer Teil, der vornehmlich aus der Oppositionsbewegung hervorging, den Dialog mit der SED im Hinblick auf demokratische Reformen. Diese beiden verschiedenartigen politischen Richtungen widersprechen laut Torpey dem Begriff der Revolution, da diese übereinstimmende Ziele unter der revoltierenden Bevölkerung voraussetze. Es sei statt dessen besser, von zwei Bewegungen mit jeweils unterschiedlichen Zielsetzungen zu sprechen.¹⁴⁴

Auch hier stellt sich die Frage, welchen Nutzen diese „Zweiteilung“ des Revolutionsbegriffes mit sich bringt? Die Revolutionstheorien bringen hier leider mehr Verwirrung in die Betrachtung der DDR-Revolution, als unbedingt nötig ist. Am Ende schließlich wird die DDR-Revolution mit neuen Begriffen zu beschreiben und zu definieren sein, was in der Wissenschaft in jedem Fall nicht in Übereinstimmung stattfinden dürfte.

Es überwiegt auch hier m.E. die Tatsache, daß den Bürger- und Oppositionsbewegungen sowie alle übrigen Demonstranten auf den Straßen gemeinsam war, Veränderungen für die DDR einzufordern und dafür einzutreten. Die daraus resultierende Kraft trug schließlich in erheblichem Maße mit dazu bei, den politischen und sozialen Wandel in der DDR herbeizuführen und somit das herrschende, staatstragende System zu überwinden. Letzteres ist ein wesentliches Merkmal von Revolution, insofern treten einzelne politische Ausrichtungen und Varianten der am Prozeß beteiligten Gruppierungen in den Hintergrund. Entscheidend waren weniger die verschiedenen geistigen Strömungen, als vielmehr das gemeinsame Ziel einer grundlegenden politischen Neuausrichtung für die DDR.

Es ist m.E. demzufolge durchaus legitim, die Ereignisse im Zeitraum vom Sommer 1989 bis hin zu den ersten Monaten im Jahre 1990, die geprägt waren von politischen, ökonomischen und sozial grundlegenden Veränderungen, mit dem Begriff der Revolution zu bezeichnen.

¹⁴⁴ Vgl. Jander, Martin: Vorläufige Chronologie... a.a.O., S. 19.

Obwohl verschiedene Revolutionstheorien eben so viele ungleich geartete Varianten und Aspekte mit sich bringen, wann und unter welchen Bedingungen Revolution tatsächlich auch als solche zu bezeichnen ist, sind es m.E. einige zentrale und wesentliche Merkmale, die zusammengefaßt Revolution bedingen und ausmachen.

Zentrales Element und somit ganz entscheidend ist dabei die Tatsache, daß die DDR als ein herrschendes, staatstragendes System durch ein neues ersetzt wurde, wobei weder Gewalt bei den Ereignissen der Umwälzung, noch Einstimmigkeit unter den Staatsgegnern, was zukünftige politische Ziele anbelangt, erforderlich waren.

2.10. Die Erfolge der Oppositions- und Bürgerbewegung

Opposition war Bestandteil in verschiedenen Bereichen des System während des gesamten Daseins der DDR. Ihr wesentliches Merkmal und zugleich Manko war, daß sie bis weit in die 80er Jahre hinein außerstande blieb, einen gemeinsamen Kristallisationspunkt für Belange und Forderungen des Volkes zu schaffen. Waren es vornehmlich meist einzelne, wie z.B. Herrstadt, Havemann, Bahro, die ihren Protest gegenüber der Politbürokratie zum Ausdruck brachten, was die SED-Führung mittels eines geordneten Apparates zu unterbinden vermochte, so änderte sich dies mit Entstehung und Erstarken der Bürger- und Oppositionsbewegung am Ende der 80er Jahre grundlegend.

Die gebündelte Kraft der Bürger- und Oppositionsbewegung und des Volkes auf den Straßen in der DDR trugen schließlich mit dazu bei, daß das SED-Regime außerstande war seine Herrschaft zu sichern und letztlich überwunden werden konnte. Was einzelnen Oppositionellen nicht gelang, wurde erst durch das Bündeln von Forderungen der Bürger in der DDR, der personellen Stärke und dem damit zunehmenden Einfluß auf die gesamte Bevölkerung, möglich.

Die Wurzeln der Ende der 80er Jahre erstarkenden Oppositionsbewegung liegen aber dennoch in früherer Zeit, so ist beispielsweise die

Friedensbewegung als Vorläufer und Keimzelle der Bürger- und Oppositionsbewegung bereits in den 60er Jahren entstanden

Das Bündeln der Kräfte von Intellektuellen, von Bürgern, die mit den bestehenden Verhältnissen in der DDR nicht konform gingen sowie der kirchlichen Friedensbewegung, trug mit zur Schwächung und zum Niedergang des SED-Staates bei. Allesamt hatten diese „oppositionellen“ Teilbereiche aber bereits Jahrzehnte vor dem Fall der Mauer ihren Ausgangspunkt. Die Vereinigung der verschiedenen Richtungen in den 80er Jahren zur breiten Oppositionskultur, die dann das erforderliche Gewicht und Stärke entwickelte und einsetzte, war ein wichtiger Bestandteil, die zum Fall der Mauer beitrug.

Erst als es „fünf Minuten nach zwölf“ war, sah sich die SED-Führung zu einer personellen und programmatischen Veränderung veranlaßt und versuchte mit einem Dialogangebot zu allen gesellschaftlichen Problemen, der Vornahme von Veränderungen an der Parteispitze sowie der Zusicherung einer Aufklärung von Gewaltakten durch Polizei und MfS, ihre Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen.¹⁴⁵ Am 18. Oktober 1989 wurden Erich Honecker, Günter Mittag und Joachim Herrmann von ihren Funktionen vom Politbüro entbunden. Bis zum endgültigen Zusammenbruch des Systems, mit dem Fall der Mauer, waren es von diesem Zeitpunkt an nur noch wenige Tage.

Als ein zentraler Auslöser für Proteste der DDR-Bevölkerung sind die Ereignisse anlässlich der Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen anzusehen. Hier ließ es sich die SED-Führung wie oben ausführlich dargestellt nicht nehmen, den politischen Kurs mittels manipulierter Wahlergebnisse bestätigen zu lassen. Korrekturen der Wahlergebnisse wurden dann vorgenommen, wenn nicht 98% der abgegebenen Stimmen den Kurs der SED bejahten. Wie die Ereignisse nach dem 7. Mai bewiesen haben, hatte diese politische Vorgabe für die SED-Führung weitreichende Folgen. Schließlich entwickelten die Protestdemonstrationen gegen die Wahlfälschungen, welche an jedem Siebten eines Monats stattfanden, eine

¹⁴⁵ Vgl. Weidenfeld, Werner; Korte, Karl - Rudolf (Hg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1993, S. 122.

enorme Dynamik. Zum 40. Jahrestag der SED, am 7. Oktober '89, waren es bereits viele Tausende, die mit ihren öffentlichen Protesten das System ins Wanken brachten. Damit sind die Bürger- und Oppositionsproteste, in welcher Konstellation auch immer, ein ganz wesentlicher Teil in der Gesamtheit der Aspekte, die den Umbruch im Herbst 1989 in der DDR mit herbeiführten.

Wenngleich sich die Oppositionsgruppen und Bürgerbewegungen zum Teil schon Anfang der 80er Jahre formierten, ist ihr organisatorischer Aufbruch, eine Konkurrenz zur SED darzustellen und dieser Widerstand zu leisten, erst im Laufe der Ereignisse im Herbst 1989 entstanden. Dies soll nicht heißen, daß die Oppositionsbewegung lediglich auf den „fahrenden Zug“ der Ereignisse im Herbst '89 aufgesprungen war; jedoch kann sie für sich sicherlich nicht in Anspruch nehmen, ihn allein in Fahrt gesetzt zu haben. Hierzu bedurfte es weiterer Ursachen.

3. Der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR

*„Nach einem Dreivierteljahrhundert des Experimentierens sind die sozialistischen Volkswirtschaften nahezu lautlos in sich zusammengefallen. Es war die unabwendbare Folge ihrer Lebensuntauglichkeit.“
(Politbüro-Mitglied Günter Schabowski)¹⁴⁶*

3.1 Einführende Überlegungen

Betrachtet man den Zustand der DDR-Wirtschaft zum Zeitpunkt des Umbruchs im Herbst 1989, so stellt sich nicht nur unter Experten die Frage, weshalb es zu der verheerenden wirtschaftlichen Lage kommen konnte, die zudem im Ausland bis dahin in ihrem Ausmaß nicht wahrgenommen wurde. Eine Erklärung für das Nichtwahrnehmen ist sicherlich in den Täuschungsmanövern der SED-Führung zu finden, die die tatsächliche wirtschaftliche Lage so gut zu verschleiern verstanden, infolgedessen die DDR als leistungsfähiger Industriestaat wahrgenommen und von der Weltbank auf Platz 10 der Industriestaaten gesetzt wurde.¹⁴⁷

Erst als 1989 die Mauer gefallen war und der Schleier der Verhüllungen verschwand, wurde das wirkliche Ausmaß der katastrophalen wirtschaftlichen Situation in der DDR bekannt.

Zu keiner Zeit hatte die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR das in der Rüstungsproduktion des Zweiten Weltkriegs erreichte Niveau bedeutsam übertroffen.

1989 lag das Produktivitätsniveau je Erwerbstätigem bei etwas über 20% des bundesdeutschen Durchschnitts, und dies ist noch eine eher optimistische Einschätzung. Andere Schätzungen ergeben sogar wesentlich schlechtere Ergebnisse, so wurde geschätzt, daß die Leistungsfähigkeit der

¹⁴⁶ G. Schabowski über die Gründe des Scheiterns der DDR, in: Die Abstoßung der Utopie. In der DDR erlitt der Marxismus sein deutsches Fiasko, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 43 (1992)-8, S. 459ff.

Erwerbstätigen in der DDR nur ein Sechstel der Produktivität der Erwerbstätigen in der BRD erreichte. Bei dieser Berechnung wurde als Maß die Arbeitsstundenproduktivität verwendet. Insgesamt aber ist festzuhalten, daß bei einem direkten Vergleich der Leistungsfähigkeit so unterschiedlicher Wirtschaftssysteme wie DDR und BRD die Schwierigkeit besteht, daß unterschiedliche Faktoren bei den Berechnungen eingesetzt werden, die im Ergebnis zu teilweise differenzierten Ergebnissen kommen. Dennoch ist davon auszugehen, daß die durchschnittliche Produktivität der DDR gerade ein Sechstel der bundesdeutschen ausmachte. Der Verfall der Substanz, das fast vollständige Fehlen eines Qualitätsniveaus, wie es für ein Industrieland erforderlich ist und der Mangel an produktionsunterstützenden Dienstleistungen sind mögliche Ursachen.¹⁴⁸ Es ist demzufolge nicht realitätsfern, die Behauptung aufzustellen, daß der Produktivitätsabstand zwischen den Systemen bedeutet, daß die DDR auf dem Niveau vor dem 1. Weltkrieg stehen geblieben war.

Worin lagen nun die Ursachen für die marode DDR-Wirtschaft, wie konnte die DDR die Situation so lange verdecken, und welchen Stellenwert hatte das Ausmaß der wirtschaftlichen Probleme und Defizite für den Zusammenbruch der DDR?

Das wirtschaftliche System der DDR läßt sich, um direkt eine Schwierigkeit vorwegzunehmen, nicht als Gesamtkomplex darstellen, das mit einigen Zahlen zu bezeichnen wäre, die dann Aussage über sämtliche volkswirtschaftlichen Zusammenhänge geben könnten. Allein die Tatsache, daß es einen Einfluß politischer Ideologie auf die Volkswirtschaft gab, führte zu einer enormen Beeinflussung, wie die folgenden Ausführungen belegen.

„Im Gegensatz zum Kapitalismus ist die sozialistische Wirtschaft frei von Wirtschaftskrisen (...) und ermöglicht die sparsamste und wirkungsvollste Ausnutzung aller Ressourcen sowohl im Rahmen des Betriebes als auch im

¹⁴⁷ Vgl. Kontroverse um Fehleinschätzung der DDR-Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.03.1997, S.4.

¹⁴⁸ Vgl. Schwarzer, Oskar: Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1996, S. 47ff.

*Maßstab der gesamten Volkswirtschaft.*¹⁴⁹ Als großer Irrtum mit weitreichenden Folgen sollte sich diese im Standardlehrbuch der „Politischen Ökonomie“ der DDR angegebene Definition und Forderung herausstellen. Deutlich erkennbar ist hier der Einfluß der sozialistischen Ideologie, die mittels der angeführten Definition den Sozialismus in der DDR zu behaupten versuchte. Bereits im Jahre 1919 betonte Lenin, daß „*die höhere Arbeitsproduktivität (.) in letzter Instanz entscheidend und das allerwichtigste, das ausschlaggebende für den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung ist.*“¹⁵⁰ Damit war dem System schon früh das Urteil gesprochen, es hat dem eigenen Kriterium nicht standgehalten, wie Günter Schabowski nach dem Fall der Mauer feststellte.¹⁵¹ Denn genau diese Arbeitsproduktivität je Beschäftigten erreichte Ende der 80er Jahre gerade mal etwa ein Drittel der Arbeitsproduktivität des Klassenfeindes in Westdeutschland.¹⁵²

Führte Lenin einst den Sieg der neuen Gesellschaftsordnung als Ziel an, so betonte auch die SED-Führung in der DDR die (angestrebte) Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus. Die sozialistische Ideologie wurde zum wesentlichen Bestandteil auch in der Ökonomie, deren Einfluß und Auswirkungen auf das Wirtschaftssystem und dessen Leistungsfähigkeit enorme Probleme und Schwierigkeiten verursachten. Um ihre Ziele entsprechend durchsetzen zu können, instrumentalisierte die SED-Führung die Wirtschaft und entwickelte eine zentralistisch-administrative Planwirtschaft. Ihr Machtmonopol sicherte sie u.a. mittels der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel, produzierte Waren und Güter, wobei die Partei dabei sämtliche Vorgänge innerhalb der Zentralverwaltungswirtschaft festlegte und bestimmte. Mit der Ausschaltung des freien Marktes und somit auch der Regelung, die auf Angebot und Nachfrage basierte, hatte sich die SED ein Steuerungsinstrument geschaffen, das allein sie kontrollierte. Allein der Parteiführung unterlag es

¹⁴⁹ Vgl. Politische Ökonomie, Lehrbuch, Berlin 1960, S. 557.

¹⁵⁰ W. I. Lenin: Die große Initiative, in: Werke, Band 29, Berlin 1961, S. 416.

¹⁵¹ Vgl. Schabowski, Günter: Die Abstoßung der Utopie. In der DDR erlitt der Marxismus sein deutsches Fiasko, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 43 (1992)-8, S. 459 ff.

somit zu entscheiden, welche Güter, Waren und Produkte den Bürgern zugänglich gemacht werden sollten, womit die Abhängigkeit von der Staatsmacht erzeugt wurde. Privilegien hatten demzufolge im SED-Staat einen hohen Stellenwert, denn mit Gratifikationen in Form von Sondervergünstigungen für z.B. Personen, die besondere Parteiverbundenheit und Parteitreue an den Tag legten, ließ sich eine zusätzliche Steuerung der Bevölkerung erzielen. Die Partei sicherte sich somit die Loyalität der Menschen, insbesondere aber der zur Herrschaftselite gehörenden, in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Die Bevölkerung wurde in die Herrschaftsstrukturen der Partei mittels eines „gesteuerten kollektiven Sicherungssystems versorgungs- und sozialpolitischer Art“ eingebunden.¹⁵³ Dabei wurden Lebenschancen nach Parteizugehörigkeit und Linientreue zugeteilt, angefangen von der beruflichen Ausbildung über die Sicherheit des Arbeitsplatzes, bis hin zur kompletten Lenkung beruflicher Karrieren.

3.2. Funktionsschwächen der zentralen Planwirtschaft

Die DDR-Planwirtschaft beruhte im wesentlichen auf zwei Elementen. Zum einen auf der zentralen Planung sämtlicher Wirtschaftsabläufe und zum anderen auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln. In der DDR-Verfassung von 1968, die unter Walter Ulbricht in Kraft trat, sowie in der 1974 unter Erich Honecker veränderten Verfassung waren diese beiden Elemente der sozialistischen Wirtschaftsordnung verankert worden. In den Artikeln 2 und 9 heißt es dazu: *„Das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln ,die Leitung und Planung der gesellschaftlichen Entwicklung [...] bilden unantastbare Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung“.[...] „Die Volkswirtschaft der DDR beruht auf dem sozialistischen Eigentum an den Produktionsmitteln.[...] In der DDR gilt der*

¹⁵² Vgl. Statistisches Bundesamt: zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Sonderausgabe, August 1992, S.9.

¹⁵³ Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, in: Bundestagsdrucksache 12/7820, S. 38 f.

*Grundsatz der Leitung und Planung der Volkswirtschaft sowie aller anderen gesellschaftlichen Bereiche. Die Volkswirtschaft der DDR ist sozialistische Planwirtschaft.*¹⁵⁴

Der Aufbau des „realen Sozialismus“ in der DDR basierte auf der Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Mit der Verstaatlichung mittlerer und kleinerer Betriebe, der Kollektivierung landwirtschaftlicher Betriebe sowie der Verdrängung des privaten Einzelhandels und der zwangsverordneten Schaffung von Produktionsgenossenschaften im Handwerk sollten Produktionsmittel in Volkseigentum übergehen.

Nachdem in der SBZ mit dem Aufbau des Wirtschaftssystems nach sowjetischem Vorbild begonnen wurde, hatte Anfang der 50er Jahre ein Wirtschaftssystem zentraler Planung, Leitung und Kontrolle in der DDR einen festen Platz eingenommen. Da die Parteiführung der SED die Kontrolle und somit den Führungsanspruch über sämtliche Bereiche in der DDR übernommen hatte, d.h. sowohl in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, gelang es ihr problemlos, sämtliche politischen Vorgaben entsprechend durch- und umzusetzen. Das oberste staatliche Leitungsorgan für die Verwaltung des Staates sowie der Wirtschaftslenkung war dabei der Ministerrat der DDR, der zugleich die DDR-Regierung stellte.¹⁵⁵ Die Planung, Lenkung und Kontrolle von Produktion sowie die Verteilung aller volkswirtschaftlich wichtigen Waren und Güter hatte ein Wirtschaftsverwaltungsapparat übernommen, welcher der politischen Führung unterstand. An oberster Stelle der wirtschaftsleitenden Organe stand also der Ministerrat, nachgeordnet waren ihm die staatliche Plankommission, Ministerien, Bezirkswirtschaftsräte, Bezirksplankommissionen sowie Räte der Kreise, Städte und Gemeinden. Diese Institutionen hatten die politisch festgelegten Ziele des Wirtschaftens

¹⁵⁴ Vgl. Verfassung der DDR vom 06.04.1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 07.10.1974, in: GBl der DDR, 1974, Teil I, Nr.47, S. 432 ff. sowie GBl der DDR 1968, Teil I, Nr.8, S.199 ff.; vgl auch: Gutmann, Gernot; Buck, Hannsjörg F.; Holzweißig, Gunter (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation in der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996, S. 23 f.

¹⁵⁵ Vgl.: Gesetz über den Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik vom 16.10.1972, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr.16, S.253 ff.

umzusetzen, wobei sie den Kombinat und Betrieben Planaufgaben und Planaufgaben übergaben und deren Einhaltung kontrollierten. Und hier zeigt sich schnell, daß der ungeheure Umfang an Institutionen eines aufgeblähten Verwaltungsapparates das wirtschaftliche System sehr „träge“ bestimmten und lenkten. Eine Vielzahl von Kontrollinstanzen hatten in diesem System Bestand, um die Einhaltung der Wirtschaftspläne zu gewährleisten, wobei höher angesiedelte Instanzen die jeweils nachgeordneten kontrollierten.¹⁵⁶

Entscheidende Defekte im Wirtschaftssystem lagen gerade innerhalb der zentral-bürokratisch gelenkten Planwirtschaft, deren entscheidende Instanzen bei der Planung und Steuerung der Wirtschaftsprozesse wirtschaftlichen Abläufen im Wege stand, da institutionelle Vorgaben keinen Platz für eine den eigentlichen Bedürfnissen des Marktes angemessene Entwicklung vorsahen.

In Drei- und Fünf-Jahresplänen legten die zuständigen Gremien wirtschaftspolitische Ziele der Partei fest, die mittels des hierarchisch geordneten Apparates umgesetzt wurden. Doch unterlagen gerade die Drei- bzw. Fünf-Jahrespläne Planungsfehlern, die durch strukturelle Deformationen und subjektive Entscheidungen der entsprechenden Wirtschaftsfunktionäre entstanden waren. Als 1989 öffentlich über die Reform der Wirtschaft in der DDR nachgedacht wurde, führte Helmut Richter, der Chef des Instituts für Sozialistische Wirtschaftsführung an, daß der übertriebene Zentralismus und die aus ideologischer Sicht behauptete Interessenidentität innerhalb der DDR-Gesellschaft Ursachen der verfehlten Wirtschaftspolitik waren. Insgesamt war es für die Planwirtschaften der „realsozialistischen“ Länder charakteristisch, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln im industriellen wie landwirtschaftlichen Sektor weitgehend aufgehoben wurde. Die Verstaatlichung der Unternehmen und Betriebe verhinderte eine Selbstregulierung des Wirtschaftsprozesses, von staatlicher Seite wurde der Markt mittels sogenannter „ökonomischer

¹⁵⁶ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II.1, Frankfurt a.M. 1995, S.644 ff.; Gutmann, Gernot; Klein, Werner: Skizzen zu Reformen des Wirtschaftssystems in der DDR, Konsequenzen für die Deutschlandpolitik, Königswinter 1990, S.8.

Hebel“, einem komplizierten Kennzifferngeflecht von zahlreichen ökonomischen Parametern wie Gewinn, Bruttoproduktion, Arbeitsproduktivität, Investitions- und Produktionsfond, festgelegt.¹⁵⁷ Auch die Preisbildung auf dem DDR-Markt unterlag subjektiven, ideologischen Bewertungen, so daß Rentabilitätsberechnungen kaum möglich waren. Absatz und Nachfrage, das Kaufverhalten der Bürger sowie die Qualität der Produkte spielten nur eine untergeordnete Rolle, denn der Absatz war letztlich planmäßig garantiert, eventuelle Verluste wurden durch staatliche Subventionen ausgeglichen. Ebenso wenig erfolgten Investitionsplanungen und –festlegungen nach ökonomischen Sachzwängen, sondern nach subjektiven Vorgaben der politischen Führung. Die sozialistische Planwirtschaft war nicht auf Akkumulation, sondern auf Konsumtion, also auf den Verbrauch von Wirtschaftsgütern ausgerichtet. Dadurch, daß der Zwang zur Akkumulation mit der Aufhebung des Privateigentums beseitigt worden war, mußten von staatlicher Seite die Investitionsmittel mit subjektiven Methoden der Gesellschaft abgerungen werden. Hierzu machte sich die Staatsführung moralische Appelle, einen organisierten Wettbewerb, Prämiensysteme, überhöhte Preise für Waren des gehobenen Bedarfs, bis hin zu physischem Zwang und Enteignung des privaten Vermögens zu Nutzen. Es entstand ferner ein willkürliches Lohn- und Preissystem, das eine leistungsbezogene Beurteilung und Entlohnung der Arbeit verhinderte. Regelmäßige Lohnerhöhungen und steigende Prämien bei gleichzeitiger Beibehaltung der Preise führte nicht zur gewünschten Erhöhung der Arbeitsproduktivität, sondern zur Inflation. Der dadurch entstandene Geldüberhang verschärfte um ein weiteres die Warenknappheit, so daß die eigentliche Absicht, Leistungen zu stimulieren, genau das Gegenteil bewirkte.¹⁵⁸

¹⁵⁷ Gutmann, Gernot; Klein, Werner: Herausbildungs- und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II 3, Frankfurt a.M. 1995, S. 1618.

¹⁵⁸ Vgl. hierzu ferner die Vorträge „Funktion /Dysfunktion und systembedingte Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und Gründe für das Scheitern systemimmanenter Reformansätze, von: Klein, Werner; Schmidt, Reinhard: Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost. Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR – Die Gesellschaft in den neuen

Die Betriebe und Unternehmen hatten den quantitativen Planvorgaben des Ministerrates Folge zu leisten, so daß die Planerfüllung des von der Partei festgelegten Plansolls erstes Ziel betrieblichen Wirtschaftens war. Die Folge, die sich daraus ergab war, daß für die Betriebe die Qualität der Erzeugnisse in den Hintergrund traten und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität eine gänzlich untergeordnete Rolle spielte.¹⁵⁹

Für das ideologische Selbstverständnis aller kommunistischen Parteien hatte die fest vorgegebene Planung einen wichtigen Stellenwert. *„Ausrichtung und Ablauf des Wirtschaftsprozesses mußten im Dienste des von den Klassikern des Marxismus-Leninismus verheißenen Geschichtsprozesses stehen, der zum Endziel des Kommunismus führen sollte.“*¹⁶⁰ Diese Vorgaben führten aber unweigerlich zu Problemen und gleichartigen Krisenphänomenen in allen Staaten, die am System einer zentral gelenkten Planwirtschaft festhielten. Verschwendung von Energie- und Rohstoffen, Anhäufen von Materialien, Überhang von nicht absetzbaren Waren und auf der Gegenseite einem Übermaß von nicht zu befriedigenden Bedürfnissen nach gehobenen Waren und Devisen, all das waren deutliche Begleiterscheinungen der planorientierten Wirtschaftssysteme. Der Handel zwischen den RGW-Staaten war ebenfalls beeinflusst von der administrativen Planung. Aufgrund der vorgegebenen fiktiven Preisbildung fand ein Außenhandel im üblichen Sinne nicht statt. Der Austausch an Waren, der zwischen den RGW-Staaten stattfand, wurde nach Vorgaben eines Fünfjahresplans ausgehandelt.

Insofern kam es zu einer engen Verflechtung der Wirtschaftssysteme, wodurch eine Abhängigkeit entstand. Kam es zu einer Krise in einem der

Bundesländern im Umbruch, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur...“, Band III 1, Frankfurt a.M., 1999, S.121-138.

¹⁵⁹ Vgl. Schürer, Gerhard: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Kuhrt, Eberhard; Buck, Hannsjörg F.; Holzweißig, Gunter (Hrsg.): Die Endzeit der DDR Wirtschaft- Analysen zur Wirtschafts- und Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 89ff.

¹⁶⁰ Vgl. Gutmann, Gernot; Buck, Hannsjörg F.; Holzweißig, Gunter (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation in der DDR in den 80er Jahren, a.a.O., S.24.

Staaten der Wirtschaftspartner, so hatte dies zugleich Auswirkungen auf alle anderen Staaten. Diese Tatsache war gerade auch für die DDR durch ihre Stellung zur Sowjetunion mit großen Schwierigkeiten verbunden, denn das „Wirtschaftssystem DDR“ hing wesentlich auch von Lieferungen an Roh- und Energiestoffen aus der Sowjetunion ab, worauf an anderer Stelle dieser Bearbeitung noch eingegangen wird.

Trotz einer Vielzahl von Kontrollmechanismen innerhalb des wirtschaftlichen Verwaltungsapparates war es innerhalb der von „oben“ gesteuerten Wirtschaftsabläufe nicht möglich, den Überblick über sämtliche Vorgänge des Systems effektiv zu verarbeiten. Nicht die Institutionen, die Wirtschaftsabläufe überwachen, sind bedeutsam für den Markt, vielmehr kommt es auf das Zusammenwirken der Gesamtheit aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten an. Das nur begrenzte Wissen an der Spitze war unzureichend und führte in den unteren Ebenen zur Handlungsunfähigkeit.

Zur effizienten Planung sind ferner Informationen über die Nachfrage von Waren und Dienstleistungen nötig, die von den einzelnen Unternehmen und Betrieben wesentlich besser wahrzunehmen sind, als von einem Behördenapparat. Letzterer war zudem nicht in der Lage, jeden Betrieb einer genauen, den Markterfordernissen entsprechenden Bedürfnisprüfung zu unterziehen.¹⁶¹

Die Tatsache, daß fehlender Wettbewerbsdruck, Arbeitsplatzgarantie sowie die fehlende Beteiligung an Unternehmensgewinnen das Arbeitsgeschehen in der DDR bestimmten, führte schließlich zu einer „Motivationsschwäche“ in der Arbeitnehmerschaft. Fehlender persönlicher Einsatz sowie das Desinteresse der Arbeitnehmer an betrieblichen Erfolgen bedingten das

¹⁶¹ Vgl. Icks, Annette: Der Transformationsprozeß in der ehemaligen DDR 1989-1991, Bonn 1995, S.75; Protokoll der 27. Sitzung „Die DDR- Volkswirtschaft als Instrument der SED-Diktatur“, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II1, Frankfurt a.M. 1995, S. 645ff.

Fehlen, bzw. das sich auf ein Minimum reduzierendes Verantwortungs- und Wirtschaftsinteresse an betrieblichen Abläufen.¹⁶²

Die Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR wies darüber hinaus weitere entscheidende Defekte auf, wie z.B. die Problematik eines auf sparsamen Faktoreinsatz und hohe Produktivität ausgerichteten Wirtschaftsgeschehens, wobei aber den Beschäftigten keinerlei Privateigentum an Produktionsmitteln ermöglicht wurde. Es entsteht in der Regel erst dann ein verantwortungsvolles Interesse der Beschäftigten an wirtschaftlichen Abläufen, wenn sie aktiv bei der Gestaltung der Arbeitsprozesse mit einbezogen werden und ein gewisses Maß an Mitsprache erhalten. Die Leiter der Planungs- und Leitungsgremien z.B. hatten, wenngleich sie über Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Verwendung der Produktionsmittel verfügten, kaum persönlich zurechenbare Verantwortung für die Folgen ihrer Entscheidungen. An Gewinn und Kosten waren sie nicht beteiligt, allenfalls erhielten sie geringe Prämien für das Erreichen der Planvorgaben. Damit konnte das Interesse an internen Wirtschaftsabläufen für diesen Personenkreis nicht von allzu großer Bedeutung und Wichtigkeit werden.¹⁶³

Ferner weisen zentral-administrative Planwirtschaften sogenannte Motivations- und Informationsschwächen auf. Da die Planung der betrieblichen Ziele nicht in den Betrieben selbst stattfand, sondern in den politischen Entscheidungsgremien, führte dies unweigerlich zu Informationsfehlern. Dies passierte aufgrund der Tatsache, daß nicht alles Wissen über betriebliche Erfordernisse an einer einzelnen Institution festgemacht werden konnte. Konkrete Angaben über organisatorische und produktionstechnische Abläufe waren bei den Entscheidungsgremien meist nur unzureichend vorhanden oder unterlagen der Gefahr, daß bei der Weitergabe innerhalb des aufgeblähten Wirtschaftsverwaltungsapparates

¹⁶² ebenda, S.648 ff.

¹⁶³ Vgl. Gutmann, Gernot; Klein, Werner: Herausbildungs- und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem, in: Materialien der Enquete-Kommission, Band II.3, a.a.O., S.1641 ff; vgl ferner: Leipold, H.: Privatisierungskonzepte im Systemwandel, Arbeitsberichte zum Systemvergleich, in: Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme der Universität Marburg (Hrsg.), Nr.16, Marburg 1992, S.4 ff.

mit seinen zahlreichen Ebenen Informationen auf der Strecke blieben. Mit einem Satz: Das erforderliche Wissen über sämtliche Wirtschaftsvorgänge ließ sich kaum an übergeordneter Stelle zentralisieren und erst recht nicht im Kreise einer begrenzten Anzahl von Personen.¹⁶⁴

Die Planwirtschaft der DDR hat auf ganzem Felde versagt; der politischen Führung in der DDR ist es nicht gelungen, mit dem System des Klassenfeindes zu konkurrieren, geschweige denn wie vorgesehen, die Marktwirtschaften zu überholen.

Das Festhalten der sozialistischen Staaten an der zentral-administrativen Planung, ohne auf die Bedürfnisse des Marktes ausgerichtet zu sein, stellte sich letztlich als verhängnisvoller Fehler dar.

Die heutige Kenntnislage erlaubt den Schluß, daß der Zusammenbruch des realsozialistischen Staatensystems in einer ökonomischen Rückständigkeit und in der systembedingten Unfähigkeit lag, durch Reformen das ökonomische Niveaufälle auszugleichen.

3.3. Wirtschaftliche Schwächen in den 60er und 70er Jahren

Der Zustand der volkswirtschaftlichen Situation 1989 war das Ergebnis einer Entwicklung, die lange Zeit vorher ihren Anfang genommen hatte. Im Grunde ließe sich mit der Ausgangslage nach 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone beginnen, welche aufgrund hoher Reparationsleistungen die Startbedingungen für die Wirtschaft erschwerte.¹⁶⁵ Desweiteren waren Anzeichen für wirtschaftliche Schwierigkeiten Anfang der 60er Jahre ausschlaggebend für die Reformprogramme des „Neuen Ökonomischen Systems“ (NÖS) sowie dem „Ökonomischen System des Sozialismus“ (ÖSS), welche durch eine Lockerung bei der Planung und Leitung der

¹⁶⁴ Vgl. Gutmann, Gernot; Klein, Werner: Herausbildungs- und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II 3, Frankfurt a.M. 1995, S.1642 f.

¹⁶⁵ Hierzu finden sich nähere Ausführungen in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II1, Frankfurt a.M., S. 652.

Wirtschaft Verbesserungen wirtschaftlicher Ergebnisse erbringen sollten. Die Reformen, wie sie in den 60er Jahren neben der DDR auch in der Tschechoslowakei eingeleitet wurden, waren zum Scheitern verurteilt, da sie nicht nur eine Neubestimmung der Funktion von Plan- und Leitungsbürokratie nach sich zogen, sondern auch für politischen Zündstoff sorgten. Schließlich fürchtete die Partei, die vornehmlich Interesse am Macht- und Systemerhalt hatte, um ihre führende Rolle, die mit der ökonomischen Eigenständigkeit der Betriebe einhergehen würde. Letztlich beließ man es bei administrativen und damit kontrollierbaren Methoden sowie der strikten Beachtung der von der Sowjetunion eingebrachten vier unabdingbaren Essentials, die es beim Aufbau des Sozialismus/Kommunismus zu berücksichtigen galt: Die Diktatur des Proletariats, dem demokratischen Zentralismus, der zentralen staatlichen Planung und der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei.

Die Programme von NÖS und ÖSS waren also zum Scheitern verurteilt, da die politische Führungsriege eine größere Kompetenz in den Betrieben und Unternehmen als nicht wünschenswert befand und somit nicht länger zuließ.¹⁶⁶

In engerem Zusammenhang mit der Lage im Jahr 1989 aber stehen wirtschaftliche Schwächen, die Ende der 70er Jahre deutlich wurden.

Bereits in der Phase der Vorbereitung des Fünfjahresplanes 1981-1985 beriet das Politbüro am 30. Oktober 1979 die „*Analyse zur Effektivität der Investitionen in der Volkswirtschaft der DDR*“, welche von der Staatlichen Plankommission erarbeitet und vorgelegt wurde.¹⁶⁷

Im Ergebnis der Analyse zeigte sich, daß sich die Größe der „produktiven Akkumulation“ (der Effektivität von Investitionen im produzierenden Bereich) rückläufig entwickelte, wobei der Anteil der Investitionen im nicht produzierenden Bereich, vor allem im Wohnungsbau, angestiegen war. Während 1970 der Anteil der Investitionen im produzierenden Bereich noch

¹⁶⁶ Vgl. Gutmann, Gernot; Klein, Werner, Herausbildung und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem, in: Materialien der Enquete-Kommission, a.a.O., Band II 3., S.1612f.; Weidenfeld, Werner; Korte, Karl-Rudolf, Handbuch zur deutschen Einheit, a.a.O., S. 106.

¹⁶⁷ Vgl. Hertle, Hans - Hermann: Der Fall der Mauer, Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, S.48.

16% am verwendeten Nationaleinkommen ausmachte, waren es 1988 nur noch etwa 10%.¹⁶⁸ Die sich aus dem Mangel an erforderlichen Investitionen ergebenden Folgen waren der hohe Altbestand der Produktionsanlagen, die zum Teil längst hätten verschrottet werden müssen, und der Mangel an modernen Produktionstechnologien.¹⁶⁹

Die für wichtig eingestufte Erweiterung der Produktionskapazitäten mit der im Jahre 1979 zur Verfügung stehenden Investitionsgröße, war unter diesen Umständen nicht zu erwarten.

Im Ergebnis sorgte Erich Honecker dafür, daß die Analyse wohl zur Kenntnis genommen wurde, des weiteren jedoch keinesfalls Verbreitung finden sollte, da man im Politbüro den Ergebnissen, insbesondere der Kritik an der kostenträchtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik, äußerst konträr gegenüberstand. Den Wohnungsbau als „nicht produzierenden Bereich“ anzusehen, der mehr Investitionen verschlinge, als es sich letztlich auszahlen werde, dagegen verwahrte sich Honecker energisch und erhielt dabei Schützenhilfe von Horst Sindermann, dem damaligen Präsidenten der Volkskammer. Er polemisierte das Problem und verwies darauf, daß in den Wohnungen schließlich Kinder produziert würden, der Wohnungsbau somit zum produzierenden Bereich gehöre.¹⁷⁰ Aus ökonomischer Sicht wohl eine fatale Ansicht, die Folgen haben würde.

Wegen der unpopulären Analyseergebnisse sollte die Plankommission einer „planmethodischen Veränderung“ unterzogen werden, um deren „falsche Ideologie“ zu beseitigen. Nicht die Ursachen der volkswirtschaftlichen Probleme standen somit zur Debatte, sondern vielmehr die Institution, die es wagte, darauf aufmerksam zu machen.

Die SED-Führung übergang die wirtschaftlichen Probleme und ging zur Tagesordnung über. Schürer und dessen Mitarbeiter wurden nach Aussage seines Stellvertreters Siegfried Welzel als „Leute abgestempelt, die nichts verstanden.“¹⁷¹

¹⁶⁸ Vgl. Kusch, Günter; Montag, Rolf; u.a.: Schlußbilanz - DDR Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991, S.22.

¹⁶⁹ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DDR-Wirtschaft im Umbruch Bestandsaufnahmen und Reformansätze, Berlin 1990, S.8 f.

¹⁷⁰ Vgl. Pirker, T.; Lepsius, M.R.; Weinert, R. u. Hertle, H.-H, a.a.O., S.79.

¹⁷¹ ebenda, S. 79.

Das Schürer-Gutachten, aber auch andere Analysen zeigten Schwächen und Defizite der DDR-Wirtschaft auf, deren Auslöser und Ursachen im Folgenden an einigen Beispielen dargestellt werden sollen.

3.4. Subventionsapparat DDR

Ein Merkmal der sozialpolitischen „Errungenschaften“ der DDR war das Fixieren der Preise für Waren und Dienste des Grundbedarfs, was langfristig zu einem enormen Ausmaß an Kosten im Subventionswesen der DDR führte.¹⁷²

Um die Preise auf dem festgelegten Niveau für Mieten, Eisenbahn- und Straßenbahnfahrten, Telefon- und Briefgebühren, Strom und Gas sowie Waren des Grundbedarfs zu halten, mußten immer größer werdende Mittel des Staatshaushalts aufgewendet werden.

Die Mietkosten hielten sich dabei auf einem Niveau mit Stand von 1936, als der Mietpreis pro Quadratmeter zwischen 0,80 bis 1,20 Mark lag.

Nahrungsmittel wurden mit etwa 84 % der Produktionskosten bezuschußt; für ein Kilo Roggenmischbrot war 1970 derselbe Preis (0,52 Mark) zu bezahlen wie 1989. Hätten sich die Kosten der Produktion mit dem Verkaufspreis decken sollen, so wären die Produkte etwa sechs- bis siebenmal teurer gewesen.¹⁷³ Auf der Gegenseite stand jedoch der stetige Anstieg der Erzeugerpreise. Für einen Doppelzentner Roggen wurden 1970 41,05 Mark bezahlt, im Jahr 1988 waren es 72,14 Mark. Neben den Erzeugerpreisen stiegen auch die Lohnkosten, so z.B. im Wirtschaftsbereich Verkehr von 806 Mark monatlich im Jahr 1970 auf 1436 Mark im Jahr 1989. Die Kosten fielen bei wachsenden Ausgaben für Löhne,

¹⁷² Vgl. hierzu Keck, Alfred: Im Dschungel der Schattenwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.01.1990.

¹⁷³ Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II1, Frankfurt a.M., S.729; Manz, Günter: Subventionspolitik als Teil der Sozialpolitik, in: Wirtschafts Wissenschaft, Berlin Ausgabe 4/1990, S. 494-503 (S.503); Gutmann, Gernot; Klein, Werner: Skizzen zu Reformen des Wirtschaftssystems in der DDR, Konsequenzen für die Deutschlandpolitik, Königswinter 1990, S.10.

Gehälter und Produktion von Jahr zu Jahr höher aus und ließen die Ausgaben für das Subventionswesen explodieren.¹⁷⁴

In den 80er Jahren setzte sich auf den Weltmärkten zusehends die Informations- und Kommunikationstechnik durch, infolgedessen sich in der DDR die Mikroelektronikbranche entwickelte. Während in der DDR der Preis für einen 256 Kilobit-Chip bei 36 Mark lag, kostete die Produktion eines Chips 536 Mark, woraufhin sich ein weiterer Posten im Subventionswesen ergab, der in wenigen Jahren etwa 16 Milliarden Mark an Kosten verursachte.¹⁷⁵

3.5. Kostenfaktor innere und äußere Sicherheit

Die Belastung mit Ausgaben für den Verteidigungshaushalt, der inneren und äußeren Sicherheit stellte für die DDR eine weitere finanzielle Belastung dar. Geht man von etwa 750.000 Personen aus, davon etwa 285.000 Hauptberufliche, die in zahlreichen militärischen oder paramilitärischen Organisationen aktiv waren¹⁷⁶, so erklärt sich der hohe wirtschaftliche Aufwand. Allein die Unterhaltung für Mauer und Grenzbefestigung kostete im Jahr mehr als 1,2 Milliarden Mark.¹⁷⁷

Gerhard Schürer bezifferte die Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit auf etwa 8% des Nationaleinkommens der DDR, die gemessen an den Ausgaben der Sowjetunion (etwa 30% des Nationaleinkommens) zwar geringer waren, dennoch eine hohe finanzielle Belastung darstellten.¹⁷⁸

Rainer Karlsch geht von 11 % des Nationaleinkommens für Verteidigung

¹⁷⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt: DDR 1990 Zahlen und Fakten, Wiesbaden 1990, S.78 ff.

¹⁷⁵ Zum Vergleich: Der Preis für ein 256 Kilobit - Chip auf dem Weltmarkt lag bei 6 Mark; da die DDR einem Embargo unterlag, waren diese Waren jedoch nicht erhältlich. Vgl. Pirker, Theo u.a., a.a.O., S.88 f.

¹⁷⁶ Gießmann, Hans - Joachim: Das unliebsame Erbe, Die Auflösung der Militärstruktur der DDR, Baden - Baden 1992, S.75.

¹⁷⁷ Vgl. Ammer, T. a.a.O., S.8.

¹⁷⁸ Vgl. Pirker, T., Lepsius, M.R.; Weinert, R. u. Hertle, H.-H, a.a.O., 106.

und innere Sicherheit aus.¹⁷⁹ Auf die Ausgabenentwicklung des Militärs wirkten sich die Modernisierung der NVA in der zweiten Hälfte der 70er Jahre, und die zunehmende Rüstungsproduktion merklich aus. Bereits Anfang der 50er Jahre sorgten die Militärausgaben für eine Belastung des Staatshaushaltes, was sich kontinuierlich fortsetzte.¹⁸⁰

Bei den offiziellen Verlautbarungen in der DDR über die Kosten für die Nationale Verteidigung spielte die Statistik eine Rolle (auf die an anderer Stelle eingegangen wird), da die Angaben in den offiziellen Veröffentlichungen überhaupt nicht oder nur verschleiert angegeben wurden. Im Ausland führte dies zu einer sehr ungenauen Wahrnehmung, was durch die SED Parteiführung auch beabsichtigt wurde.¹⁸¹

3.6. Kürzungen sowjetischer Erdöllieferungen -Auswirkungen für Wirtschaft und Umwelt der DDR

Als sich 1981 abzeichnete, daß sowjetische Erdöllieferungen gekürzt werden würden, wurde in der DDR das Programm der „Heizölablösung“ gestartet, infolgedessen Braunkohle die Energiequelle Öl ersetzte. Allein im Zuge der Umrüstung in den Heizkraftwerken entstanden Kosten in Höhe von etwa zwölf Milliarden Mark¹⁸²; die Folgen der Umstellung von Öl auf Braunkohle nahmen dabei jedoch ein verheerendes Ausmaß an. Die europaweit höchsten Schadstoffbelastungen in der Luft durch Schwefeldioxid wurden in der DDR verursacht. Gemessen an den Grenzwertvorgaben durch die UNO wäre die DDR zum damaligen Zeitpunkt als nicht bewohnbar eingestuft worden. Zu dieser Zeit lief der Raubbau an

¹⁷⁹ Karlsch, Rainer: Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im...“, Band III 2, Frankfurt a.M. 1999, S.1501 ff.

¹⁸⁰ Vgl. Diedrich, Torsten: Aufrüstungsvorbereitungen und -finanzierung in der SBZ/DDR 1948-1953, in: Thoß, Bruno (Hrsg.) :“Volksarmee schaffen - Ohne Geschrei!“, München 1995, S. 326 ff.

¹⁸¹ Vgl. Karlsch, Rainer, a.a.O., S. 6.

¹⁸² Vgl. Hertle, Hans - Hermann: Der Fall der Mauer... a.a.O, S. 51; Auf etwa 17 bis 18 Milliarden Mark beziffert Harry Maier die Kosten der Umrüstung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ , Band II1, Frankfurt a.M. 1995, S.660.

natürlichen Ressourcen in der DDR auf Hochtouren, dessen Folgen eine der großen Erblasten für das wiedervereinigte Deutschland wurden.¹⁸³

Die Erdöllieferungen, welche die DDR aus der Sowjetunion erhielt, wurden größtenteils in den Westen exportiert, um damit Devisen zu erzielen. Die Rücknahme der sowjetischen Lieferungen im Jahr 1982 von 19 auf 17 Millionen Tonnen bedeutete für die DDR eine hohe finanzielle Einbuße, und laut Aussage von Günter Mittag kurz nach dem Zusammenbruch der DDR, das Aus für die DDR.¹⁸⁴

3.7. Die amtliche Statistik der DDR

Die Darstellung der wirtschaftlichen Leistung in der Statistik der DDR ist aus zweierlei Gründen von Bedeutung. Zum einen erklärt der Nachweis gefälschter Statistiken, wie es gelingen konnte, die westlichen Länder über die tatsächliche wirtschaftliche Lage hinwegzutäuschen. Zum anderen dienten gezielt falsche Angaben zur Desinformation auch innerhalb der DDR dazu, der Bevölkerung aber auch einzelnen Machtgruppen des Politbüros bestimmte Daten und Fakten vorzuenthalten, wobei die manipulierte Informationspolitik betrieben wurde.

Um Negativmeldungen bezüglich wirtschaftlicher Entwicklungen nicht publik werden zu lassen, wurden sie einfach aus den Büchern entfernt, was die Ausgaben des Statistischen Jahrbuchs im Laufe der Jahre zusehends dünner werden ließen. So wurde z.B. 1984 das Bruttoprodukt im Statistischen Jahrbuch erst gar nicht angegeben, da es deutlich gesunken war.¹⁸⁵

¹⁸³ Vgl. Buck, Hannsjörg: Umweltpolitik und Umweltbelastung, in: Kuhrt, E.; Buck, H.; Holzweißig, G.(Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation in der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996, S. 223-257.

¹⁸⁴ Vgl. 27. Sitzung der Enquete-Kommission vom 05.02.1993: „Die DDR-Volkswirtschaft als Instrument der SED-Diktatur“, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II 1, Frankfurt a.M., S.660; Mittag, Günter: Um jeden Preis, Berlin 1991, S.245.

¹⁸⁵ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission, a.a.O., S.665 f.

Die Statistik in der DDR lieferte geschönte Daten zur wirtschaftlichen Lage, um im Ausland den Anschein zu erwecken, die Volkswirtschaft sei produktiv und gesund. Hierzu wurden beispielsweise die Angaben zum Importüberschuß kurzerhand in Exportüberschuß umgewandelt, was vom Ausland nicht durchschaut wurde und zu immer ungenierteren Eingriffen der SED in statistische Daten führte.¹⁸⁶ Die DDR-Forschung im Westen verkannte offensichtlich, daß die Statistik der DDR ein wesentliches Mittel im Klassenkampf war.

Arno Donda, der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS), bestätigte, daß die Statistiken häufig „ein verfälschtes Bild“ wiedergaben, was in der Regel erst nach der Vorlage beim Ministerrat vorgenommen wurde.¹⁸⁷ Gerhard Schürer bescheinigt Donda gute Arbeit, doch war nicht der Leiter der SZS verantwortlich für das, was letztlich veröffentlicht wurde, das allein entschied die Politik.¹⁸⁸

Die SZS war der Partei gegenüber weisungsgebunden, so daß alle Angaben, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, bei Bedarf zurückgehalten bzw. verändert werden konnten.

„Schönfärberei“ wurde somit zu einem festen Bestandteil der Leistungsbilanz der DDR, da die Statistik der DDR eine bedeutsame Rolle bei der Behauptung und Rechtfertigung der sozialistischen Ideologie spielte, die sie zum Bestandteil der Wirtschaft machte.¹⁸⁹

¹⁸⁶ Vgl. Lippe, Peter von der, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II 3, Frankfurt a.M., S.2083.

¹⁸⁷ Vgl. Stinglwagner, Wolfgang: Schwere Zeiten für die DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv Heft 2/1990, S. 237 f.; Vgl. auch: Deutschland Archiv - Chronik der Ereignisse in der DDR, Köln 1989, S. 23.

¹⁸⁸ Vgl. das Interview mit Gerhard Schürer im Anhang, S.258f.

¹⁸⁹ Vgl. Güttler, Markus: Die Grenzen der Kontrolle, Das Statistische Informationssystem und das Versagen zentralistischer Planwirtschaft in der DDR, in: Bessel, Richard; Jessen, Ralph: Die Grenzen der Diktatur, Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S.253-273 (S.256).

3.8. Das Schürer - Gutachten

Am 24. Oktober 1989 wurde Gerhard Schürer¹⁹⁰, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, vom Politbüro damit beauftragt, eine Analyse der volkswirtschaftlichen Lage darzulegen. Darüber hinaus forderten ihn die Auftraggeber mit Egon Krenz an der Spitze auf, einen Beschlußentwurf auszuarbeiten, der notwendige Reformen zur wirtschaftlichen Lage darstellen sollte.¹⁹¹

Schürer, der bereits im April 1988 auf den desolaten Zustand der wirtschaftlichen Lage in der DDR aufmerksam gemacht hatte und seinerzeit kein Gehör fand, sollte wenige Tage vor dem Fall der Mauer eine Anleitung liefern, „den Karren aus dem Dreck zu ziehen“, der lange vorher schon festgefahren war.

Bei der Zustandsbeschreibung der wirtschaftlichen Lage im Herbst 1989, die als Geheime „Kommandosache“ zunächst für die Öffentlichkeit nicht bestimmt war, konnte Schürer an seine Ausführungen über die Lage der Volkswirtschaft vom April 1988 anknüpfen¹⁹², wobei die hohe Auslandsverschuldung der DDR bei den westlichen Ländern, welche bereits seit den 70er Jahren stetig anstieg, nach Schürers Meinung Anlaß zur Besorgnis gab. Dem Politbüro legte er seit 1973 monatlich die Zahlen vor, so daß man dort über die Verschuldungssituation der DDR im Bilde war.¹⁹³ Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund zu vernehmender Behauptungen und Rechtfertigungen von Politbüromitgliedern von Interesse, die von einer hohen Staatsverschuldung nichts gewußt haben wollen.

Als Schürers Gutachten erstmals im Mai 1988 das Politbüro erreichte, wurde das Ergebnis seiner Ausarbeitung als ein Angriff gegen die

¹⁹⁰ Siehe auch das Interview des Verfassers mit Gerhard Schürer vom 10. November 1999 im Anhang, S. 240.

¹⁹¹ Vgl. Hertle, Hans - Hermann: Staatsbankrott, Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv, Heft 10/1992, S.1019.

¹⁹² ebenda, S.1031; Enthüllungen zum Staatsbankrott der DDR, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 64 vom Juni 1995, S.15.

¹⁹³ Hertle, H.H. a.a.O., S.1019; Pirker, T.; Lepsius, M.R.; Weinert, R. u. Hertle, H.-H.: Der Plan als Befehl und Fiktion - Wirtschaftsführung in der DDR, Opladen 1995, S.76 ff.

Beschlüsse des VIII. und IX. Parteitages gewertet und niemand regte an, den Ergebnissen und den sich daraus möglicherweise ergebenden Folgen ernsthaft nachzugehen.

Der Entwurf des Volkswirtschaftsplans für das Jahr 1989 ließ Bilanzierungslücken in einer Größenordnung von etwa 8,1 Milliarden und ein Ansteigen der Auslandsverschuldung auf ca. 38,9 Milliarden Valutamark (VM) absehen. Um die Auslandsverschuldung zu stoppen, hielt die dem Sekretär für Wirtschaft Günter Mittag unterstellte ZK-Abteilung „Planung und Finanzen“ einen Exportüberschuß im Außenhandel mit dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW) in Höhe von 6,5 Milliarden VM für erforderlich. Die Staatliche Plankommission hingegen erachtete lediglich das Erreichen von 2,1 Milliarden VM für realistisch.¹⁹⁴

Das Schürer-Gutachten besagte schließlich, daß für ein Stoppen der Verschuldung die Senkung des Lebensstandards im Jahre 1990 von 25-30 % erforderlich wäre, was die Unregierbarkeit der DDR zur Folge gehabt hätte.¹⁹⁵

3.9. Erich Honecker, Wirtschaftspolitik nach Maßgabe

Auf die Frage, ob denn niemand auf die Warnungen bezüglich der wirtschaftlichen Situation eingegangen sei, antwortete Schürer¹⁹⁶, daß nur kleinere Zugeständnisse im Politbüro gemacht worden seien. Es gelang ihm lediglich, kleinere Projekte, wie z.B. den Bau von Gebäuden für die Staatsicherheit oder den eines Bunkers mit einem Volumen von etwa 500 Millionen Mark aus dem Plan zu streichen. Über all das, was Einsparungen im Bereich der Sozialpolitik, dem Kernstück Honeckers politischen Agierens, anging, ließ dieser nicht mit sich reden. Immer dann, wenn es um notwendig gewordene und einschneidende Veränderungen im

¹⁹⁴ ebenda, S.79; Hertle, Hans - Hermann: Vor dem Bankrott der DDR, Dokumente des Politbüros des ZK der SED aus dem Jahre 1988 zum Scheitern der „Einheit von Wirtschafts -und Sozialpolitik“, Berlin 1991, S.6.

¹⁹⁵ Vgl. Haendcke -Hoppe - Arndt, Maria: Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in Deutschland Archiv, Heft 6/1995, S.588-602 (S.589).

Wirtschaftssystem der DDR ging, ließ Honecker nicht das geringste Anzeichen an Vernunft und Einsicht erkennen. Als 1972 das Sozialpolitische Programm beschlossen wurde, sagte Gerhard Schürer im Politbüro, daß die DDR sich verschulden müsse und damit Kreditaufnahmen im Westen nötig würden. Daneben sei auch abzusehen, daß Kürzungen an Investitionen in der DDR unvermeidbar würden, womit die SED-Führung am selben Ast säge, auf dem sie sitze. Honecker mahnte Schürer energisch, die Beschlüsse des Parteitages zur Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zu sabotieren. Um die Sache aus der Welt zu schaffen, befürwortete der Generalsekretär eine Initiative zur höheren Produktivität, nachdem das Projekt Wirtschafts- und Sozialpolitik Früchte tragen solle.¹⁹⁷ Mit diesem Lippenbekenntnis war der Sachverhalt beendet. Als am 9. November 1989 das Zentralkomitee der SED über die Ursachen der aktuellen Schwierigkeiten beriet, meldete sich Günter Ehrensperger, der Finanzexperte des Zentral Komitees zu Wort. Im November 1973 hatte er eine Hochrechnung erstellt, wonach die Exportschulden von damals, knapp zwei Milliarden Valutamark, bis zum Jahr 1980 auf etwa 20 Milliarden steigen würden. Honeckers Reaktion ließ nicht lange warten. Noch am selben Abend bestellte er Ehrensperger zu sich und teilte ihm mit, er solle ab sofort Rechnungen und Ausarbeitungen dieser Art nicht mehr vorzunehmen. Seine Unterlagen und Berechnungen bekam er nicht zurück, darüber hinaus mußte Ehrensperger selbst veranlassen, daß in der Abteilung sämtliche Unterlagen vernichtet werden.¹⁹⁸ Sollten die Aussagen von Günter Ehrensperger tatsächlich zutreffend sein, so ist dies ein weiterer Beweis für das blinde und willkürliche wirtschaftspolitische Vorgehen des Generalsekretärs.

Die Beispiele machen deutlich, wie kurzsichtig und wenig qualifiziert Erich Honecker war, wie wenig er auf die Realität und ihre wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten bedacht war. Selbst Warnsignale seiner Berater lösten keinerlei Reaktionen aus, erst recht dann nicht, wenn die von ihm

¹⁹⁶ In einem Interview vom 25.02. und 21.05.1993 mit den Autoren, Pirker, T.; Lepsius M. R.; Weinert, R. u. Hertle, H.-H., a.a.O., S. 67-120 (S.78).

¹⁹⁷ Vgl. Interview mit Gerhard Schürer im Anhang, S.243.

¹⁹⁸ Maier, Charles S. : Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt/M. 1999, S. 58f.

vorangetriebenen politischen Ziele in irgendeiner Art und Weise gefährdet werden konnten. In diesem Zusammenhang bestätigt Schürer, daß es unabhängig vom Standpunkt der Parteilinie kaum möglich war, Kritik zu äußern, die das Bild vom Sozialismus Erich Honeckers berührte. Dieser hatte eigene Vorstellungen von einer Wirtschaftspolitik, in der die Menschen eine Wohnung, billige Nahrungsmittel und Arbeit benötigen, damit der Sozialismus wachsen und gedeihen könne. Um dies zu gewährleisten, mußte das Nationaleinkommen jährlich um 4% wachsen, ebenso wie der Lebensstandard. Mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik müsse *„das Wachstum des Verbrauchers genauso schnell gehen, wie das Wachstum der Produktion.“* Schürer erklärte, daß jeder Plan, in dem die 4% Wachstum des Nationaleinkommens nicht auftauchen, entsprechend nach oben korrigiert werden mußte. Honecker hatte diesbezüglich klare Vorstellungen, an denen er, ohne weitere Kenntnisse über Ökonomie zu besitzen, festhielt. Schließlich rechtfertigte die SED-Führung mit den Wachstumsraten ihre „erfolgreiche“ Wirtschafts- und Sozialpolitik im In- und Ausland, was politisch wichtig, wirtschaftlich jedoch fatal war.

An diesem Vorgehen hielt die Führungsriege lange Zeit fest, zuletzt am 6. Oktober 1989. Von offizieller Seite wurden an diesem Tag ein letztes Mal die getünchten Angaben zum Nationaleinkommen vorgelegt, was sich um genau 4% im Vergleich zum Vorjahr erhöht habe. Tatsächlich aber lag das Wachstum des Nationaleinkommens entgegen der „kosmetisch behandelten“ Angaben in der amtlichen Statistik zur Wirtschaft in der DDR bei 2,5 bis max. 3,8%¹⁹⁹.

Erich Honecker hat einen wesentlichen Anteil der wirtschaftlichen Bankrott-Politik in der DDR zu verantworten. Er war es, der Warnsignale ignorierte und sich vehement gegen notwendige Veränderungen wehrte. Und er war es auch, der den „Scheinwohlstand“ der DDR, welcher allein mit Krediten aufrechterhalten werden konnte, wider besseren Wissens als Leistung des Sozialismus und der Politik der SED verkaufte. Erich Honecker war es, der den Niedergang der DDR an vorderster Front zu verantworten hat und

¹⁹⁹ Vgl. Stinglwagner, Wolfgang: Schwere Zeiten für die DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv Heft 2/1990, S.237.

einen Scherbenhaufen zurückließ, der auch elf Jahre nach dem Fall der Mauer Spuren hinterläßt.

3.10. Das ökonomische Desaster als selbst erwählter Niedergang?

Fraglich ist, wieso Schürers Analysen, die doch eindeutig signalisierten, wie es um die volkswirtschaftliche Lage bestellt war, bei den verantwortlichen Mitgliedern des Politbüros nicht weiter zur Sorge beitrugen.

Interessant erscheint die Frage gerade vor dem Hintergrund der Auswirkungen und Folgen eines wirtschaftlichen Ruins in der DDR, über den sich die SED-Führung bewußt gewesen sein mußte. Eine eintretende Zahlungsunfähigkeit der DDR hätte den Internationalen Währungsfonds (IWF) auf den Plan gerufen, der eine Umschuldung bestimmen und festlegen würde, wie die Wirtschaft in Zukunft zu gestalten sei. Dies hätte dann eine Untersuchung aller wirtschaftlichen Aktivitäten mit sich gebracht, infolgedessen die DDR-Führung ihren Verzicht auf ein Eingreifen in wirtschaftliche Prozesse hätte erklären müssen, was grundlegende Veränderungen im sozialistischen System zur Folge gehabt hätte.²⁰⁰ Bereits Anfang der 80er Jahre war die wirtschaftliche Lage der DDR so prekär, daß erst die Milliardenkredite der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1983 und 1984 die Lage wesentlich verbesserten, ohne die das Ende der DDR möglicherweise schon zu diesem Zeitpunkt gekommen wäre.²⁰¹

Spätestens aber mit der Kenntnisnahme des Schürer-Gutachtens vom Mai 1988 war festzustellen, daß sich die politische Führung der DDR sehenden Auges in den Untergang manövrierte, da keine wirksamen Veränderungen und Reformen folgten.

Eine Ursache für die abwehrende Haltung des Politbüros sieht Siegfried Welzel, Schürers Stellvertreter in der Plankommission, im Altersstarrsinn der Mitglieder des Politbüros,²⁰² was verbunden mit der „Erstarrung der

²⁰⁰ Vgl. Hertle, Hans - Hermann: Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv, Heft 10/1992, S. 1023.

²⁰¹ Vgl. Hertle, Hans - Hermann: Der Fall der Mauer, a.a.O., S. 53 f.

²⁰² Vgl. Pirker, T.; Lepsius, M.R.; Weinert, R. u. Hertle, H.-H.: Der Plan als Befehl ... a.a.O., Opladen 1995, S.79.

Führungsstrukturen“ im Politbüro zur Handlungsunfähigkeit der SED-Führung führte.

Bezüglich der Vornahme von Veränderungen, aber auch im Hinblick auf das bloße Wahrnehmen und Feststellen von Tatsachen, denen Veränderungen und Reformen dringend hätten folgen müssen, sperrten sich die Mitglieder des Politbüros, allen voran Generalsekretär Honecker. Die Staatsführung der DDR sah ihre Popularität innerhalb der Bevölkerung vermutlich gefährdet, da die erforderliche Senkung des Lebensstandards zur Senkung der Auslandsverschuldung, bei der (am westlichen Konsumniveau orientierten) Bevölkerung möglicherweise zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus geführt hätte. Honeckers „Glanzstück“, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, führte zu einer sich immer stärker herausbildenden Diskrepanz zwischen dem sozialistischen Anspruch und der tatsächlichen Leistung der Volkswirtschaft. Während unter Walter Ulbricht noch in Ansätzen versucht worden war, z.B. mit den Reformen des NÖS marktwirtschaftliche Instrumente in die Planwirtschaft einzubringen, führte Honeckers Politik zu einem äußerst unsoliden Wirtschaftskurs.

Schwierigkeiten ergaben sich aber sicherlich auch aus der Verflechtung von Politik und Wirtschaft in einem System, in dem die sozialistische Ideologie im Vordergrund stand, wobei ökonomische Erfordernisse und Gesetzmäßigkeiten hintangestellt wurden. Die politische Idee stand über „allem“, wenngleich dies zu einer Gefährdung anderer Bereiche und letztlich zum wirtschaftlichen Irrationalismus führen mußte.

Auch Günter Mittag räumte Probleme in der Wirtschaft ein, deren Ursache er in „ideologischen Positionen und Illusionen“ sah, die das Durchsetzen einer an „Realitäten orientierten Wirtschaftspolitik“ unmöglich machte.²⁰³

Schürer wurde mit der abwehrenden Haltung des Politbüros im Mai 1988 nicht zum ersten Mal konfrontiert. Bereits knapp zehn Jahre zuvor stieß seine „Analyse zur Effektivität der Investitionen...“ auf vergleichbare Ablehnung im Politbüro.

Im Grunde unterläuft dieser Beleg das Argument der „Altersstarrheit“ im Politbüro, denn der Altersdurchschnitt lag 1979 bei 62 Jahren, was

²⁰³ Vgl. Mittag, Günter: Um jeden Preis, Berlin 1991, S. 79.

sicherlich nicht als „überaltert“ anzusehen ist. M.E. lag es an einer Mischung aus mehreren faßbaren Ursachen, der möglicherweise noch eine unbestimmte Zahl von Gründen hinzugerechnet werden muß. Selbst zehn Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es noch zahlreiche Fragen und Lücken in der DDR-Forschung, auf die entsprechende Antworten erst noch gefunden werden müssen.

Das starre Festhalten an der sozialistischen Ideologie, verbunden mit dem zunehmenden Alter und der Angst vor Veränderungen, die das Lebenswerk betreffen könnten, sind sicherlich als faßbare Ursachen für die reformablehnende Haltung im Politbüro zu benennen.²⁰⁴ Hinzu kommen strukturelle Merkmale wie z.B. der autoritäre, parteidisziplinäre Kurs innerhalb des Politbüros, der sich, wie die folgenden zwei Beispiele beweisen, auf dessen Handlungsfähigkeit auswirkte.

Zuvor aber ist zum besseren Verständnis der Entscheidungsabläufe und Strukturen ein wesentliches Merkmal der zentralistischen politischen Planung zu benennen, um die Zusammenhänge im Entscheidungssystem zu verstehen. Um diesen Bereich nicht zu sehr zu strapazieren, sei nur kurz festgehalten, daß alle wesentlichen Entscheidungen, gerade auch die Volkswirtschaft betreffend, im Politbüro oder im Sekretariat des Zentralkomitees der SED getroffen wurden. Das Politbüro war zu einem Gremium absoluter Machtausübung geworden, wobei Honecker und Mittag im Bereich Wirtschaft die federführenden Entscheidungsträger waren.²⁰⁵

Die Hauptabteilung (HA) XVIII 4, zuständig für die Sicherung der Volkswirtschaft, insbesondere der zentralen wirtschaftsleitenden Organe, erhielt Anfang der 80er Jahre den Auftrag, einen Bericht zur Lage der Volkswirtschaft zu erstellen. Das Ergebnis der Untersuchung war erschreckend und benannte Günter Mittag und Alexander Schalck-Golodkowski als Schuldige für die festgestellte volkswirtschaftliche Misere.

²⁰⁴ Hans Modrow führt an, daß es den „führenden Genossen“ um die Erhaltung ihrer Macht ging. *„Sie wollten die Realitäten einfach nicht zur Kenntnis nehmen und waren deshalb unfähig, eine wahre Lageeinschätzung und konzeptionelle Vorschläge zur Überwindung (...) vorzubringen.“* Vgl. hierzu Modrow, Hans: *Aufbruch und Ende*, Hamburg 1991, S.10.

²⁰⁵ Vgl. Kusch, G.; Montag, R., a.a.O., S.138 f.

Erich Mielkes Reaktion darauf mündete in die Frage, „*was Leute mit so 'ner politischen Verantwortungslosigkeit noch in der Partei zu suchen hätten?*“²⁰⁶

Gemeint war offensichtlich die Verantwortungslosigkeit gegenüber dem Sozialismus und seinen Vertretern, die sich darin äußerte, das Agieren letzterer in Frage zu stellen.

Hier zeigt sich das Verhältnis der tatsächlichen Wahrnehmung von Ursachen auf der einen und dem Einfluß der politischen Ideologie auf der anderen Seite, die keinen Platz für Kritik am System vorsah.

Das zweite Beispiel zeigt den Einfluß einer nur begrenzten Zahl von Führungskadern im Politbüro, was Beschlüsse bezüglich der Volkswirtschaft anbelangt.

Wirtschaftspolitisch relevante Themen wurden nach Gerhard Schürers Aussage nur im „kleinen Kreis“ besprochen. Hervorzuheben ist dabei Günter Mittag, bei dem die Zügel der Wirtschaftspolitik zusammenliefen und ohne dessen Zustimmung keine weitreichende Entscheidung gefällt werden konnte. In seinem Buch: „Um jeden Preis“, rechtfertigt sich Mittag, indem er sich als reformwilligen Politiker darstellt, der am Unwillen anderer scheiterte. Wahr ist hingegen, daß Mittag die DDR-Wirtschaft nicht nur beeinflusst hat, sondern „sie geradezu administrativ dominierte“,²⁰⁷ wobei niemand aus den Reihen des Politbüros wagte, die Stellung oder Entscheidungen des Wirtschaftssekretärs in Frage zu stellen. Schließlich war er es auch, der Schürers Krisenanalyse vom Tisch fegte, nachdem sie ihm von Honecker zugeleitet wurde.²⁰⁸

Mittags Monopolstellung neben der unangreifbaren Position Honeckers, verbunden mit der gradlinigen Parteidisziplin der Mitglieder des Politbüros, waren ohne Zweifel bedeutsame Aspekte, die den Niedergang der Wirtschaft begleiteten.

Nach dem Zusammenbruch der DDR gab es innerhalb der SED zahlreiche Schuldzuweisungen, was die personelle Verantwortlichkeit des Niedergangs

²⁰⁶ Haendcke-Hoppe, Maria: Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv, Heft 6/1995, S. 588-602 (S.597).

²⁰⁷ Vgl. Fritze, Lothar; Panoptikum DDR-Wirtschaft, Machtverhältnisse - Organisationsstrukturen - Funktionsmechanismen, München 1993, S.113 ff.

²⁰⁸ Vgl. Hertle, Hans - Hermann: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv, Heft 2/1992, S.127-142 (S.129).

anging, die aber allesamt der jeweils eigenen Rechtfertigung dienen. Erich Honecker begründete die Handlungsunfähigkeit der Parteiführung mit seinem krankheitsbedingtem Rücktritt, Egon Krenz führte den ihm verordneten Zwangsurlaub als Ursache an.

Aus der Sicht des letzten kommunistischen Ministerpräsidenten Hans Modrow resultierte die Handlungsunfähigkeit aus dem unbedingten Festhalten an der Machterhaltung, was den führenden Genossen des Politbüros eine wirkliche an der Realität orientierte Lageeinschätzung und deren Bewältigung unmöglich machte.²⁰⁹

3.11. Der Zusammenbruch der DDR – Resümee und abschließende Beurteilung

Die Unfähigkeit der politischen Führungsriege in der DDR, dem sowjetischen Reformbeispiel von Perestroika und Glasnost zu folgen, die unsoliden Haushaltspraktiken und der enorme Verschleiß in der Volkswirtschaft, die Verfolgung und Unterdrückung Andersdenkender, jahrzehntelange Abgrenzungspolitik, ansteigende Ausreisewelle - all das sind Aspekte, die den Staat letztlich in den Ruin trieben. In der wissenschaftlichen Fachliteratur, die sich mit dem Niedergang der DDR befaßt, finden sich zahlreiche Einschätzungen zu Ursachen und Begebenheiten, die zum Scheitern des „Realsozialismus“ führten, wobei sehr unterschiedliche Gewichtungen vorgenommen werden. Es ist heute noch immer festzustellen, daß die Ursachenforschung bezüglich einer Gewichtung der tatsächlichen Gründe für den Untergang der DDR in vielen Fällen immer noch nicht tiefgründig genug zu sein scheint. Zu oft werden einzelne Aspekte herausgegriffen, die nach Ansicht der jeweiligen Autoren als maßgeblich anzusehen sind, den Umbruch herbeigeführt zu haben.

Friedrich Schorlemmer, der als Bürgerrechtler und Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs die Ereignisse im Herbst 1989 miterlebte und gestaltete, sieht einen ganz entscheidenden Grund für das Anwachsen oppositioneller Aktivitäten der Bevölkerung in der staatlichen Anordnung,

²⁰⁹ Vgl. Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, S.10.

man solle den Flüchtlingen, die die DDR verlassen, keine Träne nachweinen.²¹⁰ Diese fast bildliche Aussage zeigt die subjektive Wahrnehmung eines an den Geschehnissen beteiligten Zeitzeugen, der dem verordneten Gebot, keine Tränen zu vergießen für Abweichler, Gegner und Andersdenkende, einen höheren Stellenwert als Ursache für das Scheitern der DDR einräumte als allen anderen Ursachen.

Unter dem Titel: „Der Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR und der CSSR“ ist eine Arbeit erschienen, die immerhin auf das Zusammenspiel verschiedener Aspekte hinweist, die gemeinsam den Zusammenbruch herbeigeführt haben. Das „ökonomische Desaster“ wird aber auch hier lediglich am Rande abgehandelt und findet wenig Beachtung bei der Gewichtung der Ursachen für den Niedergang der DDR.²¹¹

Ähnliches auch bei der Lektüre: „Der Zusammenbruch der DDR“ von Hans Joas und Martin Kohli, in dem weitere Mitautoren ihre Ergebnisse bezüglich des Untergangs der DDR darlegen. Im wesentlichen kommt dabei heraus, daß *„die Bürger der DDR ihre Freiheit den nationalen Bestrebungen in Osteuropa zu verdanken haben.“*²¹²

Defizite bei der Darstellung der Ereignisse, die den Fall der Mauer beschreiben, finden sich leider auch in Lehrbüchern wieder. Bei der Vorbereitung auf das Abitur können Abiturienten im: „Abiturwissen – Deutschland nach 1945“ nachlesen, daß als auslösende Faktoren der Revolution und dem damit verbundenen Untergang der DDR die DDR-Opposition verantwortlich war. Sie habe zudem erst dadurch an Stärke gewonnen, daß der schlechte Lebensstandard, die schlechte Infrastruktur und unzureichende Wohnverhältnisse die Menschen auf die Straße trieben.²¹³ Ohne Zweifel ist dieses zu vermittelnde Abiturwissen nicht nur verkürzt dargestellt worden, sondern schlicht falsch.

²¹⁰ Vgl. Lange, Horst; Matthes, Uwe: Ein Jahr danach, Auf der Suche nach Fragen und Antworten zur Wende in der DDR, in: Deutschland Archiv, Heft 11/1990, S.1747.

²¹¹ Glaeßner, Gert-Joachim; Svanmajer, Milan: Der Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR und der CSSR, Berlin 1990, S.15.

²¹² Joas, Hans; Kohli, Martin: Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt a.M. 1993, S.90.

²¹³ Göbel, Walter: Abiturwissen, Deutschland nach 1945, Stuttgart, Dresden 1993, S. 133 f.

Wenngleich die Auffassung zu teilen ist, daß eine nennenswerte Lockerung mit dem „Neuen Kurs“ der Sowjetunion im sozialistischen Block einher ging, die mitentscheidend für die Ereignisse in der DDR war, so ist doch zu widersprechen und festzustellen, daß auch hier Determinanten abgehandelt werden, wobei eine wiederum zu kurz kommt - die des ökonomischen Niedergangs der DDR. „Die Wende in der DDR“, so der Titel eines von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Buches, in dem zahlreiche Aufsätze den Umsturz in der DDR und die damit verbundenen Herausforderungen und Probleme darstellen. Doch auch hier zeigt sich ein ähnliches Bild wie in den vorangegangenen Beispielen. Die Ursachen der „friedlichen Revolution“ werden in mehreren Komplexen beschrieben, wobei vorneweg die Politik Gorbatschows sowie die Lernunfähigkeit der SED-Führung angeführt werden, hingegen ökonomische Unzulänglichkeiten erst in einem zweiten Komplex mit weiteren Strukturproblemen behandelt werden.²¹⁴

Auch im Abschlußbericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“²¹⁵ werden ökonomische Unzulänglichkeiten bei der Festlegung der Vorboten des Untergangs des SED-Regimes vernachlässigt.²¹⁶ Gleichzeitig wird aber festgestellt, daß der Zusammenbruch der Wirtschaft vorprogrammiert war²¹⁷, was den Untergang des gesamten Systems bedeutet hätte.

Hier sei kurz der Gedanke angebracht, daß das wirtschaftliche Aus erst als letzter Aspekt in der Wahrnehmung der Ursachen des Zusammenbruchs hinzukam. Wäre der wirtschaftliche dem politischen Zusammenbruch vorausgegangen, so hätte dies zu einer anderen Sicht geführt, was die Einschätzung und Bewertung der Ursachen angeht. Möglicherweise hätte dies sogar mancher DDR-Nostalgie vorgebeugt, die heute wieder vermehrt zu hören ist.

Die Liste der Veröffentlichungen zum Untergang der DDR und deren Ursachenbestimmung wäre noch lang weiterzuführen, ebenso wie die

²¹⁴ Vgl. Maier, Gerhart: Die Wende in der DDR, Bonn 1991, S.37.

²¹⁵ Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, Drucksache 12/7820 vom 31.05.1994.

²¹⁶ ebenda, S. 206

²¹⁷ ebenda, S. 39

Tatsache einseitiger Ergebnisse und Darstellungen, was die Ursachenanalyse angeht.²¹⁸

Als letztes Beispiel soll ein Aufsatz von Horst Lange und Uwe Matthes angeführt werden, der bereits aus dem Jahr 1990 stammt und dem eine öffentliche Umfrage nach den Ursachen für den Zusammenbruch in der DDR zugrunde liegt.²¹⁹ Die meist zu vernehmende Antwort zu den Ursachen des Zusammenbruchs war zu vernehmen, daß die Entwicklung in der Sowjetunion sowie die ablehnende Haltung der SED-Führung gegenüber dem sowjetischen Weg als Auslöser der Ereignisse im Herbst 1989 anzusehen sind. Als weitere Antworten wurden benannt: Das Versagen der Politik der SED, das kritische Bewußtsein der Bürger in der DDR, die entstehende Oppositionsbewegung und deren Eintreten für Menschenrechte und Umweltschutz, die desolante DDR-Wirtschaft, der Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen und stärker werdende Repressalien des Staates gegenüber Bürgern, die Kritik am Staat äußerten.

Auch hier ist deutlich festzustellen, daß in der Bevölkerung Ansichten vorhanden sind, die sich aus verschiedenen individuellen Erfahrungen und Empfindungen herleiten lassen. Die beiden Autoren folgern daraus, daß als Ursache der Wende ein Komplex von „ökonomischen, politischen, sozialen, sozial-psychologischen und ökologischen“ Ursachen besteht und warnen davor, monokausale Erklärungen als maßgeblich für den Untergang des Systems anzusehen.²²⁰

Dieser Ansicht ist meiner Meinung nach zu folgen. Einzelne Teile des Puzzles können das Bild nicht komplettieren. Weder oppositionelle Gruppierungen noch Tausende Ausreisender oder einzelne Reformwillige in der SED hätten allein genommen den Umbruch bewirken können. Erst die Gesamtheit der Ereignisse erschufen das Gesamtbild, wobei einige Glieder

²¹⁸ Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß es durchaus wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen gibt, die sich mit der DDR-Wirtschaft befassen und zu dem Ergebnis kommen, daß eine verfehlte Ökonomie den Untergang der DDR zu verantworten hat. Meist aber findet diese Betrachtung lediglich am Rand statt. Im gesamten Literaturüberblick jedoch kommt die Ursache „Verfehlte Wirtschaftspolitik“ eindeutig zu kurz.

²¹⁹ Vgl. Lange, Horst; Matthes, Uwe, a.a.O., S.1744-1750.

²²⁰ Ebenda, S. 1746 f.

der Ursachenkette des Niedergangs der DDR weniger bestimmend sind, andere hingegen das Bild wesentlicher zusammenfügen.

Die Auswirkungen des Handelns von Michail Gorbatschow dürfen in diesem Zusammenhang nicht unterschätzt werden.²²¹ Mit seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPdSU im März 1985 begann in der Sowjetunion die Zeit tiefgreifender Reformprozesse, aber auch für die Zukunft der DDR stellten sich die Weichen. Ganz ohne Zweifel hätten auch ohne ihn die Ereignisse in der DDR einen ganz anderen Verlauf genommen. Der propagierte Weg des „neuen Miteinanders der sozialistischen Länder“ und die damit verbundene Ankündigung, daß die Sowjetunion sich nicht mehr in eine innenpolitische Auseinandersetzung der DDR mit der Bevölkerung einmischen werde, stellte die politische Führung der DDR vor ein schwerwiegendes Problem. Ohne Rückhalt durch die Sowjetunion, die sich von einer starren Blockpolitik abwendete, mußte es der DDR schwerfallen, einen anderen Kurs als den des „großen Bruders“ einzuschlagen. Innerhalb der Bevölkerung ließ sich eine Abkehr von der Sowjetunion schlecht verkaufen, da die Menschen an Veränderungen auch für die DDR mittels Perestroika und Glasnost glaubten. Der immer gepriesene Weg des sowjetischen Bruders war plötzlich für die SED-Führung ideologisch nicht mehr zu nutzen, die neue Ausgangslage kehrte sich schnell gegen die DDR-Führung.

Die sowjetische Blockpolitik entwickelte sich in Richtung Gleichberechtigung und gegenseitiger Verantwortlichkeit zwischen den sozialistischen Ländern. Die damit verbundene Aufhebung der „Breshnew-Doktrin“ bewirkte ab Mitte der 80er Jahre ein gänzlich anderes Miteinander zwischen den sozialistischen Bruderländern und der Sowjetunion. Das neue Miteinander bedeutete größere Freiräume für die sozialistischen Staaten, größerer Freiraum aber auch für die DDR und seine Bürger.

Das Programm von Perestroika und Glasnost sollte innenpolitische, insbesondere auch wirtschaftliche Probleme der Sowjetunion lösen, griff in diesem Prozeß aber auch auf die DDR über. Die SED-Führung verfolgte diese Entwicklung mit Argwohn, verschloß sich den Reformen und

²²¹ Vgl. hierzu auch das Interview mit Alexander Rahr, a.a.O., im Anhang, S.212ff.

befürwortete einen eigenständigen Weg zum Sozialismus - und tat damit einen wichtigen Schritt in Richtung Niedergang.

Eine ernstzunehmende Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Reformkurs fand öffentlich nicht statt, das aber genau wünschten und forderten viele Bürger in der DDR. Insofern wurde Michail Gorbatschow schnell zum Hoffnungsträger oppositioneller Gruppierungen, Vertretern der Kirche und großer Teile der Bevölkerung.

Der neue Kurs übertragen auf die DDR bedeutete für die SED-Führung eine Umorientierung, die nicht in das Bild ihrer bisherigen Politik paßte. Zu erstarrt und inflexibel war das Herrschafts- und Gesellschaftssystem der DDR, um sich auf „Neuerungen“ um- oder einzustellen. Diese fehlende Flexibilität führte letztlich dazu, daß sich die SED-Führung einem weiteren hausgemachten Problem aussetzte. Neben dem Frontverlauf zum Westen und dem neuerdings entstandenen Verlauf zum Osten, gab es eine weitere Front, die sich befand sich im eigenen Land zwischen Bevölkerung und Staatsmacht befand.

Die sowjetische Reformpolitik also öffnete die Tür ein Stück für all diejenigen in der DDR, die z.B. den Dialog mit der Staatsführung suchten. Der neue sowjetische Weg trug jedoch etwas ganz Entscheidendes mit in die DDR: Ein Stück Legitimation, bestehende Verhältnisse in Frage zu stellen, das System öffentlich zu diskutieren, und das auch noch mit Rückendeckung des „großen Bruders“ Sowjetunion. Unter diesen Vorzeichen konnte es einer Oppositions- und Bürgerbewegung gelingen, sich mehr Spielraum zu verschaffen. Oppositionelle und Bürgerrechtler nutzten die Situation und bündelten ihre Kraft gemeinsam mit den Menschen auf den Straßen.

Opposition war in 40 Jahren DDR ein ständiger Bestandteil und Begleiter des Systems. Dennoch blieb oppositionelles Handeln verschiedener Strömungen bis weit in die 80er Jahre hinein außerstande, einen gemeinsamen Nenner für Belange und Forderungen des Volkes zu schaffen. Mit der Entstehung und dem Erstarken der Bürger- und Oppositionsbewegung am Ende der 80er Jahre aber änderte sich dies grundlegend. Die gebündelte Kraft der Bürger- und Oppositionsbewegung

und des Volkes auf den Straßen trug schließlich mit dazu bei, daß das SED-Regime letztlich außerstande war, seine Vorherrschaft zu bewahren. Was einzelnen Oppositionellen in den Jahren zuvor nicht gelingen konnte, wurde erst durch das Bündeln von Forderungen durch die Bürger in der DDR im Jahre 1989 möglich. Zur Schwächung und schließlich auch zum Untergang des SED-Staates leistete die Mischung aus gebündelten Kräften von Intellektuellen, dem zunehmenden Anwachsen der Bürgerbewegung auf der Straße sowie den Teilnehmern der kirchlichen Friedensbewegung einen großen Beitrag. Mit der Vereinigung zur breiten Oppositionskultur, die das erforderliche Gewicht und die Stärke entwickelte und einsetzte, war ein wichtiger Schritt getan, der zum Fall der Mauer in großem Maße mit beitrug. Nach den Kommunalwahlen am 7. Mai zeigte sich, daß sich die SED mit den vorgenommenen Wahlfälschungen selbst großen Schaden zugefügt hatte, welcher nicht mehr gutgemacht werden konnte. Die Protestdemonstrationen gegen Wahlfälschungen, welche am Siebten jeden Monats stattfanden, entwickelten eine Dynamik, die sich nicht mehr stoppen ließ. Den Bürger- und Oppositionsprotesten kommt ein ganz wesentlicher Anteil im Gefüge der Ursachen zu, die den Umbruch im Herbst 1989 in der DDR herbeiführten. Ihr Aufbruch aber, eine Konkurrenz zur SED darzustellen und dieser Widerstand zu leisten, wenigstens aber mit ihr in Dialog zu treten, ist erst im Herbst 1989 entstanden. Ohne Opposition und Bürgerbewegung jedoch hätte es den Fall der Mauer am 9. November so nicht gegeben. Hätte der politische Wille der Mehrheit an Bürgern gefehlt, dann wäre eher eine Reform von oben denkbar gewesen, jedoch nach dem Muster, wie sie Krenz und das Politbüro noch am Ende vorsahen.²²²

Sicher ist, daß die Oppositionsbewegung nicht auf den „fahrenden Zug“ der Ereignisse im Herbst `89 aufgesprungen ist. Jedoch kann auch sie für sich sicherlich nicht in Anspruch nehmen, ihn allein in Fahrt gesetzt zu haben.

Besonderes Augenmerk wird an dieser Stelle der ökonomischen Krise der DDR zuteil, die bereits in den 70er Jahren ihren Ausgangspunkt hatte und Ende der 80er Jahre ein katastrophales Ausmaß annahm. Ohne die angespannte wirtschaftliche Situation, deren Folgen deutlich auch innerhalb

²²² Vgl. hierzu auch das Interview mit Ehrhart Neubert im Anhang, S.233f.

der Bevölkerung wahrgenommen worden ist, wäre das Gesamtbild des Zusammenbruchs des SED-Staates so nicht zustande gekommen und existent geworden.

Neben den angeführten ideologischen, innen- und außenpolitischen Querelen waren volkswirtschaftliche Defizite fester Bestandteil im politischen Alltag der DDR geworden, welche das System dem Exodus sehr nahe brachten. In den vierzig Jahren ihrer Existenz hatte die DDR eine Volkswirtschaft aufgebaut, die im Jahre 1989 eindeutig vor dem Aus stand. So waren es in erster Linie ausländische Kredite in Milliardenhöhe, die im Laufe der Jahre das Überleben der DDR sicherten. Die DDR existierte nicht zuletzt deshalb, weil sie am „Finanz-Tropf“ der Bundesrepublik Deutschland hing. Ein überdimensionierter Planwirtschaftsapparat, Innovationsfeindlichkeit, Mangelwirtschaft an Waren, fehlende Investitionen, Überbeschäftigung, ein ungeheures Subventionsinstrumentarium, die unterentwickelte Infrastruktur, der überalterte Kapitalstock, all das waren Kennzeichen einer verfehlten Wirtschaftsstruktur in der DDR.

Die einstige, etwas stiefmütterliche Behandlung und Einordnung der ökonomischen Defizite in die Ursachenkette des Zusammenbruchs der DDR hat sich bis Ende der 90er Jahre hinein nur unwesentlich gewandelt.²²³

Die Untersuchung, Beschreibung und Analyse wirtschaftspolitischer Unzulänglichkeiten gehört m.E. auch künftig zu den Forschungen, die sich mit den Ursachen des Niedergangs der DDR beschäftigen werden. Die zweite Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat diese Defizite wahrgenommen. Sie räumte dem Themenfeld Wirtschaft während ihres Wirkens innerhalb der 13. Legislaturperiode von 1995 bis zum Juni 1998, einen weitaus größeren Stellenwert ein, als es noch die Vorgängerkommission tat, wenngleich aber ein wesentlicher Schwerpunkt der Transformationsprozeß im

²²³ Auf Mißstände und Disproportionen weist Herman Weber hin, die sich hinsichtlich der DDR-Forschung auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte feststellen lassen. Weber, Hermann: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR - Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B26/97 20. Juni 1997, S.3-14 (S.13).

Wiedervereinigten Deutschland war. Wesentlicher als die Zustandsbeschreibung der ökonomischen Lage vor dem Fall der Mauer war somit die Betrachtung nach dem Fall der Mauer. Die Wahrnehmung des wirtschaftlichen Niedergangs als Ursache des Zusammenbruchs benötigte vermutlich mehr Zeit im Vergleich zu Aspekten wie der „friedlichen Revolution“, da das Ausmaß wirtschaftlicher Defizite erst nach dem Zusammenbruch der DDR allmählich deutlich wurde, wohingegen die Massen auf den Straßen direkt eine größere Öffentlichkeitswirkung erreichten.

Obwohl ein Apparat ungeheuer großen Ausmaßes die Abläufe im Wirtschaftssystem plante, überwachte und bewertete, gelang es der Spitze des SED-Staates nicht, notwendige Veränderungen und Reformen einzuleiten, obwohl ausreichend Kenntnis bei den Verantwortlichen vorhanden war. Die Vorgaben von oben führten in den unteren Ebenen zur Handlungsunfähigkeit.

Die Planwirtschaft der DDR hat gänzlich versagt, den politisch Verantwortlichen ist es nicht gelungen, mit dem System des Klassenfeindes zu konkurrieren, geschweige denn, die Marktwirtschaft zu überholen. Das Festhalten an der Zentralverwaltungswirtschaft stellte sich als verhängnisvoller Fehler dar, der die DDR in eine enorme Verschuldung trieb, aus der es am Ende keinen Ausweg mehr gab. Die DDR war zahlungsunfähig, wenngleich ihre Wirtschaftsfunktionäre bis heute beteuern²²⁴, der Staat wäre bis zum Ende all seinen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen. Die Tatsache, daß Zahlungsverpflichtungen aus Krediten bedient wurden, die wiederum zu einem späteren Zeitpunkt nicht zurückgezahlt werden konnten, wird dabei allerdings nicht erwähnt. Zusammenfassend ist festzuhalten, daß der Zusammenbruch des realsozialistischen Staatensystems in einer ökonomischen Rückständigkeit und systembedingten Unfähigkeit lag.

Die DDR war wirtschaftlich am Ende und mit dem Fall der Mauer stellte sich zugleich die Frage, welche Wirtschaftsform eine künftige DDR verfolgen sollte. Obwohl es der Staatsführung lange gelingen konnte, das Ausland

²²⁴ Siehe Interviews mit Gerhard Schürer, im Anhang, S.243 f. und Christa Luft, S.269.

über den wahren Zustand der volkswirtschaftlichen Lage zu täuschen, so gelang es aber nicht, die Bevölkerung im Glauben festzuhalten, die DDR verfüge über eine tragfähige und solide Wirtschaftsstruktur. Die Bürger wußten, daß die DDR abhängig war vom Westen, daß sie für ihr erarbeitetes Geld keinen echten Gegenwert erhielten und daß es so nicht weitergehen sollte und konnte.²²⁵ Auch das führte zum Protestverhalten gegenüber dem Regime.

III. Exkurs: Die politische Ökonomie des Sozialismus

Das strenge und unabänderliche Zusammenspiel von Politik und Ökonomie im Wirtschaftssystem der DDR war Mitverursacher für den Zusammenbruch des Systems. Diese Tatsache ist von besonderem Interesse, schließlich stellte sich die Frage, wie ein reformiertes Staats- und Wirtschaftssystem nach dem Fall der Mauer und nach alleiniger SED-Herrschaft auszusehen habe. Ob Ideologie wieder eine übergeordnete Rolle einnehmen würde, selbst in so wichtigen und sensiblen Bereichen wie der Volkswirtschaft, diese Frage ist dabei von besonderem Interesse. Welche Schlüsse zog die neue Parteiführung aus dem Desaster eines ideologisch überlagerten Wirtschaftssystems und wie hätte ein neu zu ordnendes System aussehen können?

Wirtschaftspolitik in der DDR wurde in der Regel durch politische Vorgaben getragen, die im Zeichen des Sozialismus standen. Diese politische Ökonomie fand ihren Ursprung in den Schriften von Marx, Engels und Lenin.²²⁶ Mittels der Wirtschaftsplanung waren Politökonomien in der DDR damit befaßt, den sozialistischen Aufbau in der DDR mittels einer

²²⁵ Der ehemalige Bürgerrechtler Ehrhart Neubert weist darauf hin, daß sich die Menschen in der DDR sehr wohl im Klaren darüber waren, daß es schlecht stand um den Zustand der Wirtschaft, daß die DDR seit den 70er Jahren vom Westen ausgehalten wurde. Siehe hierzu das Interview im Anhang, S.231 f.

²²⁶ Vgl. Haffner Friedrich: Die Bedeutung der politischen Ökonomie für die Wirtschaftstheorie und wirtschaftliche Praxis in der DDR, in: Ideologie und Gesellschaftliche Entwicklung in der DDR – Achtzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 28. bis 31. Mai 1998, Deutschland Archiv 1985, S. 158-174 (S. 160).

zentralgesteuerten Wirtschaftsplanung voranzutreiben und zu gewährleisten. Anders als in marktwirtschaftlich geprägten Systemen nutzte die DDR wissenschaftliche Methoden und Instrumente zur bewußten Lenkung des Systems. Das Wirtschaftssystem in der DDR funktionierte demnach zu keinem Zeitpunkt nach den Gesetzen eines freien Marktes. Die Lehre vom Sozialismus wurde auf sämtliche Bereiche der Gesellschaft projiziert und machte auch vor dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand keinen Halt.

Die Ausführungen zum ersten Teil dieser Arbeit haben gezeigt, daß enorme Defizite binnen kürzester Zeit zum Zusammenbruch der DDR führten.

Angeführt wird die Reihe der Unzulänglichkeiten und Defizite von einer verfehlten Wirtschaftspolitik, an deren Ende eine Wirtschaftskrise stand, deren Kosten und Schulden eine enorme Belastung für das wiedervereinigte Deutschland verursachten.

Das erforderliche Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Macht und Systemsicherung, die sich ohne wirtschaftliches Potential nicht aufrechterhalten ließ, war in der DDR in ein Ungleichgewicht geraten, welches zum Untergang des Systems beitrug.

Systemsicherung in der DDR bedeutete das Anleiten, Lenken und Überwachen des wirtschaftlichen Geschehens durch die politische Führungsspitze. Dies führte zu einer Beherrschung des Marktes, auf dem vorrangig solche Güter produziert wurden, die im Sinne des Sozialismus von Bedeutung waren. Die sozialistische Planwirtschaft gab dabei in Plänen vor, was in welcher Größenordnung produziert werden sollte. Die Konzentration der wirtschaftlichen Planungs- und Lenkungsmacht in der politischen Führungsspitze führte dazu, daß sich das Machtmonopol nicht nur auf die Wirtschaft, sondern auf alle Lebensbereiche ausweitete. Wirtschaftliche Güter, das hatte die SED-Führungsriege erkannt, spiegelten die Lebensgestaltung der Bevölkerung wieder und beeinflussten sie. Die Zentralisierung der Wirtschaft ermöglichte das Erfassen und Kontrollieren des gesamten Staates. In totalitären Systemen, wie die DDR es war, wurde das Umsetzen staatlicher Ziele mit Hilfe der Volkswirtschaft gewährleistet, was das entsprechende Verhältnis von Politik und Wirtschaft erklärt.

Der Wirtschaftswissenschaftler Gernot Gutmann weist auf den bedeutsamen Zusammenhang zwischen „*Wirtschaftsordnung und allen übrigen menschlichen Ordnungen des Gemeinwesens*“ in sozialistischen Systemen hin. In der DDR stand die Zentralverwaltungswirtschaft im Vordergrund, da sie eine „unverzichtbare ökonomische Basis“ für das politische System darstellte.²²⁷

Durch die verfassungsrechtliche Verankerung behielt sich die SED den Führungsanspruch in einem System vor, dem sie in allen Bereichen ihren Stempel aufdrückte. Gesellschaft, Kultur, Bildungswesen, Rechtsprechung, Wirtschaft und Wissenschaft - es gab keinen Bereich, den die Staatspartei zur Erlangung und Erhaltung ihrer politischen Ziele nicht unter Kontrolle gebracht hatte. Die Politisierung erreichte dabei alle Lebensbereiche, wobei die Bürger der DDR, angefangen in den Kinderkrippen, über Schule und Berufsausbildung bis hin ins Rentenalter eine „ideologiedurchtränkte“ sozialistische Sozialisation erfuhren.

Daß die zur Ideologie mutierte Wirtschaftswissenschaft als Instrument der ideologischen Rechtfertigung des Herrschaftsanspruches der SED diene, ist dem Aufsatz von Isolde Stark zu entnehmen.²²⁸ Wie bereits angeführt, waren die Ökonomie betreffenden Pläne und Entscheidungen, eng verbunden mit politischen Zielen, die wiederum ideologiebestimmt waren. Jedoch sind es nicht Ideologien, die die Welt bestimmen, sondern ökonomische Produktionsverhältnisse, die je nach Beschaffenheit entscheidenden Einfluß über das Funktionieren oder Scheitern eines Systems haben.²²⁹

Die Wirtschaft der DDR war zweifelsohne sehr großen politischen Anforderungen ausgesetzt, die sie am Ende in den Bankrott trieben. Bis zu einem gewissen Grad ließ sich eine Lenkung und Bestimmung der Wirtschaft hinsichtlich politischer Ziele verfolgen, was aber langfristig mit stärker werdender Intensität des ideologischen Einflusses nicht haltbar war.

²²⁷ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II 1, Frankfurt a.M., S.642.

²²⁸ Stark, Isolde: Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR-Opposition 1989, in: Deutschland Archiv Heft 11/ 1995, S.1183-1193 (S.1192).

²²⁹ Vgl. Sinn, Gerlinde und Hans-Werner: Kaltstart, Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991, S.1.

Es ist anzumerken, daß jede Wirtschaftsordnung Funktionsprobleme in sich birgt, sowohl die Marktwirtschaft als auch die Zentralverwaltungswirtschaft. Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwächen, Inflation, außenwirtschaftliches Ungleichgewicht etc.; all diese Faktoren bestimmen das wirtschaftliche Geschehen auf den Märkten der Welt, gleich welchen politischen Systemen sie unterstehen. Dennoch hat sich erwiesen, daß die Marktwirtschaft in Verbindung mit demokratischen Systemen den Zentralverwaltungswirtschaften weitaus überlegen sind. Gerade der politische Rahmen ist entscheidend für das Gelingen oder Versagen des jeweiligen Wirtschaftssystems. Der notwendige Freiraum, den ein Wirtschaftssystem benötigt, um auf innovative Veränderungen des Marktes zu reagieren, war in der DDR nicht gegeben und wurde von staatlicher Seite als nicht wünschenswert angesehen.

Gerlinde und Hans-Werner Sinn weisen darauf hin, daß sich der „ideologische Überbau“ eines Systems nur träge und langsam verändere, wohingegen der Fortschritt von Wissenschaft und Technik ständige Veränderungen mit sich bringe, die mit der jeweiligen Ideologie leicht in Konflikt geraten können. Am Ende stehe dann eine Revolution, welche den ideologischen Überbau an die neue Situation anpasse.²³⁰

Diese Theorie trifft auf die Ereignisse in der DDR genau zu. Der „ideologische Überbau“ des Staatswesens DDR war nicht in der Lage, langfristig Stabilität zu garantieren, ohne einen Spielraum zuzulassen, der Staat, Gesellschaft, Politik und insbesondere der Ökonomie den notwendigen Platz verschaffte, auf Veränderungen zu reagieren. Das starre Gebilde DDR ließ keine Bewegungsfreiheit zu. Der Preis, den die Führungsriege für die Vernachlässigung einer effizienten Wirtschaftspolitik zu Gunsten politischer Ziele zu zahlen hatte, war hoch. Höher aber noch war und ist er für die Bevölkerung der ehemaligen DDR.

Die vorangegangenen Ausführungen sind nicht nur wesentlich bei der Analyse der Ereignisse bis zum Herbst '89, sondern sollen auch zur Einschätzung und Bewertung politischer Neuorientierungen der folgenden Monate bis zur Wiedervereinigung dienen. Die Auswirkungen des

²³⁰ ebenda, S.1f.

Zusammenspiels von Politik und Ökonomie sind hilfreich, um die Vielzahl von Überlegungen und Vorstellungen der am Umbruch Beteiligten bezüglich einer Reform des Systems zu verstehen und zu deuten.

Gerade der nach dem Zusammenbruch geplante Neubeginn und Aufbau des Systems, insbesondere der Wirtschaftsreform seitens der „neuen“ SED-Führung, kam wiederum enorme Bedeutung zu, denn ohne ein funktionsfähiges Wirtschaftssystem konnte es keinen sozialistischen Staat geben. Daß diese Erkenntnis unter SED - Politikern bekannt war, davon ist spätestens seit der 10. Tagung des ZK am 08.11.1989 auszugehen, als eine ungeschminkte Beschreibung der wirtschaftlichen Lage in der Volkskammer bekanntgegeben wurde.

Von Bedeutung und somit Gegenstand der Untersuchung ist ferner, ob ein reformiertes Wirtschaftssystem wiederum der Sicherung des Herrschaftsanspruchs der SED dienen sollte oder ob andere Interessen eine Rolle spielten.

IV. Neuordnung und Reformen – Die letzte sozialistische Regierung der DDR

Als die Anzeichen immer deutlicher wurden, daß die innenpolitische Lage im Land zunehmend unbeherrschbarer würde, setzte der SED-Apparat auf eher ungewöhnliche Methoden, um eine Bindung der Menschen an den Sozialismus in der DDR zu erreichen. Ungewöhnlich, weil der von der SED-Führung im Neuen Deutschland abgedruckte Aufruf beinahe wie ein frommes Flehen wirkte - ein letzter Versuch, die Bürger vom guten und richtigen Weg des Sozialismus zu überzeugen. Erwartungsgemäß wäre eher der Einsatz militärischer Gewalt gewesen, als Mittel, das Volk hin zum Sozialismus in der DDR zu bewegen. Etwa einen Monat vor dem Fall der Mauer unternahm die SED-Führung letzte verzweifelte Appelle.²³¹

„Der Sozialismus braucht jeden, er hat Platz und Perspektive für alle. Er ist die Zukunft der heranwachsenden Generationen. Gerade deshalb ist es uns

²³¹ Erklärung des Politbüros des ZK der SED, in: Neues Deutschland vom 12. Oktober 1989, S. 1435 ff.

nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben. Viele von ihnen haben die Geborgenheit der sozialistischen Heimat und eine sichere Zukunft für sich und ihre Kinder preisgegeben. (...) Die Ursachen für ihren Schritt mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, jeder an seinem Platz, wir alle gemeinsam. Viele von denen, die unserer Republik in den letzten Monaten den Rücken gekehrt haben, wurden Opfer einer groß angelegten Provokation. Wiederum bestätigt sich, daß sich der Imperialismus der BRD mit einem sozialistischen Staat auf deutschem Boden niemals abfinden wird, Verträge bricht und das Völkerrecht mißachtet. (...) Deshalb ist es das Gebot der Stunde, daß sich alle, deren Handeln von politischer Vernunft und humanistischem Verantwortungsbewußtsein gegenüber den Menschen unseres Landes bestimmt ist, deutlich abgrenzen von jenen, die die Bürger für konterrevolutionäre Attacken zu mißbrauchen trachten. Die Probleme der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der DDR lösen wir selbst – im sachlichen Dialog und im vertrauensvollen politischen Miteinander. Gemeinsam wollen wir über alle grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft beraten, die heute und morgen zu lösen sind. (...) Es geht um die Weiterführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es geht um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und ihren Nutzen für alle, um demokratisches Miteinander und engagierte Mitarbeit, um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung, um lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt. Es geht um den Beitrag unserer Republik für die Sicherung des Friedens in der Welt.“

Der Aufruf läßt deutlich erkennen, daß die SED-Führung Forderungen des Volkes nicht nur wahrgenommen und verstanden hat, sondern darüber hinaus auch einen Ansatz vom Willen erkennen ließ, tatsächlich auf Belange und Wünsche der Menschen eingehen zu wollen. So sind die Hinweise auf Reisemöglichkeiten, wenngleich zunächst nicht erkennbar war, für wen sie Geltung haben sollten, eine gesunde Umwelt sowie „lebensverbundene Medien“ doch deutlich auf ein gewisses Maß an Entgegenkommen ausgerichtet.

Die SED hatte, wenn auch spät, die Signale erkannt und letztlich den Versuch unternommen, die innenpolitisch verfahrenere Lage doch noch in den Griff zu bekommen. Zu diesem Zeitpunkt kam Hans Modrow auf das politische Spielbrett, um als einer der letzten SED-Politiker, der bei der Bevölkerung Vertrauen genoß, Reformen umzusetzen und das System damit vor dem Untergang zu bewahren.

Nachdem Erich Honecker am 18. Oktober 1989 anlässlich der 9. Tagung des ZK der SED von seinen Funktionen als Generalsekretär des ZK, Mitglied des Politbüros, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates entbunden wurde, trat Egon Krenz am 24. Oktober die Nachfolge Honeckers an. Doch auch Krenz öffentliches Bekenntnis, einen Weg der demokratischen Erneuerung des Sozialismus einzuschlagen, konnte die Wogen nicht glätten.²³² Die Reformvorstellungen der neuen Führung ließen erkennen, daß sie nicht auf brauchbaren Konzeptionen zur Bewältigung der politischen und wirtschaftlichen Krise aufgebaut waren. Sie bezogen sich zunächst lediglich auf personelle Veränderungen, was den Eindruck erhärtete, die SED wolle vordergründig ihren Machterhalt sichern. Die alte Garde sollte offensichtlich ersetzt werden, um einer neuen, noch unbelasteten Platz zu machen,²³³ zumal auch Krenz keine weiße Weste vorzuweisen hatte. Schließlich war er zehn Jahre im Politbüro tätig, maßgeblich an den Wahlfälschungen vom Mai 1989 beteiligt und Befürworter des Kurses der blutigen Niederschlagung in Peking. All das dürfte seine Position in der Bevölkerung nicht gerade gestärkt haben.

²³² Vgl. hierzu auch: Das Ende der kurzen Ära Krenz, in: Deutschland Archiv Heft 1/1990, S.146 ff.

²³³ Vgl. Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, Frankfurt a.M., 1992, S. 69 ff.; Malycha, Andreas u.a.: DDR-Geschichte zwischen Hoffnung und Untergang. Berlin o.J., S. 40 Herausgegeben von der Kommission Politischen Bildung des Parteivorstandes der PDS.

1. Die Regierung Modrow

Nachdem am 7. November die gesamte Regierung abtrat, wählte die Volkskammer am 13. November 1989 Hans Modrow als Nachfolger Willi Stophs zum Vorsitzenden des Ministerrates und beauftragte ihn mit der neuen Regierungsbildung. Modrow bildete eine aus 28 Mitgliedern bestehende Koalitionsregierung, von denen 17 der SED angehörten. Die LDPD stellte vier, die CDU drei, der DBD und die NDPD jeweils zwei Minister.²³⁴ Die von Modrow angeführte Regierung verfügte jedoch über keine wirkliche politische Legitimation, da sie nicht aus freien Wahlen hervorgegangen war, was den Umgang mit der ohnehin problematischen inneren Lage im Land erschwerte.²³⁵

Das letzte Quartal 1989 war gekennzeichnet von Schuldzuweisungen, Verhaftungen und Anklagen wegen Korruption und Amtsmissbrauchs, Amnestien politischer Häftlinge²³⁶ und anhaltenden Massendemonstrationen. Es war die Zeit der Orientierungslosigkeit sowohl im Staatsapparat als auch in der Bevölkerung.

Hans Modrow, der letzte kommunistische Ministerpräsident der DDR in der Zeit vom 13. November bis zum 12. April 1990, galt als Hoffnungsträger der SED, zugleich aber auch vieler Menschen in der DDR. Darüber hinaus wurde er auch seitens der Sowjetunion als ein vergleichbarer „Gorbatschow“ für die DDR gehandelt, der in der Lage sein könnte, eine Reformpolitik der Perestroika nach sowjetischem Vorbild umzusetzen.²³⁷

Die Herrschaftspraxis Modrows wies m.E. allerdings Widersprüchlichkeiten auf, denn das Verbinden partieller Reformen mit dem Versuch, personelle und strukturelle Traditionen zu bewahren, wirft die Frage auf, welche Absichten und Ziele die Politik der Modrow-Regierung tatsächlich anvisierte. War ihr Anliegen, das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche

²³⁴ Vgl. Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Informationen Heft Nr. 22 vom 01.12.1989, S. 9 ff.

²³⁵ Vgl. Süß, Walter: Bilanz einer Gratwanderung - Die kurze Amtszeit des Hans Modrow, in: Deutschland Archiv Heft 6/1991, S. 596-608, (S.601).

²³⁶ Vgl. Deutschland Archiv, Chronik der Ereignisse, a.a.O., S.35; Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Informationen Heft 23, S.8 u. S.10.

²³⁷ Vgl. Süß, Walter: a.a.O., S. 597; Mathiopoulos, Margarita: Rendezvous mit der DDR, Politische Mythen und ihre Aufklärung, Düsseldorf und Wien 1991, S.269.

System einer demokratischen Reform zu unterziehen, aufrichtig oder war es nur der Versuch, aus dem „sinkenden Schiff“ zu retten, was zu retten war? Vielleicht muß diese Frage zu verschiedenen Zeitpunkten gestellt werden, denn möglicherweise wechselten die politischen Ziele der Modrow-Regierung während der viermonatigen Amtszeit. Ging man im Herbst 1989 noch von der Eigenstaatlichkeit der DDR aus, so könnten sich politische Ziele grundlegend geändert haben, als die politische Führung der DDR erkannte, daß das sozialistische System keine Zukunft mehr hatte. Zu diesem Zeitpunkt wäre es also denkbar gewesen, daß politische Prozesse auf Machterhaltung in Form der Sicherung finanzieller Werte ausgerichtet wurden, die insbesondere der Partei und deren treuen Genossen zugute kamen. In einem Vortrag vor der Enquete-Kommission brachte der Sachverständige Uwe Thaysen vor, daß man im Grunde von zwei Modrow-Regierungen ausgehen müsse: von der Koalitionsregierung vom 18. November 1989 bis zum 5. Februar 1990 sowie von der Regierung der Nationalen Verantwortung vom 5. Februar bis zum 18. März 1990.²³⁸ Thaysen benutzte diese Differenzierungen, um Klärung in der Frage herbeizuführen, welche der beiden „Regierungen“ größeren Anteil an „Verschleierungsleistungen“ hatte.

Er verwies insbesondere auf das „Hauptinstrument des DDR-Totalitarismus“, den Staatssicherheitsapparat, an dessen Fortbestehen Modrow lange Zeit festhielt und davon erst auf massiven Einfluß des Runden Tisches Abstand nahm.

1.1. Die Person Hans Modrow

Zunächst erscheint es angebracht darauf aufmerksam zu machen, daß sich die Ausführungen zur Politik Modrows nicht ausschließlich auf die Person Hans Modrow beziehen. Vielmehr war es die Gesamtheit aller an der Regierung Modrow Mitwirkenden, mit allen Institutionen, Entscheidungs-

²³⁸ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur ...“, Band VII 2, Frankfurt a.M. 1995, S.1996 2007 (2001).

und Funktionsträgern, welche die Politik letztendlich gestalteten und bestimmten. Selbstverständlich hatte Modrow, der an der Spitze der 126 Tage währenden Regierung stand, deren Politik zu verantworten, wenngleich er sicher nicht persönlich an allen Vorhaben mitgewirkt haben konnte, bzw. diese bis ins letzte Detail zu überblicken vermochte.

Die folgenden Ausführungen sollen zunächst einige Hintergrundinformationen zur Person Hans Modrow vermitteln, die es ermöglichen, seine Absichten, Beweggründe und Ziele besser einordnen und verstehen zu können.

Hans Modrow²³⁹ wurde am 27.01.1928 in Jaesenitz (Kreis Ueckermünde) als Sohn eines Seemanns geboren. Sein beruflicher Werdegang begann zunächst mit einer Ausbildung zum Maschinenschlosser. Noch während seiner Ausbildung absolvierte er viereinhalb Monate Kriegsdienst, dem viereinhalb Jahre sowjetische Gefangenschaft folgten. Die „Wärme“ des russischen Volkes hatte ihn während dieser Zeit nach eigener Aussage geprägt, in der er sich mit dem Marxismus-Leninismus vertraut machte. 1949 trat er der SED bei, um seine Vorstellungen vom Marxismus zu verwirklichen. Die Enthüllungen über die Verbrechen Stalins nach dessen Tod hinterließen bei Modrow eine Abscheu gegenüber jeglichem Personenkult, dem es fortan nur noch um die „Verwirklichung der politischen Idee“ ging.²⁴⁰

Offensichtlich war Modrow ein Moralist, der auf Luxus und Privilegien keinen Wert legte. Er verzichtete seinerzeit als Bezirkschef der SED in Dresden auf die ihm zustehende Dienstvilla und zog statt dessen in eine Drei-Zimmer-Wohnung im sozialistischen Plattenbau.²⁴¹

Modrow fiel dadurch auf, daß er während seiner politischen Laufbahn unter Honecker ein äußerst gutes Verhältnis zur Sowjetunion hatte, was den DDR-Oberen mißfiel. Er selbst ist überzeugt davon, daß er damals als unbequemer Rivale von Honecker, Mielke und Mittag nach Dresden geschickt wurde. Insbesondere Günter Mittag neidete ihm seine

²³⁹ Siehe auch die Biographie von Hans Modrow im Anhang. S. 321 f.

²⁴⁰ Vgl. Barth, B.-R.; Links, Ch., Müller-Enbergs; H.; Wielgoths, J. (Hrsg.): Wer war Wer in der DDR?, Berlin 1996, S. 511; Mathiopoulos, Margarita, a.a.O., S. 264 ff.

²⁴¹ Vgl. Elitz, Ernst: Sie waren dabei, Ostdeutsche Profile von Bärbel Bohley zu Lothar de Maiziere, Stuttgart 1991, S. 71.

außenpolitischen Erfolge 1972 beim Aufbau diplomatischer Kontakte zu Japan.²⁴² Als die Mauer schließlich gefallen war, kam Modrow wieder auf die politische Bühne in Ost-Berlin zurück, denn es bedurfte eines unbelasteten Kandidaten, der das Vertrauen des Volkes gewinnen konnte. Der Dissens zwischen Modrow und den Parteioberen der alten Garde war vermutlich mit maßgeblich, daß man ihn als Hoffnungsträger der Partei, aber auch des Volkes, mit der schwierigen Aufgabe des Ministerpräsidenten betraute. Zudem hatte der ehemalige Dresdener SED-Bezirkssekretär den Ruf, ein Reformler zu sein, der Diktatur und Zentralverwaltungswirtschaft schrittweise zu überwinden und den Übergang der DDR zu Demokratie und Pluralismus einzuleiten beabsichtigte, ohne das System des Sozialismus grundsätzlich in Frage zu stellen.²⁴³

Von besonderer Bedeutung ist in Modrows politischem Werdegang die Zeit von 1967 bis 1971, in der er als Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung in Berlin tätig war. Im Anschluß daran wurde er von 1971-1973 Leiter der Abteilung Agitation des Zentralkomitees der SED. Im Rahmen dieser Funktionen hatte sich Modrow mit der Ideologisierung der Gesellschaft zu befassen, die von Thaysen als wesentliches Merkmal des Totalitarismus angesehen wird.²⁴⁴ Natürlich drängt sich die Frage auf, wie das Verhältnis des Ministerpräsidenten der DDR zum Totalitarismus war, an dem er aktiv eingebunden war, und wie er zu dessen Aufarbeitung stand. Einen Hinweis könnte Modrows Festhalten am Amt für Nationale Sicherheit liefern, das die Nachfolge des Ministeriums für Staatssicherheit antreten sollte und insofern ein Instrument des Totalitarismus darstellt. Dieser Aspekt wird an späterer Stelle ausführlicher zu behandeln sein. Darüber hinaus sollte auch die Beteiligung Modrows an den Wahlfälschungen der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 erwähnt werden, in deren Folge er strafrechtlich belangt wurde.²⁴⁵

²⁴² Modrows Verhältnis zu Günter Mittag wird dargestellt von: Mathiopoulos, Margarita, a.a.O., S. 266 ff.

²⁴³ Vgl. Mathiopoulos, Margarita, a.a.O., S. 272.

²⁴⁴ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII 2, Frankfurt a.M., S.1999.

²⁴⁵ Vgl. Knut, Holm (Hrsg.): Wahlfälschung DDR, Der Modrow - Prozeß, Berlin 1993.

Im Westen schien Modrow ein guter Ruf vorauszuweichen. Als er 1989 anlässlich eines Besuchs in Baden-Württemberg weilte, rissen sich Politiker und Medien um ihn, denn auch hier verbanden sich offensichtlich Hoffnungen mit seiner Person und der Zukunft der DDR.²⁴⁶

Als eine entscheidende Grundlage, die Modrow an die Amtsübernahme als Ministerpräsident knüpfte, sah er die Bildung einer Regierung der Großen Koalition vor, mit gleichberechtigter Tätigkeit aller Parteien. Vom alleinigen Führungsanspruch der SED, mit der die Partei bislang alle Bereiche steuerte und unterwarf, distanzierte sich Modrow²⁴⁷, der als seine Lieblingstugend Ehrlichkeit angab und seine Verachtung politischen Verbrechern gegenüber, die sich zu tarnen verstanden, zum Ausdruck brachte.²⁴⁸

Diesen Erläuterungen folgend, die mehrheitlich jedoch Interviews entnommen sind und auf eigenen Aussagen basieren²⁴⁹, erscheint Hans Modrow als eine der wenigen Vorzeigepersönlichkeiten der SED mit positiven Eigenschaften und Qualitäten, die das Vertrauen aller Reformwilligen auf sich vereinte. Inwieweit nun dieses Bild tatsächlich der Person Modrow entsprach, kann nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden. Für ihn spricht sein Vorgehen als SED-Funktionär²⁵⁰, der nicht - wie die meisten anderen Parteifunktionäre zuvor - „Privilegien und Insignien der Macht“²⁵¹ zum eigenen Vorteil genutzt hatte. Modrows politisches Engagement schien gewissenhaft darauf ausgerichtet zu sein, an der Erneuerung eines sozialistischen Systems zu arbeiten, welches sich vom damaligen diktatorischen System deutlich distanzierte.

²⁴⁶ Vgl. Mathiopoulos, Margarita, a.a.O., S.264 ff.

²⁴⁷ Vgl. Süß, Walter, a.a.O., S.600.

²⁴⁸ So Modrows Selbstbeschreibung in einem Interview mit Ernst Elitz, a.a.O., S.70.

²⁴⁹ Der Sachverständige der Enquete-Kommission Uwe Thaysen äußerte, daß Modrow einen „guten Sozialismus“ im Sinne von Gorbatschow wollte und seine Absichten dabei ehrlich kundtat. Vgl. hierzu Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII 2, Frankfurt a.M. 1995, S.2000 f.

²⁵⁰ Thaysens Differenzierung folgend gilt dies für die erste Phase seiner Amtszeit, s.o., Fn 129.

²⁵¹ Zitiert nach: Elitz, Ernst, a.a.O., S.71.

Negativ zu bewerten ist, daß eine Anzahl von politischen Entscheidungen für Ungereimtheiten sorgten, die gerade in der zweiten Phase seiner Amtszeit getroffen wurden als der Weg zur Wiedervereinigung deutlich wurde, da sie oftmals denjenigen zugute kamen, die sich als alte Parteifunktionäre verdient gemacht hatten. So ist z.B. unverständlich, daß diverse Grundstücksverkäufe, finanzielle Absicherungen und die Vergabe leitender Positionen in einer Vielzahl von Fällen alten und verdienten Genossen zugute kam, worauf im letzten Teil der vorliegenden Arbeit noch eingegangen wird.

Schon vor dem 8. November 1989, als das ZK der SED Egon Krenz zum Generalsekretär bestimmte, forderten die Demonstranten in der DDR freie Wahlen und wanden sich gegen eine neue Machtkonzentration. Allein in Leipzig waren über 300.000 Menschen auf den Straßen, viele darunter hielten die Neubesetzung des Generalsekretärs der SED für falsch und folgten dem Aufruf von Bürgerrechtlern, gegen Krenz zu protestieren. Überhaupt fanden im gesamten Gebiet der DDR weiterhin Großdemonstrationen statt, die Teilnehmer der Kundgebungen forderten grundlegende Veränderungen für ihr Land. Als Egon Krenz am 1. November 1989 noch mit Michail Gorbatschow zusammentraf wurde deutlich, daß Moskau den SED-Staat offenbar wieder für stabil hielt. Nachdem Honecker abgesetzt worden war und der von Gorbatschow vorgesehene Weg des „Neuen Denkens“ für die DDR frei wurde, rechnete man mit der Stabilisierung der politischen Lage. Tatsächlich aber stand es um die Befindlichkeit der DDR gänzlich anders. In der Nacht zum 1. November wurde die im Oktober von den Behörden verhängten Beschränkungen im Reiseverkehr mit der Tschechoslowakei wieder aufgehoben, woraufhin in kürzester Zeit mehr als 8000 DDR-Bürger die Grenze zur CSSR überquerten. Etwa 1200 Ostdeutsche verschafften sich sofort Zutritt in die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag, um ihre Ausreise in die Bundesrepublik zu erzwingen. Die erste Novemberwoche war gekennzeichnet durch eine zunehmende Demonstrationsbewegung, die am 4. November auf dem Berliner Alexanderplatz und am 6. November in

Leipzig jeweils mehr als eine halbe Million Menschen auf die Beine brachte.²⁵²

Während dieser Zeit kam auch der SED-Politiker Hans Modrow auf die politische Bühne in Ost-Berlin. Anders als Egon Krenz, der nicht den Ruf eines Reformers hatte, schien der 61-jährige Modrow eine glaubwürdige Alternative zur alten Garde der Partei darzustellen. Wenngleich er weder als Dissident oder gar Oppositioneller auftrat, zudem in seinem Parteibezirk in Dresden die schwersten Übergriffe der Staatsmacht auf Demonstranten stattfanden, genoß er Ansehen in der Bevölkerung, aber auch innerhalb der SED-Führung.

Pragmatismus hatte Modrow schon in Dresden Popularität verschafft, die SED traute ihm zu, im gewissen Sinne ein "Gorbatschow für die DDR" zu werden, darüber hinaus besaß Modrow das Vertrauen Moskaus.

1.2. Modrow übernimmt Regierungsverantwortung

Während der „radikalen“ Veränderungen innerhalb des politischen Systems trat der in der DDR als Reformpolitiker gehandelte Hans Modrow sein Amt an. Nicht zuletzt auch durch den oftmals unterschätzten Einfluß der Westmedien erlangte Modrow einen Ruf als Verfechter einer Reformpolitik für die DDR, ganz nach sowjetischem Vorbild von Perestrojka und Glasnost. Auch wenn sich sein bisheriger politischer Werdegang ausnahmslos in einer SED-Karriere vollzog, verfügte Modrow aufgrund der Glaubwürdigkeit, die er ausstrahlte, über das Vertrauen in weiten Kreisen der Bevölkerung, die von der neuen Regierung die Bereitschaft zu mehr Pluralismus erwartete. Eine Unterordnung unter das Diktat einer Partei, wie sie in vier Jahrzehnten Bestand hatte, und der freiwillige Verzicht auf verfassungsrechtlich zugesicherte Kompetenzen kam für die Bevölkerung nicht mehr in Frage. Ferner war zu erwarten, daß eine zu große Besetzung von Ministerposten durch SED-Mitglieder abgelehnt würde und auch die bisher übliche Personalunion von Minister und Politbüromitglied oder –kandidat innerhalb

²⁵² Vgl. Chronik der Ereignisse in der DDR, (Deutschland Archiv) Köln 1989, S. 13.

der Bevölkerung als nicht wünschenswert angesehen würde. In seiner Rede anlässlich der 10. Tagung des ZK am 8. November 1989 deutete Modrow die Bereitschaft an, entsprechende Veränderungen und Reformen vorzusehen. *"Diese Regierung braucht nicht nur neue Gesichter, sondern vor allem eine neue Qualität und eine neue arbeitsfähige Struktur. An Stelle des zahlenmäßig großen Ministerrates mit seiner Vielzahl von stellvertretenden Vorsitzenden und Ministern vieler Teilbereiche, insbesondere der Wirtschaft, muß eine wirkliche Regierung, vielleicht nennen wir sie später sogar einmal große Koalition, treten. Ministerien werden aufzulösen sein und eine Verwaltungsreform ist durchzuführen. Zwischen Parteiführung und Regierung wird ein völlig neues Verhältnis zu schaffen sein."*²⁵³

Auf der 11. Tagung der Volkskammer am 13. November 1989 fand in offener Abstimmung die Wahl von Hans Modrow für das Amt des Ministerpräsidenten statt. Mit lediglich einer Gegenstimme wurde Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates gewählt und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt, die am 17. November vorgestellt werden sollte.²⁵⁴ Einen Tag danach begannen die Koalitionsverhandlungen, bei denen die Blockparteien zum Ausdruck brachten, daß der Führungsanspruch der SED nicht mehr akzeptabel sei und aus dem Artikel 1 der Verfassung der DDR getilgt werden müsse. Es gab unter den Blockparteien insgesamt aber unterschiedliche Vorstellungen, was eine Regierungsbeteiligung anging. Während die LDPD eine Regierungsbeteiligung nicht um jeden Preis forderte, sondern ihre Positionen zu verdeutlichen versuchte, forderte die NDPD eine stärkere Regierungsbeteiligung als bisher. Auch die CDU mit ihrem am 13. November 1989 neu gewählten Vorsitzenden Lothar de Maizière, erwartete eine stärkere Regierungsbeteiligung und kündigte ihre inhaltlich deutlichere Profilierung an.²⁵⁵

²⁵³ Vgl. Modrow, Hans: Für einen neuen Sozialismus, in dem der Mensch Maß aller Dinge ist, in: Neues Deutschland vom 10.11.1989.

²⁵⁴ Hertle, Hans-Hermann; Stephan, Gerd-Rüdiger: Das Ende der SED-Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997, S. 82-84.

²⁵⁵ Modrow, Hans: Ich wollte ein anderes Deutschland, a.a.O., S. 332ff.

Nachdem die Blockparteien weitaus stärker in der Regierung vertreten waren, gelang es der SED dennoch, an ihrem Führungsanspruch festzuhalten. Die Hälfte der Ministerposten wurde von SED-Mitgliedern besetzt, was der angekündigten ehrlichen Erneuerung doch entgegenstand. Neun Regierungsmitglieder hatten bereits zuvor Ministerposten bekleidet, so z.B. Gerhard Beil (Minister für Außenwirtschaft), Hans-Joachim Heusinger (Justizminister), Oskar Fischer (Minister für Auswärtige Angelegenheiten). In Verantwortung der SED blieben das Ministerium für Innere Angelegenheiten, für Nationale Verteidigung und das neu geschaffene Amt für Nationale Sicherheit. Neu geschaffen wurden die Ministerien für Arbeit und Löhne, Tourismus und Kirchenfragen, womit die Ernsthaftigkeit von Modrow zu erkennen gegeben wurde, den Dialog und die Auseinandersetzung mit der Kirche und den Bürgerbewegungen zu betreiben.

Die Verteilung der Macht im Kabinett aber zeigte, daß die SED nicht wirklich beabsichtigte, nennenswerte Teile ihres Führungsanspruches und somit Macht abzugeben. Einschränkend muß jedoch zugleich festgestellt werden, daß Modrow natürlich auf erfahrene und somit qualifizierte Mitarbeiter innerhalb seiner Regierung zurückgreifen mußte, um den Anforderungen künftiger politischer Aufgaben zu gerecht zu werden.

In seiner ersten Regierungserklärung am 17. November stellte der neue Ministerpräsident die Mitglieder der neuen Regierung vor. Die Volkskammer bestätigte dann am 18. November bei fünf Gegenstimmen und sechs Enthaltungen die Regierung Modrow. Hans Modrow betonte den Koalitionscharakter seiner Regierung und sprach von einer *"...Regierung der Koalition, eines neuverstandenen, kreativen politischen Bündnisses"*²⁵⁶. Damit kam er der Forderung der Blockparteien nach mehr politischer Verantwortung nach. Er erklärte, daß die Regierung *"alles tun [wolle], damit die eben begonnene demokratische Erneuerung des gesamten öffentlichen Lebens tiefe Wurzeln bekommt und behält"* und bat um einen *"Vertrauensvorschuß"* sowie um breite Mitarbeit, auch der Kirchen und verschiedener Interessengruppen. Der Erneuerung der sozialistischen

²⁵⁶ Eine Regierung der Koalition, eines neu verstandenen, kreativen politischen Bündnisses, in: "Neues Deutschland" vom 18./19.11.1989.

Gesellschaft und dem Volk der DDR, das einen guten Sozialismus wolle, fühle sich die Regierung verpflichtet. Es sollte also an den Prinzipien eines, wenn auch dringend reformbedürftigen, Sozialismus festgehalten werden.²⁵⁷ Die Wirtschaft aus der Krise zu führen, und zwar ohne Gängelband eines Politbüros, war die Basis dafür. „*Verantwortlich sind wir der Volkskammer, vor ihr haben wir Rechenschaft abzulegen*“ betonte Modrow und schlug weitere Reformen vor. Bezugnehmend auf die Reform des politischen Systems, verbunden mit gesetzgeberischen Schritten, um Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit zu stärken, benannte er ein Wahlgesetz, ein Gesetz über den Ministerrat, ein Mediengesetz und ein Reisegesetz. Auch Vorschläge zur Änderung des Strafrechts wurden vorgesehen, ferner die Schaffung eines Verfassungsgerichtshofs und eines Amtes für Nationale Sicherheit anstelle des aufzulösenden Ministeriums für Staatssicherheit.²⁵⁸

1.3. Ministerpräsident Modrow – eine politische Strategie der SED zur Machterhaltung?

Mit dem Amtsantritt von Hans Modrow und der Koalitionsregierung waren die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR noch in vollem Gange. Als am 1. Dezember 1989 mit der Änderung des Artikels 1 der DDR-Verfassung die führende Rolle der SED gestrichen wurde, zudem das Politbüro und Zentralkomitee der SED am 3. Dezember 1989 zurücktrat, verlor die Partei ihre verfassungsmäßig gesicherte Vormachtstellung.

Dennoch dominierte die SED durch ihre Führungsgremien das politische System der DDR und es ist davon auszugehen, daß das Politbüro unnachgiebig an seiner Stellung als eigentliches zentrales Entscheidungsgremium festhielt. Beim Amtsantritt kündigte Modrow noch an, daß die SED für eine starke Regierung sei, die ihre Vollmachten uneingeschränkt wahrnehme und ausschließlich der Volkskammer

²⁵⁷ Ebenda.

²⁵⁸ Ebenda.

verantwortlich sei. Weder SED-Zentralkomitee noch Politbüro sollten sich nach Modrows Vorstellung zukünftig in irgendeiner Form in die Regierungsarbeit einmischen.²⁵⁹

Gerade aber die zu vernehmende Verzögerungstaktik der SED-Führungsorgane bis hin zu ihrem Rücktritt deutet auf das Bestreben nach Machterhalt hin. Ohne Zweifel war das Politbüro auf Grund seiner Entscheidungsbefugnis über die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Richtlinien unangefochten das eigentliche Machtzentrum im politischen System der DDR²⁶⁰. Von besonderer Wichtigkeit für die Wahrung des Machtanspruches der SED erwies sich neben der bislang verfassungsrechtlich gesicherten Führungsrolle und der gängigen Kaderpolitik auch die Kommunikation zwischen Politbüro und der staatlichen Institution des Ministerrates. Wenngleich eine Reformbereitschaft zu erkennen war, so zeigte sich jedoch, daß der Umgestaltungswille in dem Maße vorangetrieben wurde, wie es der gängigen Praxis des bisherigen Systems entsprach - träge und allem Anschein nach nicht ernsthaft genug. So verteidigten SED-Führung und Parteiapparat bis zum 3. Dezember 1989 hartnäckig ihre Positionen und verhinderten die Darstellung der realen Situation in der DDR.²⁶¹

Zunächst war dem seit der Wahl einer neuen Parteiführung am 8. November 1989 stark verkleinerten Politbüro an der Festigung seiner Position sowie einer Stabilisierung der Situation gelegen. Als die Forderung der Parteibasis nach einer Einberufung eines außerordentlichen Parteitages zwecks innerparteilicher Reformierung lauter wurde, bei der nicht nur ein neues Zentralkomitee gewählt, sondern auch das Statut der Partei geändert werden konnte, versuchte die Parteiführung lediglich eine Parteikonferenz einzuberufen. Schließlich mußte die Parteispitze in Anbetracht möglicher Neuwahlen um den Verlust der Machtpositionen und um Zeitverlust im Zuge ihrer innenpolitischen Ziele fürchten. Folgt man dem Gedanken bezüglich

²⁵⁹ Herger, Wolfgang: Friedliche Revolution zu einem demokratischen Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 18./19. 11.1989.

²⁶⁰ Vgl. Gläßner, Gert-Joachim: Die andere deutsche Republik, Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1989, S. 142 ff.

²⁶¹ Vgl. Hertle, Hans-Hermann; Stephan, Gerd-Rüdiger: Vorbereitungsmaterial für die ZK- Mitglieder, in: Das Ende der SED, a.a.O., S. 62 ff.

einer Strategie zur Machterhaltung der Parteiführung, so scheint es geradezu berechnend gewesen zu sein, Hans Modrow zum Ministerpräsidenten zu machen. Auf Grund der positiven Berichterstattung in den Westmedien sowie dem Zuspruch und der Anerkennung innerhalb der Bevölkerung, den er als möglicher Reformler erhielt, schien er bestens geeignet, Ruhe und Ordnung in die innenpolitische Lage zu bringen. Hinsichtlich der Kabinettsbildung ist jedoch davon auszugehen, daß personalpolitische Pläne im Politbüro gemacht wurden. Modrow selbst aber weist darauf hin, daß diesbezügliche Vorgaben der Parteiführung wie bislang üblich nicht umgesetzt wurden.²⁶²

Im Politbüro bestand offensichtlich die Annahme, daß Hans Modrow als Ministerpräsident nicht in Konkurrenz zur Parteispitze stehen könnte. Man sah ihn vermutlich als eine Person an, die über keine außergewöhnlich herausragende Persönlichkeit verfügte. Offensichtlich erschien Modrow dem Politbüro aus zweierlei Hinsicht als der richtige Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten zu sein. Einerseits genoß er als Hoffnungsträger einen guten Ruf, so daß das Politbüro mit diesem Vorschlag seine Reformbereitschaft zeigen konnte, andererseits erhoffte man sich dadurch den Erhalt der eigenen Führungsrolle.

Nachdem die Unzufriedenheit der Parteibasis, die von ihren Forderungen nicht abließ, weiter bestehen blieb, stieg auch die Zahl der Parteiaustritte weiter an. Das Politbüro beschloß dann am 12. November 1989 die Einberufung eines Sonderparteitages in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 17. Dezember 1989.²⁶³ Zwischenzeitlich wurden zahlreiche Fälle von Korruption und Amtsmißbrauch einzelner Mitglieder der Parteiführung in der Öffentlichkeit bekannt.

Der am 1. Dezember 1989 vom Vorsitzenden des Volkskammer-Untersuchungsausschusses für die Aufdeckung von Amtsmißbrauch und Korruption, Heinrich Toeplitz, vorgelegte Zwischenbericht, verstärkte noch die Auflösungserscheinungen der Partei. Freie Wahlen schienen unabdingbar geworden zu sein, womit auch der Führungsanspruch der SED

²⁶² Modrow, Hans: Ich wollte ein anderes Deutschland, a.a.O., S. 318 ff.

²⁶³ Hertle, Hans-Hermann; Stephan, Gerd-Rüdiger: Das Ende der SED, a.a.O., Die 11. ZK-Tagung, Parteitag statt Parteikonferenz, S. 82-84

immer deutlicher verlor. Zudem bedeutete das Streichen des Führungsanspruches aus der DDR-Verfassung für die SED eine formale Entmachtung. Die führende Rolle bei der Entmachtung der eigenen Parteispitze übernahm dann die Basis, die zunehmend unzufriedener wurde. Weder Verzögerungstaktik der Parteispitze noch das mühsame Ringen um sichtbare Veränderungen sollten weiter akzeptiert werden. Nur mit einer neuen Führungsriege war ein Überleben der Partei möglich, davon war zu diesem Zeitpunkt fest auszugehen. Mit dem Rücktritt des Politbüros und des ZK der SED auf der 12.Tagung am 3. Dezember 1989 wurde der Weg frei für eine neue Führung. In kurzer Zeit hatte die alte Parteispitze sämtliche Machtpositionen verloren²⁶⁴, demzufolge erklärte die SED auf ihrem außerordentlichen Parteitag am 8. Dezember die Abkehr von stalinistisch geprägten Grundstrukturen und machte dies durch die Wahl eines Präsidiums und eines Vorstandes, anstelle wie früher üblich, von Präsidium und Zentralkomitee, deutlich.

Der Rücktritt des Politbüros führte dazu, daß die langjährige Kommunikation mit dem Ministerrat plötzlich keinen Bestand und keine Grundlage mehr hatte. Die Regierung erhielt fortan keine Anweisungen von der alten Parteispitze, sondern war in die Situation versetzt worden, ihre Kompetenzen endlich verfassungsgemäß und vor allem eigenverantwortlich wahrzunehmen. Die Zeiten schienen endgültig vorbei, in denen die Regierung der DDR nur ein vom SED-Politbüro abhängiges, ausführendes Organ gewesen war. Die Abnabelung verschaffte der neuen Regierung mit Hans Modrow an der Spitze mehr Autorität und Handlungsspielraum.

Der Machtverfall der Partei sowie der Bedeutungszuwachs der Regierung verliefen gewissermaßen parallel. Der SED war zwar durch die Streichung ihrer Führungsrolle aus der Verfassung die direkte Beeinflussung der Politik verwehrt, ihren Kadern jedoch gelang es, weiter zu wirken. Da Hans Modrow nicht nur das Vertrauen der eigenen Parteibasis genoß, sondern auch von den anderen Parteien der Koalition sowie breiten Kreisen der Bevölkerung getragen wurde, entwickelte er sich rasch zur Integrationsfigur. Ohne Parteiamt, das er mit dem Rücktritt des Politbüros verloren hatte, und

²⁶⁴ Ebenda: Die 12. ZK-Tagung: Die Auflösung von Politbüro und Zentralkomitee, S.84-97.

mit der formalen Legitimation des von der Volkskammer gewählten Ministerpräsidenten entfaltete er eine doppelte Strategie. Diese lautete: Partei und DDR vor dem Niedergang zu retten.

1.4. Modrows politische Strategien für die DDR - Die erste Regierungserklärung

Schon vor Aufnahme ihrer Amtsgeschäfte hatte die neue Regierung unter Vorsitz von Hans Modrow einen nicht zu unterschätzenden Mangel miteingebracht. Sie war nicht demokratisch legitimiert, denn Modrow war von einem kurz darauf entmachteten Führungsgremien der SED vorgeschlagen worden. Zudem wurden der kommende Ministerpräsident und seine Kabinettsmitglieder von einem Parlament bestätigt, welches nicht aus freien Wahlen hervorgegangen war. Dennoch blieb die Koalitionsregierung Modrows bis zu den Neuwahlen der Volkskammer am 18. März 1990 regierungsfähig und fungierte letztlich als Übergangsregierung.

Als vorrangige Aufgabe kam es der Regierung Modrow zu, die innenpolitische Initiative zu gewinnen und die Lage im Land zu stabilisieren. Angesichts der vor sich gehenden Umwälzungen, der weiterhin stattfindenden Demonstrationen, in denen das Volk selbstbewußt als "Schrittmacher der friedlichen Revolution"²⁶⁵ auftrat, der Angst vor Generalstreik und damit drohender Anarchie, Selbstjustiz und Gewalt, sowie der sich fortsetzenden Abwanderungen aus der DDR, mußte möglichen Eskalationen dringend entgegengewirkt werden. Da in der Koalitionsregierung mehrheitlich SED-Mitglieder vertreten waren und der Demokratische Block seit Anfang Dezember nicht mehr existierte²⁶⁶, weil dessen Mitglieder in der Trennung die einzige Möglichkeit ihrer Neuprofilierung sahen, konnte die Regierung weiterhin die guten Verbindungen zu den verschiedensten Regierungsebenen, aber auch zu Medien, Behörden und Betrieben nutzen, da es überall erfahrene SED-

²⁶⁵ Uwe Thaysen: Der Runde Tisch. Oder: Wer war das Volk? Teil I, a.a.O., S. 92.

²⁶⁶ Der Block ist zerbrochen, in: Neues Deutschland vom 7.12.1989.

Funktionäre gab. Die SED fühlte sich also auf allen Ebenen der Politik weiter in der Verantwortung und strahlte auf die Koalitionsregierung aus, die vielfältige Versuche zur Erhaltung und Ausgestaltung des alten Systems unternahm.

Anlässlich der 12. Tagung der Volkskammer in Ost-Berlin am 17. November 1989 kündigte Ministerpräsident Modrow in seiner Regierungserklärung vor einer von der SED dominierten Volkskammer eine Reihe von Reformen für eine demokratische „Erneuerung des gesamten öffentlichen Lebens“ in der DDR an.²⁶⁷ Als wesentliche Punkte dieses Ziels benannte er die Bewältigung der Wirtschaftskrise und die Umgestaltung des Politischen Systems, insbesondere von Verwaltung und Bildung, sowie den Bereich Umweltschutz.

In der ersten Regierungserklärung betonte Modrow noch die staatliche Eigenständigkeit der DDR als politisches Ziel. Nur eine stabile DDR, so betonte er, sei Garant *„für die Überwindung der Spaltung Europas, nicht aber im Sinne einer Überwindung der unterschiedlichen sozialen Ordnungen“*.²⁶⁸ Die Reformbedürftigkeit des sozialistischen Systems erkannte er durchaus an, verwies aber auf seine tiefgreifende Bedeutung für die DDR, als eine Existenzbasis des zweiten deutschen Staates. *„Mit der angestrebten, ja bereits begonnenen Reform unseres politischen Systems wird auch der Weg zur Wahrung und Durchsetzung des Selbstbestimmungsprozesses des Volkes der DDR auf neuer Grundlage gegangen. Damit wird die Legitimation der DDR als sozialistischer Staat, als legitimer sozialistischer Staat, als souveräner deutscher Staat, erneuert.“*²⁶⁹

Modrow sah eine Vertragsgemeinschaft mit der Bundesrepublik Deutschland vor, die über den Grundlagenvertrag und andere bestehende Verträge und Abkommen beider Staaten hinausgehen sollte. Dies erneuere - seiner Aussage zufolge - die Legitimation der DDR als sozialistischem Staat. Von einer gemeinsamen Zukunft beider deutschen Staaten sah

²⁶⁷ Vgl. Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeit sein. Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow, in: Neues Deutschland vom 18./19.11.1989, S.3-5.; auch in: Deutschland Archiv, Heft 1/1990, S.122 ff.

²⁶⁸ Hans Modrow: Eine Regierung der Koalition, eines neu verstandenen, kreativen politischen Bündnisses, in: Neues Deutschland vom 18.11.1989.

²⁶⁹ Ebenda.

Ministerpräsident Modrow ab und erteilte (zu diesem Zeitpunkt!) den „...*ebenso unrealistischen wie gefährlichen Spekulationen über die Wiedervereinigung die klare Absage.*“²⁷⁰

Auch während des außerordentlichen Parteitages der SED am 8. Dezember stellte Hans Modrow klar, daß die Bündnispartner der DDR, allen voran die Sowjetunion, mit der Koalitionsregierung darin übereinstimmten, daß eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht auf der Tagesordnung stehe.²⁷¹ Wie es schien, waren die nicht der SED zugehörigen Politiker der selben Meinung. Lothar de Maizière, zu dieser Zeit CDU-Vorsitzender, vertrat die Ansicht, daß nicht der Sozialismus am Ende sei, sondern seine administrative, diktatorische Verzerrung.²⁷² Auch viele Mitglieder der Bürgerrechtsbewegungen und die evangelische Kirchenleitung wollten an der Eigenstaatlichkeit der DDR festhalten. Davon zeugt der am 28. November von Künstlern der DDR verfaßte Aufruf "Für unser Land", der sich gegen die Vereinnahmung der DDR durch die Bundesrepublik und gegen den Ausverkauf moralischer, vor allem aber materieller Werte richtete.

Die Regierungserklärung vor einer von der SED dominierten Volkskammer hatte aber nicht allein zum Thema, wie eine zukünftige DDR auszusehen habe, vielmehr wurden eine Reihe von Reformen für eine demokratische „Erneuerung des gesamten öffentlichen Lebens“ in der DDR angesprochen.²⁷³

Mit der Reform des politischen Systems sah Modrow eine demokratische Umgestaltung des Staates vor, in dem eine neue sozialistische Gesellschaft entstehen sollte, in der sich die Bürger individuell entfalten und ihre Hoffnungen und Selbstbestimmung verwirklichen können, wobei der Staat

²⁷⁰ Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Band 7-1989, S. 422f.

²⁷¹ Hans Modrow: Souveräne DDR muß ein solider Baustein für ein europäisches Haus sein, in: Neues Deutschland vom 9./10.12.1989.

²⁷² Ralf Georg Reuth: Die Idee vom reformierten Sozialismus, in: FAZ vom 18.2.1991.

²⁷³ Vgl. Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeit sein. Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow, in: Neues Deutschland vom 18./19.11.1989, S.3-5.; auch in: Deutschland Archiv, Heft 1/1990, S.122 ff.

ihnen dienen solle, anstatt sie zu verwalten.²⁷⁴ Eine Verwaltungsreform ziele im übrigen auf eine Verschlanung des Staates ab, damit die Arbeit durch personelle und finanzielle Verkleinerungen überschaubarer werde. Um Reformen auf den richtigen Weg zu bringen, damit sie baldmöglichst greifen könnten, sei es erforderlich, so Modrow, daß die Bevölkerung seiner dem Volk verpflichteten Regierung einen Vertrauensvorschuß gebe und die Arbeit somit unterstütze.²⁷⁵

Was eine Erneuerung der Wirtschaft anging, so erklärte Modrow, daß die neue Regierung am Modell der sozialistischen Planwirtschaft grundsätzlich festhalten werde, wobei jedoch dringend erforderliche Veränderungen nötig wären, damit die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft verbessert werde.²⁷⁶

Hierzu gab Modrow einige sehr allgemein gehaltene Leitlinien vor, die vor allem:

- die Erhöhung der Eigenverantwortung der wirtschaftlichen Einheiten,
- eine Reduzierung der zentralen Planung und Lenkung auf ein erforderliches Maß,
- die Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie
- eine unvoreingenommene Prüfung der Subventions- und Preispolitik zum Ziel haben sollten.

Ferner führte Modrow aus, daß aus den Positionspapieren aller politischen Parteien hervorgehe, daß eine Abschaffung der Planwirtschaft im Rahmen der Wirtschaftsreform nicht vorgesehen sei.²⁷⁷ Vielmehr komme es auf eine „*grundlegende Erneuerung der sozialistischen Planwirtschaft*“ und „*Demokratisierung der Planung*“ an, was verlange, daß, „*die Konzipierung der Pläne (.) in den Betrieben zu beginnen (habe.)*“

²⁷⁴ Vgl. Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, S.44.

²⁷⁵ Vgl. Regierungserklärung von Hans Modrow, a.a.O., S.1; Gransow, Volker; Jaraus, Konrad H. (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung, Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991, S.97.

²⁷⁶ In der Ankündigung Modrows, die Planwirtschaft beizubehalten, sah der Journalist Elitz den kläglichen Versuch der DDR-Führung, „zu retten was zu retten ist.“ Wirtschaftsreform und Planwirtschaft schließen einander aus, so daß Modrow keine wirklichen Lösungen zur Wirtschaftsreform parat hatte. Vgl. hierzu Elitz, Ernst, a.a.O., S.78.

²⁷⁷ Vgl. Regierungserklärung von Hans Modrow, a.a.O. S.4.

Den Betrieben und Kombinatn sollte demnach Raum belassen werden, in dem sie selbständig Entscheidungen über innerbetriebliche Maßnahmen und Erfordernisse je nach Marktgegebenheit treffen sollten.

Der Übergang zur Marktwirtschaft war zu diesem Zeitpunkt nicht Gegenstand einer Wirtschaftsreform, vielmehr wurde an der Planwirtschaft, wenn auch veränderten Typs, festgehalten. Als wichtigen Kooperationspartner für die DDR nannte Modrow die UdSSR, die eine *„entscheidende Gewähr für die weitere Entwicklung (.) (der) Volkswirtschaft“* sei.²⁷⁸

1.5. Wege wirtschaftlicher Neukonzeptionen

Es war eine wesentliche und zugleich schwierige Aufgabe, die der Regierung Modrow mit der grundlegenden Sanierung des Wirtschaftssystem bevorstand. Während der 126 Tage währenden Regierungszeit, die mit der Neuwahl der Volkskammer am 18. März 1990 endete, waren die Ministerin für Wirtschaft Christa Luft sowie Wolfram Krause für die Erarbeitung wirtschaftspolitischer Reformkonzepte verantwortlich. Noch in ihrer Funktion als Rektorin der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in Ost-Berlin sprach sich Luft bereits 1988 für Wirtschaftsreformen und Verbesserungen der Leistungsfähigkeit des planwirtschaftlichen Wirtschaftssystems aus. 1978 führte Wolfram Krause der SED-Führung die Fehlentwicklungen ihrer staatlichen Wirtschaftspolitik mit dem Ergebnis vor Augen, daß er auf einen Abschiebeposten bei der SED-Bezirksleitung in Ost-Berlin versetzt wurde. Bei der Ausarbeitung eines Reformwerkes für die DDR-Ökonomie stützten sich Luft und Krause nicht auf die noch mit alten Kadern besetzte Planungskommission, statt dessen bildeten sie die Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat. Innerhalb der Arbeitsgruppe bestand eine grundsätzliche inhaltliche Anerkennung marktwirtschaftlicher Prinzipien und die Ablehnung der reinen Staatswirtschaft.

²⁷⁸ ebenda.

Ohne staatlichen Einfluß sollten die Unternehmen als selbständig tätige Wirtschaftseinheiten, eben unbeeinflusst von staatlichen Planvorgaben, tätig werden. Kollektive Eigentumsformen wie z.B. Produktionsgenossenschaften sollten weiterbestehen, um das volkseigene Vermögen zu bewahren. Schlüsselindustrien, z.B. Stahl, Chemie, Verkehr etc. sollten jedoch nach wie vor in staatlicher Hand bleiben. Wichtig erschien der Arbeitsgruppe die Privatisierung von Kleinbetrieben, die der letzten großen Verstaatlichungswelle im Jahr 1972 zum Opfer fielen.

Das Ziel der innerhalb von zwei Wochen erarbeiteten Vorlage *„Zielsetzung, Grundrichtung, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform“* vom 1. Februar 1990 lautete, die Möglichkeiten und den Weg zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft zu definieren. Ferner wurde das Leistungsprinzip, die Gewerbefreiheit und die Gleichberechtigung aller Eigentumsformen vorgesehen.²⁷⁹

Am 06.12.1989 erhielt Ministerpräsident Modrow ein 76 Seiten umfassendes Gutachten, welches im Auftrag der Regierung von einem fünfköpfigen Wissenschaftlerteam der Humboldt-Universität zu den „Problemen und Perspektiven der Reformpolitik in der DDR“ angefertigt worden war.²⁸⁰ Der Inhalt dieser Expertise mußte Modrow zwangsläufig Sorgen bereitet haben, denn die Prognosen für die Zukunft der DDR sahen äußerst prekär aus.

Veränderungen der sozialen und ökologischen Strukturen, so hieß es, würden den sozialen Frieden empfindlich stören und gefährden. So gab z.B. die Tatsache, daß nahezu jede zweite Mark des Staatshaushaltes der DDR für Subventionen ausgegeben wurde²⁸¹ dazu Anlaß, von preisunterstützenden Maßnahmen schnellstmöglich Abstand zu nehmen. Als erster Schritt wurde daraufhin Kinderbekleidung von staatlicher Subventionierung befreit, woraufhin im Gegenzug das Kindergeld erhöht

²⁷⁹ Vgl. Schröter, Wolfram; Schröter, Harm: Die Entstehung der Treuhandanstalt; in: Treuhandanstalt: Das Unmögliche wagen, Berlin 1992, S. 24ff.

²⁸⁰ Vgl. Modrows Drahtseilakt, in: Wirtschafts - Woche, Heft 51 vom 15.12.1989, S.14 ff.

wurde.²⁸² Dieser Schritt wurde vermutlich für erforderlich gehalten, da sich die Regierung dem Zorn des Volkes offensichtlich nicht aussetzen wollte, was der angeschlagenen Popularität der SED/PDS nicht entgegengekommen wäre.

Auch das Verhältnis Lohn und Arbeitslosengeld stimmte nicht. Noch bevor der starre Arbeitsschutz aufgehoben wurde, erhielt ein arbeitsloser Industriearbeiter 1.100 Mark als Überbrückungsgeld, der zuvor 1.500 Mark verdiente.²⁸³ Auch hier zeigt sich ein deutliches Mißverhältnis staatlicher Unterstützungsmaßnahmen, was jedoch vorerst nicht dazu beitrug, daß die Regierung das dirigistische Preissystem abschaffte.

Im Gutachten wurde hervorgehoben, daß finanzielle Zuwendungen die Probleme beim Umwandlungsprozeß für die Bevölkerung etwas abfangen könnten und somit erträglicher machen würden, doch das Fehlen finanzieller Mittel beim Staat würde einen akzeptablen Wandel für die Bevölkerung erschweren. Als Folge daraus würden sich in der DDR soziale Instabilität und politische Spannungen ergeben, die wiederum den Reformprozeß der Wirtschaft arg belasten. Möglicherweise werde mit Schattenwirtschaft und Korruption zu rechnen sein, die einer wirtschaftlichen Fehlentwicklung Vorschub leisten würden.

Die Prognosen des Gutachtens trafen letztlich ein, denn die angeschlagene Wirtschaftslage verbesserte sich nicht, im Gegenteil, sie wurde instabiler und verschlechterte sich.²⁸⁴ Je deutlicher die Führungsschwäche der DDR-Führung zu erkennen war, die für fehlende oder nur ungenügende Reformen verantwortlich gemacht wurde, desto eindringlicher wurde der Ruf nach der Vereinigung mit der „reichen“ Bundesrepublik.²⁸⁵

²⁸¹ Etwa 50 Milliarden Mark wurden jährlich allein für die Subventionierung von Lebensmitteln, Strom, Wasser und öffentlichem Nahverkehr aufgewendet: ebenda, S.15.

²⁸² Vgl. Cornelsen, Doris: DDR-Wirtschaft: Ende oder Wende, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 05.01.1990, S. 33-38 (S.38).

²⁸³ Vgl. Modrows Drahtseilakt, in: Wirtschafts - Woche a.a.O., S.16.

²⁸⁴ Vgl. hierzu: Die Lage der DDR - Wirtschaft zur Jahreswende 1989/90, in: Wochenbericht 6/90, S.72 f.

²⁸⁵ ebenda, S. 74.

Etwa drei Wochen nach dem ersten, noch sehr vagen Maßnahmenkatalog, den Modrow in seiner Regierungserklärung vorgab, folgten weitere Ausführungen zur Wirtschaftsreform, die der Ministerpräsident als „harten Kern“ der Erneuerung des Sozialismus beschrieb.

Er stellte die anstehende Wirtschaftsreform unter die Prämisse: "Nicht Planung ohne Markt, nicht Marktwirtschaft statt Planwirtschaft"²⁸⁶. Das anfängliche Festhalten an der Planwirtschaft fußte auf Artikel 9 der DDR-Verfassung und erwuchs aus der Absicht, das sozialistische System weiterhin, wenn auch in reformierter Form, zu bewahren.

Modrow betonte vor etwa 300 Generaldirektoren von Kombinat und Außenhandelsbetrieben, Vorsitzenden der Bezirkswirtschaftsräte und Bezirksbaudirektionen am 9. Dezember 1989 in Ost-Berlin²⁸⁷, daß „das Abnabeln vom Alten“ nicht zum Chaos führen dürfe. Das sinkende reale Wirtschaftswachstum und die abnehmende Arbeitsproduktivität kennzeichneten die ernste wirtschaftliche Lage, die von Versorgungslücken und enormen Preissteigerungen gekennzeichnet seien. Der Ministerpräsident sprach ferner von einem von ihm vorgesehenen Sofortprogramm, das die wichtigsten Aufgaben zur Stabilisierung der Wirtschaft enthalten sollte. Der radikale Bruch mit der Kommandowirtschaft stand dabei für Modrow außer Frage, aber „das Abnabeln vom Alten“ dürfe dabei nicht so abrupt geschehen.²⁸⁸ Die geplante Wirtschaftsreform gehörte für ihn zweifellos zum "harten Kern“ der Erneuerung des Sozialismus²⁸⁹. In der ersten Etappe ging es dabei um die "Stabilisierung der

²⁸⁶ Modrow, Hans: Eine Regierung der Koalition, eines neu verstandenen, kreativen politischen Bündnisses, in: Neues Deutschland vom 18.11.1989.

²⁸⁷ Vgl. Aktuelle ökonomische Aufgaben und nächste Schritte der Wirtschaftsreform, in: Neues Deutschland vom 11.12.1989, S.6; Wirtschaftsreform - ja, aber keine Abenteuer, ebenda, S. 2.; Die Redebeiträge sind ferner nachzulesen in: Stabilisierung der Volkswirtschaft und nächste Schritte der Wirtschaftsreform. Arbeitsberatung der Regierung der DDR mit den Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate und Außenhandelsbetriebe sowie den Vorsitzenden der Bezirkswirtschaftsräte und den Bezirksbaudirektoren am 09. 12. 1989, Berlin 1989.

²⁸⁸ ebenda.

²⁸⁹ "Demokratisierung braucht funktionierende Wirtschaft", in: Neues Deutschland vom 11.12.1989.

Volkswirtschaft"²⁹⁰, für die Modrow einen möglichen Zeitraum bis etwa 1992 vorsah. Der gesamte Prozeß einer Wirtschaftsreform würde darüber hinaus mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Für die zweite Etappe seien durchgreifende Änderungen und Liberalisierungen gerade auch für die Arbeitsweise der Kombinate mit dem Ziel einer wachsenden Effizienz vorgesehen. Das Leistungsprinzip müsse gefördert werden, um das Lebensniveau der Bürger zu erhöhen, und dazu gehöre auch die Entfaltung verschiedener Eigentumsformen.²⁹¹

Zusammenfassend sah das von der Regierung Modrow vorgesehene Sofortprogramm zur Stabilisierung der Wirtschaft wie folgt aus:

- operative Absprachen der Generaldirektoren in hoher Eigenverantwortlichkeit,
- die Modernisierung der Produktionsausrüstungen,
- die Stabilisierung des Binnenmarktes, d.h. höhere Produktion von Waren in besserer Qualität,
- die Schaffung einer Staatsbank, die unabhängig von den Weisungen der Regierung sei, sowie
- die Stabilisierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen.

Die Regierung Modrow steuerte zu diesem Zeitpunkt nach eigener Aussage eine radikale Wirtschaftsreform an, die durch einen stärker marktorientierten Charakter gekennzeichnet war.

Der eingangs geäußerte Satz, daß das Abnabeln vom „Alten“ nicht zum Chaos führen dürfe, ist m.E. eine zentrale Aussage, was die Vorstellung eines zukünftigen Weges der Wirtschaft (im Dezember '89) erkennen ließ. Es wurden Reformen angepeilt, die ein Loslösen von der Sozialistischen Planwirtschaft erkennen ließen, da sie als einziger Weg aus der Krise angesehen wurden. Jedoch durfte der Reformkurs nicht zu weit führen, da er ansonsten mit den Zielen des Sozialismus nicht mehr übereinzubringen gewesen wäre. Wenngleich Modrow versuchte, an einer sozialistischen Planwirtschaft festzuhalten, so entfernte sich der wirtschaftliche Kurs in den

²⁹⁰ Modrow, Hans: Aktuelle ökonomische Aufgaben und nächste Schritte der Wirtschaftsreform, in: Neues Deutschland vom 11.12.1989.

²⁹¹ ebenda.

folgenden Wochen immer mehr davon und tendierte in Richtung Marktwirtschaft. Die Elemente einer Wirtschaftsreform in der DDR hießen Wettbewerb, Ausrichtung am Markt, Subventions- und Bürokratieabbau, Eigenständigkeit der Unternehmen und Förderung des Mittelstandes, die den Sozialismus wiederbeleben sollten.²⁹² Ein Vergleich der angeführten Elemente und Maßnahmen mit dem System in der Bundesrepublik Deutschland zeigt, daß die soziale Marktwirtschaft mit genau denselben Eigenschaften zu definieren ist, was den Schluß zuläßt, daß in der DDR bereits frühzeitig, wenn vielleicht auch widerwillig, ein marktwirtschaftlicher Kurs aufgenommen wurde.

Mit dem Sofortprogramm zur Stabilisierung der Wirtschaft verfolgte die Regierung Modrow aber ein weiteres, nicht zwangsläufig sofort erkennbares Ziel. Die operativen Absprachen der Generaldirektoren in hoher Eigenverantwortung bedeuteten nichts anderes, als daß ihnen die Verfügungsgewalt über das Volkseigentum übertragen werden sollte.

Da sich hinter den Generaldirektoren in der Regel fast ausnahmslos Nomenklaturkader des ZK-Sekretariates verbargen, ist ohne Zweifel festzuhalten, daß die SED-PDS möglichst indirekt den Versuch unternahm, die Verfügungsgewalt über das Parteivermögen zu behalten.²⁹³

Zweifelsohne hatte die Regierung Modrow keine leichte Aufgabe übernommen, was die aktuelle und zukünftige wirtschaftliche Lage der DDR anbetraf. Einerseits mußte ein Weg gefunden werden, die Wirtschaft aus der Misere in ein auf Stabilität und Wachstum aufgebautes System zu führen, andererseits mußten eine Reihe von Sofortmaßnahmen eingeleitet werden, um schnellstmöglich wirtschaftliche Probleme in den Griff zu bekommen, die keinen zeitlichen Aufschub zuließen. So wirkte sich die nicht abbrechende Ausreisewelle von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik

²⁹² Vgl. Ministerrat der DDR / Wirtschaftskomitee, Bericht über die Lage der Volkswirtschaft und Schlußfolgerungen zur Stabilisierung vom 30.01.1990, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Deutschland 1990, Band 84, S.184.

²⁹³ ausführlich hierzu auch: Kapitel IV,6, Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen der Modrow-Regierung, S.173 ff.

Deutschland nachhaltig negativ aus, was sofortige Maßnahmen erforderte, um ein weiteres Absinken der Produktivität zu stoppen. Bis zum Ende des Jahres 1989 verließen 343.000 Bürger die DDR, so daß qualifizierte Arbeiter „Mangelware“ wurden.²⁹⁴

Ebenso erforderte die Sorge vor einem „Ausverkauf“ hoch subventionierter Güter und Waren durch ausländische Käufer ein direktes Agieren, damit der ohnehin leeren Staatskasse kein weiterer Schaden zugefügt würde.

Die Modrow-Regierung war mit einer ökonomischen Lage konfrontiert, deren Defizite Sofortmaßnahmen, aber auch langfristige Lösungen erforderten, was die Reform des Wirtschaftssystem erschwerte.

2. Soziale Marktwirtschaft vs. Sozialistische Planwirtschaft

Anlässlich der 10. Tagung des ZK am 08.11.1989 wurden die Fehlentwicklungen der Wirtschaft vor der Volkskammer dargelegt, nachdem die ungeschminkte wirtschaftliche Lage der DDR in den Wochen nach dem politischen Umbruch bekanntgeworden war. Es setzte sich ein breiter Konsens innerhalb der DDR durch, grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems vorzunehmen.²⁹⁵ Die SED-Führung hielt es für erforderlich, notwendige Schritte über ein Stabilisierungsprogramm zu einer Wirtschaftsreform als Mittel zur Bewältigung der Krise einzuleiten. Zu diesem Zeitpunkt bezogen sich die Ziele der Reformen auf eine marktorientierte, sozialistische Planwirtschaft unter Beibehaltung zentralistischer staatlicher Planung und Volkseigentum.²⁹⁶

²⁹⁴ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Juni 1990, S.72; Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Informationen Nr.3 vom 09.02.1990: Lage der DDR - Volkswirtschaft 1990 und Schlußfolgerungen zur Stabilisierung, S. II.

²⁹⁵ Vgl. Vatthauer, Manfred: Wirtschaft der DDR-Bestandsaufnahme und Reformperspektiven, Hannover 1990, S. 20.

²⁹⁶ Vgl. 10. Tagung der SED, Zur ökologischen Lage der DDR und der notwendigen Wirtschaftsreform, in: Neues Deutschland vom 09.11.1989, S. 4.

Auf dem Sonderparteitag der SED/PDS am 18.12.1989 wurde wiederum betont, daß eine Wirtschaftsreform dringend erforderlich sei, jedoch lag ein konkretes Wirtschaftsprogramm nicht vor.²⁹⁷

Vielfältige Vergleiche der beiden Wirtschaftssysteme haben gezeigt, daß die soziale Marktwirtschaft den Bürgern in der Bundesrepublik Deutschland eine weitaus höhere Lebensqualität und -gestaltung ermöglichte, als es die Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR leisten konnte.²⁹⁸

Wenngleich die soziale Marktwirtschaft letztlich doch in der DDR Einzug gehalten hat, so gestaltete sich der Übergang von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft äußerst schwierig. In Regierung, Wissenschaft, Oppositions- und Bürgergruppierungen bestanden zum Teil gegensätzliche Ansichten darüber, was die Gestaltung eines zukünftigen Wirtschaftssystem anging, obwohl das Festhalten an einer den Markterfordernissen orientierten und verbesserten sozialistischen Marktwirtschaft festzustellen war.

Möglicherweise wurde eine Übernahme der sozialen Marktwirtschaft als Niederlage und Kapitulation des Kommunismus vor dem Kapitalismus angesehen, wenngleich bei näherer Betrachtung hätte festgestellt werden müssen, daß die soziale Marktwirtschaft das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung war, deren Ziel soziale Gerechtigkeit lautete. Darüber hinaus ist ein wesentliches Merkmal der Marktwirtschaft das soziale Verantwortungsbewußtsein, welches sich in der Solidarität finanzieller Hilfe darstellt. Die soziale Komponente war und ist in unserer Gesellschaft ein wesentlicher Faktor, den es auf das Gebiet der DDR zu übertragen galt. Von Kapitalismus in seiner „negativen“ Bedeutung als ausbeutendes und nur an Gewinnmaximierung orientiertem Wirtschaftssystem kann demnach nicht gesprochen werden.

Zunächst bestand relative Unklarheit innerhalb der SED, der Oppositions- und Bürgerbewegungen und den übrigen Parteien, was eine Neugestaltung des Wirtschaftssystems in der DDR anging. Gegensätzliche Ansichten

²⁹⁷ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DDR - Wirtschaft im Umbruch - Bestandsaufnahme und Reformansätze, Berlin 1990, S.53.

²⁹⁸ Vgl. hierzu Schneider, Gernot: Wirtschaftswunder DDR - Anspruch und Realität, Köln 1990, S.161; Kohl, Helmut: Bilanzen und Perspektiven, Regierungspolitik 1989-1991, Bonn 1992, S. 192 ff.

standen im Raum, ob sich eine Wirtschaftsreform kurzfristig und radikal oder in langfristigen Schritten vollziehen sollte. Einigkeit bestand darüber, daß sich ohne ein intaktes Wirtschaftssystem die Lage der DDR nicht verbessern würde, so daß das Loslösen von der Kommandowirtschaft hin zu einem System kombinierter Elemente von Plan und Markt als möglicher Weg angesehen wurde.²⁹⁹

3. Die Reformdiskussion zur DDR-Wirtschaft

Schon frühzeitig, noch während der Ereignisse des Umbruchs, gab es wissenschaftliche Diskussionen bezüglich notwendiger Reformen des Wirtschaftssystems in der DDR. Nachdem die Wissenschaft nicht mehr der Kontrolle des Parteiapparates unterstand, wurden Vorschläge immer vielfältiger, die mittels der neuen Pressefreiheit eine Öffentlichkeit erreichten, welche regen Anteil an der Diskussion nahm. Der im Kreise der Wirtschaftswissenschaftler bestehende Konsens betraf das Befürworten einer Marktwirtschaft für die DDR, obwohl man sich weder über staatliche Rahmenbedingungen noch darüber, ob die Umstellung schrittweise oder radikal erfolgen sollte, einig war.³⁰⁰ So entwickelten Wissenschaftler der Hochschule für Ökonomie in Berlin, ihnen voran die Direktorin und spätere Wirtschaftsministerin im Kabinett Modrow, Christa Luft, ein Konzept, welches die Einführung der Marktwirtschaft vorsah. Unterschiedliche Auffassungen bestanden zum Teil jedoch darüber, welchen Stellenwert die staatliche Planung innerhalb einer Marktwirtschaft haben könnte, welche Rolle das staatliche Eigentum spiele und welcher Zeitraum für den Übergang zur Marktwirtschaft erforderlich sei.

Christa Luft plädierte für eine Preisreform, die Entwicklung von Eigentümerbewußtsein, die Förderung von Mittel- und Kleinbetrieben, einen

²⁹⁹ Vgl. Klein, Werner: Eigentumsstruktur und Transformation der Eigentumsordnung in der DDR, in: Klein, Werner; Paraskewopoulos, Spiridon: DDR - Schritte aus der Krise, 2. Teil, Königswinter 1990, S.3.

³⁰⁰ Vgl. Schmidt, Uwe: Die Wirtschaftsreform brisanter denn je, in: Der Morgen vom 17.11.89, S.3; Richter, Helmut, Wie unsere Wirtschaft leiten?, in: Neues

auf Angebot und Nachfrage beruhenden freien Binnenmarkt und eine großflächige Kooperation mit internationalen Unternehmungen.³⁰¹ Später befürchtete sie zu stark werdende ausländische Unternehmen (in erster Linie aus der Bundesrepublik Deutschland), welche mit ihrem wirtschaftlichen Potential die DDR vereinnahmen und beherrschen könnten, so daß sie eine Beteiligungsgröße von Auslandskapital vorsah, die nicht mehr als 49 % betragen dürfe.³⁰² Diese Maßnahme brachte ihr viel Kritik seitens westlicher Unternehmer und Politiker, aber auch aus der eigenen Reihe ein. Siegfried Schiller z.B., der stellvertretende Direktor des Ardenne-Instituts in Dresden, bezeichnete die Fixierung von Auslandsbeteiligungen von 49 % als „Ideologie von gestern“.³⁰³ In weiten Teilen von Wirtschaft und Wissenschaft der Bundesrepublik wurde eine 51%-ige Staatsbeteiligung abgelehnt, da die Monopolstellung des Staates dazu führe, daß nicht sparsam und ökonomisch gewirtschaftet werde.³⁰⁴ Die DDR-Wirtschaftsbilanz der letzten Jahre belegte schließlich diese Befürchtung.

Im Sekretariat der SED-PDS im Bezirk Leipzig erarbeiteten Genossen ein Papier, in dem die Wirtschaftsreform eine sozialistische Marktwirtschaft mit *„wenigen, aber stabilen Kennziffern für die Arbeit selbständiger Wirtschaftssubjekte“* anvisieren sollte. Das gesellschaftliche Eigentum solle eine vielgestaltige Struktur erhalten, um beispielsweise ein engeres Verhältnis von Produzenten an den Produktionsmitteln herzustellen, was

Deutschland vom 17.11.89, S.5; Faude, Eugen: „Es gibt kein Zurück- das ist ausgeschlossen“, in: Die Welt vom 24.11.1989, S.8.

³⁰¹ Vgl. Für außenwirtschaftliche Öffnung und internationale Arbeitsteilung, in: Neues Deutschland vom 17. November 1989, S.5.

³⁰² Vgl. Mit den Reformen der Wirtschaft eine „anziehende“ Heimat schaffen, in: Neues Deutschland vom 19. 12.1989, S.7.

³⁰³ Vgl. Pressedienst der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag: Zu den jüngsten Forderungen von DDR-Wirtschaftsministerin Luft, vom 06.02.1990; Der Sozialismus war ein Experiment, das in zehn Fällen völlig versagt hat, in: Handelsblatt vom 30.01.1990.

³⁰⁴ Vgl. Am Grabe einer Utopie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.02.1990.

unabhängige Entscheidungen zum Wohle des Unternehmens ermögliche.³⁰⁵

In der aus der SED hervorgegangenen Partei des Demokratischen Sozialismus war die Tendenz festzustellen, daß sie sich zu einer ökologisch orientierten sozialen Marktwirtschaft bekannte. Unklarheit bestand über das Tempo, die Ausgestaltung und die notwendigen Reformen als solche, was den Eindruck entstehen ließ, die PDS habe kein tatsächlich konkretes Konzept zur Wirtschaftsreform anzubieten.³⁰⁶

Innerhalb der Blockparteien setzte insbesondere die CDU auf den Ausbau des „sozialen Netzes“, Auflösung von Kombinatensowie einer Beschränkung staatlicher Eingriffe in den Markt.³⁰⁷

Ferner wurde die Schaffung von Rechtssicherheit für private Unternehmen und Wettbewerb anstelle von Monopolen gefordert. Auch die LDPD, deren Ziel die *„freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ohne neue Modelle des Sozialismus“* war, befürwortete den Weg der Marktwirtschaft, eine Preisreform sowie Konvertierbarkeit der Währung innerhalb ihres Wirtschaftsprogramms.³⁰⁸

Im gleichen Atemzug mit der einsetzenden Aufbruchstimmung nach dem Fall der Mauer und den offensichtlichen, für jedermann wahrnehmbaren Veränderungen ab November 1989 wurde schnell deutlich, daß die bürokratische Zentral-Planwirtschaft einer grundsätzlichen Veränderung bedurfte. Neben den von der Modrow-Regierung ausgearbeiteten Wirtschaftskonzeptionen gab es verschiedene Pläne, die von den Bürgerbewegungen um den Runden Tisch entworfen worden waren. Im

³⁰⁵ Vgl. Leipziger Thesen zum Wirtschaftsprogramm, in: Neues Deutschland vom 22.12.1989, S.3.

³⁰⁶ Vgl. Kuppe, Johannes; Ammer, Thomas: Von der SED zur PDS, Bonn 1991, S.45 f.

³⁰⁷ Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DDR-Wirtschaft im Umbruch, Berlin 1990, S.53 f.

³⁰⁸ ebenda, S.54; Stimme der DDR: „Wir wollen ein soziales Netz, aber keine soziale Hängematte“, Interview mit Dr. Holland vom Zentralvorstand der LDPD, in: Deutschland 1990, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, DDR Spiegel vom 18.01.1990, S.105 f; Lapp, Joachim: Ehemalige DDR - Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit, in: Deutschland Archiv Heft 1/1990, S.66.

Mittelpunkt der Auseinandersetzung um eine neue Wirtschaftsordnung stand die Frage, wer bei einer möglichen Entstaatlichung der DDR-Unternehmen und Betriebe künftig Anspruch auf das Volkseigentum haben sollte. Ferner war es das Bestreben der Beteiligten, einen Ausverkauf des Volksvermögens an westliche Unternehmen und Konzerne zu verhindern, aber auch eine komplette Übernahme durch die Marktwirtschaft der Bundesrepublik zu vermeiden.

Auch innerhalb der Oppositionsbewegungen befaßte man sich also mit der Aufgabe einer wirtschaftlichen Neugestaltung für die DDR. Auffällig ist dabei jedoch, daß sich die Bürger- und Oppositionsbewegungen bei der ökonomischen Neugestaltung sehr mit der theoretischen Definition von Sozialismus befaßten. So beschrieb z.B. Hans-Jürgen Fischbeck als Sprecher der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, daß die Wahrung und Gewinnung der eigenen Identität wesentliche Aufgabe der Ökonomie sei.³⁰⁹ Im Rahmen einer gemeinsamen Presseerklärung des DA und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie erklärten beide Seiten, daß nur eine am Markt orientierte Wirtschaftspolitik soziale Sicherheit, Freiheit und Eigeninitiative schaffen werde, die den Menschen eine Perspektive ermögliche, in der DDR zu leben. Die Zusammenarbeit zwischen Ost und West sollte auf eine Know-how-Übertragung, aber auch auf Kapitalbeteiligungen aus dem Westen aufbauen. Der DA betonte, daß damit kein Ausverkauf der DDR einhergehe.³¹⁰

In seinem Programm forderte der DA eine „*sozial und rechtlich gebundene Marktwirtschaft*“, die ökologischen Grundsätzen verpflichtet sei.³¹¹ Die Ausrichtung der Wirtschaft sollte sich im Vergleich zur Bundesrepublik stärker an ökologischen Gesichtspunkten orientieren.

Insgesamt war darin aber ein relativ klares Bekenntnis des DA zur sozialen Marktwirtschaft zu erkennen.

³⁰⁹ Vgl. Knabe, Hubertus: Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989, S.202.

³¹⁰ Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. Pressemitteilung vom 15.01.1990.

³¹¹ Vgl. Müller-Ensbegs, Helmut: Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992, S.67 Deutschland Report: Parteien im Aufbruch, a.a.O., S.27.

Das Neue Forum trat ebenfalls für die Marktwirtschaft in der DDR ein, wenngleich es anfangs noch „das kapitalistische Wirtschaftssystem“ ablehnte. Zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme in der DDR hatte man jedoch keine präzisen Vorstellungen.³¹²

Gemeinsam war den Oppositionsgruppen, daß sie in der Anfangsphase ihrer Existenz nicht über ausreichende finanzielle und materielle Mittel verfügten. Relative Einigkeit bestand darüber, daß die SED für die Krise verantwortlich zu machen sei. Insbesondere das Anvisieren einer ökologischen und sozialen wirtschaftlichen Gestaltung überschneidet sich bei allen Oppositions- und Bürgerbewegungen, sowie die Abkehr von der „politbürokratischen Plan- und Kommandowirtschaft.“³¹³

Zusammenfassend war in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft umstritten, ob eine Währungsunion mit der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn oder erst am Ende des wirtschaftlichen Reformprozesses stehen sollte. Die Umgestaltung der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft konnte nicht nach vorgegebenem Muster mit klaren Weisungen erfolgen. Schließlich gab es kein Patentrezept einer erfolgversprechenden Umwandlung.³¹⁴

4. Der „Dritte Weg“ - Die DDR zwischen Plan- und Marktwirtschaft

Mit zunehmender Diskussion bezüglich eines zukünftigen Wirtschaftssystems für die DDR tauchte der Begriff des „Dritten Weges“ auf. Verschiedene Varianten einer Koppelung von Markt- und Planwirtschaft wurden vorgeschlagen, die es ermöglichen sollten, in der DDR das

³¹² ebenda, S. 54 f.; Das neue Forum veranstaltete Tagungen, auf denen sich zahlreiche Wirtschaftsfachleute verschiedener Couleur mit der Neugestaltung der DDR-Wirtschaft auseinandersetzten, woraus jedoch nach eigener Aussage kein eindeutiges und klares Wirtschaftskonzept entstanden ist.

Vgl. Neues Forum Wirtschaftsreform der DDR, Berlin 1990, S.10.

³¹³ Vgl. Stark, Isolde: Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR-Opposition 1989, in: Deutschland Archiv Heft 11/1995, S. 1183-1193.

³¹⁴ Vgl. Vatthauer, Manfred: Wirtschaft der DDR, Bestandsaufnahme und Reformperspektiven, Hannover 1990, S. 20.

bisherige Wirtschaftssystem abzulösen und in ein funktionsfähiges System zu führen.³¹⁵ Für denkbar wurde das Zusammensetzen positiver und wünschenswerter Elemente verschiedener Wirtschaftssysteme (hier Markt- und Planwirtschaft) gehalten, die das „Unsoziale und Ungerechte“ der Marktwirtschaft ausmerzen und mit den humanen Werten des Sozialismus verbinden sollten.³¹⁶

Gregor Gysi führte an, daß es auf die richtige Proportion von Marktwirtschaft und Volkseigentum ankomme, deren Vorzüge es miteinander zu kombinieren gelte.³¹⁷ Wie diese in welchem Verhältnis zueinander stehen sollten, darüber schwieg Gysi sich aus.

Es bestand nach Ansicht vieler Befürworter nur die Möglichkeit eines „Dritten Weges“, da eine marktwirtschaftlich orientierte DDR neben einer marktwirtschaftlich orientierten Bundesrepublik keine Existenzberechtigung habe. Eine entschiedene Lockerung des zentralistischen Lenkungssystems war allerdings unabdingbare Voraussetzung für diesen Weg. Der wirtschaftlichen Krise sollte also mit Hilfe einer marktorientierten Planwirtschaft zu Leibe gerückt werden, wobei auch der Zusammenarbeit mit westlichen Firmen³¹⁸ Platz eingeräumt wurde, um die Anziehungskraft der DDR für Investitionen zu erhöhen. Besonderes Interesse herrschte verständlicherweise für Know-how und Kapital westlicher Unternehmen. Die Überwindung der gesellschaftlichen und politischen Krise war untrennbar mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage verbunden, dessen war sich die politische Führung bewußt. Die Planwirtschaft als Grundlage des

³¹⁵ Vgl. Sik, Ota: Dritter Weg in der DDR?, in: Wirtschafts - Woche Nr. 50 vom 15.12.1989, S.101 ff., der den „Dritten Weg“ als konsequente Weiterentwicklung vieler Elemente der sozialen Marktwirtschaft ansieht; Siebert, Horst: Ohne privates Eigentum endet der „Dritte Weg“ in der Sackgasse, in: Handelsblatt vom 17.01.1990.

³¹⁶ Vgl. Schlecht, Otto: Ein Modell macht Karriere, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.03.1990, S. 12; Der Leipziger Wirtschaftswissenschaftler Günter Netzold hält eine Umstellung des Verhältnisses von Plan- und Marktwirtschaft für die DDR als einen möglichen Weg einer Wirtschaftsreform: Vorrang für Ökonomie - Der Umbau des Sozialismus darf keine Tabus kennen, in: Wirtschaftswoche Nr. 50, vom 08.12.1990, S. 114.

³¹⁷ Vgl. Gysi, Gregor: Hören wir auf, über Auflösen zu reden - machen wir unsere politische Arbeit!, in: Neues Deutschland vom 01.02.1990, S. 4.

³¹⁸ Ebenda.

Systems mußte erhalten werden und sollte nach dem Konzept der Koalitionsregierung durch Übernahme marktwirtschaftlicher Elemente die Wirtschaft sanieren ohne dabei die Kontrolle über die Produktionsmittel zu verlieren. Zum Zeitpunkt der Umstrukturierung des politischen und wirtschaftlichen Systems kam eine andere Möglichkeit nicht in Betracht. Wenngleich der Dritte Weg ein gewagtes Experiment darstellte, zumal das Festhalten daran dazu führte, daß sich die Wirtschaft der DDR in einem „Schwebezustand“ befand, der sich destabilisierend auf die ökonomische Lage auswirken mußte, kam eine andere Variante zu diesem Zeitpunkt nicht in Betracht.³¹⁹ Schließlich war davon auszugehen, daß westliche Investoren erst dann Geld in die DDR einbringen würden, wenn ihre Investitionen gewinnversprechend sein würden. Die Planwirtschaft aber war ein unsicherer Faktor in den Kalkulationen westlicher Finanziere. Vielmehr bedurfte es zunächst ökonomischer, institutioneller und rechtlicher Voraussetzungen, um den Rahmen zu schaffen, der westlichen Unternehmen Sicherheit geben konnte.

Auf der anderen Seite bestand in der westdeutschen Politik die Sorge, daß die SED eine durch westliche Kooperation gestärkte DDR-Wirtschaft als ihren Erfolg ausweisen würde, was ihre Position stabilisieren könnte.³²⁰ Die eindeutige Dominanz der SED wirkte sich als Hindernis für Hilfsmaßnahmen seitens der Bundesrepublik aus, die nach Aussage des Bundeskanzlers kein abgewirtschaftetes System unterstützen würde, das von der DDR-Bevölkerung abgelehnt werde.³²¹

³¹⁹ Daß sich Sozialismus und Marktwirtschaft nicht miteinander mischen lassen, weder zum marktwirtschaftlichen Sozialismus, noch zur sozialistischen Marktwirtschaft, darüber verfaßt Karl - Heinz Paque den Aufsatz: Die Schimäre aus dem Nirgendwo, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.01.1990.

³²⁰ Vgl. BDI und DIHT wollen nicht die SED stärken, in: Handelsblatt vom 11.01.1990; Ohne die Abkehr von der Planwirtschaft gehen Hilfen und Kooperation ins Leere, in: Handelsblatt vom 10.01.1990; Wirtschaftsreport Daten, Fakten zur wirtschaftlichen Lage Ostdeutschlands, Berlin 1990, S.13.

³²¹ Vgl. Mitbringsel für Modrow, in: Wirtschafts - Woche Nr. 51, vom 15.12.1989, S. 27; Die CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag am 04. 01.1990, Zur Diskussion um die Reform der DDR-Wirtschaft erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher Matthias Wissmann, daß es nur die soziale Marktwirtschaft oder

5. Das offene Bekenntnis zur Marktwirtschaft - Wirtschaftspolitische Reformmaßnahmen

Am 16. Januar 1990 hielt die stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates für Wirtschaft, Christa Luft, vor der Jahreshauptversammlung der Industrie- und Handelskammer in Düsseldorf einen Vortrag über die erforderlichen Reformen des DDR-Wirtschaftssystems.³²² Als zwei die gesamte Wirtschaftsreform bedingende Grundzüge nannte sie die „Demokratisierung der Wirtschaft“ und eine *„konsequente Öffnung der Wirtschaft gegenüber allen Formen der internationalen Arbeitsteilung und Kooperation“*.

Darüber hinaus hielt sie es für erforderlich, mit der früheren zentralen Kommandowirtschaft radikal zu brechen und zu einer funktionsfähigen Marktwirtschaft überzugehen, die demokratisch gestaltet, ökonomisch und wettbewerbsfähig sowie zu ständiger Erneuerung fähig sein sollte. Der notwendige Zeitraum für einen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft sollte nach Ansicht der Wirtschaftsministerin Luft schnellstmöglich, d.h. ohne Verzögerung erfolgen, damit das Einkommens- und Lebensstandardgefälle der DDR gegenüber der Bundesrepublik nicht weiter zunehme. Von der Wirtschaftsreform untrennbar sei die Reform des politischen Systems, so die Ministerin, weshalb die Regierung Modrow ständig „Rat und Tat“ bei den Teilnehmern des Runden Tisches suche.

Das Bekenntnis zur Marktwirtschaft war nicht von Anfang an Ziel der Modrow-Regierung. Vielmehr ist festzustellen, daß sich der Weg zur Marktwirtschaft erst langsam ebnete. So hielt Ministerin Luft im November '89 noch an der „lenkenden Hand des Staates“ fest, denn eine selbständige Marktregulation sei nicht wünschenswert.³²³ Von der Planwirtschaft in bisheriger Art und Weise, wie sie bis zum Herbst 1989 praktiziert wurde,

Planwirtschaft gebe. Alles andere dazwischen sei „Spielerei“ und lenke von den eigentlichen Problemen der DDR-Wirtschaft ab.

³²² Vgl. Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI Mitteilungen) 2/1990, S. 117- 124.

³²³ Vgl. Für außenwirtschaftliche Öffnung und internationale Arbeitsteilung , in: Deutschland Archiv vom 17.11.1989, S. 5.

habe sich die SED-Führung zwar verabschiedet, doch werde sie an einer reformierten Planwirtschaft festhalten.³²⁴

Am 16. Januar 1990 signalisierte die Ministerin in ihrer Rede vor der Industrie- und Handelskammer eine deutliche Abkehr von einer sozialistischen Marktwirtschaft, wobei sie jedoch an der Vorstellung festzuhalten versuchte, man könne „sozial Bewährtes“ in das neue System hinüberretten. So war z.B. das in der DDR einklagbare Recht auf Arbeit eine dieser „sozialistischen Errungenschaften“, die als bewahrenswert eingestuft wurde.³²⁵

Auch bei Hans Modrow ließ sich ein ähnlicher Wandel feststellen. Beschwor er noch in seiner Regierungserklärung am 17.11.1989, die staatliche Planung beizubehalten und den Markt zu dessen Bestandteil zu machen, so bekannte er sich vor den Generaldirektoren am 09. Dezember 1989 zu einem Kurs, der in Richtung Marktwirtschaft ohne sozialistische Zusätze blicken ließ.³²⁶

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der wirtschaftliche Maßnahmenkatalog der Modrow-Regierung den Übergang von der zentralgelenkten Staatswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft vorbereitete, wengleich die Regierung lange Zeit versuchte, an einer Einflußnahme auf die Wirtschaft mittels Staatsregulation festzuhalten.

Nachdem die Unternehmen mit dem Beschluß über die Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse vom 21.12.1989 aus der Bindung an den Staatsplan entlassen wurden³²⁷ und den Unternehmensleitern zugleich höhere Eigenverantwortung zugesprochen worden war, setzte eine Verselbständigung der Betriebe ein. Später folgte eine Umgestaltung der

³²⁴ Vgl. „Nichts gegen Erhard“ DDR-Wirtschaftsministerin Luft zur Reform, in: Wirtschafts - Woche vom 08.12.1989, S. 32.

³²⁵ Vgl. Interview mit Christa Luft „...damit nichts auf den Weg gebracht wird, dessen man sich vor dem Volk schämen müßte“, in: Neues Deutschland vom 03.02.1990, S. 5; vgl. auch WSI - Mitteilungen, a.a.O. S.117-124.

³²⁶ Siehe Fn. 287.

³²⁷ Vgl. Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse und erste Schritte zur Ausgestaltung der Wirtschaftsreform 8 / I. 1 / 89 vom 21.12.1989.

Wirtschaftsverwaltung, in deren Zuge die zehn Industrieministerien auf drei Ministerien reduziert wurden.

Am 18. Januar 1990 gliederte die Regierung die Staatliche Plankommission in ein neu geschaffenes Wirtschaftskomitee ein, welches fortan die Anträge bezüglich der Gründung neuer Unternehmen zu prüfen und zu genehmigen hatte.³²⁸

Zu einer wirklichen Reduzierung der Bürokratie in der Wirtschaft führten diese Maßnahmen jedoch nicht. Es fand vielmehr eine Umstrukturierung statt, welche die Wirtschaftsverwaltung lediglich anders organisierte, statt sie zu verringern.³²⁹ Von einer wirklichen Dezentralisierung kann während der Amtszeit der Modrow-Regierung somit nicht gesprochen werden.

6. Das geteilte Deutschland - Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation

Am 8. November 1989 machte Bundeskanzler Kohl in seiner Rede zur Lage der Nation auf den unbeirrbaren Kurs der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik aufmerksam, die sich an der Präambel des Grundgesetzes orientierte.³³⁰ Sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen sein, so werden sich die Bürger in West und Ost für Freiheit und Einheit entscheiden, davon war der Kanzler überzeugt, der als „Herzstück“ der Deutschlandpolitik die „freie Selbstbestimmung für alle Deutschen“ anführte. Die Bürger in der DDR hätten bewiesen, daß sie ein gesundes Selbstbewußtsein besäßen und ihre Wünsche und Forderungen weiterhin artikulieren würden. Alle auf Reformprozesse in der DDR ausgerichteten Bestrebungen werde die Bundesregierung dabei unterstützen.

Bundeskanzler Kohl gehörte immer schon zu der Riege von Politikern, die den Gedanken einer Wiedervereinigung verfolgten. Wenngleich er die

³²⁸ Vgl. Deutsche Rechts Zeitschrift (DtZ) 1990, Heft 2-3, S. 61 f.

³²⁹ Vgl. Buck, Hannsjörg F.: Von der Kommandowirtschaft der DDR zur Sozialen Marktwirtschaft des vereinten Deutschland. Sozialistische Hypothesen, Transformationsprobleme, Aufschwungchancen, Düsseldorf 1991, S.15.

³³⁰ Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Texte zur Deutschlandpolitik Reihe III Band 7-1989, Bonn, 1990, S. 319 ff.

Entwicklung der Dinge nicht vorhersehen konnte, so war Kohl davon überzeugt, daß im Verlauf der Geschichte der Zeitpunkt kommen würde, an dem das geteilte Deutschland wieder zusammengefügt werden würde.³³¹

Am 09. November 1989, einen Tag nach der Erklärung des Bundeskanzlers, gab Rudolf Seiters, der Chef des Bundeskanzleramtes, in Abwesenheit des Kanzlers eine Erklärung anlässlich der neuen Reiseregelung in der DDR ab. Darin hieß es, daß die Bundesregierung einen Wandel in der DDR unterstützen werde, sofern dieser grundlegende Reformen der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erkennen lasse.³³²

Frühzeitig also ließ das politische Vorgehen der Bundesregierung erkennen, daß sie ihre Hilfe anbieten und den Menschen in der DDR ihre Unterstützung zuteil werden lassen würde. Wie ein roter Faden zog sich der Hinweis durch die Reden des Bundeskanzlers, daß die Menschen in der DDR in Selbstbestimmung entscheiden müssen, ohne dabei - von welcher Seite auch immer- belehrt zu werden, wie sie ihre Zukunft gestalten werden, insbesondere bei der Möglichkeit einer Wiedervereinigung. Vom Zeitpunkt des Umbruchs in der DDR an wurde die Wiedervereinigung vom Kanzler thematisiert. Die Regierung Kohl hatte zu diesem frühen Zeitpunkt, an dem noch überhaupt nicht abzusehen war, was sich in der DDR entwickeln würde, die richtigen Schritte gewählt, um einerseits Soforthilfe anzubieten, andererseits das historische Ziel eng ins Visier zu nehmen.

Bundeskanzler Kohl hatte für seinen Vorstoß in Richtung Wiedervereinigung gute Gründe. Niemand konnte mit dem Fall der Mauer

³³¹ Fehrenbach, Oskar: Helmut Kohl. Ein biographisches Essay, in: Klein, Hans (Hrsg.): Die Bundeskanzler, Berlin 1993, S.374 f. Helmut Kohl war sich selbst von Beginn an im Klaren darüber, daß bis zum Ziel einer deutschen Wiedervereinigung „langer Atem nötig sei“. Eine realistische Einschätzung die dafür spricht, daß er ein Mann ist, der mit Bedacht, aber zielstrebig die Zusammenführung beider deutschen Staaten verfolgte. Daß sie aber eines Tages auf der politischen Tagesordnung stehen würde, davon war er fest überzeugt: *“An eine ewige Konstellation dieser politischen Konstellation zu glauben, verboten die geschichtlichen Erfahrungen ebenso wie der Glaube an die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit.”* vgl. Kohl, Helmut: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin 1996, S. 16 f.

³³² Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Texte zur Deutschlandpolitik Reihe III Band 7-1989, Bonn, 1990, S. 388 ff.

voraussagen, wie es weitergehen würde mit der DDR, oder den innerdeutschen Beziehungen. Nachdem die kommunistische Herrschaft in Mittel- und Osteuropa bröckelte, war der Zeitpunkt nicht nur günstig, sondern notwendig, die richtigen politischen Schritte und Signale vorzugeben. Damit hatte sich die Bundesregierung keine leichte Aufgabe vorgenommen, schließlich mußten Vorbehalte der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bedacht werden. Das politische Handeln erforderte ein Höchstmaß an Sensibilität.

7. Der Zehn-Punkte-Plan

Am 28. November 1989 legte Bundeskanzler Kohl dem Deutschen Bundestag ein Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands, im Rahmen der angesetzten Haushaltsdebatte, vor.³³³

Nur ein enger Arbeitsstab des Kanzlers wußte von dem Zehn-Punkte-Plan und war am 24. November 1989 mit der Ausarbeitung befaßt. Unter der Leitung von Horst Teltschik entwickelte sich die Idee von zehn Punkten, von einer Vertragsgemeinschaft zur Konföderation hin zur Föderation. Am Wochenende des 25. und 26. November überarbeitete Helmut Kohl den Text zusammen mit seiner Frau sowie zwei Geistlichen, den Brüdern Ramstetter, die ihm bei wichtigen Reden und Ansprachen häufiger schon zur Seite gestanden hatten. Der Kanzler selbst war davon überzeugt, daß sein Plan am Ende völlig zerredet worden wäre, hätte er zuvor den Versuch unternommen, ihn mit der Koalition oder den Alliierten abzustimmen. Bis zur besagten Bundestagssitzung herrschte also strengstes Stillschweigen. Es war der Zeitpunkt gekommen, zu dem sich der Kanzler das so nah greifbare Ziel einer deutschen Wiedervereinigung nicht mehr aus der Hand nehmen lassen wollte. *„Jetzt war nicht die Stunde der Bedenkenräger.“*³³⁴ Als der Bundeskanzler seinen Plan im Bundestag vorstellte, erhielten auch die europäischen Regierungen sowie die alliierten Siegermächte den Text

³³³ ebenda, S.426 ff.; Herles, Helmut; Rose, Ewald: Parlamentsszenen einer Deutschen Revolution, Bonn 1990, S.55 ff.; Erklärungen zur Deutschlandpolitik, in: Deutschland Archiv Heft 1/1990, S.149 ff.

³³⁴ Vgl. Kohl, Helmut: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin, 1996, S.160 f.

über ihre Botschaften übermittelt. Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich, immer noch bestand die Angst vor einem erstarkenden und mächtigen Deutschland, das in Europa einen nicht kalkulierbaren Platz einnehmen könnte.

Im Kern des Zehn-Punkte-Plans stand die Schaffung „*konföderative(r) Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland*“, um damit letztlich die Wiedervereinigung zu erlangen. Neben ersten Sofortmaßnahmen im humanitären Bereich sowie der Schaffung eines Devisenfonds zur Finanzierung des Reiseverkehrs der DDR-Bürger sollte eine „Vertragsgemeinschaft“ ein dichtes Netz an Vereinbarungen und Übereinkommen in allen Lebensbereichen schaffen.

Gemeinsame Institutionen für „Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit und Kultur“ sollten ferner in beiden deutschen Staaten geschaffen werden, um den Menschen auf beiden Seiten zugute zu kommen. Der Schutz der Umwelt, Ausbau von Eisenbahnstrecken, Verkehrswegen und Fernsprechverbindungen sollte vorangetrieben werden, um die Infrastruktur zwischen beiden deutschen Staaten zu verbessern.

Hervorzuheben ist Punkt drei des Zehn-Punkte-Plans, der auf einen „*grundlegenden Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR*“ verweist, damit für den Weg zur deutschen Einheit eine grundlegende Basis geschaffen werde.

Die Bundesregierung bot abermals an, Hilfe und Zusammenarbeit umfassend auszuweiten, sobald „*ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR verbindlich beschlossen und unumkehrbar in Gang gesetzt werde.*“ Mit Unumkehrbarkeit verband die Bundesregierung, daß sich die DDR-Staatsführung mit den Oppositionsgruppen auf eine Verfassungsänderung und ein neues Wahlgesetz verständigen sollte. Die Bundesregierung unterstütze die Forderung nach freien, gleichen und geheimen Wahlen in der DDR unter Beteiligung unabhängiger, auch nichtsozialistischer Parteien. Das Machtmonopol der SED müsse aufgehoben werden. Die geforderte Einführung rechtsstaatlicher Verhältnisse bedeute vor allem auch die

Abschaffung des politischen Strafrechts. Wirtschaftliche Hilfe könne nur wirksam werden, wenn grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems erfolgten. *„Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht.“* Es könne kein Zweifel bestehen, daß die Menschen in der DDR eine Wirtschaftsordnung wollten, die ihnen auch wirtschaftliche Freiheit und damit Wohlstand gebe³³⁵.

Erst damit würde die Grundlage geschaffen, die es den DDR-Bürgern ermögliche, die „Früchte ihrer Arbeit“ ernten zu können.

Im Zusammenhang mit der Einbettung der innerdeutschen Beziehungen in den gesamteuropäischen Prozeß befürwortete die Bundesregierung einen schnellen Abschluß eines Handels- und Kooperationsabkommens der Europäischen Gemeinschaft mit der DDR.

Das Herzstück der gesamteuropäischen Architektur sei der KSZE-Prozeß, so der Bundeskanzler, in dem in Zukunft über neue institutionelle Formen einer gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachgedacht werden könne, wie z.B. einer Institution, die die West-Ost-Wirtschaftszusammenarbeit koordiniere.

Abschließend legte der Bundeskanzler dar, daß er die Chance für mehr Freiheit in Europa und in Deutschland als gekommen sehe, die es nun zu ergreifen gelte.

Durch das Zehn-Punkte-Programm sollte eine stufenweise Verzahnung, über eine Konföderation zur Föderation, mit der DDR erfolgen. Ein fester Zeitraum für diesen Prozeß war jedoch noch nicht abzusehen.³³⁶

³³⁵ ebenda, S. 162 f.

8. Wirtschaftspolitische Aussagen seitens der Bundesrepublik Deutschland

Die deutsche Bundesregierung wußte um die Notwendigkeit wirtschaftlicher Hilfe für die DDR. Ohne Unterstützung aus dem Westen konnte es nicht gelingen, die politische Lage in der DDR zu stabilisieren. Das politische Ziel der Wiedervereinigung vor Augen bedeutete, mittels wirtschaftlicher Maßnahmen die DDR zu stabilisieren, gleichzeitig damit aber über ein gewisses Druckmittel zu verfügen. Insofern ist es nötig zu verstehen, wie wirtschaftliche Hilfe seitens der Bundesregierung aussah, um auf die neuen Verhältnisse in der DDR entsprechend einwirken zu können.

Anlässlich des ersten Treffens zwischen Helmut Kohl und Hans Modrow am 19. Dezember 1989 in Dresden wurde vereinbart, daß noch im kommenden Frühjahr eine Vertragsgemeinschaft zwischen beiden deutschen Staaten abgeschlossen werden könne, die eine Zusammenarbeit auf allen Gebieten, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Sozialpolitik und Kultur, vorsehe. Und auch das Anliegen des Bundeskanzlers war bei der Kundgebung vor der Frauenkirche zu vernehmen. *„Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt, die Einheit unserer Nation.“*³³⁷

Im Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, welches im Auftrag der Bundesregierung angefertigt wurde, kamen die Gutachter überein, daß es unausweichlicher Reformschritte in der DDR bedürfe, die sich baldmöglichst zu vollziehen haben. Dazu gehörte die Zulassung von Privateigentum, eine Preisreform sowie die Reform des Steuer- und Lohnfindungssystems und die Einführung wirtschaftlicher Freiheitsrechte (allgemeine Vertragsfreiheit).³³⁸

³³⁶ ebenda, S. 167; siehe auch: Kohl, Helmut: Bilanzen und Perspektiven, Regierungspolitik 1989-1991, Bonn 1992, S. 315-321.

³³⁷ Vgl. Texte zur Deutschlandpolitik, a.a.O., S. 466 ff.

³³⁸ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten, Wiesbaden im Januar 1990, S.16 ff.

Der Übergang von der zentral gelenkten Volkswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft war Gegenstand der westlichen wissenschaftlichen Auseinandersetzung, was Reformen für die DDR-Wirtschaft anbelangte. Aber auch in der westdeutschen Wirtschaft wurde mehrheitlich als einzig richtiger Weg für die DDR das Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft angeführt. So erklärte Tyll Necker, seinerzeit Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, daß es das Ziel sein müsse, *„die DDR aus der planwirtschaftlichen Erstarrung zu lösen.“*³³⁹

Auch Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter sprach sich für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft aus, die jedoch vor dem Hintergrund einer stabilen Politik in der DDR zu erfolgen habe, damit Reformschritte nicht nur begonnen, sondern auch fortgesetzt werden.³⁴⁰

Die DDR stellte einen enormen Absatz- und Investitionsmarkt für westdeutsche Unternehmen dar, was das Interesse westdeutscher Wirtschaftsunternehmungen erklärte. Die wirtschaftliche Integration der beiden deutschen Staaten, davon war auszugehen, würde sicherlich ein beachtliches Wachstum mit sich bringen.³⁴¹

Es ist zusammenfassend festzustellen, daß innerhalb der westdeutschen Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zweifelsohne als einzig erfolgversprechender Verlauf einer Wirtschaftsreform in der DDR die soziale Marktwirtschaft angesehen wurde.

Anlässlich des zweitägigen Arbeitsbesuches Modrows am 13. und 14. Februar 1990 in Bonn erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl, daß zu diesem Zeitpunkt die historische Chance gekommen war, die Einheit Deutschlands zu vollenden.³⁴² Dem vorausgegangen war das „Ja“ des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow, was ein Meilenstein auf dem Weg in Richtung Wiedervereinigung war. Ferner stellte der Bundeskanzler in Aussicht, daß die Bundesregierung weitere Unterstützungsmaßnahmen, insbesondere für humanitäre Erfordernisse, aber auch ERP-

³³⁹ Vgl. Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. BDI - Präsident gibt DDR-Wirtschaftsreform höchste Priorität, in: Pressemitteilung vom 11.01.1990.

³⁴⁰ Vgl. Die Unruhe kocht jetzt hoch, in: Der Stern vom 18.01.1990, S.36.

³⁴¹ Vgl. hierzu Vatthauer, Manfred: Wirtschaft der DDR, a.a.O., S.30 f.

Kreditprogramme für kleinere und mittlere Unternehmen zur Verfügung stellen werde, damit ein wirtschaftlicher Neubeginn beginnen könne. Hierzu sollte ein Volumen von fünf Milliarden DM bereit gestellt werden. Als weitere wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen machte er Ministerpräsident Modrow das Angebot, sofortige Verhandlungen zur Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen.

Dieses Vorhaben war aus bundesdeutscher Sicht ein wichtiger und erforderlicher Schritt, nachdem sich andeutete, daß der Weg außenpolitisch frei würde, der jetzt auf innerdeutscher Schiene den Weg zur Wiedervereinigung ebnen sollte. Die zur Währungsunion erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen, die in der DDR geschaffen werden mußten, um die Einführung der sozialen Marktwirtschaft vorzubereiten, brachten das Ziel „Deutsche Einheit“ ein wesentliches Stück näher.

Beschleunigend und für das Ziel der Regierung Kohl beinahe förderlich war die Wirtschaftskrise in der DDR, in der ökonomische Stufenpläne nicht erfolgreich verliefen. Statt dessen sollte die schnellstmögliche Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft erfolgen, um die DDR aus der wirtschaftlichen Misere herauszuführen und auf lange Sicht wichtige Vorkehrungen für die Einheit zu treffen. Es mochte vielleicht etwas unverständlich erscheinen, weshalb der Bundeskanzler in der Öffentlichkeit als einzigen und alleinigen Grund für das Angebot einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft angab, daß dies den Menschen in der DDR zur Hoffnung und Ermutigung diene.³⁴³ Wäre nicht ein klareres Bekenntnis zum tatsächlich anvisierten Ziel einer Wiedervereinigung möglich gewesen? Nein, denn es wäre in vielerlei Hinsicht nicht klug gewesen, im Alleingang in Richtung Wiedervereinigung vorzupreschen. Außenpolitische Rücksichtnahme war erforderlich, um das Ziel der Wiedervereinigung nicht zu gefährden. Die Zwei+Vier-Verhandlungen standen noch bevor, so daß ein vorschnelles Signal der Bundesrepublik Deutschland negative Folgen für das Projekt „Einheit“ hätte mit sich bringen können. Zu dieser Zeit konnte

³⁴² Vgl. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zum Besuch von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in Bonn, in: Texte zur Deutschlandpolitik Band 8a-1990, Bonn 1991, S. 97.

³⁴³ ebenda, S. 100.

schließlich niemand mit Gewißheit sagen, wie die vier Siegermächte auf die „Deutsche Frage“ reagieren würden. Aber auch innerhalb der DDR-Bevölkerung, die sich gerade erst aus den Zwängen des SED-Staates befreit hatte, sollte nicht der Eindruck entstehen, man würde sie ohne Mitspracherecht an der zukünftigen Gestaltung des Staates vor vollendete Tatsachen stellen. Nach Aussage des Bundeskanzler war es auch das Anliegen der Bundesregierung, den Menschen in Ost und West freiheitlich, d.h. in Selbstbestimmung, die Vollendung der deutschen Einheit ganz im Sinne der Präambel des Grundgesetzes zu ermöglichen. Helmut Kohl hatte insoweit die Zeichen der Zeit wohl verstanden und handelte durchaus besonnen und verantwortlich im Sinne des großen Ziels.

In der Präambel des Grundgesetzes war verankert, daß der Geltungsbereich des Grundgesetzes nur für eine Übergangszeit Gültigkeit besaß, und daß das gesamte Deutsche Volk aufgefordert war, die Einheit zu vollenden. Aufgabe der Bundesregierung mußte es demnach sein, die Vorgaben des Grundgesetzes zu erfüllen, woraufhin die Politik auch klar ausgerichtet war.

9. Die „deutschlandpolitische Wende“

Als Ministerpräsident Modrow am 11.01.1990 vor die Volkskammer trat, hatte er zwei Dinge bekanntzugeben: Die Erkenntnis, daß die tiefe wirtschaftliche Krise der DDR nicht gelöst war und die erneute Absage an eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten.³⁴⁴ Darüber hinaus enthielt seine Regierungserklärung keine nennenswerten Unterschiede zu der ersten Erklärung vom 17.11.1990 bezüglich der Lösungskonzepte zur Lage in der DDR.

Nachdem das Angebot der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft seitens der Bundesrepublik ausgesprochen war, bedurfte es des notwendigen Dazutuns der DDR. „Umfassende marktwirtschaftliche Reformen“ sollten in der DDR die erforderlichen Rahmenbedingungen

³⁴⁴ ebenda, S.8.

schaffen, um das Gemeinschaftsprojekt zwischen BRD und DDR umzusetzen.

Bislang hatte sich jedoch an der Haltung der DDR-Regierung nichts geändert, was das deutsch-deutsche Verhältnis anging. Eine schlagartige „deutschlandpolitische Wende“ setzte mit dem Plan für „*Deutschland einig Vaterland*“ ein, den Modrow der Volkskammer am 01.02.1990 vorstellte³⁴⁵

Die deutsche Frage sollte, so sah es Modrow vor, in „*freier Selbstbestimmung der Deutschen in beiden Staaten*“ entschieden werden. Vorausgegangen waren dieser Ankündigung Gespräche mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow, der dem zielstrebigem Ausbau der Beziehungen beider deutschen Staaten zustimmte.³⁴⁶

Anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels am 03.02.1990 in Davos trafen sich Helmut Kohl und Hans Modrow zum Gespräch, wobei der DDR-Ministerpräsident die solidarische Hilfe und Unterstützung aus der Bundesrepublik Deutschland anmahnte, die der Kanzler noch im Dezember 1989 versprochen hatte.³⁴⁷ Mit der Erwartung, finanzielle Hilfeleistung in einer Größenordnung von 10-15 Milliarden DM als Solidaritätsbeitrag zu erhalten, fuhr Modrow mit 17 Vertretern der Regierung, davon acht Ministern ohne Geschäftsbereich, zu einem zweitägigen Arbeitsbesuch am 13. und 14. Februar 1990 nach Bonn. Modrows Spielraum für Forderungen war jedoch äußerst begrenzt, denn die wirtschaftlichen Probleme in der DDR waren ohne Hilfe nicht zu bewältigen, worüber die Bundesregierung selbstverständlich im Bilde war. Nachdem sich auch der Bundeskanzler des offiziellen „Jas“ zu einer deutschen Vereinigung sicher war³⁴⁸, konnte er den Ereignissen des Bonnbesuchs gelassen entgegensehen. Schließlich war

³⁴⁵ ebenda, S.49; Ilse Spittmann erachtet drei Daten als wesentlich auf dem Weg zur Wiedervereinigung: 1. den 29.01.1990, an dem Modrow eine Beteiligung der Opposition in der Regierung zustimmt, 2. Gorbatschows „Ja“ zur Deutschen Vereinigung und 3. den 01.02.1990, als Modrow einen Stufenplan zur Vereinigung vorlegte. Vgl. hierzu Spittmann, Ilse: *Deutschland einig Vaterland*, in: *Deutschland Archiv* Heft 2/1990, S. 187.

³⁴⁶ Vgl. Modrow, Hans: *Aufbruch und Ende a.a.O.*, S.120 ff.; *Chronik der Ereignisse in der DDR*, in: *Deutschland Archiv* Heft 2/1990, S. 235.

³⁴⁷ ebenda, S. 107.

³⁴⁸ Vgl. Teltschik, Horst: *329 Tage Innenansichten der Einigung*, Bonn 1991, S.137ff.

davon auszugehen, daß die Wiedervereinigung unter den derzeitigen Verhältnissen in der DDR unausweichlich kommen würde.

Die Forderung nach einem Solidarbeitrag in Höhe von 10-15 Milliarden DM war mit dem Runden Tisch einen Tag zuvor abgesprochen worden.³⁴⁹

Jedoch blieb die erforderliche Soforthilfe aus, was Modrow als Bruch des Versprechens vom Dezember ansah, als der Kanzler in Dresden noch wirtschaftliche Hilfe zusagte. Der Besuch in Bonn wird bei Modrow keine positiven Erinnerungen hinterlassen haben. Es dürfte nicht übertrieben sein, den Besuch in Bonn mit dem berühmten „Gang nach Canossa“ zu vergleichen. Modrow mußte feststellen, daß seine Regierung keinen Partner mehr für die Bundesregierung darstellte³⁵⁰, die dem Ausgang der Wahlen im März getrost entgegensehen konnte.

Die Bundesregierung offerierte keine Soforthilfe in Milliardenhöhe, sondern wiederholte das Angebot, sofortige Verhandlungen zu einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft aufzunehmen. Betrachtet man den Spielraum, den die Bundesregierung zur Verfügung hatte, die Wiedervereinigung zu verwirklichen, so wäre es angesichts der Verantwortung gegenüber dem Steuerzahler wohl auch unangemessen gewesen, 15 Milliarden DM kurzfristig in ein „Faß ohne Boden“ zu investieren.

Selbst die Schaffung einer Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft bedeutete ein Risiko, da der Umstellungskurs von Mark auf DM eine enorme finanzielle Belastung für die Bundesrepublik Deutschland mit sich bringen würde.

³⁴⁹ Vgl. Der Runde Tisch verlangt aus Bonn 15 Milliarden für die DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.02.1990.

V. Von Seilschaften, dubiosen Geschäften und alten Kadern

Die kurze Amtszeit der Modrow-Regierung war, wie bereits angeführt, geprägt vom Versuch, das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche System zu erneuern und die Mängel der alten DDR auszumerzen, um den Sozialismus zu bewahren.

Während dieser Zeit bestanden jedoch Unklarheit und Unsicherheit sowohl in der Reihe der Regierenden, als auch innerhalb der Bevölkerung, was die politische Zukunft der DDR anging.

Die Zeit war geprägt von dubiosen Machenschaften alter SED-Genossen, die die Gunst der Stunde zu ihren Zwecken zu nutzen verstanden und dabei in die eigene Tasche wirtschafteten. Die Modrow-Regierung ermöglichte dabei das Vorgehen der Genossen, indem sie den erforderlichen Raum und die Strukturen zum Teil sogar per Gesetz schuf, in dem alte und neue Seilschaften bestens gedeihen konnten.

Im Folgenden soll die Frage geklärt werden, inwieweit gezielte Maßnahmen in Form von Gesetzen und Verordnungen darauf abzielten, den Erhalt von Macht innerhalb der „alten Garde“ zu sichern, der in erster Linie auf finanzielle Vermögenswerte und berufliche Positionen ausgerichtet war.

1. „Neue-Alte“ Seilschaften in der DDR

Als die DDR im Herbst 1989 den Offenbarungseid leistete, dauerte es gerade noch ein Jahr bis zur Wiedervereinigung beider deutschen Staaten. In dieser Zeit, die den Menschen in der DDR die langersehnte Freiheit und Unabhängigkeit brachte, waren längst nicht alle Machenschaften der alten SED-Funktionäre beendet. In kürzester Zeit gelang es ehemaligen Funktionären und Kadern der SED, mit dem Untergang des sozialistischen Staates gewinnbringende Geschäfte zu tätigen. Jedoch läßt sich die Entwicklung von Seilschaften nicht auf einzelne Parteien, Personen oder bestimmte Kreise beschränken. Eindeutig aber ist, daß Teile der früheren Machtelite Erhaltungsstrategien entwickelten, die mit Hilfe „alter, neuer und

³⁵⁰ Vgl. Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, a.a.O. S. 134.

alt-neuer Seilschaften“ umgesetzt wurden. Oberstaatsanwalt Richter, seinerzeit Chef des Direktorates „Wirtschaftskriminalität“, differenziert drei Gruppen von Seilschaften. Erstens: das Beziehungsgeflecht von Gruppen aus einem oder mehreren Unternehmen (Alte Seilschaften). Zweitens: kriminelle Elemente aus dem Westen, die als Bewerber und Kaufantragsteller von Immobilien und Unternehmen in der DDR auftraten (Neue Seilschaften), und drittens: das Zusammenwirken von Mitarbeitern aus Ostunternehmen, THA-Beratern und kriminellen Elementen aus den alten Bundesländern (Alt-Neue Seilschaften).³⁵¹

Bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Seilschaften ist es zunächst von Bedeutung, vor der „Hochzeit“ der Seilschaften anzusetzen, die m.E. mit Modrows deutschlandpolitischer Wende „Deutschland Einig Vaterland“, einsetzte.³⁵² Ausgehend von der Frage, wer nach der Wende die entsprechenden leitenden Positionen in der Wirtschaft innehatte, muß ein Vergleich hergestellt werden, der die Besetzung hoher Positionen zu DDR-Zeiten bis Oktober 1989 darstellt.

Edelgard Jeske, Sachverständige der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hält es für eine logische Konsequenz, „daß die Leitungspositionen in der Wirtschaft, nach SED-Verständnis die materielle Basis des Sozialismus, mit besonders zuverlässigen Nomenklaturkadern“ besetzt werden mußten. Mit der Übernahme der Leitungspositionen ging eine absolute Parteidisziplin und die Verpflichtung zur offiziellen Zusammenarbeit beim MfS einher.³⁵³ Die SED sicherte ihren Machterhalt demzufolge mit der Besetzung wichtiger

³⁵¹ Vgl. Kroh, Ferdinand: Seilschaften: Machterhaltungsstrategien der früheren ostdeutschen Machtelite, in: Außenpolitik Zeitschrift für internationale Fragen 2. Quartal 1992, Jg. 43, S. 146.

³⁵² Anderer Meinung ist Christa Luft, die Seilschaften nicht in der Amtszeit der Modrow-Regierung entstanden wissen will. Sie stellt vielmehr darauf ab, daß gerade Ost-West Seilschaften in der Regierung de Maiziere ihre Blüte hatten, wobei die Betonung bei „West“ liegt. Vgl. Interview des Verfassers mit Christa Luft im Anhang, S. 278 ff.

³⁵³ Vgl. Jeske, Edelgard: Studie zum Thema Seilschaften, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VIII, Frankfurt a.M. 1995, S. 759 f.; Schneider, Eberhard: Die Politische Funktionseelite der DDR, Opladen 1994, S. 90 ff.

Positionen in Staat und Wirtschaft durch auf die Ziele der SED geschulte Kader.

Nach dem Zusammenbruch der DDR verblieben die alten Nomenklaturkader, die bislang den Führungsanspruch der SED gewährleisteten, weiterhin in zahlreichen Schlüsselpositionen der DDR-Wirtschaft. In diesem Zusammenhang ist auf das Kaderkonzept hinzuweisen, welches die Besetzung wichtiger Positionen in der THA bereits vor deren Konstitution vorsah.³⁵⁴ Die Nachforschungen durch Edelgard Jeske ergaben, daß die Treuhandanstalt von Nomenklaturkadern durchsetzt war und ein Sammelbecken für diese darstellte. Als sie das Mitarbeiterverzeichnis der Treuhandanstalt aufschlug, betätigten sich die Befürchtungen. *„Wir hatten auf einmal den Eindruck, daß wir das Handbuch der DDR-Nomenklaturkader auf dem Tisch hatten.“*³⁵⁵

Aber auch in anderen Bereichen des Staatsapparates waren alte Kader zahlreich vertreten, beispielsweise in den neugegründeten Arbeitsämtern. Dort entschieden die alten Genossen, welcher Arbeitssuchende wo einen Arbeitsplatz bekommen konnte.³⁵⁶

Die Erkenntnis, daß wichtige wirtschaftliche Schlüsselpositionen mit alten Kadern besetzt waren, drang schließlich auch bis zum Runden Tisch vor. Das Neue Forum forderte daher am 12.03.1990 unter anderem, daß finanzielle Manipulationen in den Betrieben zu stoppen, die Kaderleiter mit sofortiger Wirkung abuberufen seien und der Ministerratsbeschluß vom 21.12.1989, der den Generaldirektoren hohe Eigenverantwortlichkeit einräumte, aufgehoben werden müßte.³⁵⁷ Dieser Forderungskatalog wurde vom Runden Tisch mit Ausnahme von der PDS angenommen, jedoch weder von der Modrow-Regierung noch von der Regierung de Maizière umgesetzt. Geht man davon aus, daß weiterhin eine große Anzahl von

³⁵⁴ Vgl. Jeske, Edelgard, a.a.O., S. 767.

³⁵⁵ Ebenda, S. 768.

³⁵⁶ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VIII, Frankfurt a.M. 1995, S.737-740 (Zeitzeugin Sybille Tondorf-Ehrke, Bundesanstalt für Arbeit) und S. 875-887 (Material über die personelle Besetzung der Arbeitsämter in der DDR); vgl. auch Interview mit Edelgard Jeske im Anhang, S.282 ff.

³⁵⁷ Siehe Anlage 12 Vorlage Nr. 16, erweiterte Vorlage 14/51, in: Materialien der Enquete Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VIII, Frankfurt a.M. 1995, S. 846.

Nomenklaturkader in der Regierung saß, so erklärt sich die Zurückhaltung, was das Umsetzen eines Beschlusses anbelangt, der die eigenen Machtpositionen beschneiden würde.

2. Die Treuhandanstalt

Am 12. Februar 1990 schlug der Runde Tisch auf Initiative von Bündnis 90 die Gründung einer Treuhandgesellschaft zur Wahrung des Volkseigentums der DDR vor.³⁵⁸ Dem vorausgegangen waren Überlegungen, wie das Volksvermögen der DDR vor dem Zugriff ausländischer Unternehmen zu schützen wäre, und wie es dem Volk vorbehalten werden könnte.³⁵⁹

Wolfgang Ullmann, der Initiator dieser Idee, ließ sich von der Schweizer Firma „Management und Future“ einen Plan erstellen, der eine Kombinatenaufteilung in zahlreiche kleinere Unternehmen vorsah, wobei die Arbeitnehmer dieser Unternehmen dann Mehrheitsbeteiligungen übernehmen sollten. Es war vorgesehen, daß eine Unternehmensbeteiligung ausländischer Investoren durch den Erwerb von Grundstücken in der DDR das nötige Kapital zur Erneuerung und Modernisierung von Maschinen mit sich bringen sollte. Wesentlich dabei war die Überlegung, daß der Ausverkauf des Landes durch komplette Unternehmensübernahmen durch ausländische Investoren ausgeschlossen werden würde und die Mehrheit der Unternehmen im Besitz der DDR-Bevölkerung bleiben würde. Die anvisierte Arbeitnehmer-Mehrheitsbeteiligung sah eine Beteiligungsmöglichkeit des einzelnen Mitarbeiters am Unternehmen vor, was letztendlich verhindern sollte, daß ausschließlich große Banken und Konzerne den Ton angeben würden.³⁶⁰

³⁵⁸ Vgl. Wendel, Kay: Die Treuhandanstalt und die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, in: Kolonialisierung der DDR, Münster 1995, S. 142 f.

³⁵⁹ Vgl. Geppert, Mike; Kachel, Petra, in: Schmidt, Rudi; Lutz, Burkart (Hrsg.): Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland, Berlin 1995, S. 71.

³⁶⁰ Vgl. Jürgs, Michael: Die Treuhändler - Wie Helden und Halunken die DDR verkauften, München 1997, S. 46 ff.

Zum gleichen Zeitpunkt legte auch die Modrow-Regierung, vertreten durch den Leiter der Gruppe Wirtschaftsreform, Staatssekretär Wolfram Krause, einen Plan vor, der ebenfalls die Gründung einer Anstalt vorsah, die das DDR- Volkseigentum treuhänderisch verwalten sollte.

Die Bürgervertreter am Runden Tisch lehnten den Vorschlag der Modrow-Regierung jedoch ab, da der Plan zu wenig marktwirtschaftlich, dafür aber bürokratisch-zentralistisch und unsozial war. Den Teilnehmern des Runden Tisches fehlte die Möglichkeit einer Vermögensübertragung an die Bevölkerung, die das Volksvermögen durch ihre Arbeit schließlich geschaffen hatte. Der Regierungsentwurf wurde letztlich für nicht verbesserungswürdig gehalten, so daß ein völlig neuer Ansatz erstellt werden sollte.³⁶¹

Offensichtlich war der Modrow-Regierung daran gelegen, das Volkseigentum als Staatseigentum zu belassen, was durch eine Aussage des Außenhandelsministers Gerhard Beil untermauert wird, der in einer Ministerratssitzung erklärte, daß das Volkseigentum immer als Staatseigentum behandelt worden sei, man also „nicht soviel Aufhebens darum machen solle.“³⁶²

Dadurch, daß der Staat mit dem Übergang zur Privatisierung die Kontrolle über Unternehmen und Betriebe verlieren würde und keinerlei Einfluß mehr auf betriebliche Abläufe nehmen könnte, erklärt sich das staatliche Interesse an einer Machterhaltung in der Wirtschaft durch Unternehmensübernahmen.

Vor dem Runden Tisch erklärte Wolfgang Ullmann, daß die Volkskammer, die sich am 18. März neu konstituieren würde, über Aufgaben und Vorgehen der Treuhandanstalt (THA) entscheiden sollte. Am 1. März 1990 beschloß der Ministerrat dann die Gründung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums, womit die THA, der man

³⁶¹ Vgl. Suhr, Heinz: Der Treuhandskandal, Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde, Frankfurt a.M. 1991, S. 44 f.

³⁶² Vgl. Suhr, Heinz, a.a.O., S.45.

im Laufe ihres Wirkens den Verlust von Millionen Arbeitsplätzen vorwerfen wird, geboren war.³⁶³

3. Die Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften

Mit der Gründung der THA wurde die Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften (z.B. GmbH und AG) erlassen, womit das Ende der zentralen Planwirtschaft und der Übergang zur sozialen Marktwirtschaft eingeläutet wurde. Gemäß der Umwandlungsverordnung sollte dies nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland erfolgen.³⁶⁴ Die Geschäftsanteile der durch Umwandlung gebildeten Kapitalgesellschaften sollten durch die THA übernommen werden, die gem. Nr.5 des Beschlusses zur Gründung der THA jedoch keine wirtschaftsleitende Funktion ausüben durfte.³⁶⁵

Das Konzept der Vertreter des Runden Tisches, einer Dezentralisierung des Volkseigentums über Anteilsscheine, die der Bevölkerung zugute kommen sollten, wurde mit dem Umwandlungsbeschuß in Kapitalgesellschaften unterwandert.³⁶⁶ Schließlich war mit dem Verkauf der volkseigenen Unternehmen, deren Erlös in die Rechtsträgerschaft der THA fiel, die Beteiligung der Bevölkerung hinfällig geworden.

Die Umwandlung in Kapitalgesellschaften gestaltete sich jedoch problematischer als vermutet, denn es gab kein Konzept bei der Umwandlung von der Zentralverwaltungswirtschaft zur sozialen

³⁶³ Vgl. Beschluß des Ministerrates zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums vom 01.03.1990. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 14/1990; Chronik der Ereignisse in der DDR, a.a.O., S. 71.

³⁶⁴ Vgl. Hebing, Wilhelm; Jaletzke, Matthias: Bestellung von Vorstand und Aufsichtsrat bei Umwandlung volkseigener Kombinate und Betriebe in Aktiengesellschaften, in: Recht der Internationalen Wirtschaft, Heft 11/1990, S. 5.

³⁶⁵ Vgl. § 3 Umwandlungsverordnung vom 01.03.1990; Icks, Annette, a.a.O., S. 205.

³⁶⁶ Vgl. Geppert, Mike; Kachel, Petra, a.a.O., S.72.

Marktwirtschaft, so daß sich die THA zunächst in unbekanntem Gefilden bewegte.³⁶⁷

Während dieser Zeit kam es schnell zur Blüte zahlreicher dubioser Geschäftspraktiken, die vorrangig innerhalb der DDR, aber auch von westdeutscher Seite aus getätigt wurden und in erster Linie den alten DDR-Kadern großen Nutzen und Gewinne einbrachten. Das Beispiel des Leiters der Interhotel-Kette in der DDR verdeutlicht, nach welchem Muster Verträge geschlossen wurden, die für beide Vertragsparteien von großem Interesse waren. Helmut Fröhlich, Chef der Hotelkette, sorgte dafür, daß die Hotels an den Steigenberger Konzern in der Bundesrepublik Deutschland zu einem äußerst günstigen Preis verpachtet wurden, woraufhin er im Gegenzug die Zusicherung erhielt, zukünftig auch weiterhin seinen Führungsposten auszuüben.³⁶⁸ Nach ähnlicher Verfahrensweise wurden zahlreiche Unternehmensabwicklungen von alten Genossen vorgenommen, die in der Regel den Zweck verfolgten, den Übergang vom Sozialismus zur Demokratie mit möglichst großen Profiten zu vollziehen.³⁶⁹ Die Geschäftspartner der Genossen waren nicht weniger zurückhaltend, denn der Erwerb von Unternehmen und Betrieben zum Bruchteil des tatsächlichen Wertes war so verlockend, daß von westdeutscher Seite aus versucht wurde, von der Goldgräberstimmung zu profitieren. „Jeder ist sich selbst der Nächste“ - dieser Ausspruch schien in einer Phase, in der ausreichend Möglichkeiten zur Bereicherung bestanden, von vielen „beherzigt“ worden zu sein, so daß wundersame Symbiosen zwischen Ost und West entstehen konnten. Seilschaften waren somit kein ausnahmslos DDR-spezifisches Problem, wie es fälschlicherweise oft angenommen wurde.

³⁶⁷ Vgl. Unterrichtung durch die Bundesregierung: Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern, in: Bundestags Drucksache 13/2280, S. 125.

³⁶⁸ Vgl. Jürgs, Michael, a.a.O., S. 104.

³⁶⁹ Der aus der freien Volkskammerwahl hervorgegangene Wirtschaftsminister Pohl äußerte seinen Unmut über die Generaldirektoren und Betriebsleiter, welche die Rechtsunsicherheit in der Phase des Übergangs zur Marktwirtschaft ausnutzen. Vgl.: „DDR Betriebsleiter nutzen Rechtsunsicherheit aus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.05.1990.

Das Ausmaß dieser Geschäftsbeziehungen sowie weiterer Vermögenswertverschiebungen ging zu Lasten der THA und des später wiedervereinigten Deutschlands.

Der ursprünglichen Aufgabenstellung der THA, einen Vermögenswertschutz vor dem Zugriff von Funktionären aus dem Staatsapparat zu gewährleisten, konnte sie nicht gerecht werden. Zu viele Geschäfte wurden getätigt, die Schäden enormen Ausmaßes verursachten. Daß in der THA gerade auch die alten Genossen saßen und dort ihre eigenen Vorstellungen einer Privatisierung von DDR-Unternehmen durchführten, wodurch insbesondere sie selbst profitierten, beweist das „Herumreißen des organisationspolitischen Ruders“ durch Detlev Rohwedder. Mit seinem Amtsantritt als Präsident in der Nachfolge von Gohlke am 20.08.1990 fand ein größerer Personalwechsel in der THA statt, infolgedessen westdeutsche Führungskräfte zahlreiche SED-Wirtschaftsleitungskader ablösten, denen äußerst „wilde Privatisierungs-Strategien“ vorzuwerfen waren.³⁷⁰

4. Das Parteivermögen der SED/PDS

Die THA nahm nicht nur Schaden auf dem Gebiet der „grandiosen“ Geschäftsbeziehungen zwischen West- und Ostunternehmen. Es gab darüber hinaus verschiedene Varianten fragwürdiger Geldschiebereien in der DDR, die bis heute zum Teil immer noch ungeklärt lassen, in welche Kanäle Parteivermögen der SED / PDS geflossen ist.³⁷¹ Im Rahmen einer großangelegten Zeitungskampagne in Deutschland, Österreich und der Schweiz suchte die THA im März 1990, vertreten durch die Arbeitsgruppe

³⁷⁰ Vgl. Wollmann, Hellmut: Institutionenbildung in Ostdeutschland: Neubau, Umbau und „schöpferische Zerstörung“, in: Kaase, Max; Eisen, Andreas; Gabriel, Oscar W. u.a.: Politisches System, Opladen 1996, S. 72.

³⁷¹ Dr. Cloth von der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) ist nach persönlicher Einschätzung davon überzeugt, daß etwa 80 bis 90 % der Vermögensverschiebungen durch die SED/PDS aufgeklärt wurden. Daneben hält er aber eine unbestimmte Größe von Kapitalabflüssen für wahrscheinlich, die ohne Belege und Papiere vermutlich von kleineren Personengruppen vorgenommen wurden. (Telefonat des Verfassers mit Dr. Cloth vom 07.10.1997).

Regierungskriminalität, nach dem verschwundenen Vermögen der DDR-Parteien.³⁷² Ausgelobt wurden bis zu fünf Millionen DM, die jedoch nicht zur Auszahlung kamen, da es keine nennenswerten Fahndungserfolge zu verzeichnen gab. Mehrere hundert Hinweise liefen bei der UKPV zusammen, die in vielen Fällen mit der THA, der Steuerfahndung und anderen Stellen kooperierte. Dennoch bot keiner der Hinweise wirklich neue Erkenntnisse, die der UKPV einen raschen und endgültigen Zugriff auf Parteivermögen erlaubt hätte. Bei fast allen Tips waren weitergehende Nachforschungen nötig, da außerdem „eine große Gruppe von Hinweisen“ lediglich aus Vermutungen ohne konkreten Beweisen bestand. Immerhin lieferten einige wenige Hinweise der UKPV wertvolle Informationen, die sie in einem Rechtsstreit verwerten konnte, und die in einem anderen Fall zur Aufdeckung von veruntreutem Vermögen führte. Insgesamt aber blieb die Auslobung der Belohnung weitgehend erfolglos.³⁷³

Die Höhe der Belohnung signalisierte die Hilflosigkeit der Behörde, die nicht in der Lage war, den dunklen Geschäftspraktiken ehemaliger Parteifunktionäre umfassend auf die Spur zu kommen und ließ erahnen, nach welcher finanziellen Größenordnung man auf der Suche war. Allein die Vergabe von Darlehen durch die PDS an verdiente Genossen wird auf fast 217 Millionen DM geschätzt, die den Übergang für das Leben nach dem Sozialismus erleichtern sollten.³⁷⁴

Dem Bekenntnis der SED/PDS, die Partei inklusive einem neuen Parteiprogramm und Statut³⁷⁵ zu erneuern, stand das Festhalten am SED-Eigentum gegenüber. Die Abrechnung mit der Vergangenheit innerhalb der SED machte ganz offensichtlich vor der Finanz- und Eigentumsfrage der

³⁷² Vgl. Der Spiegel, Heft 9/1997, S. 107.

³⁷³ Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11353 vom 24.08.1998: Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR über das Vermögen der Sozialistischen Einheitspartei (SED) jetzt Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der sonstigen politischen Organisationen und Stellungnahme der Bundesregierung, S.128f.

³⁷⁴ Vgl. Jürigs, Michael: a.a.O., S. 106.

³⁷⁵ Vgl. Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS-Wandlung zur Demokratie?, Bonn, Berlin, 1992, S.146 ff.

Partei halt. Von Anfang an verfolgte die Partei die Strategie, ihre Vermögensverhältnisse unter bewußter Mißachtung der gesetzlichen Vorschriften zu verschleiern und damit zu sichern. Bis April 1990 wurden vielfältige Aktionen durchgeführt, um das Parteivermögen vor dem Zugriff der UKPV zu bewahren. Von Gregor Gysi selbst stammte die Idee, parteieigenen oder parteinahen Unternehmen Darlehen zur Verfügung zu stellen und mit Treuhandverträgen zugunsten der PDS zu verknüpfen. So wurde das Vermögen einer unmittelbaren Verfügbarkeit entzogen, gehörte aber immer noch der PDS.³⁷⁶ Welche Größenordnungen das Parteivermögen der SED umfaßte, darüber machte die PDS freiwillig keine konkreten Angaben. Während das Gesamtvermögen der PDS im Januar 1990 noch mit 9,5 Milliarden Mark und bei Eintritt in die Währungsunion mit 3,1 Milliarden DM beziffert worden ist, wurden im November 1990 lediglich noch 2,3 Milliarden DM als Parteivermögen deklariert.³⁷⁷

Im selben Tempo wie das Gesamtvermögen verringert wurde, sank auch der Wert des Geldvermögens. Von über 6 Mrd. DDR-Mark (ca. 3,5 Mrd. DM) bei der Wiedervereinigung blieben im Sommer 1991 lediglich rund 205 Mio. DM übrig.³⁷⁸ Die bemerkenswert hohen Ausgaben konnten jedoch weitgehend aufgeklärt werden. Neben Abgaben in die Staatskasse der DDR flossen sie zum großen Teil als Spenden, Schenkungen oder über Umwege als staatliche Fördermittel an parteinahe Einrichtungen. Von dem Geldsegen profitierten Stiftungen und Verbände ebenso wie parteieigene Unternehmen, z.B. Verlage. Daneben zahlte die Partei hohe Spenden an verschiedene Institutionen, wie z.B. 250 Millionen Ostmark an die Humboldt-Universität in Berlin, die nach der Währungsunion bei einem Tauschkurs von 1:2 einen Wert von 125 Millionen DM darstellten. Im Vergleich dazu hätte eine nichtöffentliche Institution lediglich 62,5 Millionen DM bei einem

³⁷⁶ Vgl.: Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR..., vom 24.08.1998, a.a.O., S.106f.

³⁷⁷ Vgl. Kuppe, Johannes: Die PDS - Finanzen - eine Skandalgeschichte, in: Deutschland Archiv Heft 12/1990, S.1822.

³⁷⁸ Vgl.: Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR..., vom 24.08.1998, a.a.O., S.134.

Kurs von 1:4 erlangt. Die Vereinigung für gegenseitige Bauernhilfe (VdgB) hatte nach der Wende plötzlich ein erstaunliches Gesamtvermögen von 400 Millionen DM vorzuweisen, die Gesellschaft für Sport und Technik verfügte sogar über 1,2 Milliarden DM.³⁷⁹

Ein anderes Beispiel zeigt, daß die THA dubiose Transaktionen zwar aufdecken konnte, das entsprechende Vermögen aber häufig längst verbraucht worden war. So bekam die Akademie für Gesellschaftswissenschaften, die vormals wichtigste marxistisch-leninistische Forschungs- und Ausbildungseinrichtung der SED, rund 17 Mio. DM von der PDS als Spende. Von der Überweisung im Jahre 1990 bis zur Kontoauflösung Ende 1991 wurden etwa 16,5 Mio. DM für Personalkosten und Baumaßnahmen ausgegeben. Den überwiegenden Teil der Spende hatte die parteinahe Akademie also bereits für ihre Zwecke ausgegeben, bevor die THA ihre gesetzlichen Ansprüche geltend machen konnte.

Rund 230 Mio. DM gingen von Oktober 1989 bis Sommer 1991 an Kreisverbände der PDS. Den wenigen westlichen Landesverbänden kam der vergleichsweise geringe Betrag von 5,8 Mio. DM zugute. Wegen Anzeichen auf dubiose Mittelverwendung in diesen Verbänden wurden Nachforschungen angestellt, die unter starker Behinderung von Seiten der PDS zu leiden hatten.³⁸⁰

Der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR legte fest, daß das Vermögen der SED auf die Bundesrepublik überzugehen habe.³⁸¹ Noch vor Inkrafttreten des Vertrages wurden

³⁷⁹ Vgl. Jürgs, Michael, a.a.O., S. 109.

³⁸⁰ Vgl.: Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR..., vom 24.08.1998, a.a.O., S. 76, 138 ff.

³⁸¹ Vgl. Art. 22 des Einigungsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1990; vergl. auch: Seiffert, Wolfgang: Die SED/PDS - Milliarden gehören in jedem Fall dem Bund, in: Neues Deutschland 2/1991, S. 116-117.

zahlreiche Transaktionen vorgenommen, die finanzielle Mittel in Milliardenhöhe in unbekannte Kanäle verschwinden ließen.³⁸²

Das Vermögen der Partei und der mit ihr verbundenen Organisationen in der DDR wurde mit Stand vom 07.10.1989 gemäß dem Parteiengesetz vom 21.02.1990 unter treuhänderische Verwaltung gestellt.³⁸³ Als sich der Verlust ihres Vermögens ankündigte, übertrug die PDS große Teile des Kapitals an Firmen und Gesellschaften, die eigens hierfür gegründet worden waren.

Es handelte sich um über 100 Neugründungen, die meist aus bereits existierenden Parteieinrichtungen wie Parteischulen und Ferienheimen entstanden. Meist bekamen sie die Rechtsform einer GmbH, ebenso wie viele der alten parteieigenen Betriebe, die den neuen Verhältnissen entsprechend umgewandelt wurden.

Die parteieigenen Unternehmen waren eine wichtige Geldquelle der SED gewesen, da ihr die steuerfreien Gewinne direkt zufließen.³⁸⁴ Insbesondere im Verlags- und Druckwesen, der Devisenerwirtschaftung und dem Außenhandel besaß die Partei zahlreiche Unternehmen. Zusammen mit Neu- und Umgründungen geht die UKPV von 160 Firmen aus, die mit der Partei verbunden waren. Die PDS ließ ihren Unternehmen rund 245 Mio. DM als Spenden oder Darlehen zukommen, von denen große Summen nicht mehr auffindbar sind. Es darf vermutet werden, daß dies nicht nur auf unqualifizierte Geschäftsführer und die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit mancher Unternehmen zurückzuführen ist.

Auch im Ausland besaß die PDS Unternehmen, die durch Treuhänder an die Partei gebunden waren. Die Unabhängige Kommission stellte sowohl in Europa als auch in außereuropäischen Ländern Ermittlungen an, um ausländische Vermögenswerte der PDS sicherzustellen. Trotz Falschaussagen der PDS konnte das Firmengeflecht aufgedeckt werden,

³⁸² Vgl. Suhr, Heinz, a.a.O., S. 127 f.

³⁸³ Vgl. Papier, Hans - Jürgen: Das Parteivermögen in der ehemaligen DDR, Aktuelle Rechtsfragen der Feststellung, Sicherung und Verwendung, Berlin, New York, 1992, S.7.

³⁸⁴ Vgl.: Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen..., vom 24.08.1998, a.a.O. S. 68, 73.

ebenso wie der Versuch der Partei, über fingierte Rechnungen ihrer Auslandsfirmen dreistellige Millionenbeträge ins Ausland zu schaffen. Beispielweise wurden entgegen DDR-Gesetzen über 14 Mio. DM auf Luxemburger Konten transferiert. Angeblich zur Unterstützung linker Bewegungen im Ausland ausgegeben, sollte das Geld tatsächlich mit Hilfe eines Treuhänders dem Zugriff der UKPV entzogen werden. Der Versuch mißlang, da die Unabhängige Kommission den größten Teil des Betrages einziehen konnte.³⁸⁵ Rund 107 Mio. DM wurden allein beim sogenannten Putnik-Transfer auf deutsche und ausländische Konten geschleust. In Zusammenarbeit der beiden ehemaligen Staatsparteien erhob die Moskauer Firma Putnik im Auftrag der KPdSU der PDS gegenüber fingierte Forderungen, denen diese nur einen Tag vor der deutschen Vereinigung auch „pflichtgemäß“ nachkam. Daraufhin transferierte Putnik das Geld u. a. nach Holland und nach Norwegen, wo eine Bank mißtrauisch wurde und die Polizei einschaltete. Nach Durchsuchungen und Verhaftungen bei der PDS konnte das verschobene Geld von der THA beschlagnahmt werden.³⁸⁶

Die Treuhänder, die diese und andere Transaktionen im Auftrag der ehemaligen Staatspartei der DDR durchführten, waren meist Funktionäre der sozialistischen Bruderparteien im Ostblock. Einen „wesentlichen Anteil“ am Auslandsvermögens der SED hatten die schweizerische Holding ORVAG AG und die Corefina Anstalt in Luxemburg, die vorwiegend zur Unterstützung kommunistischer Parteien im kapitalistischen Ausland tätig waren. Das Kapital beider Unternehmen, die dem ZK der SED unterstanden, gehörte direkt oder –durch Treuhandverträge- indirekt der SED.³⁸⁷ Die Firmenkomplexe, in denen durch verschiedene Unternehmensauflösungen und –neugründungen Auslandsvermögen der PDS gesichert werden sollte, konnten von der THA/BvS teilweise entwirrt und liquidiert werden.

Das bisher bekannt gewordene Barvermögen im Ausland betrug knapp 67 Mio. DM, worauf die PDS - ebenso wie auf alle anderen ausländischen

³⁸⁵ Vgl.: Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR..., vom 24.08.1998, a.a.O., S.142, 282 f.

³⁸⁶ ebenda, S. 109 ff.

³⁸⁷ ebenda, S. 270 ff.

Vermögenswerte – im Mai 1992 verzichtete. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen der Partei und der Treuhandanstalt hatten beide Seiten einen Vertrag unterzeichnet, demzufolge die PDS auf sämtliche ausländische Vermögensgegenstände im weitesten Sinne verzichtete. Dies galt sowohl für bekanntes als auch für eventuell noch bekannt werdendes Vermögen. Die PDS übergab alle Belange des Auslandsvermögens „generell und unwiderruflich“ an die THA und versprach umfassende Kooperation, hielt sich letztlich aber nicht daran.³⁸⁸

In einer vom Bundestag in Auftrag gegebenen Untersuchung über sämtliche Vermögenswerte aller Parteien brachte die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen (UKPV) in ihrem Bericht vor, daß bereits im Dezember 1989 in der SED/PDS eine „Arbeitsgruppe zum Schutz des Vermögens der SED/PDS“ eingerichtet worden war. Diese Arbeitsgemeinschaft erwog u.a. Maßnahmen, wie die Bildung von Parteibetrieben, in denen Kader beruflich unterkommen sollten, sowie die Vergabe von Darlehen „im Zusammenhang mit der Gründung (...) von Gesellschaften“ und Unternehmen, ohne nennenswerte Zinsen bei der Tilgung zu verlangen.³⁸⁹

Der CDU-Abgeordnete Helmut Lamp griff die dubiosen Darlehensvergaben im Februar 1997 in einer kleinen Anfrage auf und fragte die Bundesregierung, ob ihr bekannt sei, daß „ehemaliges SED-Vermögen über Kredite und andere geldliche Transaktionen an ehemalige SED-Mitglieder verteilt wurde.“³⁹⁰

In der Antwort der Bundesregierung hieß es, daß Darlehen ohne nennenswerte Sicherheiten des Kreditnehmers im Wert von etwa 230 Millionen DM zu maximalen Zinssätzen von 3% an natürliche und juristische Personen zwecks Unternehmensfinanzierungen vergeben wurden. Bei den Kreditnehmern handelte es sich überwiegend um ehemalige Mitarbeiter des Parteiapparates.

³⁸⁸ ebenda, S. 312 ff.

³⁸⁹ Vgl.: Bericht der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR..., vom 24.08.1998, a.a.O., S.76, S. 106 f.

³⁹⁰ Vgl. Bundestags Drucksache 13/7014 , a.a.O., S. 4.

Die UKPV kam schließlich zu dem Ergebnis, daß die SED/PDS seit Ende 1989 „massive Bemühungen zur Sicherung des Vermögens“ unternommen hatte, wodurch Vermögenswerte dem staatlichen Zugriff entzogen wurden.³⁹¹

Als tiefere Ursache des Finanzskandals der PDS sieht Heinrich Bortfeldt den nur halbherzigen Bruch mit der SED und „*dem Fortwirken eines alten Parteiverständnis(ses)*“.³⁹² Er belegt diese Aussage mit den Aktivitäten des damaligen Verantwortlichen der PDS für Finanzen, Wolfgang Pohl, dem man im Oktober 1990 illegale finanzielle Transaktionen ins Ausland nachwies. Pohl begründete seine Handlung damit, daß er „*mit Blick auf eine mögliche Illegalität der PDS*“ oder einer Enteignung „*einen Grundstock von finanziellen Mitteln zu retten*“ versuchte.³⁹³

Dieses Verhaltensmuster wird wohl auch bei vielen der SED-Genossen anzutreffen gewesen sein, was sie letzten Endes dazu veranlaßt haben wird, in ähnlicher Weise bei der Vermögenssicherung für die Partei und sich selbst verfahren zu haben.

5. Dubiose Darlehen, Kredite und Transaktionen

Zwecks Existenzgründung erhielten Parteimitglieder der SED, wie bereits angeführt, von der ehemaligen Staatspartei Darlehen und Immobilien zu niedrigsten Preisen. Das Geld für die Kredite kam dabei aus dem SED-Altvermögen, welches auf die THA überzugehen hatte und heute dem Treuhandnachfolger, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS), zusteht. Neben den Zahlungen an parteieigene Unternehmen bzw. deren Geschäftsführer vergab die PDS in der ersten Hälfte des Jahres 1990 über 480 Mio. DDR-Mark in Form von Spenden und

³⁹¹ Vgl. Zweiter Zwischenbericht der Unabhängigen Kommission, a.a.O., S. 8.

³⁹² Vgl. Bortfeldt, Heinrich: a.a.O., S.232.

³⁹³ ebenda, S. 234.

Darlehen an natürliche und juristische Personen, die der Partei nahe standen.³⁹⁴

Die Rückzahlungsraten hatten die Kreditnehmer in der Regel bei den jeweiligen Kreisverbänden der PDS zu zahlen, die wiederum das Geld an die BvS abführen mußten. An dieser Stelle kam es jedoch in vielen Fällen zu Unregelmäßigkeiten, da das Geld der Rückzahler oftmals auf Festgeldkonten angelegt und im weiteren Verlauf beispielsweise für die laufende Parteiarbeit ausgegeben wurde.³⁹⁵

Dieses Vorgehen verdeutlicht, wie es der SED/PDS seinerzeit gelingen konnte, in zweierlei Hinsicht Vermögen zu sichern. Zum einen ermöglichten Darlehen und Kredite den alten Genossen einen finanziell gesicherten Übergang ins neue System, und zum anderen sicherte die Partei Teile des Vermögens vor dem direkten Zugriff der THA.³⁹⁶

Die Rückzahlungen der Kredite erreichten die BvS in vielen Fällen nicht, bzw. erst auf Umwegen, so wie das Beispiel von Waltraud Lisowski, einer Managerin des Bereichs Kommerzielle-Koordinierung, zeigt.

Die enge Mitarbeiterin Schalck-Golodkowskis vermittelte Anfang 1990 ein Darlehen in Höhe von 7,3 Millionen Mark an Detlef von der Stück, den Geschäftsführer der Firma Intema in Essen. Intema war einer der Betriebe, die zu dem Pool der ausländischen Firmen des Schalck-Imperiums gehörten. Mit 10,3 Millionen Mark erwarb von der Stück die Firma, was weit unter dem tatsächlichen Marktwert lag. Waltraud Lisowski erhielt im Gegenzug für ihre Bemühungen 150.000 DM auf ein Schweizer Konto. Das ihm ohne Sicherheiten gewährte Darlehen konnte von der Stück nicht mehr zurückzahlen, da er nach kurzer Zeit in Konkurs gegangen war. Das Geld

³⁹⁴ Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11353 vom 24.08.1998: Bericht der unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR, S. 136ff.

³⁹⁵ Vgl. Zurückgezahlte Raten wurden für die Parteiarbeit ausgegeben, in: Der Tagesspiegel vom 19.08.1997.

³⁹⁶ Die BvS hat flächendeckend Darlehensverträge aus der Zeit der Wende in der DDR ausfindig gemacht und erfaßt, jedoch müssen viele Schuldner noch zur Kasse gebeten werden bzw. sind heute zahlungsunfähig, da die Darlehen für Betriebe eingesetzt wurden, die zum Teil bankrott sind: Telefonische Informationen der UKPV, siehe Fußnote 371.

war somit wie in zahlreichen anderen Fällen der Bundeskasse unwiederbringlich verloren gegangen.³⁹⁷

Die Vergabe von Darlehen und Krediten an verdiente Parteigenossen zu ungewöhnlich niedrigen Zinsen belegen ganz eindeutig die Machenschaften alter Kader, die die Gunst der Stunde und ihren noch bestehenden Einfluß zum eigenen Vorteil nutzten. Dabei bewiesen sie Einfallsreichtum, der erhebliche finanzielle Gewinne mit sich brachte. In einigen Kreisen schien frühzeitig bekanntgeworden zu sein, daß ein Umstellungskurs von Mark auf DM zur Währungsunion von 1:2 vorgesehen war. Michael Jürgs sieht einen Zusammenhang zwischen dem Bonnbesuch der Modrow-Regierung am 13. und 14. Februar 1990, als Bundeskanzler Kohl seine Vorstellungen bezüglich des Umstellungskurses (1:1 für Privatvermögen, 1:2 für Vermögen in der Wirtschaft) kundtat.³⁹⁸ Diese nur für Insider bestimmten Informationen fanden schnell Zugang in den Kreisen der alten Genossen, die es verstanden, ihr Wissen gewinnbringend einzusetzen.

Die zwei folgenden Beispiele verdeutlichen die kriminelle Energie ehemaliger SED-Funktionäre und Kader, die ungeniert zugriffen:

Bei einem Importgeschäft von Computereffestpeicherplatten mußte der Generaldirektor der DDR Außenhandelsfirma BIEG, Werner Schlitzer, einen Kaufpreis in Höhe von 86.271.000 DM an eine in der Bundesrepublik ansässige Firma entrichten. Der Verrechnungskurs im Februar 1990 betrug aber noch 4,4 Mark Ost für eine DM, was einen Betrag von etwa 380 Millionen Mark für 86.271.000 DM ausmachte, den es für die Ware zu entrichten galt. Die Rechnung über diese 380 Millionen Mark ließ Schlitzer bis zur Währungsunion liegen, wohlwissend was kommen würde, und bezahlte erst dann die ursprüngliche Rechnung von 86,271 Millionen DM. Durch den günstigen Wechselkurs blieben ihm unterm Strich 100 Millionen DM übrig,³⁹⁹ die er nicht hätte einstreichen können, wenn er vor der Währungsunion bezahlt hätte.

³⁹⁷ Vgl. Ein Stück vom KoKo - Kuchen, in: Focus Heft 21/1997, S. 52.

³⁹⁸ Vgl. Jürgs, Michael, a.a.O., S. 113.

³⁹⁹ Vgl. Jürgs, Michael, a.a.O., S. 114; Zu Transfersgeschäften siehe auch: Myritz, Reinhard: Die Partei und ihre Polizei „Linie 2000“ - Der Transformationsprozeß von SED und MfS zur PDS.; Köln 1990, S. 53.

Das zweite Beispiel betrifft Darlehensvergaben, die vor dem Hintergrund einer Währungsumstellung zum Kurs von 1:2 zu Kooperationen zwischen Ost- und Westkriminellen führten. So fädelten Firmen im Westen, welche über Ostmark-Guthaben verfügten, fingierte Darlehen an Ostfirmen ein, um dadurch am Umtauschkurs von 1:2 zu profitieren. Schließlich lag der Verrechnungskurs für Westfirmen bei 1:3, so daß ein Tausch in der richtigen Größenordnung zum Verhältnis 1:2 erhebliche Gewinne versprach.⁴⁰⁰

Es waren demnach wiederum nicht ausnahmslos die alten Genossen in der DDR, die durch das Wissen der Funktionäre aus Wirtschaft und Politik Geschäfte mit höchsten Gewinnspannen tätigten, womit sie der DDR, insbesondere aber dem wiedervereinigten Deutschland, schaden. „Schwarze Schafe“ fanden sich in genügender Anzahl auch in der Bundesrepublik, die die Gelegenheit ergriffen, mit der DDR das schnelle Geld zu machen.

So schlossen z.B. westdeutsche Unternehmen mit den richtigen Verbindungen in die DDR über dort ansässige Händler sogenannte Transferrubelgeschäfte, die ihnen pro investierter DM nach der Währungsunion über sechs DM Gewinn einbrachten.⁴⁰¹

Den Nährboden für zahlreiche dubiose und illegale Geschäftspraktiken lieferte die Tatsache, daß die entsprechenden Stellen und Positionen in der DDR-Wirtschaft nahezu ausnahmslos mit den alten Managern und Betriebsleitern der DDR besetzt waren.⁴⁰² Dieser Personenkreis war natürlich mit den ihm unterstehenden Betrieben bestens vertraut, so daß es

⁴⁰⁰ Vgl. Schmidt, Uwe: Regierungs- und Vereinigungskriminalität, in: Kriminalistik Heft 8-9/ 1993; S. 530. Jürgs, Michael, a.a.O., S. 114.

⁴⁰¹ Vgl. hierzu Schmidt, Uwe, a.a.O., S. 523; Hillgärtner, Karl - Heinz: Erfahrungen mit der kriminalistischen Aufarbeitung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität der ehemaligen DDR, in: Der Kriminalist, Heft 10/95, S.447 ff.

⁴⁰² Vgl. Tuchtfeldt, Egon: Die deutsche Wiedervereinigung -einige kritische Anmerkungen, Hamburg 1993, S.13; Stark, Isolde: Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR - Opposition nach 1989, a.a.O., S.1190; Nach der Aussage von Manfred Kittlaus, Landespolizeidirektor und Leiter der ZERV, sind noch (Stand 1996) zahlreiche verantwortliche Positionen in Wirtschaft und Politik von Kadern besetzt. Vgl. hierzu Koschyk, Hartmut; Weiß Konrad: Von Erblasten und Seilschaften, München 1996, S. 180.

ihnen in der Zeit der Umstrukturierung nicht sonderlich schwerfiel, das „Bestmögliche“ für sich herauszuholen. Darüber hinaus erlangten die Unternehmensmanager der DDR im Zuge der Privatisierung einen Handlungsspielraum, der ihnen vielfältige Betätigungsmöglichkeiten zur eigenen Absicherung offenbarte.

6. Maßnahmen, Gesetze und Verordnungen der Modrow-Regierung

Ebenfalls in die Kategorie „Nährboden“ für dubiose und illegale Geschäfte passen staatlich verordnete und per Gesetz verankerte Maßnahmen.

Unter Punkt 2 des Ministerratsbeschlusses zur Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse wurden die Generaldirektoren der Kombinate bereits am 21. Dezember 1989 bevollmächtigt, in Eigenverantwortung alles Notwendige zu entscheiden und zu veranlassen, was die Volkswirtschaft der DDR stabilisiere.⁴⁰³ Offizieller Sinn und Zweck dieses Beschlusses war das „Inganghalten der Produktion“, die Gewährleistung der Inlandsversorgung für die Bevölkerung und die außenwirtschaftliche Stabilisierung.

Inoffiziell aber ermöglichte der neue Handlungsspielraum der Unternehmensleiter, die sich vornehmlich aus höheren Nomenklaturkadern der SED rekrutierten, die Befriedigung und Absicherung eigener Bedürfnisse. Darüber hinaus gab es aus SED-PDS Sicht einen zweiten bedeutsamen Aspekt. Die Verfügungsgewalt der Generaldirektoren und Kombinateleiter über das Volkseigentum bedeutete auch für die Partei eine Absicherung, schließlich drohte der SED der komplette Verlust ihres Einflusses auf das Volkseigentum, wären nicht die wichtigsten Schaltstellen mit SED-Genossen besetzt geblieben. Nach Schätzungen hatten etwa 83 Prozent aller Generaldirektoren der Kombinate wenigstens einen

⁴⁰³ Siehe Dokument I im Anhang: Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse und erste Schritte zur Ausgestaltung der Wirtschaftsreform 8/I.1/89 vom 21.12.1989 (Luft-Befehl).

einjährigen Besuch einer Parteischule hinter sich gebracht⁴⁰⁴, in dessen Folge damit zu rechnen war, daß sie der Partei treu und vermutlich gehorsam gegenüber stehen würden. Dies mußte auch Hans Modrow gewußt, zumindest aber erkannt haben, entsprechend dieser Erkenntnis war auch der Ministerratsbeschuß vom 21. Dezember 1989 gefaßt worden. Trotz der Ankündigung der Partei, Volkseigentum auch in gesellschaftliches Eigentum zu wandeln, setzte sie alle Hebel in Bewegung, den Zugriff auf Kombinate und andere DDR-Unternehmen in ihrer Macht zu belassen.

Die Generaldirektoren schließlich erhielten von Wirtschaftsministerin Christa Luft ein offizielles Schreiben, das sie mit großer Handlungsfreiheit ausstattete, alles Nötige zu veranlassen, was „...die Inlandsversorgung der Bevölkerung und ihre Vertragspartner in der Volkswirtschaft stabilisiert sowie dazu beiträgt.“ Sollte es dennoch zu Behinderungen der Entscheidungen von Kombinatdirektoren kommen, so erklärte sich Christa Luft persönlich als zuständig und verantwortlich für sofortige Unterstützung mittels ihres politischen Einflusses. Der enorme persönliche Einsatz für eine unproblematische und zügige Umgestaltung der Kombinate war für die SED-PDS von großer Wichtigkeit, demzufolge wurde sie kurzerhand zur Chefsache der Wirtschaftsministerin erklärt.

Am 1. Februar 1990 wurde der Ministerratsbeschuß vom 21. Dezember 1989 durch einen weiteren Beschuß gefestigt. Dort hieß es: „Die Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate werden berechtigt, ab sofort jede Art von wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen innerhalb des Kombinates oder Handelsorgans in eigener Verantwortung zu entscheiden.“⁴⁰⁵

Dies ist ein deutlicher Beleg dafür, daß die Partei bis zuletzt daran festhielt, ihre Position im Rahmen der volkswirtschaftlichen Entwicklung der DDR zu wahren.

In Teilen der Bürger- und Oppositionsbewegungen wurde die wahre Intention der Ministerratsbeschlüsse erkannt, dennoch vermochten es die

⁴⁰⁴ Vgl. Stark, Isolde: Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit, Band III, Frankfurt a.M. 1999, S. 2663.

⁴⁰⁵ Vgl.: Herles, Helmut; Rose, Ewald (Hrsg.): Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 297.

Vertreter am Runden Tisch nicht, sich gegen eine mächtige SED-PDS durchzusetzen. Noch am 12. März 1990 verlangte das Neue Forum, die *Ministerratsbeschlüsse(.) vom 21.12.1989 (...) und vom 1.2.1990 (...), die den Generaldirektoren (...) die Eigenverantwortung bei wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen einräumt, sofort aufzuheben und bereits getroffene, mit demokratischen Organen nicht abgestimmte Entscheidungen zu revidieren.*⁴⁰⁶

Wie zuvor angeführt, vertrat der Reformier Hans Modrow den Kurs eines „demokratischen Sozialismus“ für die DDR, losgelöst vom alleinigen Führungsanspruch der SED. Das Loslassen vom SED-Führungsanspruch war jedoch nicht gleichbedeutend mit dem Loslassen von Führungspositionen alter SED-Genossen in Politik und Wirtschaft. Der Übergang zur Demokratie sollte den Genossen, SED-Funktionären und Kadern, also all denjenigen, die „SED-Treue“ bewiesen hatten, nicht schwerfallen. Schließlich, so sollte sich herausstellen, stand und sorgte man gerade in schweren Zeiten füreinander.

Auch Hans Modrow kümmerte sich um die Genossen, gerade um die schwer Vermittelbaren. So bat er die Direktoren der Kombinate und Außenhandelsbetriebe am 09.12.1989 in Ost-Berlin anlässlich einer Tagung zur wirtschaftlichen Zukunft der DDR, daß sie auch „SED-Apparatschiks“ und ehemalige Stasi-Mitarbeiter einstellen sollten. *„Jede pauschale Zurückweisung ist einfach unkultiviert“*⁴⁰⁷, so Modrow. Zu dieser Zeit kam es zur Abwanderung vieler qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR in den Westen, so daß Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung zu erwarten waren. Diese Lücken sollten offensichtlich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wieder geschlossen werden. Damit bot sich die günstige Gelegenheit, Stasi-Mitarbeiter in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

⁴⁰⁶ ebenda, S. 296 f.

⁴⁰⁷ Zitiert nach: Modrow, Hans, in: DDR-Reform: Modrows Mutprobe, in: Wirtschaftswoche vom 15.12.1989, S. 15.

Überhaupt war das Thema Unterbringung und Versorgung der Mitarbeiter der Staatssicherheit Gegenstand der Politik Modrows.⁴⁰⁸

Anlässlich der Sitzung des Ministerrats am 13.12.1989 wurde eine Vorlage behandelt, in der vorgesehen war, daß die Mitarbeiter der Staatssicherheit „ihren Dienst als Lebensberuf für die Gesellschaft geleistet hätten.“⁴⁰⁹ Dies war ohne Zweifel eine Beleidigung all derjenigen, die unter dem Apparat der staatlich verordneten Bespitzelung gelitten hatten. Da mehrere 10.000 Mitarbeiter nicht mehr in ihrem Beruf einzusetzen waren, sollten entsprechende Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt getroffen werden.⁴¹⁰ Darüber hinaus gab es bereits vom 5. Dezember 1989 den Befehl aus dem Ministerrat, daß Immobilien, vorrangig Einfamilienhäuser, die im Besitz des MfS stehen, an deren Angehörige verkauft werden sollen.⁴¹¹

Am 21. Dezember 1989 wurde dann im Beschluß über den „Einsatz und notwendige Umschulungen freigesetzter Mitarbeiter aus dem Staatsapparat und gesellschaftlichen Organisationen“ festgelegt, daß eine Wiederbeschäftigung der Werk tätigen des Staatsapparates gesichert werden sollte. Es wurde ferner beschlossen, Umschulungen anzubieten, die z.B. Kadern von Hochschulen und Fachhochschulen den Einstieg in eine neue Berufswelt ermöglichen.⁴¹² Wenn es auch nicht ausdrücklich so genannt wurde, so traf dieser Beschluß auf alle „Staatsdiener“ zu, auch auf die Mitarbeiter des MfS. Letzteren wurde zudem eine Übergangshilfe gewährt, die je nach Zeit der Zugehörigkeit bei der Staatssicherheit, Bezüge über einen Zeitraum von bis zu 36 Monaten sicherte.⁴¹³

⁴⁰⁸ Über Formen der Unterbringung und Weiterbeschäftigung ehemaliger Staatssicherheits - Mitarbeiter in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vgl.: Richter, Michael: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar, Köln, Wien 1996, S.187 f.

⁴⁰⁹ Vgl. Schell, Manfred; Kalinka, Werner: Stasi und kein Ende, Die Personen und Fakten, Frankfurt a.M. und Berlin 1991, S 347 f.

⁴¹⁰ Siehe Dokument IV im Anhang: Strategien zur Eingliederung von Staatssicherheits-Mitarbeitern in zivile Bereiche, vom 22.11.1989.

⁴¹¹ Siehe Dokument VI im Anhang: Der Befehl zum Verkauf von Objekten der MfS-Dienstleistungen vom 5.12.1989.

⁴¹² Schell, Manfred; Kalinka, Werner, a.a.O., S. 348.

⁴¹³ ebenda, S. 346.

7. Das Amt für Nationale Sicherheit – Instrument staatlicher Interessenvertretung mit neuem Namen?

Sich einer Vielzahl von Problemen zu stellen und entsprechende Lösungen zu erarbeiten, das war die politische Arbeit der Regierung Modrow. Schließlich ging es um nichts Geringeres, als die Existenz der DDR zu bewahren, wenigstens aber zunächst die innenpolitische Lage zu stabilisieren und damit eine staatliche Handlungsfähigkeit wiederherzustellen.

Insbesondere die „Stabilisierung der politischen Lage“ beinhaltete ein enormes politisches Aufgabenfeld, das, so war es bereits im Vorfeld zu erkennen, große Anstrengungen erfordern würde. Nicht nur eine desolante Volkswirtschaft, fortlaufende und zunehmende Proteste innerhalb der Bevölkerung und die zunehmende Abwanderung von Bürgern in die BRD erforderten politische Lösungen. Das gesamte politische System stand vor grundlegenden Veränderungen, wobei auch Interessen der Partei und deren Genossen nicht vernachlässigt werden durften. Inwieweit vorrangige politische Strategien der Regierung Modrow auf die Erhaltung von Macht ausgerichtet waren, sollen im folgenden am Beispiel Staatssicherheit veranschaulicht werden.

Als Instrument „staatlicher Interessenvertretung“ in der Amtszeit von Hans Modrow muß das MfS, später das Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) angesehen werden, welches durch die Staatsführung in zweierlei Hinsicht zu instrumentalisieren war. Einerseits zur Fortsetzung staatlicher Überwachung und zum anderen als „Versorgungswerk“ und somit als Arbeitgeber für ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit. Machtsicherung konnte also auf verschiedenen Ebenen stattfinden, diesen Zustand verstand die Regierung Modrow zu nutzen.

In nur wenigen Monaten durchlief die Institution „Staatssicherheit“ einen Funktionswandel vom Instrument politischer Macht bis hin zum Destabilisierungsfaktor, der die letzte sozialistisch geführte Regierung der DDR, ausgelöst durch den Druck des Volkes, in die Enge drängte.

Zur Rechtfertigung der Einsetzung einer Institution AfNS führte man an, daß man sich der Aufgabe zu stellen habe, für die DDR friedensgefährdende Pläne aufzuklären und zu vereiteln. Insbesondere Übergriffe rechtsradikaler Gruppierungen, welche in der DDR angeblich schnell Ausbreitung fanden, wurden seitens der Regierung als „friedensgefährdend“ eingestuft. Gegenmaßnahmen wurden für dringend notwendig erachtet, so sagte Hans Modrow wörtlich: *„Das Aufklären und Vereiteln friedensgefährdender Pläne und die Gewährleistung nationaler Sicherheit wird auch weiterhin ein wichtiges Anliegen und Aufgabe sein.“*⁴¹⁴

Insbesondere Ministerpräsident Modrow also war es, der lange Zeit den Plan vorantrieb, das MfS durch eine verkleinerte Institution mit neuem Namen - AfNS - zu ersetzen. Auftrag und Aufgabenstellung des AfNS sollten in der „Aufklärung zur Gewährleistung der äußeren und inneren Sicherheit der DDR“ liegen.⁴¹⁵

In seiner Regierungserklärung machte Modrow deutlich, daß die Bildung eines Amtes für Nationale Sicherheit an Stelle des Ministeriums für Staatssicherheit verbunden sei mit einer Verringerung des Aufwandes.⁴¹⁶ Gemeint war damit offensichtlich auch eine personelle Verringerung, da Modrow sehr wohl um das Verhältnis des Volkes zur Staatssicherheit wußte. Somit war ihm bewußt, daß eine Institution nach Bauart der alten Staatssicherheit sicherlich nicht den nötigen Rückhalt bekommen würde, schon gar nicht innerhalb der Bevölkerung. Nicht zuletzt dieses Erkenntnis führte dazu, daß die Regierung Modrow bewußt auch die Bürger- und Oppositionsbewegungen mit einzubinden versuchte. Möglicherweise von Gorbatschow inspiriert unternahm Modrow den Versuch, Bürger- und Oppositionsbewegung an der Macht teilhaben zu lassen, indem er sie in politische Verantwortung einzubinden versuchte. Ort dieses Vorgehens war

⁴¹⁴ Erklärung von Hans Modrow vor der 12. Tagung der Volkskammer der DDR, in: Außenpolitische Korrespondenz, Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (Hrsg.), vom 24.11.1989, Nr.46, S. 362f.; siehe auch Fricke, Karl - Wilhelm: Das Ende der DDR-Staatssicherheit, Vom MfS zum Amt für Nationale Sicherheit, in: Deutschland Archiv 12/1989, S. 1341 f.

⁴¹⁵ Vgl. Regierungserklärung von Ministerpräsident Hans Modrow: „Die Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeit sein,, in: Neues Deutschland vom 18./19. 11. 1989, S. 5.

⁴¹⁶ ebenda.

sicherlich auch der Runde Tisch. Der Umgang mit dem sensiblen Thema MfS und AfNS am Runden Tisch sollten dazu beitragen, daß Modrow das Vertrauen großer Teile der Bevölkerung sichern konnte. Es war schließlich davon auszugehen, daß die Bevölkerung ihren Interessenvertretern am Runden Tisch mehr vertrauen würde, als sie der Modrow-Regierung entgegenbringen würde. Sämtliche politisch bedeutsamen Beschlüsse also, die seitens der Modrow-Regierung gemeinsam mit dem Runden Tisch getroffen werden konnten, bedeuteten zugleich auch ein gewisses Maß an Sicherheit und Rückhalt bei der Umsetzung.

7.1. Aktenvernichtungen mit und ohne Zustimmung des Runden Tisches

Modrows politisches Vorhaben bezüglich einer neuen Institution zur „Sicherung der inneren Lage“ aber ging nicht auf. Schon am 14.12.1989 kam das Ende des AfNS. Zum Beschluß des Ministerrates, das Amt für Nationale Sicherheit bis zum 20.06.1990 aufzulösen, wurden keinerlei Angaben über die Gründe gemacht.⁴¹⁷ Vorausgegangen war diesem Beschluß sicherlich der Unmut innerhalb der Bevölkerung über Korruption und Amtsmißbrauch durch Mitarbeiter des MfS/AfNS, sowie auch die unkontrollierten Vernichtung von Akten des MfS.

Aktenvernichtungen in der Amtszeit Modrow entwickelten eine enorme Brisanz, da es doch ganz unterschiedliche Auffassungen zum Umgang mit den Aufzeichnungen des MfS gab, und das sowohl innerhalb der Staatsführung, als auch in der Bevölkerung.

Bereits kurze Zeit nach dem 23. November 1989 wurde während einer Dienstbesprechung anläßlich der Amtseinführung von Wolfgang Schwanitz der zukünftige Umgang mit Akten der Staatssicherheit festgelegt.

Wie man möglichst unauffällig Akten vernichten könne, welche seitens der neuen-alten Staatssicherheitsführung für bedenklich gehalten wurden, so lautete die Aufgabenstellung. Als Antwort darauf und als Rechtfertigung

einer erforderlichen Problemlösung brachte Schwanitz es mit einem Satz auf den Punkt: *„Es hat keinen Zweck, einen Haufen Papier mitzuschleppen, der uns in der gegenwärtigen und künftigen Zeit nichts nützt.“*⁴¹⁸ Mit dieser Aussage machte der neue Leiter deutlich, wie es um seine Haltung zu dieser Angelegenheit bestellt war. Zu brisant waren die in den Magazinen befindlichen Aufzeichnungen, welche dem zu erneuernden „System in der DDR“ gefährlich werden könnten. Aktenvernichtungen wurden somit also von höchster Stelle befürwortet. Zu diesem Zeitpunkt jedoch liefen unlängst Aktenvernichtungen, die bereits von Erich Mielke am 6. November veranlaßt worden waren.⁴¹⁹ Die Maschinerie „Reißwolf“ war also in vollem Gange und es gab keine Anzeichen, diese Vorgänge seitens der Regierung zu unterbinden.

Politisch angeordnet und somit offiziell wurde dann am 7. Dezember 1989 durch den Ministerrat der DDR veranlaßt, *„(...) unberechtigt angelegte Dokumente unverzüglich zu vernichten.“*⁴²⁰

Modrow befürwortete von Anfang an Aktenvernichtungen und trieb sie politisch voran. Am selben Tag, also dem 7. Dezember, brachte der Runde Tisch seine Forderungen bezüglich des Umgangs mit den neuen Amt für Nationale Sicherheit auf die Tagesordnung. Die Teilnehmer waren sich einig darüber, das AfNS *„unter ziviler Kontrolle aufzulösen.“* Daneben erhob der Runde Tisch den Vorwurf gegenüber der Regierung, daß sie geheime Reißwolfaktionen vornehme. Diese Forderung wurde offensichtlich von der Staatsführung sehr ernst genommen, kurz darauf folgte der Befehl zur verstärkten Aktenvernichtung.⁴²¹

⁴¹⁷ Vgl. Fricke, Karl - Wilhelm: Zur Abschaffung des Amtes für Nationale Sicherheit, in: Deutschland Archiv 1/1990, S. 61; Amt für Nationale Sicherheit wird aufgelöst, in: Neues Deutschland vom 18.12.1989, S.3.

⁴¹⁸ Siehe Dienstbesprechung zur Einführung von Generalleutnant Schwanitz am 21.11.1989, in: BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 66.

⁴¹⁹ Vgl. Anordnung von Erich Mielke an die Leiter der Dienstseinheiten, in dem die Vernichtung dienstlicher Bestimmungen festgelegt wurde, in: BStU, ZA, DSt, 103633.

⁴²⁰ Vgl. Dokument V im Anhang: Modrow ordnet die Vernichtung von Akten des MfS an: Fernschreiben des Ministerrates an die Beauftragten vom 7.12.1989, BStU, ZA, Rechtsstelle 693, Bl. 9f.

⁴²¹ Vgl. Richter, Michael: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar, Köln, Wien 1986, S. 96.

Wenn auch in modifizierter Form, so wollte Ministerpräsident Modrow doch das bisherige Instrument staatlicher Macht- und Herrschaftssicherung fortführen.⁴²² Er setzte sich damit dem Verdacht aus, die Reste der Macht des ehemaligen MfS unter einem neuen Namen sichern zu wollen. Es stellt sich die Frage, wie die innere Struktur des neu zu schaffenden AfNS bestellt werden sollte, dann anhand von Personalfragen läßt sich schnell darauf schließen, welche Ziele Modrow verfolgen würde.

Altgediente Kader des MfS vor allem waren es, die Modrow bei der personellen Besetzung im AfNS vorsah. Sie sollten mit der Übernahme neuer Funktionen eingesetzt werden. Zum Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit wählte die Volkskammer Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, ein Mitglied der ehemaligen Staatssicherheit mit 38-jähriger Berufserfahrung, er war zuletzt als einer der Stellvertreter Mielkes tätig.⁴²³

Als ehemaliger stellvertretender Minister für technische Bereiche war er weniger vorbelastet und der Öffentlichkeit somit besser zu präsentieren, als der ursprünglich vorgesehene Rudi Mittig.⁴²⁴ Als eine seiner ersten Handlungen im neuen Amt setzte sich Schwanitz sofort dafür ein, daß die Leiter im AfNS darauf Einfluß nehmen sollten, nur die zuverlässigsten und leistungsfähigsten Mitarbeiter des ehemaligen MfS zu übernehmen.⁴²⁵

Ferner kündigte er grundlegende Veränderungen an, so sollte das AfNS nicht länger Machtorgan des Generalsekretärs sein, statt dessen der Volkskammer und dem Ministerpräsidenten Rechenschaft leisten. Zunächst hatte es den Anschein, als wolle Schwanitz eine transparente Erneuerung vornehmen. Während einer Dienstbesprechung machte er deutlich, daß es ihm nicht lediglich um „kosmetische Veränderungen“ gehe, als vielmehr um eine ernsthafte Neuorientierung. Er mahnte alle Genossen mit den Worten,

⁴²² Vgl. hierzu Fricke, Karl – Wilhelm, Das Ende der DDR-Staatssicherheit?, a.a.O., S.1342; Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 335 ff.

⁴²³ Vgl. Fricke, Karl - Wilhelm: Zur Abschaffung des Amtes für Nationale Sicherheit, a.a.O., S. 59.

⁴²⁴ Vgl. Wiedmann, Roland: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden, in: MfS-Handbuch Teil V/1, BStU Berlin, 1995.

⁴²⁵ siehe Dokument II im Anhang: Befehl Nr. K 4914/89 vom 08.12.1989; Vgl. Dienstbesprechung vom 21.11.1989, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Anatomie der Staatssicherheit Geschichte, Struktur, Methoden, Berlin 1995, S.85 f.

daß man nach außen die Linie der Erneuerung nicht deklarieren könne, aber intern so weiter machen sollte wie gewohnt. „*Wir müssen zu dem stehen, Genossen, was wir erklären.*“⁴²⁶

Obwohl die operative Bearbeitung Andersdenkender eingestellt werden sollte, war dennoch die Erkennung von Verfassungsfeinden als Aufgabe des AfNS vorgesehen. Zunächst aber war nicht eindeutig festgelegt worden, inwieweit sich diese beiden Positionen voneinander unterschieden. Die Übernahme alter und verdienter Mitarbeiter der Stasi in das AfNS ist meines Erachtens ein eindeutiger Beleg für den Versuch der Staatsführung, Macht zu sichern. Darüber hinaus wurden zwei Ziele verfolgt: Zum einen die Besetzung wichtiger Ämter und Posten mit SED-treuen Gefolgsleuten und zum anderen die Unterbringung zahlreicher von Arbeitslosigkeit bedrohter Stasimitarbeiter.

Leitende Kader des MfS sollten demzufolge unter neuem Etikett ihre Arbeit weiterführen, womit die Modrow-Regierung für die Zukunft der DDR alle Optionen offen halten könnte. Denjenigen, die der vorgesehenen Verkleinerung des AfNS zum Opfer fallen würden, sollte eine gesicherte materielle Versorgung zukommen.⁴²⁷

Modrow muß sich zu Recht vorwerfen lassen, daß in seinem Konzept des AfNS deutliche Anzeichen zu finden waren, die darauf hinweisen, daß es ihm um die Sicherung alter Strukturen ging. Er selbst weist den Vorwurf heute weit von sich, alte Stasimitarbeiter absichern gewollt zu haben. Es sei lediglich der Versuch gewesen, die Situation unter Kontrolle zu halten. Die in der Öffentlichkeit ausgegrenzten Stasimitarbeiter, die sich im Falle der Entlassung auch vom Staat verlassen und verraten gefühlt hätten, wären möglicherweise dazu übergegangen, allein weiter zu kämpfen, so daß sie nicht mehr zu kontrollieren gewesen wären.⁴²⁸ Heute erscheint seine Aussage als Versuch, eine Rechtfertigung abzugeben, die menschlich nachvollziehbar ist, jedoch nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß es

⁴²⁶ Siehe Dienstbesprechung zur Einführung von Generalleutnant Schwanitz am 21.11.1989, in: BStU, ZA, ZAIG 4886, Bl. 23 f.

⁴²⁷ Vgl. Dienstbesprechung vom 21.11.1989, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Anatomie der Staatssicherheit Geschichte, Struktur, Methoden, Berlin 1995, S. 92.

⁴²⁸ Vgl. Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 12.

Hans Modrow bei der Absicherung ehemaliger Stasimitarbeiter nicht um rein humane Ziele ging.

Das Festhalten an einer Institution, welche bislang der Herrschaftssicherung der Partei und somit des Sozialismus diene, die Unterbringung und Eingliederung der alten Nomenklaturkader des MfS in das AfNS, die Reißwolfaktionen zur Vernichtung der Stasiakten zwecks Verschleierung von Korruption, Amtsmißbrauch und krimineller Machenschaften des MfS, die außerordentlichen Absicherungen ausscheidender Mitarbeiter der Staatssicherheit in Form finanzieller und materieller Werte (Häuser, Grundstücke etc.) - all das spricht gegen Modrows Bekenntnis, eine demokratische Neuordnung der DDR vorzunehmen und für das Festhalten an Strukturen des alten Systems, es spricht für den Versuch der Sicherung von Macht seitens der Modrow-Regierung.

8. Das „Modrow-Gesetz“ über den Verkauf volkseigener Gebäude und Grundstücke – Ein Dankeschön an alte Genossen?

Wer in der DDR im Besitz eines Hauses war, hatte jedoch nicht zugleich Eigentum am Grundstück, auf dem es stand. In der Regel handelte es sich um „volkseigenen“ Grund und Boden, der sich im Eigentum des Staates befand. Dieser Zustand sollte sich aber noch rechtzeitig vor den ersten freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 ändern mit dem Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude und Grundstücke.⁴²⁹ Hausbesitzern in der DDR ermöglichte diese Norm, das Grundstück ihres Hauses zu DDR-Baulandpreisen zu erwerben, die zwischen zwei und zwölf Mark pro Quadratmeter lagen.⁴³⁰ Bei den vorgenommenen Grundstücksverkäufen entstand im nachhinein allein in Thüringen ein geschätzter Schaden von etwa 250 Millionen DM, der darauf zurückzuführen ist, daß Grundstücke zu Billigpreisen nicht ausschließlich an Hauseigentümer verkauft wurden. Daneben kam es auch zum Verkauf unbebauter Grundstücke, die gar nicht

⁴²⁹ Vgl. Gesetzblatt der DDR T.1 Nr. 18, vom 19.03.1990, S.157 f.

⁴³⁰ Vgl. Modrow - Gesetz wird zur Zeitbombe, in: Die Welt vom 07.02.1997.

durch das Modrow-Gesetz gedeckt waren und zu „Spottpreisen“ geradezu verschleudert wurden.⁴³¹

Es drängt sich die Frage auf, was Hans Modrow bewogen hat, dieses Gesetz auf den Weg zu bringen. War es die Sorge um die Rechte der DDR-Bürger, die es vor Ansprüchen aus Westdeutschland abzusichern galt? Oder sollte ein Weg geschaffen werden, alten Genossen den legalen Erwerb von Grundstücken zu niedrigsten Preisen zu ermöglichen?

8.1.Rechtliche Voraussetzungen

Gemäß der Verfassung der DDR von 1974 war es nicht möglich, Privateigentum, was in der DDR als persönliches Eigentum bezeichnet wurde, an volkseigenen Gebäuden und Grundstücken zu erwerben, lediglich Pacht und Miete waren legal. Artikel 10 der Verfassung unterteilt das sozialistische Eigentum in drei Kategorien:

- das gesamtgesellschaftliche Volkseigentum,
- das genossenschaftliches Gemeineigentum werktätiger Kollektive und
- das Eigentum gesellschaftlicher Organisationen der Bürger.

Weiterhin war festgeschrieben, daß die Pflicht des Staates und seiner Bürger darin besteht, das sozialistische Eigentum zu mehren.⁴³²

Da jedoch in den vierzig Jahren des Bestehens der DDR viele Gebäude auf Volkseigentum privat errichtet worden oder als volkseigene Häuser entstanden waren, mußte in der Zeit der Wende und der absehbaren Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik im Rahmen der Abwicklung des Volkseigentums in Staats- und Privateigentum für die Gebäude und Grundstücke eine Lösung gefunden werden. Dieser Prozeß sollte durch das Modrow-Gesetz gestaltet werden, das das Image besitzt, daß sich dadurch

⁴³¹ Vgl. Lex Modrow sorgt für Unruhe in Thüringen, in: Die Welt vom 22.01.1997; Thaysen, Uwe: Fortwirkende Maßnahmen der Regierungen Modrow und de Maiziere, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII 2, Frankfurt a.M. 1995, S.2005.

in den letzten Tagen der DDR hohe SED-Kader lukrative Immobilien zu Billigpreisen zugeschanzt hatten.

Die Entstehungsgeschichte des „Gesetzes über den Verkauf volkseigener Gebäude“ zeigt jedoch, daß dieser Vorwurf auf den ersten Blick nicht ganz den Tatsachen entspricht. Die Bewegung „Demokratie Jetzt“ forderte am Runden Tisch in Berlin im Februar 1990, daß das Bleiberecht von Nutzern der ehemaligen Westgrundstücke durch ein Gesetz zum Verkauf dieser Grundstücke geregelt werden sollte. Der Runde Tisch leitete den Antrag an den Rechtsausschuß der Volkskammer weiter, wo ein Entwurf eines Veräußerungsgesetzes entstand, das jedoch aus Rücksichtnahme auf die Alteigentümer nicht den Verkauf der Westgrundstücke, sondern nur den von volkseigenen Gebäuden vorsah. Die Intention der DDR-Parlamentarier war es, Investitionen, die durch Mieter im Laufe der Jahre an den Gebäuden vorgenommen worden und ins Volkseigentum eingeflossen waren, durch Verkauf an diese Personen zu schützen. Grundstücke jedoch blieben zunächst unerwähnt. Die in der Volkskammer vertretene Bauernpartei brachte im DDR-Parlament einen entsprechenden Antrag ein, da sie sich als Anwalt der ländlichen Eigenheimbauer verstand. Am 7. März 1990 wurde dann das Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude⁴³³ in der Volkskammer verabschiedet und am 15. März erließ der DDR-Ministerrat eine entsprechende Durchführungsverordnung. Nach der Verkündung durch den amtierenden Staatsratsvorsitzenden Gerlach trat das Gesetz am 19. März, einen Tag nach den ersten freien DDR-Volkskammerwahlen, in Kraft.

Das Gesetz unterteilt sich in acht Paragraphen, wobei zuerst auf den Verkauf volkseigener Gebäude für Gewerbezwecke an private Handwerker und Gewerbetreibende eingegangen wird und dann in § 2 der Verkauf volkseigener Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Gebäude für Erholungszwecke behandelt werden. Käufer können in beiden Fällen ausschließlich nur Bürger der DDR oder Ausländer mit ständigem Wohnsitz in der DDR sein.

Die Frage des Verkaufs von Grundstücken ist in § 4 Absatz 2 behandelt:

⁴³²Vgl. Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und Jugendgesetz, Berlin (Ost) 1975, S.9

„Für das zum Gebäude gehörende volkseigene Grundstück ist dem Käufer ein Nutzungsrecht zu verleihen, soweit in Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist. Beim Kauf volkseigener Ein- und Zweifamilienhäuser oder zur Errichtung von Eigenheimen kann das volkseigene Grundstück erworben werden. Das gilt auch für volkseigene Grundstücke für die im Zusammenhang mit dem Kauf von Ein- und Zweifamilienhäusern oder der Errichtung von Eigenheimen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Nutzungsrecht verliehen worden ist.“

Der Wechsel des Eigentumsrechts ist Inhalt des § 6:

„Gebäude, Grundstücke und Miteigentumsanteile an Grundstücken, die auf der Grundlage dieses Gesetzes gekauft wurden, können veräußert und vererbt werden. Zwischen dem Kauf und der Veräußerung muß eine Frist von mindestens 3 Jahren liegen.“ Das „Modrow-Gesetz“ betraf drei

Kategorien von Mietverhältnissen: 1. Volkseigene Gebäude und Grundstücke, die im Rahmen von Enteignungen in Volkseigentum übergegangen sind. Infolge von Geldmangel der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften konnten diese Häuser erworben werden, um sie in Stand zu setzen. Grund und Boden blieben jedoch Volkseigentum.

2. Vergabe von volkseigenen Grund und Boden für private Häuserbauer (z.B. Schichtarbeiter und kinderreiche Familien). Die Gebäude wurden meist mit staatlichen Krediten gebaut und waren das Eigentum der Erbauer. Auch hier blieben Grund und Boden Volkseigentum.

3. Vermietung von aus volkseigenen Mitteln errichteten Gebäuden auf volkseigenen Grundstücken zu Wohnzwecken an Partei- und Staatsfunktionäre, Antifaschisten u.s.w. Anzumerken ist an dieser Stelle, daß das Einbeziehen der dritten Kategorie der Hauptkritikpunkt am Gesetz ist und der Regierung Modrow den Vorwurf einbrachte, altgediente Genossen des Regimes abzusichern.

Die Durchführungsverordnung zum Gesetz regelt die Frage des Kaufpreises. In § 6 heißt es dazu: *„Der höchstzulässige Kaufpreis für volkseigene Gebäude und Miteigentumsanteile an volkseigenen Grundstücken ist ausgehend vom Wiederbeschaffungswert auf der Grundlage eines Wertgutachtens zu ermitteln. Wiederbeschaffungspreise*

⁴³³Vgl. Gesetzblatt der DDR T.1 Nr.18, vom 19.03.1990, S.157f.

sind die für Bürger geltende Preise für den Neubau vergleichbarer Gebäude. Die Abschreibungen und die durch unterbliebene Instandhaltungen eingetretenen Wertminderungen sind vom Neupreis abzusetzen. Für den Verkauf der volkseigenen Grundstücke gelten die in den Kaufpreisübersichten der Territorien enthaltenen bzw. von den örtlichen Räten beschlossenen Baulandpreise."

Schließlich entstand mit den Verkäufen zu den in der DDR üblichen Preisen wie bereits angeführt ein Schaden in Höhe von mehr als 250 Millionen DM, allein in Thüringen.

8.2. Nutznießer des Modrow- Gesetzes

Die Regierung der DDR forderte in einer Erklärung am 01. März 1990, daß bestehende Eigentumsverhältnisse von der Bundesrepublik Deutschland bestätigt werden sollten.⁴³⁴ Darunter fielen insbesondere auch Grundstücke, Gebäude und Häuser. Die Sorge die sich nach offizieller Verlautbarung hinter der Klärung von Eigentumsverhältnissen verbarg, bezog sich auf die zu erwartende Flut von Ansprüchen aus dem westlichen Teil Deutschlands. Dort gab es zahlreiche ehemalige Eigentümer von Grundstücken, Häusern und Unternehmen aus der DDR, von denen zu erwarten war, daß sie einen Anspruch auf Rückgabe geltend machen würden.

Modrow bat darüber hinaus den sowjetischen Staatschef Gorbatschow in einem Brief, daß er sich bei den Konferenzen der vier Siegermächte mit den beiden deutschen Staaten für die Sicherung der Eigentumsverhältnisse in der DDR starkmachen möchte, schließlich forderten viele Bürger der DDR Rechtssicherheit und begründeten dies damit, daß *„vierzig Jahre harter Arbeit zur Schaffung (...) des Volksvermögens (...) nicht umsonst gewesen sein dürfen.“*⁴³⁵

Daß eine unklare Eigentumssituation zu Unsicherheit und Unruhe bei der betroffenen DDR-Bevölkerung beitrug, ist verständlich. Ebenso ist

⁴³⁴ Vgl. Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Band 8a, Bonn 1990, S.131.

⁴³⁵ Vgl. Die Grundlagen des Hitlerfaschismus zerschlagen, in: Stuttgarter Zeitung vom 08.03.1990; Modrow erbittet Gorbatschows Unterstützung und erinnert an die Rechte der Siegermächte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.03.1990.

nachvollziehbar, daß der untergehende Staat seinen Bürgern den Übergang zum neuen System mit klaren Eigentumsverhältnissen ermöglichen wollte. Unverständlich bleibt hingegen die Tatsache, daß es Modrow ein dringendes Anliegen war, das Volkseigentum gerade auch in Form von Ländereien und Betrieben zu erhalten. Damit sorgte er für Zündstoff, denn das Festhalten am Volkseigentum lief auf eine Machterhaltung der SED/PDS und somit einer Gefährdung der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft hinaus.⁴³⁶ Mit dem Argument, daß das Volkseigentum in vierzig Jahren DDR gewachsen sei, schien Modrow zu vergessen oder zu verdrängen, daß dieses auch durch Enteignungen, Diebstahl und Willkür zustande gekommen war.⁴³⁷

Ebenso undurchsichtig ist der Erlaß einer Sozialcharta, die das Recht auf Arbeit, das Recht auf Ausbildung und die Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich regelte, darüber hinaus aber auch den gesetzlichen Schutz des Eigentums und der Nutzungsrechte der DDR-Bürger an Wohnungen vorsah. Dabei wies die Modrow-Regierung darauf hin, daß es das Ziel dieser Gesetze sei, den sozialen Besitzstand der Bevölkerung in der DDR zu sichern.⁴³⁸

Wohlklingende und sinnvolle Aspekte, wie z.B. das Recht auf gesundheitliche Betreuung, der gesellschaftlichen Pflicht zur Fürsorge älterer Bürger, Integration Behinderter etc., wurden noch wenige Tage vor den ersten freien Volkskammerwahlen gesetzlich festgelegt.

⁴³⁶ Vgl. Kruse, Kuno; Schwarz, Birgit: Wem gehört die DDR ?, in: Die Zeit vom 16.03.1990.

⁴³⁷ Zur Zwangskollektivierung, Zwangsaussiedlung, Verdrängung des Privateigentums und Zerstörung des Mittelstandes vgl. Buck, H. F.: Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II.1, Frankfurt a.M. 1995, S. 1070-1213; Weber, Adolf; Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, ebenda, Band II 4, S.2809-2887; Marquardt, Bernhard: Menschenrechtsverletzungen durch die Deutsche Volkspolizei, ebenda, Band IV, S. 655-759.

⁴³⁸ Vgl. Die Grundsicherung für ein menschenwürdiges Leben, Die DDR Volkskammer verabschiedet eine Sozialcharta, in: Frankfurter Rundschau vom 15.03.1990; Sozialcharta soll nicht nur das Recht auf Arbeit sichern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.03.1990; Volkskammer verabschiedet letzte Gesetze, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.03.1990.

Unter dem Abschnitt „Recht auf Wohnen“ fand sich wiederum eine bekannte Forderung. Diese lautete: „Das Eigentum von Bürgern der DDR an Wohnhäusern, Erholungsbauten u.a. Baulichkeiten sowie an verliehenen Nutzungsrechten an Grundstücken“ bedarf weiter gesetzlichen Schutzes. Wer von diesem Schutz in erster Linie profitieren würde, zeigte sich bald.

Da das Modrow-Gesetz den bisherigen Nutzern von Gebäuden und Grundstücken ein Vorkaufsrecht einräumte, stellt sich die Frage, wer dieser Personenkreis war, der entsprechenden Nutzen daraus zog.⁴³⁹

Vornehmlich hatten solche Bürger das Privileg, in geräumigen Häusern wohnen zu dürfen, die dem Staat besonders treu und ergeben waren. Daneben gab es eine große Anzahl von luxuriösen Anwesen und Villen, deren Bewohner Parteifunktionäre und verdiente Genossen waren. Gerade dieser Personenkreis wurde mit dem Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude und Grundstücke in die Lage versetzt, sich die Rosinen aus dem „volkseigenen Kuchen“ herauszupicken.

So wurde z.B. das Ostberliner Grundstück des Schriftstellers und ehemaligen PDS-Bundestagsabgeordneten Stefan Heym, das heute einen Wert von etwa 200.000 DM hat, von Heym im Frühjahr 1990 zu einem Preis von 3000 Ostmark erworben.⁴⁴⁰ Wenn an dieser Stelle noch Unklarheit darüber bestehen sollte, ob die Modrow-Regierung mit dem Gesetz zum Verkauf volkseigener Gebäude und zum Vorteil der alten Genossen beitrug, so wird das folgende Beispiel einen letzten sicheren Beweis dafür erbringen.

Für die Betreuung der Nomenklatura sorgte die Versorgungseinrichtung des Ministerrates (VEM). Sie verwaltete Häuser und Wohnungen, stellte Dienstpersonal, betreute Staatsgäste und gewährleistete die Versorgung

⁴³⁹ Christa Luft weist im Interview mit dem Verfasser den Vorwurf entschieden zurück, die Modrow-Regierung habe mit diesem Gesetz vorrangig eine bestimmte Klientel bedient. Offensichtlich scheint von ihr die Devise „Angriff ist die beste Verteidigung“ angewendet worden zu sein, schließlich sprechen die Tatsachen gegen ihre Version vom Nutzen des Gesetzes in allen Teilen des Volkes. Vgl. Interview mit Christa Luft im Anhang, S. 275 f.

⁴⁴⁰ Vgl. Modrows Millionenerben, in: Focus Heft 17/1997, S.38.

mit Konsumgütern.⁴⁴¹ Darüber hinaus sorgte die VEM für zahlreiche konspirative Wohnungen und Objekte für das MfS. Die Immobilien in der Hand der VEM ermöglichten nach der Wende der Nomenklatura den Erwerb von Häusern und Wohnungen zu absoluten Niedrigpreisen. Mit dem Befehl Nr. 16/89 zur Sicherung eines einheitlichen Herangehens bei der Bewertung aller bisher von den Dienstseinheiten des Amtes für Nationale Sicherheit genutzten Objekte wurden die Grundstücke und Immobilien, die sich in Rechtsträgerschaft der VEM befanden, eilig zum Verkauf an deren Angehörige angeboten.⁴⁴²

Die Modrow-Regierung verabschiedete am 14.12.1989 den Beschluß über den Verkauf von Einfamilienhäusern, die sich in Rechtsträgerschaft der ehemaligen Versorgungseinrichtungen des Ministerrates befanden, womit sie im Nachhinein die Rechtsgrundlage schuf, die getätigten Verkäufe abzusichern. Danach ermöglichte das Gesetz zum Verkauf volkseigener Gebäude einem noch größeren Personenkreis, bestehend aus treuen und systemnahen Personen, den Erwerb von Immobilien und Grundstücken.⁴⁴³

8.3. Eigentumsfrage von Grundstücken und Gebäuden bis heute Streitthema

Als am 18. März 1990 in der DDR die erste freien Wahlen seit dem Bestehen der Republik stattfanden, siegten im Ergebnis die bisherigen Block- und Oppositionsparteien, wobei das konservative Lager die stärkste Kraft bildete. Die Verkäufe sind also alle unter der neuen Regierung geschehen, in den ersten sechs Wochen kamen über 600 000 Anträge zusammen, insgesamt waren es nach Schätzungen etwa 800.000 Anträge. Viele DDR-Bürger waren wegen der bevorstehenden Währungsunion mit den unklaren Umtauschmodalitäten verunsichert und stellten deshalb einen

⁴⁴¹ Vgl. Seul, Arno: Das Ministerium für Staatssicherheit und die DDR-Volkswirtschaft, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VIII, Frankfurt a.M. 1995, S. 578.

⁴⁴² Vgl. Worst, Anne: Das Ende eines Geheimdienstes oder: Wie lebendig ist die Stasi?, Berlin 1991, S. 163 ff.

Kaufantrag. Die Spareinlagen waren hoch, da in der DDR chronischer Mangel an Konsumgütern herrschte und somit wuchs auch die Angst vor einer Geldentwertung. Außerdem wußten viele Menschen nicht, ob nach Einführung der DM als Zahlungsmittel in der DDR auch die Mieten ansteigen würden. Insgesamt wurden bis zum Verkaufsstop am 7. Juli 1990 wohl etwa 300.000 Grundstücke verkauft.⁴⁴⁴

Im Rahmen der Verhandlungen zum Einigungsvertrag als auch im Vertrag wurde das Gesetz weder kritisch belastet oder gar aufgehoben. Grund dafür war die Tatsache, daß das Gesetz breite Kreise der Bevölkerung betraf und im Verhältnis dazu nur im geringen Umfang Partei- und Staatsfunktionäre. Als die Preise nach der Deutschen Wiedervereinigung in die Höhe stiegen, kam breite Kritik auf, daß Grundstücke unter dem Zeitwert verkauft worden seien und sich viele Funktionäre bereichert hätten, zumal ein Teil der volkseigenen Grundstücke durch Rückübertragungsansprüche belastet wurden, nach dem Entscheidungsgrundsatz „Rückgabe vor Entschädigung“. Von diesem Zeitpunkt an gab es einen intensiven Schlagabtausch über die Rechtmäßigkeit der Verkäufe und die Höhe der Verkaufspreise.

Ein Beispiel für die Unrechtmäßigkeit der Verkäufe auf der Grundlage des "Modrow-Gesetzes" an Funktionäre und Politiker soll der Fall des letzten DDR-Innenministers Diestel liefern. Diestel hatte im Juli 1990 veranlaßt, daß ihm und seiner Gattin ein Seegrundstück am Zeuthener See verkauft wurde, dessen Rechtsträger bis dahin das DDR-Innenministerium gewesen ist. Er nutzte das „Modrow-Gesetz“ als Grundlage für den Kauf, ohne daß er jemals dort Bewohner oder Hauseigentümer gewesen war. Der Zeitwert des ca. 3500 Quadratmeter großen, mit einem Einfamilienhaus bebauten Grundstücks in der Nähe Berlins belief sich schon zum damaligen Zeitpunkt auf ca. 770.000.- DM. Tatsächlich wurde ein Kaufpreis von 192.700.- DM vereinbart. Der damalige Kaufpreis war auf der Grundlage der staatlichen DDR-Preise festgelegt worden, die jedoch durch den Vertrag über die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und dessen

⁴⁴³ ebenda, S. 579 f.

⁴⁴⁴ Vgl. DDR-Grundstücksausverkauf bleibt ungültig, in: Die Welt vom

Vollzug am 1. Juli 1990 aufgehoben worden waren. Nachdem die Angelegenheit vor dem Landgericht zum Freispruch des Angeklagten führte, hob der 5. (Leipziger) Strafsenat des Bundesgerichtshofes den Freispruch vom Vorwurf der Untreue am 17. Februar 1999⁴⁴⁵ wieder auf. Die Sache wird neu verhandelt.

Im September 1990 wurde dann das Vermögensgesetz verabschiedet und es beinhaltete die „Stichtagsregelung“, d.h. zahlreiche Verkäufe nach dem 18. Oktober 1989 sind ungeprüft als unredlich anzusehen und gelten somit als nichtig. In anderen Fällen wird die Redlichkeit überprüft. Im Falle eines nicht redlichen Erwerbs wird der Rückgabeanspruch des Alteigentümers gestärkt. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat in einer Entscheidung vom Februar diesen Jahres die „Stichtagsregelung“ verteidigt, nach dem die Brandenburgische Landesregierung im Rahmen einer Normenkontrollklage versucht hatte, diese zu Fall zu bringen, da sie zu erheblicher Unruhe bei vielen Betroffenen im Bundesland führte. Vor allen Dingen betraf die brandenburgische Normenkontrollklage die Rückwirkung der Regelung. Brandenburgs Justizminister Bräutigam äußerte sich im Potsdamer Landtag im September 1991 zu dieser Regelung wie folgt:

"Hinter diesem Stichtag stand die Vermutung, bei den Erwerbern von Eigentums- und Nutzungsrechten nach diesem Zeitpunkt handele es sich vorwiegend um SED-Funktionäre, die noch in letzter Minute begünstigt waren, Eigentum zu erwerben. Wir wissen heute, daß diese Vermutung in den weitaus meisten Fällen unrichtig ist. Tatsächlich wird durch die Ausschlußfrist der Eigentumserwerb unzähliger Bürger, die sich seit Jahren um den Kauf der von ihnen genutzten Grundstücke und Gebäude bemühten und erst im Laufe des demokratischen Prozesses Eigentum erwerben konnten- und das sage ich auch an Ihre Adresse, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion-, in Frage gestellt. (...) Ich bin der Auffassung, es sollten sämtliche Verkaufsgeschäfte, unabhängig vom Zeitpunkt, auf Redlichkeit überprüft werden. Ich denke, der Stichtag sollte ganz entfallen."

⁴⁴⁵ BGH-Entscheidung vom 17.02.1999- 5 StR 494/98; vgl. auch: Diestel und das lästige Schnäppchen in Zeuthen, in: Die Welt vom 05.01.1998.

Im Gegensatz dazu verteidigte das BVerfG seine Entscheidung, daß der „Stichtagsregelung“ zu Grunde lag, daß mit dem voraussehbaren Ende der DDR Nutzer von Grundstücken die Möglichkeit erhielten, diese zu kaufen, die eigentlich von der DDR-Regierung enteignet, in einigen Fällen zur Flucht aus der DDR getriebenen Personen gehörten. Das Urteil geht auf das „Modrow-Gesetz“ ein und weist weiterhin daraufhin, daß schon vom Dezember 1989 im größeren Umfang „Grundstücksverkehrsgenehmigungen“ für den Kauf von Wohnhäusern erteilt wurden. Vor dem Gesetz habe es sich fast ausschließlich um Käufe von DDR-Kadern gehandelt, die aufgrund ihres Insiderwissens noch schnell für DDR-Mark und zu relativ niedrigen Preisen ihre Immobilien erwerben wollten. Weiterhin führt das höchste deutsche Gericht in seiner Begründung an:

Die Stichtagsregelung sei ein geeignetes Mittel gewesen, dem in den Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten beschlossenen Grundsatz der Rückgabe von der DDR rechtswidrig weggenommenen Eigentums davor zu bewahren, durch „redliche“ Käufe in letzter Stunde gegenstandslos zu werden. Der Stichtag 18. Oktober 1989, der Tag der Ablösung Erich Honeckers von den Ämtern des Ersten Sekretärs des ZK der SED und des Staatsratsvorsitzenden, sei eine *„Zäsur in der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik“* gewesen.⁴⁴⁶

Wenngleich die Sachlage wie dargestellt etwas komplizierter ist, so wurde mit dem Modrow-Gesetz die Voraussetzung geschaffen, daß zwischen März und Oktober 1990 Grundstücke und Immobilien im Wert von mehreren Milliarden zu Niedrigstpreisen an die bisherigen Besitzer übergehen konnten⁴⁴⁷.

Die Annahme, daß die Regierung das Ziel verfolgte, ausschließlich Funktionäre der Partei abzusichern, scheitert an der Größenordnung des Kreises, der von der Verordnung betroffen war, bzw. in ihren Genuß kam.

Es kann abschließend festgehalten werden, daß die Regierung Modrow neben dem Vorhaben, klare Eigentumsverhältnisse schaffen zu wollen, um ihre Bürger vor Schaden zu bewahren und es ihnen zu ermöglichen,

⁴⁴⁶Vgl. DDR-Grundstücks-Ausverkauf bleibt ungültig, in: Die Welt vom 16.02.2000

⁴⁴⁷ Vgl. Suhr, Heinz., a.a.O., S. 59.

langfristig bewohnte Häuser auch zu erwerben, ein weiteres Ziel im Visier hatte. Aus heutiger Sicht nämlich erscheint das Gesetz wie ein Dankeschön des untergehenden SED-Regimes an seine treuen Genossen und diene diesen als „Vehikel“, kostengünstig an Häuser und Grundstücke zu gelangen.⁴⁴⁸ Selbst bei nicht eindeutiger Klärung des Sachverhaltes, welchen politischen Hintergrund das „Modrow-Gesetz“ tatsächlich hatte, so bleibt mehr als nur ein fader Beigeschmack übrig. Zuviel deutet wenigstens auf einen zweideutigen Hintergrund hin: die Sicherung der Grundstücke und Häuser vor Fremdansprüchen und die Absicherung alter Genossen.

9. Der Bereich Kommerzielle-Koordinierung

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) wurde 1966 als ein Teil des Außenhandelsministeriums der DDR gegründet und 1976 als Ministerium für Außenhandel, Bereich Kommerzielle Koordinierung, als selbständiger Dienstbereich dem Sekretär des ZK, Günter Mittag, unterstellt.⁴⁴⁹

Aufgabe des Bereichs KoKo war die Devisenbeschaffung mittels Handelsverbindungen mit dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW) für die SED, den Staat und die Staatssicherheit. Initiator und dem Bereich KoKo vorstehend war Alexander Schalck-Golodkowski,⁴⁵⁰ der

⁴⁴⁸ ZERV - Mitarbeiterin Edelgard Jeske sieht nicht nur Modrow als alleinigen Initiator der Gesetze, in deren Folge alte Kader begünstigt wurden. Daneben sei auch der Apparat mitverantwortlich, durch den Entscheidungen vorangetrieben und entschieden wurden, vgl. Interview im Anhang, S. 280 f.

⁴⁴⁹ Vgl. Werkzeuge des SED-Regimes Der Bereich Kommerzielle-Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, in: Bericht des 1.Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Bonn 1994, S.77.

⁴⁵⁰ Vgl.: Seul, Arnold: Das MfS und DDR-Volkswirtschaft, in: Materialien der Enquete-Kommission, a.a.O., Band VIII, S. 575; Schalck-Golodkowski setzte sich mit der Beschaffung zusätzlicher Devisen im Bereich der KoKo bereits in seiner juristischen Dissertation vom Mai 1970 auseinander, die von Erich Mielke betreut wurde (!). Vgl. hierzu: Fischer, Horst: Schalck - Imperium, Ausgewählte Dokumente, Bochum 1993, Dokument 9; Volze, Armin; Kuppe, Johannes L.: Doktor Schalck, Analyse einer Geheimdissertation, in: Deutschland Archiv Heft 6/1993, S.641-656.

vorsah, mit offiziellen und nichtoffiziellen Maßnahmen eigene Firmen im NSW aufzubauen.⁴⁵¹

Die Unternehmen der KoKo handelten mit verschiedensten Produkten, wie z.B. Antiquitäten, Mikroelektronik, Erdölerzeugnissen, militärischen Ausrüstungen etc.⁴⁵²

Da sich die Aktivitäten der KoKo mit der Zeit immer mehr auf dubiose Geschäfte konzentrierte (Rauschgift- und Waffenhandel, Embargoverstöße etc.)⁴⁵³, deren Existenz vor der Öffentlichkeit verborgen werden sollten, wurde im MfS die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (BKK) errichtet, um die Machenschaften dieser Institution abzuschirmen.⁴⁵⁴

Während des Umbruchs in der DDR im Herbst 1989 stellte Egon Krenz den Bereich KoKo unter seine Führung, nachdem Günter Mittag seiner Funktionen enthoben worden war. In seinem Abschlußbericht kam der 1. Untersuchungsausschuß zu dem Ergebnis, daß Egon Krenz mit dem Bereich KoKo und dessen wirtschaftlicher Bedeutung bestens vertraut war.⁴⁵⁵ Als Hans Modrow die Nachfolge von Krenz antrat, hatte er nach eigener Aussage keine näheren Kenntnisse über die Rolle und Dimensionen des Bereiches Kommerzielle-Koordinierung. Er räumte lediglich ein, daß der Bereich KoKo für ihn ein Handelsunternehmen war, welches großen Einfluß auf die wirtschaftlichen Abläufe in der DDR gehabt hatte. Der Untersuchungsausschuß konnte Modrow nicht nachweisen, daß er über ein größeres Wissen verfügte, als er angab, wenngleich davon auszugehen war, daß er genügend Informationen und Wissen über den Bereich KoKo haben mußte.⁴⁵⁶ So bestätigte Schalck-Golodkowski

⁴⁵¹ Vgl. Der Bereich Kommerzielle-Koordinierung, in dpa Hintergrund vom 29.08.1991, S.6.

⁴⁵² Vgl. Eppelmann, Rainer; Müller, Horst; Nooke, Günter; Wilms, Dorothee (Hrsg.) Lexikon des DDR-Sozialismus, Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996, S. 200.

⁴⁵³ Vgl. Przybylski, Peter: Tatort Politbüro, Berlin 1992, S. 291 ff.

⁴⁵⁴ Vgl. Seul, Arnold, a.a.O., S.576.

⁴⁵⁵ Vgl. Werkzeuge des SED-Regimes Der Bereich Kommerzielle-Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, a.a.O., S. 362.

⁴⁵⁶ ebenda, S. 367; Die Sowjets haben Mielke informiert - aber falsch, in: Die Welt vom 04.04.1990.

entgegen Modrows Aussage vor der Kommission, daß er Modrow persönlich über Geldmittel und Auslandskonten der KoKo informiert habe.⁴⁵⁷ Obwohl Modrow angeblich nicht im Bilde gewesen sein will, verfügte er zusammen mit Gerhard Beil, dem Minister für Außenwirtschaft, und Dr. Siegert, dem Minister für Preise und Finanzen, ein Konzept zur Eingliederung *„der verbliebenen Betriebe des ehemaligen Bereichs Kommerzielle Koordinierung in die Finanz- und Volkswirtschaft der DDR.“*⁴⁵⁸ Mit Gründung der „Berliner Handels- und Finanzierungsgesellschaft“(BHF), die offiziell zwar der THA unterstellt war, sollten frühere Betriebe und Vermögenswerte des „Schalck-Imperiums“ vor dem Zugriff der THA gesichert werden, um weiterhin dem Machtbereich der SED/PDS erhalten zu bleiben. Als Geschäftsführer der BHF wurde Karl-Heinz Gerstenberger von Modrow eingesetzt. Die verbliebenen ehemaligen Betriebe der KoKo sollten unter neuem Namen *„dem Modrow-Staat und seinen SED und Stasi-Genossen“* zukommen.⁴⁵⁹

Mit dem Auftrag der BHF, 50 erstrangige Immobilien (Häuser, Grundstücke, Bürogebäude, Ferienheime etc.) zu erwerben, um sie an „verdiente Kämpfer“ aus Schalck-Golodkowskis KoKo zu Billigpreisen zu veräußern,⁴⁶⁰ läßt sich der Bogen wieder zu Modrows Gesetz zum Verkauf volkseigener Gebäude und Grundstücke spannen.

Für den Vorwurf gegenüber Modrow, er beabsichtige die Sicherung von Vermögenswerten aus dem Bereich KoKo, spricht, daß der Bereich KoKo offiziell zwar aufgelöst werden sollte, die dazu erforderlichen Maßnahmen der Minister Siegert und Beil aber auf ein Fortführen des Bereiches KoKo unter anderem Namen (BHF) abzielten. Beide Minister schlugen mit Modrows Einvernehmen vor, die BHF mit einem Eigenkapital von 300 Millionen Valutamark auszustatten, die ebenfalls aus dem Bereich KoKo entnommen werden sollten. Offiziell wurde dieses Geld als Stammkapital einschließlich Umlaufmittel für die neue Gesellschaft benötigt; inoffiziell ist

⁴⁵⁷ Werkzeuge des SED-Regimes, a.a.O., S. 366 f.

⁴⁵⁸ Siehe Dokument III im Anhang: „Brief von Dr. Walter Siegert an Dr. Hans Modrow vom 28.02.1990“; vgl. auch Suhr, Heinz, a.a.O., S.45.

⁴⁵⁹ ebenda, S. 45.

⁴⁶⁰ ebenda, S. 59 f.

davon auszugehen, daß es der Erhöhung des Gesamtvermögens der BHF diene und somit all denen nutze, die durch die Gesellschaft profitierten.⁴⁶¹

10. Privatisierung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, Untreue, Betrug und alte Kader

Es waren insbesondere Angehörige der leitenden Schichten der DDR, die es verstanden, ihre wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Position gewinnbringend zu nutzen, um finanziell und materiell abgesichert in das vereinte Deutschland hinüberzukommen. Viele der ehemaligen SED-Wirtschaftsfunktionäre nutzten während des Umbruchs in der DDR die zum Teil unklaren gesetzlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse für ihre eigenen Interessen aus. Mit leeren Händen wollte kaum jemand, der das System kannte und zu nutzen wußte, die untergehende DDR verlassen. In den ländlichen Regionen gelang es ehemaligen Funktionären, ihre Stellung und ihr Wissen gewinnbringend beim Übergang zur Marktwirtschaft einzusetzen, jedoch zum Leidwesen vieler kleiner Anteilseigner aus den Betrieben. Daß sich die Vorgänge in Richtung Privatisierung nur selten im Rahmen rechtsstaatlicher Vorgaben vollzogen, steht heute fest, denn der Wechsel von SED-Funktionären in den Mittelstand und die damit verbundene Vermögensverschiebung vollzog sich in zum Teil äußerst illegalen Vorgehensweisen.

Die folgende Darstellung der Auseinandersetzung bei der Privatisierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) soll dazu dienen, den Zusammenhang zwischen Machenschaften von ehemaligen SED-Funktionären und deren Seilschaften mit der Agrargesetzgebung der Regierungen Modrow und de Maizière darzustellen. Wesentliches Augenmerk richtet sich dabei auf den Bereich der Landwirtschaft, da sich hier belegen läßt, wie die alten Kader und Funktionäre Macht aufbauten und benutzten, um gezielt Vermögenswerte zu sichern. Hilfreich war ihnen dabei

⁴⁶¹ Vgl. Werkzeuge des SED-Regimes Der Bereich Kommerzielle-Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski, a.a.O., S. 371; Suhr, Heinz, a.a.O., S. 45.

vor allem die Tatsache, daß landwirtschaftliche Betriebe nach dem Fall der Mauer nicht der treuhänderischen Kontrolle unterlagen.

Das Fortwirken alter Kader läßt sich in den Nachfolgeunternehmen der LPG lange Zeit nachvollziehen, noch bis heute finden sich alte SED-Funktionäre in Spitzenpositionen zahlreicher Unternehmen und Betriebe sowie in anderen Bereichen des öffentlichen Leben - ihre Machterhaltungsstrategien sind immer noch anhaltend.⁴⁶²

Bei der Umwandlung von LPGs in private Unternehmen zeigte sich sehr bald, welcher Personenkreis es verstand, Vorteile aus den Privatisierungen zu ziehen. In der DDR wurden die LPG, wie alle staatlichen Unternehmen von Kadern angeführt, womit der SED-Machtsicherungsanspruch gewährleistet wurde.⁴⁶³ Diese Kader, so zeigte sich, hielten ihre Macht auch nach der Wiedervereinigung fest in den Händen.

Am 06.03.1990, keine zwei Wochen vor der ersten freien Volkskammerwahl, passierten vier Gesetze die Volkskammer, die sich auf eine Umstrukturierung des Agrarrechts in der DDR bezogen.⁴⁶⁴ Mit dem Paragraphen 19 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des LPG-Gesetzes wurde den LPG ein Vorkaufsrecht an Betrieben und landwirtschaftlichen Nutzflächen eingeräumt. Daneben ermöglichte das Gesetz über die Übertragung volkseigener Nutzflächen in das Eigentum der LPG den Erwerb von Eigentum an den von ihnen genutzten Flächen. Mit dem Gesetz über die Rechte der Eigentümer von Grundstücken aus der Bodenreform schuf die Modrow-Regierung die Grundlagen, die den heutigen Eigentümern die Erlangung einer vollwertigen Eigentümerstellung ermöglichte.⁴⁶⁵

⁴⁶² Vgl. Interview mit Edelgard Jeske, ehemalige Mitarbeiterin bei der ZERV, im Anhang, S. 286 f.

⁴⁶³ Vgl. Jeske, Edelgard: Studie zum Thema Seilschaften, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VIII, Frankfurt a.M. 1995, S. 759 f.; Schneider, Eberhard: Die Politische Funktionseelite der DDR, Opladen 1994, S. 90 ff.

⁴⁶⁴ Vgl. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik Teil I Nr. 17 vom 16.03.1990, S. 133 ff.; Schweizer, Dieter: Das Recht der landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz, Köln 1994, S. 57.

⁴⁶⁵ Schweizer, Dieter, a.a.O., S. 56 ff.

Es ist eindeutig festzustellen, daß die Gesetze zur Umstrukturierung des Agrarrechts durch die Modrow-Regierung miteinander in Beziehung standen und für die wenig später beginnenden unrechten Vermögensauseinandersetzungen vorbereitend wirkten.

Mit dem Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften *„beabsichtigte meine Regierung ein umfassendes Gesetz zur Neubestimmung der Rechte und Pflichten der LPG vorzulegen.“* So begründet Hans Modrow den Entscheidungsvorschlag seiner Regierung, der die Rolle des Eigentums in der LPG und im Verhältnis der Mitglieder zur Genossenschaft erhöhen sollte.⁴⁶⁶

Ferner sollte das Eigentum der in den LPG kollektivierten Bauern ebenso wie die Ansprüche derselben gegenüber ihrer Genossenschaft gesichert werden. Was auf den ersten Blick gerecht und nachvollziehbar erscheint, entpuppte sich nach weiteren Gesetzesänderungen nach der ersten freien Volkskammerwahl zum großen Fiasko für viele Bauern, die aus den Genossenschaften austreten wollten.

Zur genaueren Darstellung der Problematik bei der Vermögensauseinandersetzung der Bauern mit ihren Genossenschaften / LPGs muß in den 40er und 50er Jahren begonnen werden, in denen Deutschlands größte Güter (bis 1945) östlich der Elbe lagen. Zwischen 1945 und 1949 wurden mit der Bodenreform Gutsherren und Landadelige von den Sowjets unter der Parole „Junkerland in Bauernhand“ enteignet.⁴⁶⁷ Anfang der 50er Jahre setzte dann die Zwangskollektivierung ein, in deren Folge sich die Bauern mit ihren Betrieben, landwirtschaftlichen Flächen und Produktionsmitteln zusammenschließen hatten.⁴⁶⁸ Dieser Vorgang dauerte bis etwa 1960.

Der nächste rechtliche Einschnitt nach der Agrargesetzgebung der Modrow-Regierung vollzog sich am 29. Juni 1990, als das Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LwAnpG) auf den Weg gebracht wurde

⁴⁶⁶ Vgl. Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991, S. 87.

⁴⁶⁷ Vgl. Lochen, Hans - Hermann: Grundlagen der Enteignungen zwischen 1945 und 1949, in: Deutschland Archiv 10/1991, S. 1027; vgl. auch Bauerkämper, Arnd: „Junkerhand in Bauernhand?“ Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996.

⁴⁶⁸ Vgl. Schweizer, Dieter, a.a.O., S. 24.

und die Umwandlung der LPG in eingetragene Genossenschaften bis zum 01. Februar 1992 vorsah.⁴⁶⁹ Ziel des LwAnpG war es, die Kollektivwirtschaft der LPG in leistungs- und wettbewerbsfähige Betriebe umzuwandeln, und das Vermögen an die Mitglieder, sowohl der ausscheidenden, als auch der in den landwirtschaftlichen Nachfolgeunternehmen verbleibenden gerecht aufzuteilen. Die LPG hatten gemäß des LwAnpG Eröffnungsbilanzen zu erstellen, aus denen hervorgehen sollte, welche materiellen und finanziellen Werte innerhalb der Betriebe und Unternehmen der LPG vorhanden waren. Angefertigt wurden die Bilanzierungen unter der Leitung der jeweiligen LPG-Vorsitzenden, die auch den aus den LPG ausscheidenden Anteilseignern finanzielle Abfindungen zu leisten hatten, bevor neue, private Gesellschaften gegründet wurden.⁴⁷⁰ Mit dem LwAnpG erhielten die Bauern das Recht, Boden und eingebrachtes Inventar wieder aus der LPG herauszulösen.

Im Verbindung mit der Privatisierung war schnell großer Unmut bei den aus den LPG ausscheidenden Mitgliedern entstanden, der darauf zurückzuführen ist, daß viele Nachfolgeunternehmen nur Bruchteile des tatsächlichen Wertes des Vermögens der LPG an ausscheidende Mitglieder auszahlten. Die Eröffnungsbilanzen der LPG lieferten dabei die Grundlage für die Höhe der Abfindungen und den Grund für den Ärger der Bauern. Etwa 40% der vorgelegten Bilanzen⁴⁷¹ lagen erwiesenermaßen unrichtige Angaben zugrunde, an denen inhaltlich manipuliert worden war.⁴⁷²

⁴⁶⁹ Vgl. Isermeyer, F.: Probleme und Lösungsansätze bei der Umwandlung von LPGen, Zwischenbilanz nach einem Jahr Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion, Braunschweig 1991, S.11.

⁴⁷⁰ Vgl. Turner, Georg; Karst, Ulrich: Die Umwandlung Landwirtschaftlicher Produktionsgemeinschaften, in: Deutsch - Deutsche Rechts-Zeitschrift Heft 2/1992, S. 33 ff.; Wenzel, Joachim: Probleme der Vermögensauseinandersetzung und Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der Rechtsprechung des BGH, in: Agrarrecht, Zeitschrift für das gesamte Recht der Landwirtschaft, Heft 1/1995, S. 2.

⁴⁷¹ In einem Bericht des Instituts für Agrarökonomie der Kieler Universität im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums angefertigt wurde dargebracht, daß jeder zweite Betrieb falsche Bilanzierungen erstellte, vgl.: Welt am Sonntag, 06.10.1996.

⁴⁷² Vgl. Moderner Bauernkrieg, in: Der Spiegel vom 04.11.1996; Lohlein, Fritz: Vermögensauseinandersetzung, Bewertung und Auskunftsanspruch, in: Agrarrecht, Heft 6/1994, S.1.

Der Grund für die vorgenommenen Fälschungen ist einfach zu erklären. Aus etwa 3800 aufgelösten LPG gingen ca. 2800 Nachfolgebetriebe hervor, deren Geschäftsführer und Eigentümer in den meisten Fällen die alten LPG-Vorsitzenden waren. Diese hatten ein besonderes Interesse, das Vermögen in den Eröffnungsbilanzen zwecks Gewinnmaximierung für das Nachfolgeunternehmen herunterzurechnen.

„Nirgends haben die Führungskader der DDR die Wende so gut überstanden wie auf dem Lande“, so überschrieb der Spiegel einen Beitrag über das Fortbestehen alter Seilschaften in der Landwirtschaft.⁴⁷³

Die Altkader der DDR sind im Geschäft etabliert, wie z.B. der ehemalige Hohenfelder LPG-Vorsitzende Kowolik, der heute als Geschäftsführer des Nachfolgebetriebes Peeneland e.G. einen Betrieb mit fast 5.000 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche verwaltet, womit er einer der mächtigsten Männer im Umkreis ist.⁴⁷⁴

Neben der Tatsache, daß die alten Kader mittels unrechten vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen die alten LPG günstig übernehmen konnten, erschwerten sie auch denjenigen Bauern das Leben, die nicht den entsprechenden Seilschaften angehörten.

Bauern, die sich bei der Vergabe von Pachtland bewarben, um eine eigene Existenz aufzubauen, mußten feststellen, daß die Entscheidung über die Verteilung von Pachtland von solchen Personen getroffen wurden, die auch in der DDR schon zu den Entscheidungsträgern gehörten. Artur Walda z.B., der ehemalige Chef einer Groß-LPG in Grünlichtenberg, wurde in kürzester Zeit Herrscher über die sächsische Agrargenossenschaft Grünlichtenberg, die über 5.500 Hektar landwirtschaftlicher Nutzungsfläche verfügte. Daneben ist er auch in den Vorstand des Deutschen Bauernverbandes aufgestiegen und lenkt von dort aus die Geschicke der im Verband organisierten landwirtschaftlichen Betriebe.⁴⁷⁵ Ebenso wurden wichtige Ämter, z.B. in der Pachtkommission auf Rügen, die über die Vergabe von

⁴⁷³ Der Spiegel: Belogen und Betrogen, a.a.O, S. 53.

⁴⁷⁴ Vgl.: Unfaßbare Chance der Altkader - Ihre Machenschaften werden nur halbherzig verfolgt, in: Die Welt vom 13.10.1996, S. 2.

⁴⁷⁵ Der Spiegel: Belogen und Betrogen, a.a.O.

landwirtschaftlichen Flächen mitentscheidet, nachweislich von alten Kadern besetzt.⁴⁷⁶

Beeinträchtigt durch die angeführten Seilschaften wurden in erster Linie wieder die „kleinen“ Bauern, die zuvor schon bei der Abfindung für das, was sie einst in die LPG einbringen mußten, unzureichend abgefunden worden waren.

Der Einfallsreichtum krimineller Machenschaften ist an dieser Stelle längst nicht ausgeschöpft. Subvention ist das nächste Kapitel, das bei zahlreichen Betrügereien einen geschätzten Schaden in der Größenordnung von mehreren Milliarden DM ausmacht. Bis zum Herbst 1996 waren 20 Milliarden DM an Subventionen, unter anderem als Anpassungshilfen, in die Ost-Landwirtschaft geflossen.⁴⁷⁷ Daß es bei der Umwandlung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu strafbaren Handlungen gekommen ist, beweisen zahlreiche Ermittlungsverfahren, die in der Zentralen Ermittlungsstelle Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) gesammelt werden. Dort weiß man, daß es neben der Manipulation von Eröffnungsbilanzen und der damit verbundenen Schädigung der ausscheidenden Mitglieder auch zu Subventionsbetrügereien in der Landwirtschaft seitens der Nachfolgeunternehmen im großen Stil gekommen ist. Nachdem falsche Bilanzen zugrunde gelegt worden waren, wurden Anpassungshilfen von staatlicher Seite geleistet, um für die Nachfolgeunternehmen eine Angleichung an marktwirtschaftliche Verhältnisse zu gewährleisten.⁴⁷⁸

Bereits kurze Zeit nach der Wiedervereinigung zeigte sich, daß das LwAnpG in der Version vom 29. Juni 1990 den Anforderungen der Praxis nicht gewachsen war. In erster Linie waren die Regelungen über die Vermögensauseinandersetzungen und Umstrukturierungen von LPG nicht

⁴⁷⁶ Vgl. Altkader am Hebel - Wie „Rote Junker“ die Insel Rügen untereinander aufteilen und mit Subventionen reich werden wollen, in: Die Welt vom 06.10.1996.

⁴⁷⁷ Vgl. Unfaßbare Chance der Altkader -Ihre Machenschaften werden nur halbherzig verfolgt, in: Die Welt vom 13.10.1996.

⁴⁷⁸ Vgl. Kittlaus, Manfred: Anhaltende Gefährdung durch kriminelle Seilschaften und Probleme bei der Bekämpfung der Regierungs-, Funktionärs und Vereinigungskriminalität, in: Koschyk, Hartmut; Weiß, Konrad: Von Erblasten und Seilschaften, a.a.O., S.188 ff.

klar genug.⁴⁷⁹ Bis November 1996 kam es insgesamt zu drei Gesetzesänderungen des LwAnpG, das kurze Zeit vor Verjährung der Abfindungsansprüche für ausscheidende LPG-Mitglieder am 08. November 1996 einer vierten Gesetzesänderung unterzogen wurde. Nachdem sich herausstellte, daß es zu zahlreichen Straftatbeständen bei der Vermögensauseinandersetzung zwischen LPG und ausscheidenden Bauern gekommen war, sollte das vierte Änderungsgesetz unter anderem den Anspruchsberechtigten ermöglichen, ihre Forderungen durch eine Verlängerung der Frist auf fünf Jahre weiterhin stellen zu können.⁴⁸⁰

Welche politische Macht mit der wirtschaftlichen einhergeht, beweist die Allianz der ehemaligen LPG-Vorsitzenden gegen diese vierte Gesetzesänderung. Die ostdeutschen Landesverbände des Deutschen Bauernverbandes, der Deutsche Raiffeisen-Verband, welcher bei der Privatisierung der LPG Unterstützungsarbeit leistete, sowie Angehörige der Agrarverwaltung und Landwirtschaftsministerien versuchten das vierte Änderungsgesetz aufzuhalten, allerdings ohne Erfolg.⁴⁸¹

Fortwirkende Strukturen alter Seilschaften unter Beteiligung ehemaliger Landwirtschaftsfunktionäre sind gerade im Bereich der Landwirtschaft zu verzeichnen. Der Stellenwert der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern läßt auf ein enormes Wirtschaftskapital schließen, so daß kommunalpolitische Entscheidungen in den Landkreisen und Gemeinden davon nicht unberührt sein dürften. Mit anderen Worten: Das Fortwirken der alten Funktionäre und Kader in landwirtschaftlichen Unternehmen, Teilen von Verwaltung, Behörden, Verbänden und Ministerien etc., verbunden mit ihrer wirtschaftlichen Macht, führt zu einer nicht zu unterschätzenden Einflußnahme auf das öffentliche Leben.

Bei der strafrechtlichen Bearbeitung von Delikten, die in Verbindung mit der Umwandlung der LPGs stehen, hatten es die ermittelnden Behörden mit Untreue, Betrug, Konkursdelikten und Subventionsbetrug zu tun. Die Möglichkeiten krimineller Energien, begünstigt durch die Gesetzgebung der Regierung Modrow, kannte kaum Grenzen.

⁴⁷⁹ Vgl. Hier geschieht Unrecht, Der Spiegel, Heft 19/1991, S. 70-80.

⁴⁸⁰ Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/136 vom 08.11.1996.

⁴⁸¹ Vgl. Altkader am Hebel - Wie "Rote Junker" die Insel Rügen untereinander aufteilen...., in: Die Welt, a.a.O.

IV Schlußbetrachtung

Der Zusammenbruch des „realexestierenden Sozialismus“ in der DDR ist auf drei Ursachen zurückzuführen, die eng miteinander verzahnt sind. Neben der sowjetischen Reformpolitik von Perestroika und Glasnost sowie der erstarkenden Macht der Bürger- und Oppositionsbewegung, lieferte die katastrophale ökonomische Lage der DDR aber den entscheidenden Beitrag zum Niedergang. Die Beschäftigung mit der Geschichte in Deutschland hat nach dem Zusammenbruch der DDR zahlreiche Fragen aufgeworfen. Die erste und zugleich elementare Frage stellte sich nach den wahren Ursachen für das Scheitern der DDR, auf die man von Seiten der Wissenschaft nicht selten weit auseinander liegende Antworten erhält. Das gleiche Bild ergibt sich, stellt man in der Öffentlichkeit die Frage, wer verantwortlich war für den Untergang der DDR. Die Antworten sind vielfältig und verweisen von der Bürger- und Oppositionsbewegung, Gorbatschows Reformpolitik, einer verfehlten SED- Politik, bis hin zu Ursachen, die in der Person Erich Honecker liegen. Das Bewußtsein aber, daß die DDR wirtschaftlich vor dem Aus stand, war und ist in großen Teilen der Bevölkerung der ehemaligen DDR und auch in der gesamtdeutschen Bevölkerung kaum vorhanden. Obwohl die desolante Wirtschaftslage im DDR-Alltag in Form von Versorgungsengpässen zu spüren war, führte dieser Zustand aber nicht dazu, daß auch ein echtes Bewußtsein entstanden wäre, die Auswirkungen einer verfehlten Wirtschaftspolitik hätten es vermocht, das System tatsächlich zum Einsturz zu bringen. Wenngleich bei der Wahrnehmung der Ursachen für den Niedergang der DDR individuelle Erfahrungen der Bevölkerung eine Rolle spielen, so ist doch eindeutig festzustellen, daß das wirtschaftliche Aus eher am Rande des Ursachengefüges wahrgenommen wird.

Die Auslandsverschuldung gegen Ende der 80er Jahre war in der DDR auf über 50 Milliarden DM angestiegen - das Stoppen der Verschuldung hätte die Senkung des Lebensstandards im Jahre 1990 von 25-30% bedeutet, was nach Aussage des ehemaligen Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, die Unregierbarkeit der DDR zur Folge gehabt hätte. Zu groß waren die aufzubringenden Haushaltsmittel des

Staates für Subventionen von Mieten, Strom, Gas, Lebensmitteln, für die innere und äußere Sicherheit und für Investitionen in Verlustobjekte, wie z.B. die Chipproduktion. Im Gegenzug aber stiegen die Erzeugerpreise in der DDR, so daß staatliche Zuschüsse von Jahr zu Jahr erhöht werden mußten. Zu aufwendig und träge war die Verwaltung der zentralgelenkten Planwirtschaft mit ihrem ungeheuren Ausmaß an Behörden und Gremien, die sich zudem gegenseitig behinderten. Die Vielzahl der Funktionsschwächen des Systems, aber auch der Führungsstil der politischen Führungsriege schwächten die Volkswirtschaft der DDR. Obwohl es ausreichend Möglichkeiten gab für die Mitglieder des Politbüros, das reale Bild der Wirtschaft wahrzunehmen, wurden dennoch keine wirksamen Reformen auf den Weg gebracht, um die Situation langfristig zu verbessern. Die Verflechtung von Politik und Wirtschaft in einem System, in dem die marxistisch-leninistische Ideologie im Vordergrund stand, wirkte sich außerordentlich hemmend auf das Wirtschaftssystem aus. Darüberhinaus war die Haltung der Politbüromitglieder, insbesondere die der „Alten Garde“, zu der Erich Honecker und Günter Mittag gehörten, ablehnend gegenüber Erneuerungen und Veränderungen, die es vermochten, ihr „Lebenswerk“ in Frage zu stellen oder gar in Gefahr zu bringen. Die Gesamtheit der genannten Umstände und Faktoren führte zur Verschlechterung der ökonomischen Lage und trieb die DDR-Volkswirtschaft letztlich in den Ruin. Einen bemerkenswerten Stellenwert nimmt dabei die zur Ideologie mutierte Wirtschaftswissenschaft ein, sie diente der ideologischen Rechtfertigung des Herrschaftsanspruch der SED, infolgedessen die Ökonomie fest an politische Ziele gebunden war. Da es jedoch nicht in erster Linie politische Ziele und Ideologien sind, die den Erfolg eines Wirtschaftssystems bestimmen, sondern vielmehr die Gesetzmäßigkeiten des Marktes, die sich mittels einer gänzlich vorgegebenen politischen Ausrichtung nicht lenken lassen, erkrankte die DDR-Wirtschaft frühzeitig an einem Zuviel an falscher ideologischer Fremdbestimmung. Diese Erkenntnis wurde im Kreise der SED-Führung verdrängt bzw. als nicht so weitreichend erkannt, als daß Gegenregulierungen zum rechten Zeitpunkt für nötig befunden worden wären.

Nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch und dem Fall der Mauer unternahm die SED-Führung letzte Versuche, politische Macht, das politische System und die volkswirtschaftliche Lage zu stabilisieren. Als letzter Trumpf wurde mit dieser letztlich nicht aus eigener Kraft zu bewältigenden Aufgabe Hans Modrow beauftragt, der als letzter sozialistischer Ministerpräsident der DDR in die Geschichte einging. Seine Regierung versuchte zunächst an der sozialistischen Planwirtschaft festzuhalten, doch noch vor Ablauf des Jahres 1989 zeigte sich, daß die Reformen des planwirtschaftlichen Systems nicht griffen. Die SED lehnte eine Wirtschaftsreform nach dem Vorbild der sozialen Marktwirtschaft zunächst ab, da dies als Wegbereiter zur „Annexion“ durch die Bundesrepublik Deutschland betrachtet wurde. Mit zunehmender Diskussion bezüglich eines zukünftigen Wirtschaftssystems wurden dann aber Vorstellungen eines „Dritten Weges“ immer deutlicher. Dieser sah eine Kombination wünschenswerter Elemente aus Plan- und Marktwirtschaft vor, wobei es galt, das „Unsoziale und Ungerechte“ der Marktwirtschaft auszumerzen und mit den „humanen Werten“ des Sozialismus zu verbinden. Noch während der Diskussionen zum „Dritten Weg“ trat Wirtschaftsministerin Christa Luft am 16. Januar 1990 vor die Jahreshauptversammlung der Industrie- und Handelskammer und bekannte sich schließlich öffentlich zur sozialen Marktwirtschaft. Ministerpräsident Modrow hatte seine Zustimmung zur sozialen Marktwirtschaft bereits im Dezember 1989 bekundet, als die Diskussion zum künftigen Kurs der Wirtschaft in vollem Gange war. Auf der anderen deutschen Seite stand der politische Kurs der Bundesregierung, der von Anfang an die Vorgabe des Grundgesetzes anvisierte, das „gesamte Deutsche Volk“ über die Vollendung der Einheit entscheiden zu lassen. Die Bundesregierung bot neben einem anfänglichen Soforthilfeprogramm auch längerfristige Maßnahmen an, die auf die Wirtschafts- und Sozialunion sowie einer Währungsgemeinschaft beider deutschen Staaten ausgerichtet waren. Daran an schloß sich die Hoffnung der Bundesregierung auf eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Die neue Führung der DDR befand sich in einer Position, die wenig Handlungsspielraum ließ für Alternativen, da das Angebot der Bundesregierung das einzige war, was die

Rettung aus der katastrophalen Lage bedeuten konnte. In kurzer Zeit waren sich sowohl die DDR-Führungsriege, als auch die Bundesregierung bewußt, daß es der politischen Führung der DDR vermutlich nicht gelingen würde, das System aus eigener Kraft aufrecht zu erhalten. Es kam fortan vermehrt zu Verordnungen, Gesetzen und Maßnahmen innerhalb des Regierungsapparates, in dessen Folge, die politische Führung, alte SED-Genossen und treue Gefolgsleute in den Zustand versetzt wurden, finanzielle und materielle Vorteile für sich in Anspruch zu nehmen.

Mit der Übernahme des Amtes als Ministerpräsident verband Hans Modrow nach öffentlichem Bekunden in seiner ersten Regierungserklärung die Demokratisierung der DDR. Das politische Wirken seiner Regierung vermochte jedoch nicht, einen wirklichen Abschluß des Unrechts herbeizuführen, das jahrzehntelang auf der Tagesordnung der DDR gestanden hatte. Obwohl es keine Mauertoten mehr zu beklagen gab und auch das Wirken des Hauptinstrumentes des Totalitarismus, der Staatssicherheit, nicht mehr auf „Terrorisierung und Menschenrechtsverletzungen“ ausgerichtet war, bestanden noch alte Strukturen, deren Fortwirken und Folgen lange Zeit zu spüren sein würden. Auch im elften Jahr der Wiedervereinigung ist die Geschichte der DDR allgegenwärtig. Immer noch ist eine juristische Aufarbeitung nicht abgeschlossen, nur selten wurde DDR-Unrecht wiedergutmacht. Doch es sind nicht nur die Mauerschützen und deren Auftraggeber sowie die wegen Rechtsbeugung angeklagten Richter, die zur Verantwortung gezogen werden sollten. Die Zahl derer ist groß, die in der DDR auf der „Gewinnerseite“ standen, auf der sie auch heute wieder anzutreffen sind. Viele von ihnen sind nicht verantwortlich gemacht worden für vorgenommene unerlaubte Handlungen, mit denen sie ihr Auskommen gesichert haben. Die Rede ist von alten Kadern, die auch heute noch in zahlreichen Institutionen des öffentlichen Lebens sitzen und damit wieder an der Spitze stehen, so wie sie es auch in der DDR taten. Die letzte kommunistische Regierung der DDR muß sich vorwerfen lassen, als Wegbereiter krimineller Machenschaften der alten Funktionäre und Genossen, die sich in Seilschaften organisierten, gewirkt zu haben. In der

Zeit des Umbruchs versuchten Nomenklaturkader der DDR ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Stellung zu retten, wobei sie insbesondere Kontakte zu Gleichgesinnten und ihre Positionen in Wirtschaft und Verwaltung nutzten. Die „Hoch-Zeit“ der Seilschaften ging einher mit der Ankündigung der „deutschlandpolitischen Wende“ durch die Modrow-Regierung. Zu diesem Zeitpunkt bestand endgültig Klarheit über die Zukunft der DDR, die ihr Ende in der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten finden würde. Die Genossen, Kader und treuen Gefolgsleute des SED-Staates erkannten, daß ihre Zeit im sozialistischen Staat abgelaufen war, ihr Grundsatz hieß fortan: „retten, was zu retten ist.“ Die Verbindungen von bestehenden und neu entstehenden Seilschaften erstreckten sich dabei aber auch auf den Westen, wo sich ebenfalls bereitwillige Partner fanden, die von der Goldgräberstimmung profitieren wollten. Die Größenordnung der Verbindungen westlicher und östlicher Seilschaften wird häufig unterschätzt; die Annahme, Seilschaften seien lediglich eine Erfindung der DDR, ist nicht zutreffend.

Der Versuch zur Sicherung wirtschaftlicher Macht war jedoch nicht ausnahmslos bei einzelnen Personen oder Gruppierungen festzustellen, es gab gerade auch innerhalb der SED und späteren PDS nachweislich massive Bemühungen, das Parteivermögen vor dem Zugriff der Treuhandanstalt zu sichern. Die Partei vermittelte dabei Darlehen, ohne Sicherheiten der Kreditnehmer zu verlangen, in Höhe von über 217 Millionen DM an Genossen und treue Gefolgsleute. Durch die Kredite sollte das Leben nach dem Sozialismus erträglich umgestellt werden. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben als Nachfolger der Treuhandanstalt war lange Zeit bemüht, Kreditrückzahlungen einzutreiben, sofern sich diese überhaupt noch nachvollziehen ließen.

Als Merkmal der Machtsicherung durch die Modrow-Regierung muß das Festhalten an der Nachfolge-Institution des MfS gewertet werden. Den Versicherungen Modrows zum Trotz, daß es Aufgabe des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) sei, für die innere Sicherheit in der DDR Sorge zu tragen, ist entgegenzuhalten, daß er dabei eine personelle Übernahme der alten Stasi-Mitarbeiter vorsah. Diese sollten in einer Institution mit

neuem Etikett ihren „erlernten Beruf“ fortführen. Überhaupt sorgte sich Modrow um die berufliche Zukunft der ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Neben der personellen Übernahme durch das AfNS verfügte er über Übergangszahlungen an ausscheidende Mitarbeiter, die dadurch zum Teil über Jahre hinweg versorgt wurden. Die Eingliederung der jüngeren ehemaligen MfS-Mitarbeiter in den Arbeitsmarkt trieb der Ministerpräsident mit dem Aufruf an die Generaldirektoren der Kombinate und Unternehmen der DDR voran, alle verfügbaren Arbeitskräfte einzustellen und dabei auch Stasi-Kräfte nicht auszuschließen. Mit einer Hinhaltestrategie insbesondere gegenüber dem Runden Tisch gelang es Modrow, die Vernichtung von Aktenbeständen des MfS voranzutreiben. Diese Reißwolfaktionen entwickelten in der Amtszeit Modrow eine enorme Brisanz, da es natürlich unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Bevölkerung und der Regierung zum Umgang mit den Beständen des MfS gab. Zu gefährlich waren die in den Magazinen befindlichen Aufzeichnungen für Mitglieder des Staatsapparates, zudem konnten brisante Aktenbestände dem Ziel der Erneuerung des Sozialismus in der DDR im Wege stehen. Hans Modrow wußte um diese Gefahr und befürwortete Aktenvernichtungen von höchster Stelle. Mit seiner Verschleierungs- und Hinhaltestrategie machte er sich zudem moralisch strafbar, seine Zurückhaltung bei Kaderangelegenheiten sowie das Vorgehen in eigentumsrechtlichen Fragen begünstigten „Regimetreue Genossen“. Modrow trägt die Verantwortung für diese Vorwürfe, eine Entschuldigung, die Tragweite nicht abgesehen zu haben, kann nicht gelten, die Beweise sprechen gegen ihn.

Das Festhalten am bisherigen Instrument staatlicher Macht- und Herrschaftssicherung, die Unterbringung und Eingliederung der alten Nomenklaturkader des MfS in das AfNS, die Reißwolfaktionen zur Vernichtung der Stasiakten zwecks Verschleierung von Korruption, Amtsmißbrauch und krimineller Machenschaften des MfS, die außerordentlichen Absicherungen ausscheidender Mitarbeiter der Staatssicherheit in Form finanzieller und materieller Werte - all das spricht gegen Modrows Bekenntnis, eine demokratische Neuordnung der DDR

vorzunehmen, aber es spricht für das Festhalten an Strukturen des alten Systems, für den Versuch der Sicherung von Macht.

Mit dem Gesetz zum Verkauf volkseigener Gebäude und Grundstücke, das noch in den letzten Tagen vor dem Ablauf der Regierungs-Amtszeit von Modrow auf den Weg gebracht wurde, erhielten systemtreue Genossen die Möglichkeit, zu Niedrigstpreisen Grund und Boden inklusive Haus im Wert von insgesamt mehreren Milliarden DM zu erwerben. Gewinner des sogenannten Modrow-Gesetzes waren zahlreiche Personen, die sich durch herausragende Leistungen bei der Stärkung, Festigung und beim Schutz der DDR verdient gemacht haben. Auch die Tatsache, daß Modrow nach eigenem Beteuern nichts über die seinerzeit von Schalck-Golodkowski geführte „Kommerzielle-Koordinierung“ gewußt haben will, ist längst widerlegt worden. Nachweislich sorgte er zusammen mit den Ministern Beil und Siegert dafür, daß frühere Betriebe und Vermögenswerte aus dem Bereich KoKo vor dem Zugriff der THA gesichert wurden. Unter anderen Namen (Berliner Handels- und Finanzierungsgesellschaft), wurden Teile des ehemaligen Bereichs KoKo fortgeführt. Die dort verbliebenen Häuser, Grundstücke, Bürogebäude und Ferienheime wurden letztlich wieder zu Vorzugspreisen an „verdiente Kämpfer“ und Genossen veräußert.

Zusammenfassend kann und darf Modrow nicht als die Person angesehen werden, für die er sich auszugeben versuchte, denn er war nicht als Reformier mit ausnahmslos transparenten, aufrichtigen und besten Absichten für Land und Leute angetreten. Legitim war sein Vorhaben, den Sozialismus in der DDR zu retten und zu bewahren und unter dieser Vorgabe Macht und Einfluß von Partei und Staat zu festigen. Unlauter aber waren Verstrickungen im Machtgefüge der SED/PDS, sein Vorgehen beim Aufbau des Amtes für Nationale Sicherheit, die Anordnungen zur Aktenvernichtung des MfS, Gesetzesvorhaben, in deren Folge alte Genossen in den Genuß finanzieller und materieller Werte kamen sowie die Unterbringung von ehemaligen Staatsbediensteten, insbesondere vom MfS, in zivile Institutionen. Dennoch konnte Modrow in nur 126 Tagen Regierungszeit auch Erfolge verbuchen. Es gelang ihm, die innenpolitische Lage der DDR, wenn auch nur bedingt, zu stabilisieren, doch in Folge der

kurzen Amtszeit erhielt seine Regierung nicht die Möglichkeit, das wieder gut zu machen, was die Erbschaft aus über 40 Jahren DDR hinterlassen hatte. Modrow verstand es dafür aber, die gespaltene Lage im Land zwischen Staat und Bevölkerung mit Hilfe einer taktisch klugen Einbindung der Opposition zu überbrücken. Er wußte worauf es ankam und welche Strategien voranzutreiben waren, damit sich die Ziele seiner Politik umsetzen ließen. Modrow war als Reformers an der Spitze der SED gestellt worden, doch es gelang ihm nicht, einen gefestigten sozialistischen Kurs wiederzufinden. Er selbst zieht heute eine Bilanz, die nach Selbstmitleid und Verbitterung klingt. Grund dazu hat Modrow, er hat das Ziel vom Regierungsantritt verfehlt, die Eigenstaatlichkeit für die DDR zu bewahren. Sein politisches Agieren war mehr auf Schadensbegrenzung für die SED und deren Genossen ausgerichtet, als auf die Schaffung einer tragfähigen Perspektive für die DDR.

Die Auseinandersetzung und Aufarbeitung der SED-Vergangenheit, inbegriffen die Modrow-Regierung, ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Die Zentrale Ermittlungsstelle für Vereinigungs- und Regierungskriminalität (ZERV) in Berlin hat ihre Arbeit eingestellt, letzte Gerichtsverfahren laufen. Es bleibt doch zu hoffen, daß die juristische Aufarbeitung nicht eher zum endgültigen Abschluß kommen wird, bevor SED-Unrecht nicht abschließend bearbeitet ist. Die Wahrscheinlichkeit noch Verantwortliche für SED-Unrecht zu belangen und zur Rechenschaft zu ziehen ist gering, denn die Geschichte liegt weit zurück, das Gesetz hat Verjährungsfristen. Wenngleich auch in großen Teilen der Öffentlichkeit der Ruf nach einem Schlußstrich unter die SED-Vergangenheit zu vernehmen ist, lagern noch in umfangreichen Mengen Materialien, z.B. in der Gauck-Behörde, deren Inhalt sicherlich noch manches Geheimnis beinhaltet. Ausstehende Auswertungen werden bei ehemaligen SED-Genossen sicher noch für Unruhe sorgen. Aber auch die DDR-Forschung weist immer noch Lücken auf, wie Hermann Weber auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte feststellte.⁴⁸² Hier bleibt die Wissenschaft auch in Zukunft aufgefordert, ihre Forschungen weiter voranzutreiben.

⁴⁸² Weber, Hermann: „Asymmetrie“ ..., a.a.O., Aus Politik und Zeitgeschichte Das Parlament, B26/97 20. Juni 1997.

Interview mit Alexander Rahr, Autor und Russlandexperte bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) am 01. Sept. 2000.

M.O.: Herr Rahr, können Sie kurz einige Ausführungen zum Weg von Michail Gorbatschow zum sowjetischen Generalsekretär machen?

A.R.: Damals im März 1985 war die Sachlage sehr eindeutig. Gorbatschow war mit Abstand das jüngste Mitglied im Politbüro. Er war schon vom Generalsekretär Juri Andropow in eine Führungssituation innerhalb des Politbüros und des Sekretariats beordert worden. Gorbatschow hat an seiner Karriere natürlich tüchtig gearbeitet, in den 70er Jahren war er Parteichef einer wichtigen Region gewesen im Süden Rußlands, in der hochrangige Politbüromitglieder Urlaub machten. Andropow und Suslow etc., und während des Urlaubs dieser Parteigrößen hat er sich mit ihnen angefreundet, hat mit ihnen über Politik diskutiert und ich glaube, das war nachher das Ticket nach oben. Ich denke, 1985 war in der Tat kein einziger Konkurrent da, der gegen Gorbatschow hätte antreten können, und so war seine Wahl von vornherein nicht geplant gewesen, aber vorprogrammiert von der ganzen politischen Entwicklung her.

M.O.: Was war er denn für eine Persönlichkeit und inwieweit unterschied er sich von seinen Vorgängern, z.B. von Breshnew?

A.R.: Erstens mal kam Gorbatschow aus einer ganz anderen Generation, so wie übrigens auch Putin aus einer ganz anderen Generation kommt als Jelzin. Er hatte den zweiten Weltkrieg nur als Kind miterlebt, für Breshnew war das mehr ein Trauma gewesen. Gorbatschow kannte den Stalinismus nur vom Hörensagen, als er Jugendlicher war, war Stalin gestorben. Breshnew machte seine Karriere noch in den dunklen Jahren des Stalinismus. Ich glaube, das ist der bedeutende Unterschied. Dann wollte Gorbatschow das System wirklich reformieren, weil er aufgrund seiner gesamten Informationslage und seines gesamten offenen Denkens – er hat

sich auch mit dem Westen intensiv beschäftigt - mehr der Meinung war, daß die Sowjetunion radikal reformiert werden müßte, was vor allem die Wirtschaft anging. Breshnew dachte, man könnte das stalinistische System konservieren und die Großmacht Sowjetunion so über Jahrzehnte hinweg am Leben erhalten.

M.O.: Sie sprechen es gerade an, wirtschaftliche Unzulänglichkeiten. War das die eigentliche Ursache, warum Gorbatschow den Richtungswechsel zu Perestroika und Glasnost vorangetrieben hat?

A.R.: Ja, ich glaube, daß Gorbatschow auch nicht alleine an die Macht kam, sondern mit ihm zusammen eine ganz neue Generation von Akademikern und Wissenschaftlern, die zuvor unter Breshnew keine Karriere machen konnten, oder nur von Zeit zu Zeit irgendwelche verschlüsselten Artikel in der wissenschaftlichen Presse publizieren konnten. Gorbatschow holte diese Leute an die Spitze des Staates und fing an, das sozialistische System zu reformieren und er machte genau das Richtige. Er griff den Parteiapparat an, wollte aber die Partei nicht spalten und nicht völlig entmachten. Er wollte in der Sowjetunion ein Parlament schaffen, das aber weiterhin autoritär vom Generalsekretär kontrolliert und regiert werden sollte. Er wollte den Teilrepubliken der Sowjetunion gewisse Autonomie im wirtschaftlichen Bereich zugestehen, ohne sie aus der Abhängigkeit zu entlassen. Das waren alles solche Halbschritte, die er da unternahm, die ihn nachher nicht nur die Karriere, sondern auch das Land kosteten.

M.O.: Gorbatschow hatte auch eine Menge Skeptiker im Land, wie gelang es ihm denn, auch ideologisch den Kurs zu rechtfertigen vor der Partei?

A.R.: Ich glaube, man muß sich in die Zeit hineinversetzen, in die Zeit von 1985 bis 1989. Gorbatschow mußte mit der Brechstange arbeiten, das System war noch auf einen Mann zugeschnitten, der Mann, der auf dem Thron des Generalsekretärs saß, konnte wie ein Papst walten, er konnte entscheiden, wohin das Land geht, und Widerspruch gab es nicht. Wenn

sich Widerspruch rührte, so wurde er sofort unterdrückt, und ich glaube nicht, daß er programmatisch seine Politik lange rechtfertigen mußte, die Öffentlichkeit hatte er – wenn es damals überhaupt eine Öffentlichkeit gab, aber es gab immerhin einige kritische Stimmen, auch die Intelligenz war da, die Dissidentenbewegung, sie war ja sofort auf seiner Seite, weil er sich sehr reformorientiert gab und außerdem verspürten auch die Menschen und auch die Elite, daß die Sowjetunion sich verändern mußte.

M.O.: Gorbatschow wurde ja zu einem Hoffnungsträger, sowohl in der Sowjetunion, als auch in der DDR Bevölkerung, gleich nach seinem Amtsantritt. Können Sie was dazu sagen, was sich die Menschen in der DDR erhofft haben von Gorbatschow?

A.R.: Ich glaube, daß die Menschen in der DDR genau dasselbe gefühlt haben wie die Menschen in der Sowjetunion, in Bulgarien oder in der Tschechoslowakei damals. Sie hatten es satt, immer dieselben Mumien im Fernsehen zu sehen an der Spitze des Staates und sie erhofften sich durch Gorbatschow wirtschaftliche Erleichterungen, ein besseres Leben, und - so denke ich - auch eine Öffnung Richtung Freiheit und Demokratie, Meinungsfreiheit. All diese Kriterien, mit denen die Menschen schon umgingen und danach strebten nach der KSZE-Schlußakte 1975, nach dem auch der westliche Einfluß in den 70er und vor allem 80er Jahren im kommunistischen Block immer stärker zu spüren war, die Leute sehnten sich nach diesen Idealen und Wertevorstellungen, die wir hier im Westen haben, und deshalb kam ein Mann wie Gorbatschow damals zur rechten Zeit, um auch die anderen Gesellschaften und Völker wachzurütteln.

M.O.: Wachrütteln ist das Stichwort. Mit der Aufgabe der Breshnew-Doktrin vollzog sich eine Zäsur. Zu welchem Zeitpunkt hat man im Land und auch in der DDR gemerkt, daß da jemand ist, aus dessen Reformen wir was lernen und machen können?

A.R.: Die Breshnew-Doktrin wurde ja nicht von einem Tag auf den anderen ad acta gelegt Ich denke, das war eher ein langwieriger Prozeß. Ich glaube,

der Zeitpunkt, als die Menschen anfangen, daran zu glauben, daß etwas wirklich gravierendes Historisches geschah in der Sowjetunion, waren die freien Wahlen, als tatsächlich oppositionelle Politiker wie z.B. Boris Jelzin Anfang 1989 ins erste freigewählte Parlament gewählt wurden. Eine Vorstufe dafür gab es ja schon 1988, als eine Parteikonferenz einberufen wurde, wo Delegierte auch frei gewählt wurden. Meine Meinung – vielleicht werden andere Experten andere Zeitpunkte aufzählen – ist, daß die freien Wahlen und plötzlich das Auftauchen von oppositionellen Politikern in Führungsetagen, in den Parlamenten, den Leuten wirklich gesagt hat, hier sind real Veränderungen passiert.

M.O.: Dasselbe kann ja für die DDR keine Gültigkeit gehabt haben, denn freie Wahlen gab es ja noch gar nicht. Aber irgendwie muß der Funke doch überggesprungen sein. Was für ein Verhältnis hatte Gorbatschow zur DDR?

A.R.: Ich glaube, die ostdeutsche Politik war vielleicht mit der Rumäniens zu vergleichen, mit keinem anderen Staat. In der Tschechoslowakei haben sich wenigstens teilweise noch Veränderungen ergeben, ganz zu schweigen von Ungarn und Polen. Aber die DDR und Rumänien waren meiner Meinung nach die Staaten, wo nichts Voranging. Deshalb waren die Revolutionen möglicherweise in diesen beiden Staaten am schrecklichsten für die Machthaber, für die Herrscher.

M.O.: Was für ein Innenverhältnis bestand zwischen Gorbatschow und Honecker?

A.R.: Ich glaube, für Gorbatschow mußte Honecker verschwinden, er hatte zu ihm überhaupt kein Verhältnis. Er symbolisierte für ihn die alte Breshnew-Zeit, von der er sich langsam zu lösen begann, er konnte mit ihm nicht reden, sie fanden keine gemeinsame Sprache und es konnte einfach nicht mehr so weiter laufen. Das Verhältnis war einfach kaputt zwischen der Führung der DDR und der in Moskau, und das war lange vor dem Gorbatschow-Besuch in der DDR so.

M.O.: Ist das jetzt nur geprägt auf die DDR oder trifft das auf alle Bruderstaaten zu?

A.R.: Gorbatschow mußte einfach alle Veränderungen im gesamten Ostblock durchführen. Schauen Sie, wenn er stehengeblieben wäre und seine Veränderungen nur in Rußland durchgeführt hätte, und da war es schon schwer genug, dann hätte er natürlich mit der Gefahr ständig leben müssen, daß gewisse Kommunisten in Osteuropa, die das alte Breshnew-System erhalten hätten, möglicherweise Einfluß auf seine Politik in der Sowjetunion hätten nehmen können, und die Reform zu Fall gebracht hätten. Sowas hat es ja auch gegeben, und deshalb mußte er durchmarschieren. Er mußte nicht nur sein Land verändern, sondern im gesamten Warschauer Pakt verändern, reformieren, die COMECON auch, was er allerdings zwar erst sehr behutsam machte, zwei, drei Jahre, nachdem die Veränderungen in der Sowjetunion realisiert worden waren, schon auf festem Boden standen, konnte man es dann wagen, auch diese radikalen Anstöße für die osteuropäischen Staaten zu geben.

M.O.: Erich Mielke hat mal gesagt, daß es ohne die Sowjetunion gar keine DDR gäbe. Was für ein Verhältnis hatte denn die Sowjetunion zur DDR, war sie abhängig von der DDR? Was für eine Funktion hatte die DDR für die Sowjetunion, außer ein Standpfeiler nach Westen zu sein?

A.R.: Ich glaube, die DDR war ein failed state, ein Staat, der nicht überleben konnte, heute vergleichbar mit Nordkorea. Ein Staat, der seine Menschen drangsalierte, der nur noch abhängig war sowohl von Deutschland, also von finanzieller Hilfe aus der Bundesrepublik, die erkaufte wurde für Flüchtlinge oder für Familienzusammenführung, für Autobahnbauten, für Zugangswege nach West-Berlin. Auf der anderen Seite glaube ich schon, daß die DDR insgeheim von der sowjetischen Führung nach Stalin unter Chruschtschow und Breshnew als Faustpfand gegenüber dem Westen gehalten wurde mit dem Ziel, irgendwann einmal die DDR mit der Bundesrepublik vereinigen zu lassen um Gesamtdeutschland aus der NATO rauszuholen. Ich glaube, so haben Strategen im Kreml gedacht, die DDR langfristig im sozialistischen

Lager zu halten, Deutschland gespalten zu halten in Europa. Ich glaube, daß auf lange Zeit dies nicht der Plan der Sowjetführung gewesen ist.

M.O.: War das denn möglicherweise auch eine Strategie von Gorbatschow?

A.R.: Ich könnte mir das vorstellen, daß Gorbatschow mit diesem Gedanken ernsthaft spielte, aber die Ereignisse verliefen dann so schnell und rasant, daß er einfach die Kontrolle darüber verlor und also nicht mehr in der Lage war, kühl und besonnen zu handeln und praktisch dieses Faustpfand innerhalb von wenigen Monaten während dieser rasanten Entwicklung in der zweiten Hälfte 1989 plötzlich auch kein Faustpfand mehr wurde.

M.O.: Aber er hat dennoch von Helmut Kohl eine Menge Zusagen bekommen für sein Ja zur Wiedervereinigung.

A.R.: Er hat sie bekommen, allerdings glaube ich, und darüber streiten sich heute die Experten in Rußland, in Deutschland hätte er vielleicht mehr herausholen können. Aber man muß sich tatsächlich in diese Zeit hineinversetzen. Es brach ja nicht nur die DDR auseinander, im gesamten Ostblock gäbe es. Die Sowjetunion verlor die Kontrolle über ihr Imperium, über ihr äußeres und auch inneres Imperium. Ich glaube, die Führungsschicht, die herrschende Elite war völlig überfordert mit diesem Problem und deshalb ging man auch Kohl sehr entgegen, und Kohl ging auch Gorbatschow sehr entgegen, indem man innerhalb von wenigen Wochen die notwendigen Abkommen schloß, um diese Wiedervereinigung herzustellen. Kohl wußte, daß Gorbatschow in der damaligen Situation eines auf jeden Fall brauchte, und nicht ablehnen würde, nämlich sehr viel Geld für seine Reformpolitik, und das konnte Kohl geben und Gorbatschow nahm es mit beiden Händen entgegen.

M.O.: Was für ein Verhältnis hatten Kohl und Gorbatschow überhaupt?

A.R.: Ich glaube, man muß die beiden auch in dieser Phase sehen, ich glaube nicht, daß die beiden Freunde geblieben sind. Das sind Menschen aus ganz verschiedenen Epochen mit einer ganz verschiedenen Kindheit und ganz verschiedenen Wertvorstellungen. Aber ich glaube, die Zeit und die Notwendigkeit damals zu handeln im Sinne des Friedens und der Stabilität in Europa und vor allen Dingen in Deutschland und der Sowjetunion hat die beiden damals sehr eng zusammengeführt und sie und ihre Stäbe konnten damals sehr gut zusammenarbeiten. Außerdem hat Gorbatschow gerade in Kohl einen führenden Politiker in Europa gesehen, der für seine Begriffe vielleicht nicht zu Pro-Amerikanisch war und von dem er sich erhofft hatte, daß er der Sowjetunion gewisse Vorteile im europäischen Kontext, bei der europäischen Integration, bei dem Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur, einer Wirtschaftsarchitektur im 21. Jahrhundert geben konnte. Also Gorbatschow setzte auf Kohl und Kohl setzte auf Gorbatschow, weil alles andere, das damals als Alternativen gehandelt wurde, im damaligen Politbüro die Entwicklung in eine andere Richtung gelenkt hätte.

M.O.: Wenn ich Ihnen so zuhöre, bekomme ich den Eindruck, daß die gesamte Geschichte im Herbst 1989 sehr personenabhängig war. Hätte es ohne Michail Gorbatschow möglicherweise den Fall der Mauer gar nicht gegeben?

A.R.: Was die Politik Deutschlands angeht, so glaube ich, daß jeder Kanzler genauso gehandelt hätte wie Kohl, die deutsche Politik gegenüber Rußland war nicht personenbezogen. Deshalb glaube ich, daß Kohl vielleicht zuviel Ehre bekommt. Es haben sich auch andere um die Einheit bemüht, und es gab keinen anderen Weg. Die Strukturen wollten es, die Menschen wollten es. Dasselbe würde ich auch von einem amerikanischen, einem französischen oder englischen Präsidenten sagen.

Aber was Rußland anbetrifft, haben Sie recht, wie Sie meine Ausführungen verstehen. Ich denke, es war in der Tat sehr personenbezogen. Ein anderer Mann zur gleichen Zeit hätte möglicherweise die Truppen in Gang gesetzt,

um das Imperium zu retten. Es hing wirklich damals sehr viel von Gorbatschow ab.

M.O.: Ich will noch mal zurückkommen auf das Innenverhältnis. Wie hat denn Gorbatschow reagiert, als er festgestellt hat, daß seine Pläne und Reformvorstellungen in der DDR gar nicht ankamen, sogar verteufelt wurden von der Parteiführung der SED?

A.R.: Gorbatschow ist ein sehr eitler Mensch, das haben die Amerikaner sehr schnell erkannt und haben ein Zugeständnis nach dem anderen von ihm bekommen, indem sie ihm natürlich zugestanden und ihn auf das Podest hoben im Westen, ihn zum großen Star machten in all diesen Friedensgremien. Was Ihre Frage anbetrifft, so glaube ich, war Gorbatschow in der Tat beleidigt darüber, daß seine Pläne nicht angenommen wurden, und deshalb hat er keinen Finger gerührt, um dieses Regime auch nur aus der Ferne zu retten oder ihm beizustehen, als die Mauer fiel.

M.O.: Es wird ja immer von mehreren Ursachen gesprochen, die zum Scheitern der DDR geführt haben. Zum einen die Oppositions- und Bürgerbewegungen, dann die sowjetische Reformpolitik und als drittes die wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten. Können Sie eine Einschätzung dazu abgeben, ob es ohne Gorbatschow den Punkt der wirtschaftlichen Schwierigkeiten gar nicht gegeben hätte und damit auch nicht die Leute auf der Straße in der DDR. Oder waren erst die Leute auf der Straße, möglicherweise durch Gorbatschow animiert worden? Welcher Aspekt war der Entscheidende, der zum Untergang der DDR geführt hat?

A.R.: Meiner Meinung nach war der größte Auslöser die Reformen Gorbatschows. Eng daran geknüpft die katastrophale Situation in der DDR, aber die war andererseits auch nicht so katastrophal, daß die Leute ohne Gorbatschow auf die Barrikaden gegangen wären. Drittens als Reaktion darauf, daß sich die Schleusen öffneten, der Dschinn aus der Flasche kam,

die Reaktion der Bevölkerung, in dieser Reihenfolge. Ich glaube, daß man die Geschichte nicht umschreiben muß, ich habe neulich auch in Deutschland wieder Expertenmeinungen gehört, daß der Auslöser des Falls der Mauer die Leipziger Demonstrationen gewesen sind, und Gorbatschows Rolle in dieser Meinung sehr verniedlicht und die von Kohl sehr hochgelobt wird, purer Quatsch. Es gibt noch genug Leute, die damals in der Situation Entscheidungen treffen mußten und genau wissen, wie die Rangfolge der Probleme damals war.

M.O.: Wird das unter Experten kontrovers diskutiert, welchen Stellenwert Gorbatschow hatte?

A.R.: Es gibt keinen Expertenstreit darüber. Ich glaube, wir sind Zeuge davon, wie Geschichte geschrieben wird. So war es in der gesamten Menschengeschichte immer. Der Sieger hat das Recht, die Geschichte zu schreiben. Und der Verlierer hat keine Möglichkeit, sie nachher zu korrigieren. Der Westen sieht sich aufgrund der Entwicklung der Jahre 1990/91, aber im Verlauf der letzten zehn Jahre bestätigt, fühlt sich als der Sieger der damaligen revolutionären Veränderungen im Osten Europas. Deshalb werden bestimmte Dinge heute anders gesehen, als wir sie 1989 bis 1991 analysiert haben. Gleichzeitig kann man sagen, daß Rußland sich damals nicht als Verlierer sah, sondern unter Gorbatschow sogar als der große Sieger der Veränderungen, weil ja die demokratischen Prozesse vom Ursprungsland des Kommunismus, Rußland, selbst Richtung Osteuropa kamen, in die DDR, Ungarn, die Tschechoslowakei und andere Staaten transferiert wurden. Daß dieser Prozeß von Rußland selbst kam, das wird heute negiert und vergessen, weil die Polen, Tschechen und Slowaken solche Geschichtsschreibung nicht akzeptieren wollen, weil sie dann statt zu Subjekten zu Objekten der Geschichte erklärt werden. So muß ich manchmal resignierend feststellen, wie die Geschichte in den letzten zehn Jahren von den Siegern in ihrem Interesse geschrieben wurde.

M.O.: Können Sie auch etwas dazu sagen, wie Gorbatschow sich selber sieht?

A.R.: Eine schwierige Frage. Drei Dinge möchte ich dazu sagen: Gorbatschow bleibt weiterhin für viele ein Rätsel, so ganz offen hat er sich nirgends geäußert, vielleicht seiner Frau gegenüber, aber man weiß nicht so recht, wie er darüber denkt. Ich glaube, er verhält sich weiterhin so, wie er sich damals verhalten hat, er geht auch ein bißchen mit der Nase nach dem Wind. Seine Karten legt er nicht offen, er profitiert davon, daß er hier im Westen unterstützt wird, gemocht wird, und auch in Rußland eine Veränderung erfahren hat. Auch dort nach dem Weggang von Jelzin ist die Presse sehr Gorbatschow-freundlich geworden, und er hat auch Eintritt in den Kreml bekommen. Es ist schwierig, ich glaube, Gorbatschow hat einen ganz entscheidenden Fehler gemacht, das möchte ich gerne sagen, und das kann er sich nicht verzeihen, bis zum August-Putsch 1991. Er hat dem Land die Demokratie gegeben, er hat die richtigen Maßnahmen eingeleitet, um die Wirtschaft zu verändern, er hat den Parteiapparat entmachtet, er hat ein Parlament aufgebaut, er hat eine Bürgergesellschaft in ihren Anfängen geschaffen, er hat das Umfeld der Sowjetunion radikal Richtung Demokratie verändert und auch mit dem Westen eine hervorragende Partnerschaft aufgebaut. Unglaublich, was der Mann in den vier Jahren gemacht hat. Er hätte aber dieses Werk damals einem anderen Mann überlassen müssen. Er war am Ende seiner Kräfte und seiner politischen Phantasie, er war praktisch der Zankapfel zwischen allen Parteien geworden und seine Führungsposition war geschwächt. Der Gewinner des Putsches hieß Boris Jelzin. Gorbatschow hätte damals eine einzige wichtige Sache tun müssen, er hätte damals im September 1991 nicht einen Kongreß einberufen sollen, der die Sowjetunion praktisch halb auflöste, dann aber doch irgendwie noch zusammenhielt, sondern er hätte freie Präsidentschaftswahlen für die gesamte Sowjetunion erklären müssen. Dann wäre Folgendes passiert, und dafür lege ich meine Hand ins Feuer, egal, wie heute die Leute denken. Die drei baltischen Staaten wären weggegangen, hätten sich nicht an den Wahlen beteiligt und hätten daraufhin ihre Unabhängigkeit bekommen, friedlich. Und ich glaube, auch ein Land wie die Ukraine hätte an diesen Wahlen teilgenommen, hätte innerhalb dieser Wahlen eine bestimmte Autonomie abgewinnen, aber Boris Jelzin wäre zum neugewählten demokratischen Präsidenten der Sowjetunion aufgestiegen, und der Zerfall

der Sowjetunion wäre vielleicht nicht ganz so schlimm für Rußland ausgefallen, sondern die Sowjetunion hätte sich vom Namen ändern müssen, aber wäre heute vielleicht eine Konföderation statt einer Gemeinschaft unabhängiger und eigener Staaten, die heute nichts mehr voneinander wissen wollen. Gorbatschow hätte aber in dieser Entwicklung die Macht abgeben müssen, hätte aber einen sehr rühmlichen Abgang gefunden, und hätte bestimmt noch eine Rolle hinter den Kulissen irgendeiner Funktion spielen können, aber in seiner Eitelkeit, möglicherweise auch der traditionellen Machtbesessenheit eines Mannes im Kreml, der über so viel Macht verfügte, hat ihn daran gehindert, damals diesen einzigen logischen und sinnvollen Schritt zu tun.

M.O.: Ich bin damit am Ende meiner Fragen angekommen und danke Ihnen ganz herzlich für das Interview.

Interview vom 12.Sept.1999 mit Dr. Ehrhart Neubert, Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS der ehemaligen DDR in der Abteilung Bildung und Forschung, ehemaliges Mitglied verschiedener Oppositionsgruppen in der DDR und Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs.

M.O.: Herr Dr. Neubert, können Sie einleitend einige kurze Erläuterungen geben zum Weg und zur Geschichte der Opposition in der DDR?

E.N.: Die Opposition, die sich im Herbst 1989 formiert hat, also die bekannten Parteien und Bürgerbewegungen, die gingen ausschließlich alle aus Oppositionsgruppen der 80er Jahre hervor. Die haben eine lange Vorgeschichte, die in den 60er Jahren beginnt. Aber in den 80er Jahren

bekamen sie politisches Gewicht, überwiegend, also zu 90, 95% haben sie ihren Aktionsradius in der evangelischen Kirche gehabt. Dort waren sie meistens sozialetisch orientiert, Friedensbewegung, Umweltbewegung und dann immer mit im Hintergrund und politisch von Bedeutung die Menschenrechtsfrage und dann die unangepasste Jugend in der offenen Arbeit der Kirche. Die haben Themenfelder besetzt, die nicht mehr so wie der Widerstand der 50er und vielleicht auch 60er Jahre konfrontativ das System abgelehnt haben und abschaffen wollten, sondern sie haben sich schrittweise Handlungsfelder erobert innerhalb der Kirche und der Öffentlichkeit, gegen die ohne weiteres der Staat nicht vorgehen konnte, so daß wir das eigenartige Phänomen hatten, daß diese relativ weiche Opposition, die legalistisch arbeitete, oder sich wenigstens legalistisch legitimierte, daß die nicht mehr zerschlagen werden konnte. Zwar gab es auch immer wieder Verhaftungen, Abschiebungen, Einschüchterungen, bis zum Schluß, aber insgesamt ist das Phänomen nicht mehr ausgetrocknet worden, trotz vieler Verbot der illegalen Samisdat, der halblegalen Samisdat, die dort entstand, und im Frühjahr und Herbst 88 wurde dann in dieser Oppositionsbewegung überlegt, nicht von allen, aber von den wichtigen Leuten, was man machen könne, um eine noch bessere Organisation und Kommunikation zustande zu bringen. Es gab ja schon diese Netzwerke, Frieden konkret, und ähnliche Zusammenschlüsse von mehreren Gruppen. Und die Überlegung, etwas Neues zu machen war einmal, daß man glaubte, etwas mehr Handlungsspielraum zu haben. Das zweite war, daß man unbedingt von der Kirche loskommen wollte als Organisation. Man war ja selbst in die Kirche eingebunden, die führenden Köpfe, Pfarrer und Diakone und Menschen, die auch in anderen Bereichen engagiert waren, aber die Kirche hat sich ja insgesamt auf der Leitungsebene als Bremse erwiesen, weil die Kirche eben noch auf andere Dinge Rücksicht nehmen mußte. Daß es so viele Stasi-Leute gab, das wußten wir nicht, aber da gab es Überlegungen, unabhängig von der Kirche, Öffentlichkeitsräume zu erobern, wobei man sagen muß, daß wir auch in der Herbstrevolution dringend angewiesen waren auf die Kirche, das ist zweifellos so, und dann gab es ja schon von Markus Meckel, übrigens auch von Eppelmann, die Idee, eine Partei zu gründen. Aber das

hat alles nicht geklappt, man hatte ja auch das Gefühl, man hat viel Zeit, und vor allem gab es dann diese berühmte Mai-Wahlauszählung. Die Mai-Wahlauszählung war insofern von Bedeutung, daß die Opposition erstmals Aktivisten auch außerhalb ihrer beschränkten Zirkel gewinnen konnte, bis hin in die Blockparteien vereinzelt, die an der Aufklärung dieser Wahlfälschung mitgearbeitet haben. Das Interessante ist nun, daß die Oppositionellen die Strafanzeigen stellten auf der Grundlage von DDR Gesetzen, also ganz legal, während die Stasi und die Partei nun überlegten, wie man die Sache umgehen kann. Das heißt, die waren schon sehr in der Defensive und das war ein so durchschlagender Erfolg, daß ab Mai dann alle Schleusen offen waren. Jetzt ging es härter zur Sache, das war überall die Rede. Dann gab es diese Einschüchterungsversuche im Juni noch, aber ich habe selbst mit anderen ab Juni intensiv daran gearbeitet, diese neue Organisation auf die Beine zu stellen.

M.O.: Da sprechen Sie schon einen ganz wichtigen Punkt an - die Kommunalwahlen. Wieso waren die Kommunalwahlen so ein entscheidendes Ereignis für das Erstarken der Oppositionsbewegungen?

E.N.: Also, das war deswegen so ein entscheidendes Ereignis, weil die Oppositionellen sich plötzlich ihrer Kraft bewußt wurden. Weil viele Leute mitgemacht haben. Aus den Statistiken, die wir damals gemacht haben, geht ja hervor, daß diese Auszählung in manchen Städten fast flächendeckend passieren konnte, in Berlin in drei Stadtbezirken, bis auf die Sonderwahllokale natürlich, sind ausgezählt worden, und dann überall in den Städten. Von Kleinstädten angefangen wie Forst oder bis hin zu Leipzig, Erfurt. Eigentlich ist es in zahlreichen Städten gelungen, diese Aktion durchzuführen. Überall, auch in Dresden und Erfurt, konnte man Leute, die sich sonst nicht oppositionell betätigt haben, gewinnen, an dieser Auszählungsaktion mitzumachen. D.h. die Mobilisierungsfähigkeit der Opposition war noch mal unterstrichen.

M.O.: Weshalb hat denn die Staatsführung das überhaupt zugelassen? Es muß doch erkannt worden sein, daß die Beteiligung von Wahlbeobachtern eine Gefahr bedeuten konnte?

E.N.: Es gab ja ein Wahlgesetz in der DDR, und wir haben ja damals nur das Wahlgesetz eingehalten. Daß wir mehr als die Fälschungen aufdecken konnten, das war nicht absehbar. Es gab ja auch noch ein paar Versuche, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, das scheiterte, mußte auch scheitern, aber nach dem Wahlgesetz gab es zum Beispiel Wahlversammlungen und öffentliche Kandidatennominierungen. Es war alles natürlich getürkt, weil es vorbereitet war, und da gingen normalerweise kaum Leute hin, und die haben wir im Vorfeld der Wahl schon besucht, da konnte uns niemand abhalten, weil es Gesetz war.

M.O.: Ist das von Ihnen erst zu diesem Zeitpunkt erkannt worden, denn das Wahlgesetz war doch schon älter?

E.N.: Das ist älter, es gibt auch während der gesamten DDR-Zeit einzelne Versuche, z.B. einen berühmten Versuch 1964 oder 1967, da will ich mich nicht festlegen, von Bausoldaten in Ausführung des Wahlgesetzes eigene Kandidaten aufzustellen und dann die erste Wahlauszählungsaktion, die bekannt geworden ist, fand mit Eppelmann 1986 statt. Damals hatte er noch nicht die Kraft, den ganzen Stadtbezirk auszählen zu lassen, sondern nur einen Teil der Wahllokale. Dann gab es auch in Erfurt einen Fall, da haben evangelische Studentengemeinde und Priesterseminar schon mal in den 70er Jahren einen ähnlichen Versuch gestartet. Es gibt da eine Vorgeschichte und freie Wahlen und das war während der gesamten Zeit der DDR immer eine ausgesprochene oder nicht ausgesprochene Forderung von Oppositionellen. Aber richtig kraftvoll zum Zuge gekommen ist das eben erst im Mai 1989.

M.O.: Hat denn der Staat im Grunde nicht rechtzeitig erkannt, daß es Probleme geben könnte? Da hätte ich in der damaligen Parteispitze doch alles dran gesetzt, Wahlbeobachtungen und Einflußnahmen auf

die Kandidatenauswahl zu unterbinden, wie es ja auch Jahre zuvor bei anderen Wahlen unterbunden wurde.

E.N.: Das haben wir uns auch überlegt, und wir haben uns gedacht, wenn die das verhindern und durch Zuführung, wie das hieß, in Weimar z.B. kam Polizei und hat uns nicht reingelassen zum Auszählen, was ungesetzlich war, da haben wir uns schon überlegt, was da passieren könnte. Aber es war schon alles vorbereitet, auch in diesem Fall, Öffentlichkeit herzustellen. Im Westen das zu veröffentlichen, daß die DDR verhindert, daß ihre Bürger ihre eigenen Gesetze erfüllen, und dann haben sie wahrscheinlich nicht gerechnet mit dem Ausmaß, und sie haben sich darauf verlassen, daß die Fälschung funktionieren würde. Die haben gesagt, laß die doch auszählen in dem und dem Wahllokal, das Endergebnis stellen wir sowieso fest, so daß sie überrascht waren. Das ist mehrfach dann im Jahre 1989 zum Zuge gekommen, aber auch in den vorhergehenden Jahren gab es schon Anhaltspunkte, daß sie nicht mit der Kraft der Oppositionellen gerechnet haben, z.B. 1987 die Besetzung der Umweltbibliothek, daß es da eine ungeheure Solidaritätswelle gab, daß wir da Tausende von Leuten mobilisieren konnten und daß in vielen Städten Solidaritätsgottesdienste stattfanden, wo dann Tausende kamen und nicht nur das versprengte Häuflein Christen, das hat sie dann auch überrascht und 1987 haben sie dann auch die Pleite hingenommen. Im September 1987 gab es die Beteiligung am Olof-Palme-Friedensmarsch, da haben sich Leute in vielen Zentren der DDR beteiligt, mit eigenen Losungen und Sprüchen, und mit unseren langjährigen erprobten „Schwertern zu Pflugscharen“ und „Freizügigkeit“. Honecker war damals im Westen, und was sie nicht brauchten, waren Bilder im Fernsehen und der Presse, daß hier Hunderte von Leuten verhaftet worden sind, in Berlin demonstrierten tausend Leute. Und diese Nischen, wo sie sich selbst die Hände gebunden hatten, die mußte man finden, die hat man seitens der Opposition dann auch ausgenutzt. Die haben auch nicht damit gerechnet, daß in Berlin tausend Leute aufmarschieren 1987. Die haben gedacht, da kommen vielleicht die unverbesserlichen, hartnäckigen 40 Langhaarigen, die da wie immer Remmidemmi machen.

M.O.: Wie ist es Ihnen gelungen, die Öffentlichkeit miteinzubeziehen und auf die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen aufmerksam zu machen? Das kann ja nur Mundpropaganda gewesen sein, bzw. Flugblätter, wie ist Ihnen das gelungen?

E.N.: Es gab mehrere Methoden, einmal die Samisdat-Produkte, das war allerdings ein langwieriger Prozeß, die mußten mit der Schreibmaschine geschrieben und dann vervielfältigt und verteilt werden. Das dauerte 14 Tage, bis so ein Ding fertig war, daher haben wir dann meistens in den örtlichen Regionen schon auf losen Blättern diese Auszählungsergebnisse festgehalten und verbreitet. Das waren Auflagen von 100, 150 Stück. Die wichtigsten Verfahren war das Blaudruck-Verfahren, das andere war mit Wachsmatritzen. Die gab es in der DDR, die wurden dann aber knapp, man mußte vorher schon Papier organisieren, weil das auch knapp war, manchmal wurde das auch zurückgehalten, damit keine größeren Mengen gekauft werden konnten. Man hatte sich die Wachsmatritzen auch teilweise aus dem Westen besorgt, die Ostmatritzen gaben nicht ganz so viel her. Meistens in Kirchengemeinden hatte man dann Maschinen aufgestellt, oft heimlich. Manche waren auch vom Staat registriert, die hat man dann für solche Zwecke möglichst nicht benutzt. Innerhalb der DDR wurde das sehr schnell verbreitet, und dann hat man Kontakte hergestellt zu Journalisten im Westen. Da gab es dann auch immer Vorbehalte von Oppositionellen, die haben gesagt, nicht mit denen, sonst heißt es, wir machen Spionage, und das war ein Straftatbestand, aber man hat sehr viele Journalisten miteinbezogen. In Berlin gab es eine Extra-Wahlparty, es gab in fast allen Städten am Abend ein Zusammenkommen der Auszähler, die berichteten dann über ihre Ergebnisse, die wurden dann zusammengefaßt und das war dann auch eine Mund-zu-Mund-Propaganda, d.h. diese Zettel, wo die sich verteilten in der Bevölkerung, das wußte man nicht, aber das Interessante war eben, daß eben auch Leute außerhalb der Opposition kamen, und die wären ein paar Jahre zuvor nicht gekommen.

M.O.: Waren es möglicherweise auch Leute, die im Staatsgefüge beschäftigt waren? Jetzt würde ich fast schon wieder den Schritt

machen zur sowjetischen Reformpolitik, daß die möglicherweise auf die DDR und die DDR-Bevölkerung übergegriffen haben könnte, so daß da vielleicht auch systemintern eine gewisse Lockerung stattgefunden hat. Ist das denkbar?

E.N.: Vom Apparat gab es keine Lockerung, im Gegenteil, da gab es eine Gegenreaktion auf die sowjetische Politik. Der Apparat, da waren auch Leute, die das nicht verstanden haben, die restriktive Politik der SED. Aber es gab schon auch bis in die SED-Mitgliedschaft und die Mitgliedschaft der Blockparteien, da gab es auch Leute, die waren beunruhigt, die haben gedacht, so geht es nicht weiter, man muß wenigstens einen Teil der Reform in der SU nachvollziehen. Auch prominente SED-Mitglieder im Kulturbereich haben das gefordert. Aber nun auch aktiv zu handeln und quasi das System ad absurdum zu führen an einem Punkt, an den Wahlen, das verlangte dann schon mehr. Natürlich wäre ohne Gorbatschow diese Mobilisierung nicht ohne Weiteres möglich gewesen, aber es hing nicht nur an ihm. Das Ausbrennen, der Legitimationsverfall der Ideologie, man hat eigentlich nichts mehr geglaubt, und nun der Schritt, auch aktiv etwas zu tun, die Hemmschwelle wurde dann langsam abgesenkt. Der eigentliche Mut kam dann erst im September/Oktober. Aber viele einzelne, für die war das schon im Mai 1989 soweit. Da spielen natürlich externe Faktoren immer eine Rolle.

M.O.: Muß man im Grunde Oppositions- und Bürgerbewegung nochmal trennen? Ist die Bürgerbewegung, also die große Masse, erst aus der Oppositionsbewegung im Spätsommer entstanden?

E.N.: Ja, das ist erst im Spätsommer entstanden, denn die ersten, die angefangen haben, das Neue Forum, die haben eine Bürgerbewegungsform gewählt, das dringt sehr schnell in die Betriebe, die Blätter von denen wurden x-mal abgeschrieben, und da wurde das erst zu einer richtigen Bürgerbewegung, in dem es die Kernbereiche der alten Opposition verläßt. Die Sozialdemokraten und Demokratischer Aufbruch, die mehr wollten, die Organisationsstrukturen aufbauten, die eigentliche

Form der Bürgerbewegungen ergänzen wollten, obwohl die am Anfang durchaus ähnlich strukturiert waren, weil wir ja gar keine Strukturen hatten in dem Sinne, die haben natürlich weniger Mitglieder gekriegt, weil nämlich schon die Mitgliedschaft in einer Oppositionsbewegung das Stellen der Machtfrage war, während die Bürgerbewegung, das Neue Forum, das gar nicht so thematisiert hatte. Reform ja, aber es wurde nicht thematisiert, ob die SED an der Macht sein sollte oder nicht. Diese unterschiedlichen Strategien, die da gewählt wurden, haben Leuten ermöglicht, zu wählen, wie weit man gehen wollte. Wollte man nur die allgemeine Dialogkultur des Neuen Forums in kritischer Auseinandersetzung mit der Regierung, oder wollte man schon beim DA oder bei den Sozialdemokraten von vornherein die Machtfrage stellen. Die Mobilisierung für die Parteistrukturen, die fand später statt. Zunächst einmal hatte das Neue Forum den meisten Zulauf, weil sie locker strukturiert waren.

M.O.: Ich würde gerne zu einem wesentlichen Punkt kommen, nämlich der Analyse, was denn nun die maßgeblichen Gründe für das Scheitern der DDR waren. War es die sowjetische Reformpolitik, die Bürger- und Oppositionsbewegungen oder als drittes die wirtschaftliche Misere der DDR?

E.N.: Also, ich gebe Ihnen erst mal eine theoretische Antwort. Anne Arold hat ja gesagt, es findet keine Revolution statt, wenn ein Regime sehr stabil ist, sondern es ist eine multiple Krise des Kommunismus gewesen. Das hatte viele Faktoren. Einmal ökonomisch, diese Krise war schon uralt, aber nicht mehr kompensierbar gewesen mit den neuen Technologien, so daß die Gorbatschow-Politik ja keine Reform-Politik ist, bei der sich Kommunisten überlegen, wie machen wir denn unser System menschlicher, sondern es ist der letzte Versuch, das System zu retten. Also, Gorbatschow muß man als Schwäche des Systems sehen. Und wenn man die russischen Verhältnisse damals kannte, die Freiheiten mußten trotzdem schrittweise erkämpft werden, gerade die Leute aus den Helsinki-Gruppen, die konnten bis 1988 noch eingesperrt werden, das wird oftmals vergessen. Als Gorbatschow kam, wurde er von uns nicht als Neuerung angesehen,

sondern als Augenwischerei, diese Anti-Alkoholiker-Kampagne, das waren uralte russische Konzepte, die aus dem Zarenreich schon stammten, die Rußland alle 30 Jahre mal erfaßte, aber dann die Abrüstungspolitik, das hat uns schon imponiert. Aber da wir immer Rüstung und Abrüstung verbunden haben mit einer inneren Abrüstung der Diktatur, also auch mit mehr Freiheiten, das kam erst allmählich bei ihm nach. Diese Begründung von ihm, daß sich Perestroika auf Lenin begründet, das ist alles Unsinn, das haben wir nicht nachvollziehen können. Aber Gorbatschow war in Krisenzeiten, die Russen mußten liberalisieren, und insofern hat es uns eine Legitimation verschafft, allen Kritikern, und hat auch eine Delegitimation der SED gebracht. In der SED selber gibt es Leute, die behaupten, die verstehen, daß plötzlich sowjetische Zeitungen in der DDR verboten werden, es traten auch Leute aus der Partei aus. Bei insgesamt 2,5 Millionen SED-Mitgliedern war das noch wenig gewesen, aber die Parteiaustritte waren doch schon Signal. Also Gorbatschow ist ein außenpolitisches Krisensystem, was insgesamt das Ende des Kommunismus als Wetterleuchten schon anzeigte. Innerhalb der DDR gab es noch einen anderen Krisenfaktor, den es in den anderen Ostblock-Ländern nicht gab, das war das jahrzehntelange Verdrängen der nationalen Frage, über den Antifaschismus und über die Abgrenzungspolitik. Auch diese Politik war verfallen, die DDR hatte nichts vorzuweisen mehr, was ihre eigene Existenz als dringend notwendig gegenüber dem Westen auswies. Das heißt, es stieg die Ausreisewelle, nicht nur als wirtschaftliches, sondern auch als politisches Phänomen. Die Leute hatten es satt, gegängelt zu werden, es gab einen Verfall der Ideologie, man merkte immer mehr, wie das inszeniert war, das letzte Aufgebot der Ideologie, Sozialismus in den Farben der DDR, nachdem man ewig den deutschen sozialistischen Sonderweg bekämpft hatte, und das nun auch noch gegen die Russen. So blieben in Europa nur noch die Tschechen und die DDR übrig. Der letzte Versuch der SED, wieder Verbündete im Sozialismus zu finden, war plötzlich die Aufnahme der Beziehungen mit Ceaucescu, mit dem schlimmen rumänischen Diktator, die Beziehung nach Nordkorea, da fuhr Krenz damals hin, und auch nach China, es war wirklich exotisch. Wissen Sie, die Ideologie war am Ende. Es gibt ja auch gute soziologische

Untersuchungen, die zeigen, daß es auch in der Jugend schon einen Verfall gegeben hatte, der früher einsetzt, man glaubte das nicht mehr. Es hat nur noch funktioniert, weil es eine Mischung aus Angst, deutschen Untertangeist und ungeübter Emanzipation gab, das ist ja das, was die Ostdeutschen bis heute ein bißchen kennzeichnet, daß sie mit dieser Freiheit nicht umgehen können. Die Sehnsucht ist schon da, aber wenn sie da ist, macht sie auch Angst. Wirtschaftlich hat sowieso keiner mehr was geglaubt, wir wußten alle, daß wir ausgehalten waren vom Westen seit den 70er Jahren, daß das Streben der DDR nach Weltniveau im Grunde ein hoffnungsloses Hinterherlaufen war und daß die Theorien eben auch nicht stimmten. So gab es einen Legitimationsverfall nach innen, eine Gesamtkrise des Kommunismus, eine für alle unerwartete Stabilität des Westens und in dieser Krisensituation mußte es ja politische Subjekte geben, die versucht haben, zu handeln, und das waren die Oppositionellen. Man muß dazu noch sagen, daß die Oppositionellen natürlich auch viele Schwierigkeiten hatten, und ich sehe da ganz deutliche Schwächen an mir und auch an Freunden, bestimmte Dinge haben wir nicht gesehen. Der Kampf der 80er Jahre war eine partielle Auseinandersetzung mit dem SED-Staat, aber bestimmte Fragen wie Wirtschaft, die nationale Frage, das war bei uns nicht das Hauptthema, man konnte also nicht Opposition betreiben, indem man sagte, wir führen jetzt das Grundgesetz der Bundesrepublik ein. Das wäre sinnlos gewesen, man wäre sofort in den Knast gegangen, oder durch Ausreisezwang in den Westen abgeschoben worden. Dieser Umbruch, der kam zu schnell. Die ethische Orientierung, Frieden, Ökologiebewegung, da sind die Knackpunkte gewesen im Friedensstaat SED, wie er sich selbst nannte. Frieden zu fordern, innere Militarisierung zu bekämpfen, das war natürlich ein wichtiges oppositionelles Konzept. Im Herbst 1989 bestand diese Frage ja gar nicht mehr, jetzt durfte man nicht mehr seine eigenen Interessen vertreten, und in dieser politischen Vertretungsfunktion haben die meisten Oppositionellen versagt. Wenigstens als Institution. Wir haben weiterhin nur das gemacht, was wir immer gemacht haben, wir haben ethisch stark gebunden die Bevölkerung überzeugen können, diese Revolution friedlich laufen zu lassen, die Kerzenrevolution, die ganzen Friedensgebete. Wir haben uns geweigert,

uns vom System wieder einsperren zu lassen. Die wollten ja am Anfang der Dialogpolitik im Oktober darauf einsteigen, aber nachdem wir ein Jahrzehnt lang Dialog gefordert hatten, haben wir ihn dann ausgeschlagen, als sie ihn uns angeboten haben. Die Rückbindung in das System haben wir verhindert, statt dessen haben wir eine gleichberechtigte Verhandlung gefordert, das war dann der Runde Tisch. Da haben die sich ja ewig geziert, das haben wir dann erzwungen. Ich weiß ja genau Bescheid, weil ich da in der Kontaktgruppe der Opposition war, und dann gibt es einen weiteren wichtigen Punkt, die Zerschlagung der Repressionsorgane. Wir waren da aufgrund unserer Erfahrungen sehr fixiert aufs MfS, und in all diesen Punkten hat die Bevölkerung mitgemacht, aber als es um mehr ging, da waren wir halt programmatisch nicht weiter als andere, da waren wir auch leicht zu überholen. Also diese einfachen Revolutionen und die gestärkten Elemente in der Krise, das war der Verdienst der Opposition und dagegen hatte die SED auch nichts entgegenzusetzen. Das konnte man auch in Einzelpunkten erklären. Modrow, der am 23. November mit den Stasi-Offizieren redete, sagte, man müsse die Leute mehr integrieren, da haben wir uns ja geweigert, aber in der Regel hieß es von Modrow, die kriegen wir schon irgendwie rein, ein Problem hätte er mit der Gründung der sozialdemokratischen Partei, da würde ja die Arbeiterklasse gespalten werden. D.h. alleine die Gründung der sozialdemokratischen Partei rührte ja an einem alten Aberglauben der SED, nämlich daß durch die Vereinigung der SPD und der KPD die Arbeiterklasse geeint wäre. In dem Moment war eine der Gründungslegenden der SED ausgehebelt, das hat eine ungeheure politisch-symbolische Bedeutung gehabt. Dann haben sie halt mitgekriegt, daß es auf die Parteien zulief, und daß sie den Demokratischen Aufbruch nicht einfangen konnten, aber ich denke, sie haben bis in den November hinein geglaubt, sie kriegen das noch hin durch die geschickte Politik, aber denen ist ja noch schneller die Zeit davongelaufen als uns, obwohl die unendliche Ressourcen hatten, Geld, Strukturen usw., und wir fast nichts. Sie müssen sich mal die Verhältnismäßigkeit der Mittel anschauen, der Demokratische Aufbruch hatte in Berlin fünf Privattelefone, und ähnlich ging es den anderen auch, und bis in den November hinein war mein Telefon dauernd abgesperrt und dann wollten sie natürlich wissen,

was wir redeten, dann haben sie es wieder angemacht, um zu wissen, wer die Kommunikation nach außen hielt. Wir hatten die wenigen Druckkapazitäten, die reichten im Herbst natürlich überhaupt nicht mehr aus. Wir mußten große Menschenmengen durch möglichst kurze Texte erreichen, und wir haben ja bis in den Dezember hinein mit ganz geringen Ressourcen und mit primitivster Technik gearbeitet. Die Blockparteien z.B., die hatten ja ihre Zeitungen und ihre Apparate, das lief ja alles auf Hochtouren. Wir waren also unverhältnismäßig stark aus der politischen Kommunikation ausgegrenzt. Unsere einzige Chance war, daß es freundliche Journalisten im Westen gab, so daß wir über die Westmedien dann wieder in den Osten kamen. Daß wir trotzdem so viel erreicht haben, ist im Nachhinein schon bemerkenswert.

M.O.: Wenn man jetzt den Versuch unternehmen wollte, eine Gewichtung vorzunehmen, welche Gründe nun tatsächlich maßgeblich waren für das Scheitern der DDR. Was würden Sie sagen, welches Maß der Oppositions- und Bürgerbewegung dabei zukommt?

E.N.: Ohne sie wäre es überhaupt nicht gegangen. Ohne die externen Faktoren, Gorbatschow, Wirtschaft auch nicht. Aber wenn es keine oppositionellen Subjekte in der DDR gegeben hätte, dann hätte der politische Wille der Mehrheit keine Artikulation gehabt. Insofern wäre es eine Reform von oben geworden, so wie Krenz und einige andere das vorhatten, daß das System aufgelockert hätte. Der Westen hätte es finanziert, da muß man sagen, daß es Gott sei Dank das Bollwerk Kohl gab, der nicht gleich Modrow finanziell unter die Arme griff. Kohl forderte ja nicht nur Geld, sondern er forderte ja auch die Zulassung der Opposition, obwohl wir ja politisch gar nicht so auf seiner Linie lagen. Das ist ein sehr kluger Schachzug von ihm gewesen. Das heißt, man mußte von innen ein Gegengewicht haben, und man mußte ihnen die Mittel aus der Hand nehmen, wir hätten auch das Fernsehen besetzen müssen. In jeder ordentlichen Revolution werden die Öffentlichkeitsinstrumente besetzt. Das haben wir nicht gemacht, weil wir dachten, naja, die haben gesagt, die machen das Fernsehen unabhängig, und wir hatten auch nicht so viele

Leute. Aber was wäre z.B. mit der Stasi gewesen, wir haben ja gemerkt, daß das im Hintergrund immer weiter ging. Diese politischen Funktion, die Revolution friedlich zu halten, hatten die Bürger- und Oppositionsbewegungen, insofern sind sie wichtiger Bestandteil des Zusammenbruchs der DDR, obwohl sie über die Folgen ihrer Handlung sich nicht jedesmal im Klaren war. Es kommt auch dazu, daß es im September unvorstellbar war, daß es ein Jahr später die DDR nicht mehr geben würde, das konnte auch kein realistisches Ziel sein. Übrigens war es von niemanden geahnt, wer von den politischen Kräften hätte denn im September gewußt, die DDR bricht zusammen. Es gab dann Differenzierungskämpfe in der Opposition, es gab ja auch nie eine einheitliche Programmatik, aber insofern ist die Opposition ein integraler Bestandteil des Verfallprozesses, der ihn auch gestaltet hat. Ohne Stasi, ohne Grenztruppen, ohne Kampftruppen, wäre das System ja auch gar nicht lebensfähig gewesen, das ist ja im Westen gar nicht verstanden worden, warum wir diese Stasi-Dinge gemacht haben, warum wir darauf so Wert gelegt haben. Genauso wie Freie Wahlen, das war die Grundbedingung des Runden Tisches, das waren die zwei Konsensforderungen, die das Ende der DDR herbeigeführt haben. In diesem Dezemberpapier, da gab es einen Kompromiß, daß der Runde Tisch dahingehend verhandelte, die DDR zu erhalten, aber das war dann schon Thema, bleibt sie oder nicht, aber freie Wahlen und Ende der Repressionen waren unabdingbare Forderungen, und damit war eigentlich das Ende der DDR gekommen.

M.O.: Wie hat denn nach dem Fall der Mauer die Zusammenarbeit der Opposition mit Modrow ausgesehen?

E.N.: Modrow hat zunächst einmal versucht, die Opposition links liegen zu lassen, aber es gab an einigen neuralgischen Punkten partielle Kontakte. Es gab mal diese berühmte Zwischenphase, da war die Frage, ob wir selbst die Macht übernehmen. Ich habe zu Hause in meinem Schrank noch so eine noch so eine Ministerliste, die ich mit Wolfgang Schnur erarbeitet habe, wo wir die Ministerien erarbeitet haben. Ich war bloß damals absoluter

Stolpe–Gegner, weil der für mich zu fischig war, ich wußte ja noch nicht, daß er als IM Sekretär auch registriert war, aber er sollte nach Schnurs Willen Finanzminister werden, und andere haben ähnliche Überlegungen gehabt. Also, es gab einen kurzen Moment, wo man überlegt hat, stürzen wir die Regierung, übernehmen wir. Das wär das richtige gewesen, aber dann überwogen schließlich die Elemente, die Modrow haben dulden wollen, auch in der Opposition. Z.B. im Demokratischen Aufbruch. Nachträglich gesehen war die Rolle von Friedrich Schorlemmer verheerend, der z.B. auf dem Parteitag in Leipzig des Demokratischen Aufbruchs sich vehement gegen eine Destabilisierung der Modrow-Regierung gewendet hat. Möglicherweise hat er auch solche Kontakte gehabt. Von Ibrahim Böhme wissen wir, daß er solche Kontakte hatte. Es gab auch solche Kontakte darüber, so daß man mit dieser ersten Hälfte der Modrow-Regierung ein spannungsvolles Verhältnis hatte. Man mußte ihm Abringen, die Stasi aufzuheben, das war Mitte Januar geschafft, dann hatte Modrow auch keine Chance mehr, die Stasi behalten zu können. Das war ein Kampf des Runden Tisches mit ihm, bis dahin war das Verhältnis gespannt, wobei es Leute gab, die ihn grundsätzlich dulden wollten als Stabilisator.

M.O.: Genoß er denn den Ruf eines Reformers auch in der Opposition?

E.N.: Nein, Schorlemmer vielleicht, er ist ja im Westen als Reformers gefeiert worden, für uns war er das nicht. Er war eine Galionsfigur, und die schlimmen Auseinandersetzungen in Dresden, das hat er alles zu verantworten. Die Wahlfälschungen waren bei ihm nicht anders, als bei anderen. Er war mal in China und hat den Chinesen gratuliert zur Niederschlagung der Konterrevolution, also das haben wir alles nicht geglaubt. Wir konnten aber nicht ändern, daß der Westen ihn sich auserkoren hatte als Hoffnungsträger, das ist eine irre Sache gewesen, aber für uns war er das nicht. Und gerade die Westpropaganda hat ihm im Osten noch ganz schön geholfen, und dann kam die zweite Phase der Modrow-Regierung, also der Regierung der Nationalen Verantwortung, da waren auch die Kämpfe innerhalb der Oppositionsgruppen sehr stark beteiligt. Ich selbst gehörte eigentlich eher zu den Gegnern. Mich rief einmal

die TAZ an, ob nun die Opposition in die Regierung ginge, ich hätte es gerne gemacht, habe dann aber aus Parteiräson gegenüber Schnur am Telefon gesagt, die Kommunisten haben sich das selber eingebrockt, jetzt sollen sie das auch selber wieder auslöffeln, so eine unpolitische Antwort. Man hätte natürlich die Macht anstreben müssen. Und schlechter als die hätten wir das auch nicht gemacht, und die Verhandlungen mit dem Westen hätten wir besser geführt. Ich hab z.B. auch noch Papiere zu Hause, es gab mal Überlegungen des Demokratischen Aufbruchs, laß die mal alle in die Regierung gehen, wir gehen als einzige nicht. Wir bilden dann eine echte Opposition. Dann wollten wir auch die CDU im Westen fragen, ob sie uns in dieser Rolle unterstützt, dann hätten wir uns gut profilieren können. Das Problem war dann, ich bin dann auch raus aus dem DA, weil die mit der Ost-CDU gingen. Der Witz ist, ich war selber mal ein paar Jahre in der Ost-CDU, in dem Glauben, man könne was machen innerhalb der Partei, dann bin ich aber wieder raus. Und dann sollte ich mit denselben Leuten, von denen ich wußte, die waren abhängig, mit denen sollte ich eine Allianz machen, aber mit der West-CDU hätte ich das gemacht. Das ist aber dann gescheitert, weil es im Demokratischen Aufbruch genügend Leute gab, die in die Regierung wollten. Rainer Eppelmann wollte gerne in die Regierung, das Kabinett von Modrow war ein Schachzug von ihm und hat nicht viel gebracht. Das einzige, was man ihm zugestehen kann, es hat die Verhältnisse bis zu den Wahlen ein bißchen stabilisiert. Aber insgesamt ist es eine faule Kiste gewesen, es hat der Opposition auch nichts genützt, die war überflüssig, deshalb ist sie auch nicht gewählt worden anschließend. Man kann ja die Geschichte nicht neu schreiben, mit unserem heutigen Wissen müßte man die Revolution noch mal machen, dann hätten wir viele Folgen, die wir heute haben, nicht. Jedenfalls war damals die Modrow – Regierung gestützt, das war gleichzeitig eine Stütze und eine Kontrolle, so wurde das von uns verstanden, und in dieser Kontrollphase mußte man darauf achten, daß bis zur Durchführung der Wahlen einfach die Verhältnisse einigermaßen stabil blieben.

M.O.: Ist denn die Opposition damals überrollt worden durch das Vorziehen des Wahltermins? War das eine Strategie der Modrow-Regierung, die beabsichtigt war?

E.N.: Das Vorziehen des Wahltermins war zweifellos so gemeint, die SED hatte ja damals eine latente Dauerkrise, sie verlor ihre Mitgliedschaften, sie brauchten keine zwei Millionen, aber es mußte eine schlagkräftige Mehrheit übrig bleiben, und vor allem die Strukturen mußte sie haben. Das was wir gar nicht hatten, also in jeder Stadt einen Stützpunkt, und Leute, die Plakate kleben, und was weiß ich alles. Die Kontrolle des Staatsapparates und indirekt auch der Medien, d.h. die SED mußte möglichst schnell zu einer Stabilisierung kommen und diesen Abwärtskurs stoppen, deshalb, denn je eher Wahlen waren, desto günstiger war es für sie. Die Sozialdemokraten, die das ja mitgemacht haben, vor allem Ibrahim Böhme, die glaubten damals in einem Meinungshoch zu sein, und glaubten, einen großen Stimmenanteil, wenn nicht die Mehrheit bekommen zu können, so daß es für diese beiden Parteien günstig war. Für alle anderen war der Termin maximal ungünstig mangels Strukturen und Kommunikation. Und erst mußte die Unterstützung aufgebaut werden, die aus dem Westen kam, und dann die innere Struktur. Ich war ja dann bis Anfang Februar im Demokratischen Aufbruch, als dann der Wahltermin kam, war das für uns ein ungeheurer Hammer. Aber auf der anderen Seite muß man auch sehen, es waren ja keine wahlkampfaktischen Sachen wie in einer erprobten Demokratie, wo dann oftmals vorher oder später so eine Taktik prognostisch schon greifen kann, sondern es war soviel Überraschung. Es überstürzten sich die Ereignisse, jede Woche war was Neues. Für uns gab es eine Verschiebung vom DA weg zur Ost-CDU. Für den DA war das dann tragisch, ich war schon nicht mehr dabei, aber mir hat das sehr leid getan, daß dieser Schuft Wolfgang Schnur uns da noch in den letzten Tagen vor der Wahl so geschadet hat. Den Sozialdemokraten ist es gelungen, Ibrahim Böhme über diese Klippe zu bringen. Und dann dieser Durchmarsch, da zeigte sich, daß man in der Politik Interessen des Volkes wahrnehmen muß, sonst ist man eben weg. Insofern ist es richtig gewesen, daß die Wahl nicht noch später war. Und der Runde Tisch war ja zum Schluß nur noch eine

Phase, da haben Arbeitsgruppen gearbeitet, das war zum Teil unerträglich. Z.B. diese Verfassung, die da ausgearbeitet worden ist. Die haben da eine Verfassung verfaßt, die die direkten Demokratie-Formen z.T. behindert hätten, und dann gibt es auch Mythen, es war nie der Verfassungsentwurf vom Runden Tisch, sondern von einer Arbeitsgruppe, der aber vom Runden Tisch nie ratifiziert war. Da gibt es heute Legenden, die den Runden Tisch glorifizieren, aber die Leute wollten Wahlen haben, Einheit, West-Mark.

M.O.: Gibt es denn abschließend noch eine persönliche Einschätzung von Ihnen aus der gesamten Zeit des Umbruchs, Ereignisse an die Sie sich besonders gerne erinnern und Ereignisse, die Ihnen nicht so gerne in Erinnerung sind? Gibt es da irgend etwas Besonderes?

E.N.: Das Besondere ist, es ist ein Gefühl bis heute geblieben, und damals habe ich es auch als ein wahnsinniges Glück empfunden, daß diese Diktatur, diese Kommunisten weg sind. Das war schon eine Lust und Freude, als wir ab September endlich wußten, die kommen da nicht ungeschoren raus. Das hat angehalten bis heute. Andere Dinge waren damals eher schmerzhaft, das sind immer andere Dinge. Als ich raus bin aus dem Demokratischen Aufbruch, das war mit ganz großer Trauer. Das war mein seit Jahren angestrebtes Ziel und immer wieder in der Opposition, und daß da plötzlich die Profis in der Politik in West und Ost das so mühelos handhaben konnten, das hab ich als traumatisch empfunden, als eine ungeheure Enteignung. Nach zehn Jahren bin ich da etwas milder gestimmt, daß ich da sage, das hat so seine Folgerichtigkeiten. Ich meine, das ist zwar so, daß die Revolutionäre nicht unbedingt tüchtig und in der Lage sind, daß nachher auch so zu machen. Ich bin an der Stelle nicht verbittert, sondern eher froh, daß es so gelaufen ist, und dieses Gefühl, übertölpelt worden zu sein, das ist bei mir weg. Der Ärger, daß ich politisch nicht mehr fit war, da muß ich persönlich sagen, ich bin politisch interessiert und in dieser Bürgerrechtsbewegung verflochten, ich mache viel Hintergrundarbeit, habe viele Freunde, mit denen ich mich gestritten habe, ich wäre also auch nicht der richtige Abgeordnete gewesen, ich hätte noch nicht mal Lust, wie Schnur mir das einreden wollte, Minister zu sein, oder

Staatssekretär. Ich spüre, das ist nicht meine Sache, sondern mir sind geistige Flügel gewachsen, das kann ich Ihnen gar nicht sagen, ich hab illegal im Westen unter falschem Namen geschrieben, dann hab ich geschrieben innerhalb der evangelischen Kirche mit viel Selbstzensur und viel Zensur durch die Kirche, da hatte ich Ende der 80er Jahr zwar auch einzelne Erfolge, wo ich dann auch mit Namen schreiben konnte, aber das war noch nicht das, was ich 100 % wollte. Ich mußte Kompromisse machen, von mir lagen Bücher bei Verlagen der DDR, tausend Verhandlungen, um jedes Wort mußte man feilschen, dann hab ich Kompromisse gemacht und sie haben es trotzdem nicht gedruckt und das nächste Mal noch mehr. Für mich ist 1989 eine ungeheure geistige Befreiung, seitdem kann ich schreiben, es gibt heute noch Kämpfe oder Streitereien mit dem Verlag, aber das ist anders. Und ganz persönlich, ich hab einen Haufen Kinder, vier Kinder gingen zu DDR –Zeiten in die Schule, vier gehen jetzt in die Schule. Daß meinen kleinen Kindern diese Demütigung und diese Vergewaltigung erspart bleibt, das macht mich auch glücklich. Es gibt viele Punkte, mit denen ich unzufrieden bin, auch mit den vielen Diktaturerben, aber insgesamt, das schlägt bis ins Religiöse hinein, jeden Tag bin ich dankbar, daß es so gekommen ist. Diese wahnsinnigen Verkrampfungen, all das, was es gegeben hat, die geistigen Einschränkungen, und daß ich da einen ganz kleinen Beitrag geleistet habe, das erfüllt mich mit Genugtuung. Aber das ist nicht das Entscheidende. Und mein wissenschaftliches Werk zielt darauf, auch die Erinnerungen wachzuhalten, wobei ich versuche, so einer Heroisierung zu entgehen, man muß auch die Schwächen richtig thematisieren. Wir waren Produkte der Diktatur, wir gehörten dazu, wenn auch als Unterdrückte, diese politische Emanzipation kam erst nachträglich. Die Entwicklung, die andere bekannte Oppositionelle genommen haben, vom verknackst sein bis hin zum Lust an der heutigen Freiheit haben.

M.O.: Dann bleibt mir nur noch übrig, mich für die vielen Eindrücke zu bedanken, die Sie mir verschafft haben. Vielen Dank für dieses Gespräch.

Interview mit Dr. Gerhard Schürer, dem ehemaligen Leiter der Staatlichen Plankommission der DDR, am 10.11.1999 in Berlin

Gerhard Schürer, geboren am 14.04.1921 in Zwickau, war seit 1953 für die Staatliche Plankommission tätig, an deren Spitze er von 1965 bis 1990 stand. Dem Zentralkomitee der SED gehörte er seit 1963 an, noch im November 1989 wurde Schürer Vollmitglied des Politbüros. Hans Modrow übernahm ihn zunächst in seiner Regierung, bis Schürer am 11. Jan. 1990 als Planungschef abgelöst wurde.

M.O.: Herr Dr. Schürer, gestern vor zehn Jahren fiel die Mauer, die Ost- und Westdeutschland lange Zeit trennte. Wenn Sie aus heutiger Sicht eine Beurteilung der DDR-Wirtschaft vornehmen müßten, wie sähe diese Beurteilung aus? Wie kann man die DDR Wirtschaft beschreiben, im Zustand kurz vor dem Fall der Mauer?

G.S.: Es ist leider so, daß man heute nur noch nach der Endphase und nicht nach der Entwicklung, Entstehung, Genese der DDR fragt. Es ist eigentlich eine Verengung. Natürlich hat über die Endphase zu sprechen den Vorteil, den ein Pathologe hat, der nämlich macht die besten Diagnosen. Ich habe ja alle vierzig Jahre dieser DDR erlebt, ich habe sie gewollt, ich hätte am Ende des Krieges im Westen leben können. Ich war damals in Dresden und habe den Angriff auf die Stadt mitgekriegt, was schreckliche Erinnerungen hinterlassen hat. Das brachte mich dazu, auch die andere Seite kennenzulernen. Mein Vater war kein Kommunist, er war Deutschnationaler. Und ich wollte mal die Russen kennenlernen, wie man damals sagte, die Sowjetunion kennenlernen. Ich wollte mal die neue Gesellschaftstheorie kennenlernen und habe 1945 begonnen, russisch zu studieren, habe in Betrieben gearbeitet als Stahlbauschlosser, als Autoschlosser und wurde dann aus dem Betrieb heraus direkt in die Landesregierung geholt als Regierungsoberinspektor mit der Losung: Arbeiter in die Regierung. Ich war dann seit 1947 in der Planung tätig und das bis Anfang 1990, immer unmittelbar in der Wirtschaft eingesetzt. Manchmal allerdings als Planer, als Verantwortlicher für die politische Arbeit in der Planung. Im Zentralkomitee war ich auch tätig, aber sonst immer in der Plankommission, entweder in der Landesplankommission in Dresden

oder in der staatlichen Plankommission in Berlin. Ich bin 27 Jahre als Minister der Regierung und 25 davon als Chef der Plankommission der dienstälteste Planer des ganzen RGW gewesen. Ich habe also lange durchgehalten.

Ich versuche immer, überall wo ich jetzt auftrete, Europaakademie oder Politische Akademie in Tutzingen, oder in Veranstaltungen, die in Großstädten, auch bei der Kirche stattfinden, gegen die These, daß die DDR ein verbrecherischer Staat mit maroder Wirtschaft war, anzugehen und ein differenziertes Bild der Lage zu schildern. Die 20 Jahre des Aufbaus, die ja zum Teil sehr schwierig waren, denn wir haben - daran muß ich immer wieder erinnern - bis 1954 Reparationen bezahlen und Demontagen betreiben müssen, wobei die besten noch vorhandenen Ausrüstungen in die Sowjetunion geschickt wurden. Wir haben das 25-fache bezahlt gegenüber der Bundesrepublik, 14 Milliarden in dieser Zeit, die Bundesrepublik 517 Millionen, so daß wir es viel schwerer hatten, erst mal die Versorgung zu sichern, die Kartensysteme abzuschaffen. All das erfolgte Jahre später als in der Bundesrepublik. Es waren äußerst schwere Jahre.

1972 hatte Erich Honecker begonnen eine neue Politik zu begründen, die Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gegen diesen Slogan ist an sich nichts zu sagen, wer wirtschaftet will ja auch soziale Verbesserungen und die sollten nicht wie früher „wie wir heute arbeiten werden wir morgen leben“, sondern die sollten sozusagen zusammenkommen, „wer gut arbeitet, soll auch gut leben“.

An sich ist nichts dagegen zu sagen, aber Honecker hat die Schritte der sozialen Verbesserung überzogen. Nun ist das nichts Außergewöhnliches, das gibt es nämlich heute auch, aber die Maßstäbe waren so diametral oder so sehr differenziert, das heißt die Leistung wuchs wesentlich langsamer als der Verbrauch und die DDR kam in eine Lage, in der sie sich immer mehr verschuldete. Da wir keine Schuldenmöglichkeiten bekamen in den östlichen Ländern des RGW, im Gegenteil, da mußten wir oft Hilfe leisten, konnte diese Verschuldung nur im Westen stattfinden und da war klar, daß irgendwann die Rückzahlung der Kredite an die Tür klopft, und zwar ganz energisch. Und da wir nun noch dazu von diesen Krediten nicht 90 oder

95% produktionswirksam angelegt haben um von der Produktionssteigerung her die Voraussetzungen für die Besserung der Lebenslage und der Rückzahlung der Kredite zu schaffen, hat das zu einer dramatische Lage geführt, die sich immer mehr zuspitzte in den 80er Jahren. Von 1971 bis 1977 haben wir das noch einigermaßen durchgehalten, und als dann die Kreditrückzahlungsphasen hoch wurden, gab es riesige Auseinandersetzungen. Ich habe das vorausgesehen und als Planungschef 1972, als ich im Politbüro eingeladen war, als das Sozialpolitische Programm beschlossen wurde, gesagt, wenn Ihr im Politbüro dieses Programm beschließt, wird die DDR sich verschulden im Westen oder sie wird die Investitionen reduzieren und damit den Ast absägen, auf dem sie sitzt oder sie wird beides machen müssen. Und da hat Honecker mir geantwortet, wenn man diese Meinung vertritt, dann sabotiert der Genosse Gerhard Schürer die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik und damit die Beschlüsse des Parteitages und als er sah, daß ich geschockt war von dieser Meinung, hat er gesagt, wir werden eine große Initiative organisieren, wenn es den Leuten besser geht, werden sie auch noch besser arbeiten, und dann werden wir diese Mittel, die uns heute fehlen, im Verlauf der Plandurchführung beschaffen. Ich selbst habe - ich war da ganz alleine, es unterstützte mich keiner - weder von den Politbüromitgliedern noch von den Gästen, die da anwesend waren, und auch aus der Regierung habe ich keine Unterstützung erhalten, und auch nicht von den Ministern der anderen Parteien, die gar nicht der SED-Disziplin unterlagen. Ich wäre sogar froh gewesen, wenn ich Unrecht behalten hätte, aber es wurde eben sichtbar, daß ich Recht behielt, und so begann ab 1976/1977 der Kampf, das alles zu überstehen. Jedes Jahr legte ich die Zahlen aufs Neue vor, jedes Jahr wurde beschlossen, der Genosse Schürer wird beauftragt, kurzfristig vorzulegen, wie die Verschuldung halbiert werden kann und wenn ich die Vorlage gemacht hatte, konnte sie keiner beschließen, weil das ja bedeutet hätte, bedeutende Eingriffe in den Lebensstandard der Bevölkerung vorzunehmen. Ich hab da immer an die Römer gedacht, die immer gerufen haben, Cathargo muß zerstört werden, nur mit dem Unterschied, daß Cathargo nach dem dritten punischen Krieg wirklich zerstört war, aber die DDR sich immer weiter verschuldete bis zum

Zusammenbruch, wobei der Ruin der DDR nicht unmittelbar eine Pleite war. Wir waren zahlungsfähig bis zum letzten Tag der Existenz der DDR, aber eben mit sehr sehr umfassenden Maßnahmen, z.B. dem Export von Konsumgütern in die Quelle-Kataloge als Billigware. Es war eigentlich nicht mehr zum Nutzen, sondern mehr zum Schaden der DDR. Ein armer Mann lebt teuer, und deswegen ist das ein Faktor gewesen. Ich hab ja immer gesagt, wir waren latent auf dem Weg in den Bankrott in den letzten Jahren, aber wir waren nie pleite.

M.O. : Wenn die Ereignisse – der Fall der Mauer - im Herbst 1989 nicht so stattgefunden hätten, was meinen Sie, wäre die DDR nach fünf oder zehn Jahren noch unter den wirtschaftlichen Vorzeichen überlebensfähig gewesen? Wäre sie aus der wirtschaftlichen Krise je herausgekommen?

G.S.: Sie wäre nicht da rausgekommen, die DDR war ein Kind der Widersprüche zwischen den großen Mächten nach dem 2. Weltkrieg, da war sie geboren. Die Bundesrepublik übrigens auch, aber wir waren eben ein Partner des ärmsten Landes, das durch den Krieg furchtbar gelitten hat, und wir mußten wie gesagt die Reparationen für ganz Deutschland tragen, fast für ganz Deutschland.

M.O.: Aber liegen denn die Ursachen für die miserable wirtschaftliche Lage Ende der 80er Jahre tatsächlich vorrangig in der schlechten Ausgangssituation nach dem Krieg?

G.S.: Also, sie liegen schon im bedeutenden Teil dort begründet. Der Rückstand in der Forschung, weil die sowjetische Forschung zwar militärisch auf dem Höchststand der Welt war, aber der Abstand zwischen militärischer Forschung und ziviler Anwendung in Rußland immer 10-12 Jahre groß war, also anders als in Amerika, wo es immer sofort, mit kleinen monatlichen Verzögerungen in die zivile Produktion kommt, war das da ganz anders. In dem Moment, wo die Sowjetunion zusammenbrach, war die DDR nicht mehr überlebensfähig. Wir hätten uns höchstens noch die paar

Monate halten können, als auch die UdSSR existierte. Denn wir waren doch in allen Phasen an dieses Land gebunden, wir bekamen 2/3 unseres Rohstoffsbedarfs für unser Land.

M.O.: Die Sowjetunion hat doch bereits in den 80er Jahren die Erdöllieferungen stark reduziert und ich hatte eben entnommen, daß dies ein großer Einschnitt für die DDR bedeutete.

G.S.: Das war ein Rieseneinschnitt für uns, diese zwei Millionen Tonnen Kürzung des Erdöls, also von 19 Millionen Tonnen auf 17 Millionen Tonnen. Das hat uns zu einer ganz neuen Strategie gezwungen. Die Bundesrepublik hat in dieser Zeit ungefähr 120 Millionen Tonnen verarbeitet, und wir noch nicht mal 20 Millionen Tonnen. Das entspricht nicht dem Bevölkerungsanteil der DDR, dem Wirtschaftsanteil. Wir haben damals einen Ausweg überhaupt nur gefunden, indem wir den Heizölverbrauch im Inneren abgelöst haben, und wir hatten ja einen großen Heizölexport in die Bundesrepublik zu dieser Zeit und haben Anlagen gekauft in Japan, vor allen Dingen zur tieferen Spaltung des Erdöls. Wir konnten dann aus einer Tonne Erdöl mehr helle Produkte, Benzin, Diesel, Öl, über Kraftstoffe, Öle usw. machen, und Aromat für die Chemie und haben das dann in dieser veredelten Form in die Bundesrepublik exportiert. Schon für Benzin hat man das drei- bis vierfache verdient wie für Erdöl, oder sogar das fünffache. Und da haben wir uns so gerettet, daß wir da nicht unmittelbar in die Knie gingen, aber es war ein Schlag für uns - diese Reduzierung der Rohstoffe. Sonst hat die UdSSR ihre Rohstoffe weiter geliefert, aber eine Erhöhung nicht mehr gewährleistet. Wir haben also eine Stagnation der Rohstofflieferung gehabt und mußten im übrigen versuchen mit veredelten Produkten unsere Exportgelder einzutreiben.

M.O.: Sie sagten vorhin, als Sie erstmalig auf eine Lage aufmerksam machten, die sich nicht so günstig zu entwickeln schien, daß dies im Politbüro wohl wahrgenommen wurde und daß mit dem Vorlegen der jährlichen Berichte immer die Überlegung angestellt wurde, wie man die Schulden reduzieren könne, darauf dann aber nicht weiter reagiert

wurde. Das mag ja ein paar Jahre funktionieren, aber haben Sie nicht irgendwann gedacht, das was ich mache ist Makulatur, wenn niemand darauf reagiert oder war es nicht möglich vielleicht noch intensiver einzuwirken?

G.S.: Es war ja nicht nur Makulatur, wir haben wirklich auch Maßnahmen gemacht, die geholfen haben. 1976 hatte ich den Schock überwunden, überwinden müssen, den Mund zu halten, weil ich glaubte, ich hätte vielleicht doch Unrecht. Denn es hieß ja, wenn die ganze Front schief steht, daß der eine auch Unrecht haben kann. Ich habe selbst gezweifelt daran, ob ich Recht hatte mit meiner Warnung von 1972 im Politbüro. Aber ich habe dann angefangen aufzumucken und die erste Zeit hat auch Mittag noch mitgemacht, der Wirtschaftssekretär der Partei. Er hat mit mir zusammen einen Brief an Honecker unterschrieben, über die Gefahr, daß die DDR unregierbar werden kann, wenn die Verschuldung so weitergeht. Und das hat Honecker als einen Messerstich in den Rücken empfunden. Er hat uns furchtbar angegiftet, daß wir beide ihn verlassen in einer solch schwierigen Situation, so daß Mittag gleich umgefallen ist. Ich wollte nicht noch einmal alleine dastehen als Saboteur und habe dann auch Ruhe gehalten. Ich habe dann immer scheinchenweise die Wahrheit vorgelegt, aber es wurden auch Maßnahmen beschlossen. Ich sagte z.B. eben, daß wir die Erdölprodukte in den Westexport veredelt haben, das hat uns wirklich Valutaeinnahmen eingebracht. Wir haben in den Jahren 1980-82 bis 1983 Exportüberschüsse erlöst in den westlichen Ländern einschließlich Bundesrepublik in Milliardenhöhe. Das Höchste war mal über vier Milliarden mehr exportiert als importiert. Das war ein Erfolg und ich glaubte auch daran, daß wir jetzt Wege gefunden hatten, aus dem Loch mal rauskommen zu können.

M.O.: Also gab es einen gewissen Auftrieb?

G.S.: Es gab einen gewissen Auftrieb, auch eine gewisse innere Hoffnung, und das war dann genau die Zeit, als der Erdölpreis auf dem Weltmarkt zusammenbrach, also nicht auf das ursprüngliche Niveau, aber etwa auf die

Hälfte des Preises, der vorher bestand. Damit erlösten wir mit unserem Export von Erdölprodukten dann auch nur noch die Hälfte. Da das Erdöl von der sowjetischen Seite immer für fünf Jahre berechnet war, trat für uns die Verteuerung im vollen Umfange erst nach fünf Jahren ein. In dem Moment, wo der Preis zusammenbrach, mußten wir im Westen den Verlust gleich einstecken, mußten aber immer noch den alten Preis in Moskau bezahlen, fünf Jahre lang. Das heißt, damit überschritten sich die beiden Linien, und das brachte uns in eine besonders schwierige Lage, die dann eben sehr dramatisch wurde.

M.O.: Ich würde gerne noch mal auf die Person Erich Honecker zurückkommen. Als Sie mir eingangs erklärten, daß die Auslandsverschuldung ein Ausmaß angenommen hatte, das nicht mehr tragbar war, so leuchtet es doch auch jemandem ein, der von Haus aus kein Ökonom ist, daß das auf Dauer nicht funktionieren kann. Das muß doch im Grunde auch Erich Honecker verstanden haben, der zudem Wirtschaftsfachleute um sich hatte, die ihn auf die aktuelle wirtschaftliche Lage aufmerksam machten.

Wieso hat er nicht die Zahlen verstanden, die Sie ihm vorgelegten, obwohl doch wirklich nicht viel dazu gehörte, zu verstehen, daß es volkswirtschaftlich so nicht weitergehen konnte.

G.S.: Naja, er war immer wirtschaftlich ein schwacher und schwach ausgebildeter Mann. Honecker hatte mich mal 1973 ins Politbüro geholt und gesagt: „Gerhard, ich möchte, daß Du Kandidat im Politbüro bist, damit Du dabei bist, denn ich bin wirtschaftlich nicht so firm, daß ich das immer richtig verantworten und sehen kann und Du mußt mir dabei helfen“. Das hab ich mit Freude getan, das war ja schon, nachdem er mich enttäuscht hatte im Politbüro. Da hab ich mich aufgerafft und gesagt: „Ja, ich werde für Dich arbeiten, ich werde das alles tun.“ Aber schon nach einem oder eineinhalb Jahren war dieser Gedanke vergessen. Der einzige Wirtschaftsexperte, den er anerkannt hat, war Mittag, denn Mittag war ein Mephisto, einer, der im Hintergrund die Fäden zog, und Intrigen organisiert hat, eine seltsame Figur in der Politik, wie Mephisto gegenüber Faust.

Obwohl Honecker ein bescheidener Mann war, ein Generalsekretär, der sich auch in diese Richtung völlig falsch entwickelte und dann nur noch sich selber sah, war im Endergebnis für mich Ulbricht der bessere Generalsekretär gewesen als Honecker.

M.O. Was verstand denn Günter Mittag von der Wirtschaft?

G.S.: Er hat ja zunächst Ökonomie studiert und hat zunächst mal im Verkehrswesen gearbeitet. Er war in der Reichsbank und hatte viel Erfahrungen auf dem Gebiet, er hat oftmals einen Riecher gehabt, was notwendig war. Das mit der Heizölablösung, das ist seine Idee gewesen, einen solchen Weg zu suchen und zu finden. Er war auch zunächst mal für die drei Millionen Tonnen Heizöl, die den Verbrauch abgelöst haben, im Inneren erfolgreich. Und dann hat ihn der Teufel geritten, und er hat gesagt, daß wir jetzt noch mal drei Millionen einsparen müssen. Und da war das Wahnsinn geworden, da mußten wir die Braunkohle in die äußersten Ecken der DDR fahren. Aber bevor die dort ankamen, war bereits mehr Energie verpulvert durch die Eisenbahn oder so, als dort eingespart wurde.

M.O. Hat denn Günter Mittag nicht aufmerksam gemacht auf die schlechte ökonomische Situation, oder bestand auch bei Mittag die Angst, daß er seiner Funktion enthoben werden könnte, wenn er die schlechten Nachrichten überbringt?

G.S.: Es wurde ja damals der Bereich Kommerzielle Koordinierung gegründet, außerhalb der Volkswirtschaft ein Bereich, der wie ein Devisenausländer behandelt wurde, von Dr. Schalck-Golodkowski geleitet wurde, und der Geschäfte neben dem Plan machte. Davon erhoffte man sich, insbesondere auch Mittag, eine außergewöhnliche Einnahme, mit der man diese Dinge bewältigen konnte. Ich muß sagen, daß der Schalck auch viel gemacht hat, das war nämlich ein ganz intelligenter Bursche, der schon eine Doktorarbeit über die Widersprüche zwischen dem Planungssystem und dem kapitalistischen System geschrieben hatte und wie man dort Geld

machen konnte von den einfachsten bis zu den kompliziertesten Dingen. Einfachste Dinge waren Weihnachtsbäume verkaufen in West-Berlin aus den Wäldern der DDR, damit man die nicht von der Bundesrepublik hierüber schleppen muß, oder Zement nach Berlin liefern, damit die ganzen Transporte eingespart werden über die Autobahn. Also solche Ost-West Geschäfte, oder eine solche Entwicklung, Fleisch zu exportieren in die Bundesrepublik. Die Bundesrepublik betrachtete uns ja nicht als Ausland, es wurden keine Zölle erhoben, und Fleischexport bringt Bargeld. Und das waren Ideen, die sind auch gegangen, aber da ist schon ein gewisser Aberglaube entstanden, daß man damit alles machen kann, das war auch nicht möglich, auch das war nur durch harte Arbeit möglich und durch gute Geschäfte.

M.O. Ich würde gerne noch einmal auf die Rolle von Mittag zurückkommen. Glauben Sie, daß er Honecker möglicherweise auch nicht immer richtig informiert hat oder möglicherweise Vorbehalte hatte?

G.S.: Der hat dann mit Honecker zusammen auf mich getrommelt, ich müsse das lösen. Ich sei der Planungschef, ich muß das lösen.

M.O.: Hatten Sie Einblick und Kenntnis über sämtliche Bereiche in der Wirtschaft? Die Zahlen waren Ihnen bekannt?

G.S.: Ja, alle Bereiche. Ich habe auch mit Alexander Schalck, der regierte so ein bißchen in die Wirtschaft hinein, und da hab ich dann so ein bißchen protestiert, hab dem Mittag gesagt, da mach ich nicht mehr mit. Wir haben Aufwand mit diesen Geschäften, also wenn Geschäfte, dann bitte mit uns abstimmen, damit wir wissen, was passiert, und ich muß Geld bekommen dafür. Wenn ich an dem Geschäft beteiligt bin, muß ich für die Volkswirtschaft der DDR, obwohl er nach den Beschlüssen Devisenausländer ist, Geld bekommen. Das war dann auch beschlossen worden, das waren im ersten Jahr 700 Mio., die ich bekam aus dem Bereich Schalck. Das waren dann in den folgenden Jahren jedes Jahr 2 Mrd.

Valutamark, das kann man in etwa mit der DM gleichsetzen, die wir für die volkswirtschaftlichen Ziele einsetzen konnten. Und deshalb waren wir keine Gegner, Schalck und ich, wir waren Menschen, die wirtschaftliche Probleme hatten, und dies abstimmen mußten. Aber wir haben zusammengearbeitet und ich muß sagen, daß es eine Zeitlang auch ganz gut funktionierte, besonders in der Zeit, wo wir mit den Erdölpreisen ganz gute Einnahmen erzielten.

M.O.: Lassen Sie uns auf die Rolle der staatlichen Planung zurückkommen. Man sagt ja, daß es eben auch Fehler gab in der staatlichen Planung. Können Sie vielleicht mal einen kurzen Überblick geben, wo Ihrer Meinung nach Schwachstellen in der staatlichen Planung, in der Erstellung von Jahresplänen, Fünf-Jahres-Plänen gab, die sich entsprechend ausgewirkt haben auf das wirtschaftliche System?

G.S.: Ja, die haben sich natürlich auch entwickelt. Das Planungssystem hat meines Erachtens sehr gut funktioniert, als wir die Reparationsverpflichtungen erfüllen mußten und die Schwerindustrie aufgebaut haben. Dort konnten wir mit Schwerpunktplanung und Mittelkonzentration irgendwelche Grundfragen lösen. Das Überleben der Menschen, daß sie essen und wohnen konnten und Heizung hatten, und wir konnten die Reparationsverpflichtung gewährleisten und die Riesenbetriebe wie Schwarze Pumpe und Schiffbau und Schwermaschinenbau in allen Bereichen aufbauen. Es war eine Zeit, wo die Planung Hochachtung hatte im Land und wo jeder gesehen hat, wir haben einen Plan gemacht und in fünf Jahren stand das da, was wir uns vorgenommen hatten. Mit Schwächen, die es natürlich auch gab, das war natürlich dann überkonzentriert, die Mittelkonzentration aufs EKO usw., wo es dann den 17. Juni gab, wir haben versucht mit Normen höhere Leistungen herauszupressen. Das machen die Menschen bis zu einem gewissen Punkt mit, dann hört es auf. Dann gab es Rückschläge. Wir korrigierten diese Politik, es wurde wieder mehr für den Konsum getan, die Sowjetunion gab uns die SAG-Betriebe zurück, die ja sowjetisches Eigentum geworden

waren nach dem Krieg, wie die großen Chemiekombinate, Bunda, Leuna und diese Giganten. Wir haben dann bis 1958 große Erfolge gehabt, indem wir die Rationierungen aufheben konnten, dann spannte sich das Ganze wieder an, wahrscheinlich auch durch die Politik der Vollvergenossenschaftlichung der Landwirtschaft, da gab es Versorgungsstörungen, so daß die Massenflucht eintrat in den Jahren 1960/61. Das war das Schlimme, daß die Intelligenz weglief. Das war ein geistiges Ausbluten der DDR, was ganz gefährlich war, ich als Planer war froh, daß eine Lösung gefunden war. Ich hätte nie für möglich gehalten, daß man eine Mauer bauen kann, daß man überhaupt ein Land so absichern kann, aber es war so. Die Jahre 1962-1967 waren die erfolgreichsten Jahre der DDR. Ulbricht war ein strammer Mann, auf Leistung orientiert, es gab keine Verschuldung in dieser Zeit, die DDR hatte eine Milliarde Dollar Schulden, das war bei einem Exportvolumen von 4-5 Mrd. überhaupt keine Belastung, die uns hätte Sorgen machen müssen. Dann hat Ulbricht das neue ökonomische System forciert, die Schöpfer waren v.a. Apel und Mittag. Mein Vorgänger als Planungschef Erich Apel, der sich 65 dann erschossen hatte, die haben das mit Wissenschaftlern und Praktikern gemeinsam entwickelt, und das ging gut vorwärts in dieser Zeit, führte aber dann zu Differenzen, weil das Politbüro die Vorschläge dieser Reformer für die Preisfestlegung nicht beschloß. Wir wollten auch eine Dezentralisierung der Preisbildung haben, entsprechend der Kostenstruktur der Betriebe und der internationalen Konkurrenz. Und die wurde nie beschlossen, die Preisbindung blieb immer zentral, das neue ökonomische System machte den Gewinn für die Betriebe zur Hauptkennziffer, und wenn die Preise nicht stimmten, ist der Gewinn ungerecht. Der eine macht viel und der kann gar nichts dafür, weil er einen guten Preis beschlossen bekommen hat von der Zentrale, und der andere geht fast pleite, weil er keine Chance hat, mit dem Preis zurechtzukommen, der ihm aufoktroziert worden ist. Es wurden dann die Industriepreise noch reguliert, da wußte man dann wenigstens, was uns eine Tonne Stahl an Aufwand kostet, aber die Konsumgüterpreise wurde festgehalten, so daß eine Schrippe fünf Pfennig kostete bis 1990, das war ja dann ein richtiger Preisunsinn geworden.

M.O.: Die Subvention für eine Schrippe waren also in der Planwirtschaft vorgesehen?

G.S.: Die Subvention waren vorgesehen, wir haben nie auf die Position geplant, aber wir mußten das berechnen, aber die Leute, denen die Bäckereien unterstanden, die mußten die Subventionen ja beantragen. Die Subventionen hatten eine Größenordnung unter Ulbricht von etwa 8 Milliarden im Jahr und die sind unter Honecker auf 58 Milliarden im Jahr gestiegen. Und das hat das neue ökonomische System wieder kaputtgemacht, deswegen gab es riesige Auseinandersetzungen 1965, und da wurde die Schuld der Plankommission gegeben, dem Dr. Apel, der ist verzweifelt dann, er hat mich dann am 3. Dezember 1965 angerufen und gefragt: „Gerhard, kommst Du mit zur Unterzeichnung?“, da war gerade die Unterzeichnung des Abkommens mit der Sowjetunion auf der Tagesordnung, worauf die im Westen den Selbstmord zurückgeführt haben, daß er nicht unterschreiben wollte, aber das stimmt nicht. Im Gegenteil, er war noch ganz stolz, daß er viele Verbesserungen erreicht hatte in dem Abkommen. Das war am Anfang mal ganz schlecht, aber er hat noch viel verbessert. Und dann hat er sich umgebracht und seit dieser Zeit bin ich dann Planungschef geworden. Ich muß sagen, daß wir das neue ökonomische System weitergeführt haben. Wir haben einige Änderungen dran gemacht, aber wir haben es weitergeführt. Und '67 begann dann Ulbricht, wahrscheinlich ist er dann zu alt und störrisch geworden, man hat ja oft erlebt in der Politik, daß viele Generalsekretäre eine gute Zeit hatten, und dann hinterher völlig versagt haben, so auch Breshnew. Auf jeden Fall hat Ulbricht dann Prognosen ausarbeiten lassen bis zum Jahr '90 und bis zum Jahr 2000, und die Plankommission mußte sich ja einarbeiten in die Prognosen und von dort zurückrechnen und die Arbeitsproduktivität für den nächsten Jahresplan bestimmen. Ulbricht hat dann Steigerungsraten von 10 oder 12 % verlangt, die ganz illusorisch waren, die gar keiner mitgehen konnte. So hatte ich also auch mit Ulbricht wachsende Differenzen, damals hab ich Honecker noch als eine Idealfigur betrachtet, d.h. ich habe selber dran mitgearbeitet, daß Ulbricht abgesetzt wurde und Honecker an die Macht kam. Da hatte ich nicht voraussehen können, daß Honecker mich

später noch mehr enttäuschen würde als Ulbricht, den ich heute im nachhinein nach langen Erfahrungen vielleicht noch idealisiere. Auf jeden Fall war er wirtschaftlich ein Mann, der viel verstand, und der viel Druck in die richtige Richtung gemacht hat, zu Leistung, Leistung, Leistung.

M.O.: Sie sprechen gerade das Thema Altersstarrsinn an. Ich habe einmal gelesen, daß Sie sagten, man könne die Ursache nicht immer nur im Altersstarrsinn finden. Gab es denn so etwas wie Starrsinn? Sah Honecker möglicherweise sein Lebenswerk in Gefahr und traf dann Entscheidungen, die eventuell nicht die richtigen waren? Meinen Sie, das hat im Politbüro eine Rolle gespielt?

G.S.: Das ist möglich, das Politbüro war ohnehin überall. Wenn Sie mal heute überlegen, das Politbüro, was es mal gegeben hat, gibt es doch überhaupt nicht mehr. Zehn sind gestorben von den 21 Mitgliedern, sechs von ihnen sind um die 90 Jahre alt oder schwer krank, also gar nicht mehr bewegungsfähig. Nur sechs von ihnen sind geblieben, die für die Politik überhaupt noch greifbar sind, drei davon sind vorgestern verurteilt worden. Also, es gibt es nicht mehr.

M.O.: Sie sagen, daß Altersstarrsinn möglicherweise eine Rolle gespielt hat, aber daß es auch systemimmanente Mängel gab im wirtschaftlichen System. Können Sie mir benennen, was die systemimmanenten Mängel in der Planwirtschaft beispielsweise waren?

G.S.: Ja, in der Planwirtschaft, wir haben mit dem neuen ökonomischen System diese hochzentralisierte Planung abgeschafft. Ich will Ihnen ein paar Zahlen sagen. Wir haben in der Plankommission etwa tausend Positionen geplant, und die Minister dazu noch mal zweitausend, so daß wir dreitausend Positionen zentral unter Kontrolle hatten. Nicht nur Stahl, sondern auch Edelstahl, nicht nur Dieselmotoren, da gab es Schiffsdieselmotoren oder Kleindieselmotoren, wir haben dann diese Detailplanung aufgegeben. Die Verantwortung haben wir in die Kombinate,

damals hießen die noch VVB, gelegt, haben allerdings weiter berechnet, denn das war notwendig, weil wir Handelsabkommen hatten mit den sozialistischen Ländern, die waren ja mit Positionen unterlegt, das mußten die Betriebe ja gewährleisten. Es wurde aber nicht mehr Planaufgabe gemacht, sie bekamen von uns die Berechnungskennziffer, damit sie wußten, was von ihnen erwartet wird in der Wirtschaft und in welche Richtung sie ihre Schwerpunkte legen mußten. Die Zahl wurde reduziert mit dem neuen ökonomischen System auf 120 Positionen, von den ursprünglichen 3000. Eine wirkliche Verlagerung der Verantwortung und auch des Überblicks, denn die unten wissen ja oft viel mehr als wir oben. Es war ein gut durchdachtes System in dieser Richtung, und es wäre sicher noch viel besser geworden, wenn die Beweisfragen dazu auch entschieden worden wären, damit der, der die Dinge plant auch die Preise mitbeeinflussen kann.

M.O.: Also wäre weniger Planung besser gewesen?

G.S.: Weniger Detailplanung wäre besser gewesen. Ich sage immer, eine Planung muß sich auf die strategische Entwicklungsrichtung konzentrieren. Man kann nicht alle Details planen. Der zweite große Fehler war, daß die halbstaatlichen Betriebe unter Honecker abgeschafft wurden. Das war nämlich der Teil, der den Konsumgütermarkt beherrschte. Das kann gar keine Plankommission leisten. Die Planer haben eigentlich immer ein Konzept gehabt für einen realen Plan. Ich will uns jetzt nicht in den Himmel heben, wir haben auch unsere Probleme gehabt, unsere Fehlplanungen usw., aber der Planungschef und die Experten der Kommission sind immer für reale Pläne, aber es wird immer politisch etwas dazu beschlossen. Wenn ich einen Plan dem Politbüro vorlegte, dann kamen immer Expertisen, Vorschläge von anderer Seite, und die wurden beschlossen, und dann wurde das wieder überspannt. Wir hatten ja nun das Primat der Politik über die Ökonomie, das Prinzip kennen Sie ja, und letztlich war der politische Entschluß geltend.

M.O.: Die Vermengung von Ideologie und Ökonomie.

G.S.: Ja, richtig.

M.O.: Vielleicht können Sie dazu was sagen, zum Verhältnis von Ideologie und Ökonomie.

G.S.: Ein Unternehmer läßt sich in seinen Entscheidungen gar nicht von Machtbeschlüssen beeindrucken. Der muß zwar sich wegen verschiedener Abgaben und Steuern mit dem Staat gut stellen, aber ob er die oder eine andere Richtung in seiner Entwicklung einschlägt, entscheidet er völlig selbst im Rahmen seines Kapitals. Und wir haben zu viele Dinge gehabt, nehmen Sie den Transrapid, das ist ja schon eine schlimme Sache in der kapitalistischen Wirtschaft, weil der Staat beteiligt ist mit Förderungsgeldern. Wir haben Probleme gehabt mit der Eiweißversorgung der Landwirtschaft als Proteinfuttermittel. Da hatten die Japaner es geschafft, aus Erdgas Protein herzustellen. Also nicht mehr aus natürlichen Rohstoffen wie Sojabohnen oder anderem, sondern aus Erdgas. Wir hatten einen Wissenschaftler an der Akademie der Wissenschaft, der hat das entwickelt, aus Erdöl Protein herzustellen. Und der Mann hat sich über den Akademiepräsidenten gegenüber Ulbricht durchgesetzt, daß wir eine Proteinfabrik in Schwedt bauen konnten, an dem Erdölverarbeitungswerk. Die Plankommission hatte ja keine Spezialisten auf dem Gebiet der Mikrobiologie, und sagte: „ja aber Vorsicht, erst eine Versuchsanlage, damit wir probieren können“. Nein, das mußte gleich eine Anlage sein für 700.000 Tonnen, mit 1,7 Mrd. Aufwand wurde diese Anlage gebaut, und als sie fertig war, kamen die Beschwerden, daß da zuviel Kohlewasserrückstoffe drin sind, daß die schädlich für die Schweinefütterung sind, dann war inzwischen der Erdölpreis so hoch geworden, daß das ganze ein Subventionsgebiet wurde. Da mußte die Tonne Futtermittel subventioniert werden, damit die Bauern die überhaupt kauften. D.h. wir haben inhaltlich mit unserer Warnung wieder mal recht gehabt, aber die Politik hat sich durchgesetzt.

M.O.: Sie sprachen gerade von halbstaatlichen Unternehmen, die mit dem heutigen Mittelstand vergleichbar wären. Weshalb wären diese Unternehmen so wichtig gewesen für ihr Wirtschaftssystem?

G.S.: Ich sage, die halbstaatlichen Betriebe haben über Branchenvereinigung den Markt studiert und immer entsprechend dem Bedarf, der dort aufgetreten ist, alles mögliche produziert. Ein Privatmann produziert immer, oder meistens, sehr effektiv, die haben sehr gut investiert und sich weiterentwickelt. Die haben ganze Gebiete beherrscht, wie Anglerbedarf. Das sind doch tausend Sachen, die man so braucht für solche Sachen. Das mußte und konnte keiner in der Zentrale planen, das lief alles von selbst.

Und als das abgeschafft wurde, gab es das alles nicht mehr. Zunächst sind sie verpflichtet worden, Konsumgüter weiterzuproduzieren, aber erst einmal mußte täglich was Neues entstehen. Wenn man das gleiche beibehält, ist es nach fünf Jahren alles veraltet, und das wurde nicht mehr beherrscht.

Und das wirkt sich auf die Wirtschaft aus, denn die Kombinate haben die kleinen Betriebe als Zulieferanten für sich genutzt und praktisch diese Kleinindustrie kaputt gemacht. Stück für Stück. Die haben zwar dann ihre Teile oder Schrauben für das große Kombinat produziert und Reparaturen gemacht und solche Dinge, aber das war ein Verlust. Wir haben das gemerkt, da wurde mein Staatssekretär, Klopfer war sein Name, der wurde als Sonderbeauftragter für diese kleinen Dinge eingesetzt, für die Versorgung. Er machte jeden Montag mit allen Ministern, die irgendwas produzierten, eine Beratung, nach dem Prinzip, stets findet Überraschung statt, wo man es nicht erwartet hat, wie Wilhelm Busch einmal gesagt hat. Man hat das nicht beherrscht, man mußte dann Sonderimporte machen, um überhaupt versorgen zu können.

M.O.: Wenn Sie heute noch einmal die Möglichkeit hätten, die Uhr zurückzudrehen. Was würden Sie ändern, was würden Sie anders machen in den 80er Jahren, um die wirtschaftliche Situation noch in den Griff zu bekommen?

G.S.: Ich würde das heute noch anders anlegen. Ich würde einen Weg suchen der Konföderation mit der Bundesrepublik, und würde Joint-Venture-Betriebe aneinanderbinden von West und Ost, und dort mit den

Erfahrungen und Möglichkeiten der beiden Staaten versuchen, eine Gesamtlösung zu finden für dieses Problem.

M.O.: Von der staatlichen Lenkung ganz loslassen?

G.S.: Ich will das gar nicht so sagen. Ich hätte z.B. auf die Experten von der staatlichen Plankommission gar nicht verzichten wollen, denn die waren ja nicht diejenigen, die die großen Fehler gemacht haben. Das waren meistens die tausend inhaltlichen Mitarbeiter, die Spezialisten, die mit der inhaltlichen Planung zu tun gehabt haben. Das waren studierte Chemiker und Ökonomen, meistens in einer Person. Bauer und Ökonom mit einem Doppelstudium, das waren die besten Leute für uns. Wir waren das Organ wie ein Generalstab im Militär, der nicht den Krieg führen mußte, sondern die grundlegenden Pläne machen mußte. Ich habe meinen Leuten immer gesagt: „Ihr müßt Spezialisten der Verflechtung sein, das Produkt weiterentwickeln und das Beste daraus machen“. Das müssen die Ingenieure, Techniker und Chemiker machen. Wir müssen sehen, was sind da für Nebenwirkungen, was sind das für Anforderungen an andere Bereiche. Das war unsere große Aufgabe, und das funktionierte immer weniger, je mehr man uns zwang, die Details zu machen. Wir mußten die großen Entwicklungsrichtlinien planen. Ich habe in meinem Buch geschrieben, wenn man heute die Planung machen müßte, was man dann alles anders machen müßte. Man müßte große strategische Linien planen, Rohstoffe, Umweltschutz, Versorgungspositionen usw., und sich überhaupt nicht um die Details kümmern. Das müßten alles die Verträge hergeben, die sie untereinander zu schließen haben. Aber ich würde auch nicht sagen, daß Planung überflüssig wäre, so wie es heute ist. Im Dezember einen Haushalt beschließen und im Januar geht es nicht mehr, das darf es nicht geben, da würde ich auch sagen, da fehlt es den Leuten an der Planung. Man muß einen Mittelweg finden.

Ich sage Ihnen ehrlich, bei einem Unternehmer, ich arbeite ja jetzt bei einem Unternehmer, so ein Unternehmer plant ja auch, der nennt das zwar Budgetierung, aber das ist ja auch eine Planung.

Der Markt ist ja übersättigt, es ist ein Überangebot vorhanden, oder es findet eine Marktlücke statt, dann geht der Preis sofort hoch, damit das Kapital dorthin fließt. Insofern funktioniert sie ja gut, die Marktwirtschaft. Aber die Marktwirtschaft könnte man etwas mit Planung unterlegen, und ich sage Ihnen, z.B. die Rohstoffe, wenn Sie mal überlegen, daß in 30, 40 die ersten Grundrohstoffe, die über Millionen Jahre gewachsen sind, daß die dann weg sind, da gibt es dann kein Zinn mehr oder Chrom, wer weiß, was dann geschieht. Oder die Deutschen steigen aus der Atomenergie aus und sehen das als große Errungenschaft an, wenn sie das Thema in die Welt setzen. Aber in 100 Jahren ist das Erdöl völlig alle hier, das Erdgas sicher auch, und wenn es 120 Jahre sind, weil man neue Methoden findet, dann sind auch nur 20 Jahre gewonnen, und wie geht es dann weiter? Mit Windkrafträdern?

M.O.: Man hat ja bis zum Schluß angenommen, daß die DDR auf Platz 10 der wirtschaftsstärksten Länder stand. Im Westen hat man doch gar nicht realisiert, daß es der DDR so schlecht ging. Wie ist es der DDR gelungen, ihre wahre Wirtschaftslage so lange zu verschleiern?

G.S.: Ob es verschleiern war, weiß ich gar nicht. In der DDR waren die Zahlungsbilanzen geheime Verschlusssachen, manchmal wurden die vom Politbüro als geheime Kommandosache dem Mitglied persönlich übergeben. Ein Mensch, der Schulden hat, hat auf der anderen Seite einen Gläubiger sitzen mit genau der gleichen Zahl. Daß man nicht wußte, wie hoch die Verschuldung ist, das glaub ich nicht. Es gibt dort Besonderheiten, die man wissen muß, um das überblicken zu können. Da die Bundesrepublik die DDR nie als Ausland angesehen hat, sind die Verbindlichkeiten der DDR nie als Auslandsverschuldung erschienen in der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel. Wenn Sie da die Zahlen sehen, werden Sie über die 10 Mrd. Dollar nicht hinauskommen. Es waren mindestens 14,15 Mrd. Da mag sich manch einer, der sich nicht auskennt, irren und ohne eigenes Verschulden falsche Schlüsse gezogen haben, aber im großen und ganzen müssen die das gewußt haben. Ich wurde auch gestern schon wieder danach gefragt, wir haben mal eine ganz

primitive Maßnahme gehabt, die hat der Mittag erfunden, wir haben den sogenannten Überziehungskredit gewährt bekommen von der Bundesrepublik, das waren immerhin 800 Mio. im Jahr. Wenn wir unsere Kreditmöglichkeiten bis 800 Mio. überzogen haben, dann haben wir einen zinsfreien Kredit gehabt, für den wir keinen Pfennig Zins zahlen mußten. Mittag hatte eines Tages die Idee, das war 1988 oder 87, wo es uns schon ganz dreckig ging, da hat er gesagt, wir nutzen den Kredit nicht aus, um die Leute zu täuschen, denn da werden die sofort wachsam und meinen, die DDR hat viel mehr Geld, als wir denken. Genau das ist eingetreten. Wir hatten Schwierigkeiten, überhaupt Kredite zu bekommen, die Tatsache, daß wir den Kredit nicht ausgenutzt haben, hat jeden der Banker von der Tatsache überzeugt, denen geht es ja ganz gut, sonst würden sie ja erst mal den Kredit ausschöpfen. Selbst eine solch primitive Täuschung ist gelungen, wenigstens zwei Jahre lang. Da haben die sich hinterher auch gefragt, wie konnte das passieren. Ich war in der Eppelmann-Kommission in Dresden, in dieser Kommission zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur. Da wurden die anwesenden Wissenschaftler der Bundesrepublik von den Kommissionsmitgliedern, die ja oft Abgeordnete des Parlaments waren, mehr beschimpft, als ich, der ich dabei gewesen war.

M.O.: Stichwort Statistik, die spielte ja sicherlich eine wesentliche Rolle. Arno Donda, der Leiter des Statistischen Amtes schrieb einmal, daß Statistik eine wichtige Rolle spielte in der DDR, gerade auch im Hinblick auf Manipulationen. Statistiken sind bekannt dafür, daß man sie so interpretieren kann, wie man sie gerne sehen möchte. Was für eine Rolle spielte die Statistik in der DDR?

G.S.: Zunächst mal muß ich sagen, daß die Statistiker in der DDR, und vor allem Arno Donda, einen Riesenkampf geführt haben, und daß mit der Statistik ehrlich gearbeitet wurde. Er hat immer im Ministerrat unterbreitet, wenn irgendwo betrogen wurde, wenn Schönfärbungen von unten gekommen sind, und hat solide Zahlen weitergegeben. Eine größere Statistikfälschung habe ich nicht miterlebt. Ich habe aber erlebt, daß, je mehr die DDR dem Ruin zugeht, aus der Statistik die negativen Ergebnisse

weggelassen wurden. Das ist auch eine Form von Fälschung gegenüber der Öffentlichkeit, wenn man nur noch von Erfolgen spricht. Man muß nicht eine Zahl fälschen und hat ein ganz anderes Bild von der DDR, als wenn man fragt, wie sieht das wirklich aus, wie hoch sind die Schulden dort. Wieviel Betriebsstillstände hat es gegeben, weil kein Material da war usw. Also die ganzen negativen Dinge, die sind nicht veröffentlicht worden. Donda legte alles vor, aber was veröffentlicht wurde, das entschied die Politik. Diese reinen Erfolgsmeldungen konnten wir schon selber nicht mehr hören. Es hat einzelne Eingriffe gegeben, die man als Fälschungen bezeichnen kann, ich hab das in einem Fall mal hochgespielt. Mittag hat so eine Begriffsbestimmung für die Zahl der Roboter beschließen lassen, daß auch die Melkmaschine als Roboter ausgegeben wurde. Da waren wir nach der Zahl der Roboter einer der fortschrittlichsten Staaten der Welt, was natürlich eine absolute Täuschung war. Da muß ich aber sagen, ehrlicherweise haben die Statistiker gegen diesen Beschluß protestiert, aber als der Beschluß gefaßt worden ist, mußten sie ihn durchführen, das war nun einmal unser System.

M.O.: Wer hat denn die Statistiken gelesen? Die waren doch in erster Linie für die DDR selbst bestimmt. Was für Auswirkungen hatten denn diese Statistiken? Waren sie da, um den Sozialismus zu rechtfertigen, um zu zeigen, wir sind auf dem richtigen Weg, das System funktioniert, oder hatte das auch Auswirkungen auf die Planwirtschaft, so daß möglicherweise auch auf der Grundlage falscher Daten geplant wurde.

G.S.: Ich sage ja, die Daten waren nicht falsch. Die Planer verfügten natürlich auch über die anderen Daten, die man nicht veröffentlicht hat. Insofern ist die große Verzerrung nicht entstanden, aber die ist in der öffentlichen Meinung entstanden, weil man dem Volk immer nur gesagt hat, wir sind auf dem richtigen Weg. Das war die Idee, die DDR politisch stabil zu machen durch Stärke.

Aber das Volk hat in wachsendem Maße gemerkt, daß dort schöngeredet wurde und sie damit getäuscht wurden. Bei den Demonstrationen, die dort

stattfanden, merkte man die Stimmung, die war nicht mehr zu verheimlichen.

M.O.: Ich würde gerne noch einen Sprung weiter nach vorne machen, nämlich in die Zeit nach dem Fall der Mauer. Ihre Tätigkeit als Leiter der staatlichen Plankommission ging ja dann im November 1989 relativ schnell dem Ende zu. Wie ist dann Ihr Werdegang weiterverlaufen, insbesondere in der Regierungszeit von Modrow? Was haben Sie da gemacht, wie ging es weiter?

G.S.: Ich habe in dieser Zeit mit einer idiotischen Arbeit von 15,16 Stunden am Tag versucht, daß die Betriebe arbeiten können. Also, alle Störungen beseitigen, es hatten ja Betriebe aufgehört zu arbeiten, da fehlten dann Zulieferungen usw., die wirtschaftliche Verflechtung zu halten, die Rohstoffe weiterhin von den Lieferanten aus der Sowjetunion zu bekommen und auch aus den anderen Ländern; die wirtschaftliche Verflechtungen zwischen den Ländern und zwischen den Final- und Zulieferproduzenten zu erhalten. Ich habe noch nie so viel operativ arbeiten müssen. Wie die Feuerwehr kamen wir uns vor, was wir dort machen mußten. Und zur gleichen Zeit hat der Krenz-Beauftragte ein ungeschminktes Papier über die ökonomische Lage der DDR erstellt, was wir auch in 4 bis 5 Tagen gemeinsam mit Beil und Schalck und Donda und Höfner ausgearbeitet haben. Wir hatten ja das ungeschminkte Bild bei uns, es wollte ja nur keiner hören. Deswegen war es uns so schnell möglich, dieses Bild zu erstellen, wir hatten gar nicht so viel Arbeit damit.

M.O.: Was sagte denn damals, im Herbst 1989, die politische Führung? Krenz muß doch damals im Bilde gewesen sein, Sie hatten doch die Zahlen immer wieder vorgelegt. Und Krenz war dann auf einmal überrascht, daß es so schlecht stand?

G.S.: Nein, überrascht war der nicht. Krenz hatte in dieser Zeit schon guten Kontakt mit Schalck, der hat ihm immer alle Zahlungsbilanzzahlen gegeben, und außerdem habe ich jahrelang im Politbüro neben Krenz gesessen, und

ihm immer meine Zahlen mit zugeschoben. Wir hatten eine gute Zusammenarbeit, überrascht worden ist der nicht. Natürlich weiß man, als Mann in zweiter Linie hat er politische Anleitungen der Militärs verantwortet, und sich nicht den ganzen Tag mit Ökonomie beschäftigt. Da kann man nicht erwarten, daß der alles weiß. Das Papier wollte er auf dem Weg mitnehmen zu Gorbatschow, da mußte er sich gründlich in wichtigen Strategiefragen mit den Unterlagen ausrüsten.

M.O.: Wie ging das dann weiter, als Hans Modrow im November 1989 zum Ministerpräsidenten ernannt wurde?

G.S.: Für mich ging es dann so weiter, daß ich als Einziger des alten Politbüros in die neue Regierung mitgenommen wurde. Das hing damit zusammen, daß ich in meinem ganzen Leben bei entscheidenden Punkten aufgemuckt habe. Ich kam in die Regierung Modrow, aber der politische Druck war sehr stark geworden. Auf einmal schien ich für die Leute der einzige Ansprechpartner zu sein, dem man sagen konnte, was das Politbüro für ein Sauhaufen ist. Da stürzte sich alles auf mich, wo ich auch hinging. Ich mußte mich dauernd verantworten für die Grenze, für die Versorgung, einfach für alles. Da hab ich dann am 13. Januar bei der Volkskammer beantragt, daß ich befreit werde von der Aufgabe, was die Volkskammer auch angenommen hat. Ich habe das nicht weiter begründet, wenn ich gefragt wurde, habe ich gesagt, ich halte das nicht durch. Ich bin ja Kritik gewöhnt. Vorsitzender der Plankommission ist nun mal ein Schleudersitz, daran war ich gewöhnt, aber da waren dann Beratungen unter Leitung von Modrow und Christa Luft, da fingen die auch noch an, auf mich zu schießen und da hab ich gesagt, jetzt hör ich auf, macht doch Euren Dreck alleine weg. Es war auch höchste Zeit, ich wurde eine Woche später verhaftet.

M.O.: Was ist nach Ihrer Einschätzung wirtschaftlich in der Amtszeit der Regierung Modrow vorgebracht worden und was trug Christa Luft dazu bei?

G.S.: Ich glaube, daß Christa Luft und Modrow große Arbeit geleistet haben. Die haben versucht, eine Summe von Fragen, die am Runden Tisch aufgeworfen wurden, Schritt für Schritt zu lösen. Nach meiner Auffassung konnten sie nicht alles lösen und in drei Monaten in Ordnung bringen, was zehn Jahre lang schiefgelaufen war. Sie haben meiner Ansicht nach eine große Arbeit geleistet, auch physisch. Ich glaube, das Mögliche haben sie getan, auch für den Einigungsvertrag. Ich behaupte sogar, auch der Krause, der heute so unter Beschuß steht, weil er als Verkehrsminister gescheitert ist, der hat in dieser Einheitsverhandlung für die Interessen der Leute gut gerungen, gut gekämpft. Die Verhandlungen zum Einigungsvertrag waren sehr gleichberechtigt, bis zu dem Zeitpunkt, als der Kohl mit Gorbatschow in den Kaukasus reiste, und Gorbatschow praktisch die DDR verkauft hat, damit er die Milliarden kriegte, so wie der Zar Alaska verkauft hat für 7,275 Millionen. Gorbatschow hat die DDR für einen viel höheren Preis verkauft. Gorbatschow hat ja auch recht und sagt jetzt, wem anders als den Deutschen hätte ich das Schicksal Deutschlands in die Hand geben können. Nur gab es in dieser Zeit zwei Deutsche, es war der frei gewählte Ministerpräsident de Maizière und der Kohl, die hätten eigentlich beide dahin gehört, in den Kaukasus. Vielleicht wäre dann doch manches ein bißchen ausgeglichener gewesen. Obwohl der große schwere Kohl mit seiner Ökonomie im Vordergrund und der kleine de Maizière mit der verschuldeten DDR im Hintergrund keine gleichberechtigten Partner sein konnten.

M.O.: Es wurde der Regierung Modrow oft der Vorwurf gemacht, auch heute noch, sie hätte in den letzten Zügen liegend versucht, zu retten, was noch zu retten ist. Beispielhaft sei hier die Absicherung alter Genossen genannt oder die Übertragungen von Grundstücken an ehemalige Bewohner, die in erster Linie Parteigenossen waren. Können Sie da was zu sagen, gab es das wirklich oder meinen Sie, diese Vorwürfe seien alle ungerechtfertigt?

G.S.: Das war meines Erachtens ein Ausdruck der Übergangszeit, natürlich haben die die Chance genutzt, als die Grundstücke noch sehr billig waren.

Grundbesitz spielte früher für einen DDR-Menschen überhaupt keine Rolle. Die Pacht war so niedrig, daß er gar kein Interesse hatte, das Grundstück zu erwerben, und plötzlich merkten die Leute, daß das umkippt, und suchten dafür eine Lösung. Einzelheiten kenne ich da nicht, ich hab in dieser Zeit im Gefängnis gesessen oder war im Ermittlungsverfahren jeden Tag oder zweimal in der Woche unter Kontrolle, deswegen hab ich die Zeit nun nicht so miterlebt.

M.O.: Jetzt kommen wir schon fast zum Ende, ich habe aber noch eine wichtige Frage an Sie. Es werden ja immer zwei oder drei Dinge angeführt, die maßgeblich dazu beigetragen haben, daß die DDR gescheitert und untergegangen ist. Da ist zum einen die sowjetische Reformpolitik, zum anderen die Bürger- und Oppositionsbewegungen, und als drittes eben die wirtschaftliche Lage der DDR. Können Sie was zur Einordnung dieser Aspekte sagen, können Sie es auf einen Nenner bringen, was die Hauptursache war für den Niedergang?

G.S.: Es gibt eine Verquickung von allen Fragen in der politischen Weltlage, große Veränderungen, das Aufeinanderzugehen von Sowjetunion, Bundesrepublik und Amerika. Da wurden ja sogar Thatcher und Mitterand ausmanövriert, weil die ja brutal gegen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten waren, ganz offen. Jedenfalls war spürbar, daß sie da nicht dafür waren, die hatten Angst vor dem Großdeutschland, was da wieder entstand, entstehen könnte, bis hin zu den Dingen, der nahenden Zahlungsunfähigkeit.

Ich würde nicht einen Faktor als den entscheidenden herausstellen wollen, die Menschen waren wichtig, die Straße hat viel bestimmt. Die Bürgerrechtsbewegungen sind für mich noch die greifbarsten gewesen, für mich waren es Eppelmann und Bärbel Bohley, die haben offen gesagt, daß sie Gegner der DDR waren, haben dafür sogar Repressalien auf sich genommen, und haben dann am Runden Tisch versucht, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Ich habe sogar mal im Politbüro vorgeschlagen, wir müßten eine Regierung bilden der nationalen Vernunft und der Einheit, wo alle diese Kräfte in der Regierung drin wären. Da bin ich zwar nicht mit

durchgekommen, aber zugehört haben alle. Am meisten mißfallen haben mir nämlich die, die plötzlich anders gewesen sein wollten als vorher. Ich habe nie verstanden die Staatsanwälte, die mich verhaftet haben, die mir die Dokumente mit falschen Beschuldigungen vorgelesen haben. Ich habe nie verstanden, daß die Staatssicherheit Leute, die früher mal für meinen Schutz verantwortlich waren, daß die mich dort in die Haftanstalt gefahren haben. Dieses schnelle Wenden. Ich habe nie verstanden, daß Gunther Emmerich, der sich immer gedrängt hat, bei jeder Festveranstaltung als Sänger und Moderator aufzutreten, daß der auf einmal absolut gegen die DDR gewesen sein soll. Die Dinge haben mich am meisten gestört.

M.O.: Um noch mal nachzuhaken, es gab also keinen einzelnen Punkt, der ursächlich für den Zusammenbruch war.

G.S.: Zu diesen Reformen, natürlich hat das eine Rolle gespielt, daß Honecker Glasnost und Perestroika nicht mitverfolgt hat, und die Beziehung mit der Sowjetunion sich verschlechtert haben in dieser Zeit. Und natürlich hat Gorbatschow eine Umwandlung dieser Sowjetunion angestrebt in Größenordnungen, die insbesondere auf dem Gebiet Glasnost in Richtung der Demokratisierung des ganzen Landes geführt haben, indem er aus der Rüstungskonfrontation die Welt herausführen wollten, daß die hochgerüsteten Atomstaaten nicht mehr so frontal gegeneinander sind, sondern auch abrüsten und normale menschliche Beziehungen miteinander gestalten. Das alles ist ganz sicher unverändert Gorbatschows Verdienst, wofür er Jubel einheimst, allerdings nur im Ausland. Im eigenen Land ist das ganz anders. Während die Perestroika, worunter Gorbatschow ja verstanden haben wollte, daß man die Stagnation überwinden mußte und zu einem neuen Aufschwung der wirtschaftlichen Kraft der Sowjetunion kommen sollte, die war ein Flop, von Anfang an. Unter Gorbatschow ist nicht auf einem einzigen Gebiet die Leistung und die Produktion erhöht worden. Im Gegenteil, es ist alles abgesunken. Die Landwirtschaft, er war ja Landwirtschaftssekretär, die wollte er zu einer neuen Blüte führen, aber der Getreideimport wurde immer höher. Auf diesem Gebiet nicht mitgegangen zu sein, dafür gab es meines Erachtens nach sogar Gründe. Ich habe da

immer kritisch geguckt, und da wir ja betroffen waren, da wir immer was von ihm brauchten an Material, Baumwolle, Stahl, Erdöl usw., da hatte ich große Bedenken mit dieser Entwicklung, die dann zu dem Absprung führte. Natürlich hatten die Reformen auf der politischen Seite Auswirkungen. Man wunderte sich als Genosse, wenn man Urlaub an der Ostsee machte, wenn da an der Kirche stand, daß da eine Vorlesung gehalten wird über Gorbatschow. Die Kirche hat das gemacht, die Partei hat da nicht von geredet, und das mußte einem Kommunisten zu denken geben. Da wurde ich sehr unruhig und habe gedacht, da läuft was in die falsche Richtung. Verbot Sputnik und solche Dinge, das spielte alles eine große Rolle, wobei ich denke, daß die DDR eine Chance hatte, vielleicht den Anschluß an die Bundesrepublik sanfter zu gestalten, und nicht mit diesem Umbruch auf die Wirtschafts- und Währungsunion. Von dem sagte Kohl, es gab keine andere Chance, wenn ich das nicht gemacht hätte, wäre es wahrscheinlich kaputtgegangen. Ich will ihm das sogar abnehmen, aber wenn er das so sieht, muß er die Folgen daraus auch mittragen, dann darf er jetzt nicht sagen, daß wir jetzt 18 % Arbeitslose haben und eine Deindustrialisierung, daß da 75 % der Industrie der DDR kaputtgegangen sind, das muß er auch mittragen, das ist auch ein Folge eines unreellen Geldumtausches, eine unreelle Umbewertung der Altlasten der Betriebe der DDR, denn jeder Betrieb hat 30% Kreditanteil haben müssen. Gewinn mußte er vorher abführen, damit die staatliche Kontrolle über die Betriebe erhalten blieb. Diese Altschulden waren ja gar keine Schulden, die waren eine Wechselbeziehung zwischen Staatshaushalt und Betrieb, die sind 1:2 im Verhältnis in DM-Schulden umgewertet worden und kosten plötzlich nicht mehr 1% Zinsen wie in der DDR-Zeit, sondern 12, 10%, manchmal 8%, wie der Marktkredit nun gewirkt hat. Das sind Dinge, die man kritisch sehen muß, immer wenn ich auftrete, sage ich dann, es ist vielleicht Altersstarrsinn, daß ich mir eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten lieber auf dem Weg gewünscht hätte, wie er vom Runden Tisch angedacht war, und wie er von dem wissenschaftlichen Kreis des Ministeriums für Wirtschaft und von Staatsbankpräsident Pöhl vorgeschlagen war. Die haben diesen schrittweisen Weg des Anschlusses konzipiert, der wäre mir lieber gewesen, und der wäre auch für beide Teile Deutschlands effektiver

gewesen. Aber wenn es nicht anders ging politisch, dann muß man das gemeinsam tragen, dann darf er auch nicht diese Rechnung aufmachen, die den Osten entwürdigt, und die den Westen beunruhigt. Ich meine die Transfers von über einer Billion DM seit der Vereinigung von West nach Ost. Dann muß man mal mit realen Zahlen rechnen, weil da auch Finanzströme hineingerechnet werden, die so gar nicht zu erfassen sind, z.B. jede gesetzliche Regelung, die für alle Deutschen gilt, wie BAföG, wie Kindergeld oder Mietzuschuß oder Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe, die wurde als Transfer gerechnet, wenn sie in den Osten ging, das ist doch keine Transferrechnung. In die Transferrechnung wurde der Regierungsumzug von Bonn nach Berlin hineingerechnet, sofern er den Osten betrifft. Und daß die Stationierungskosten der Bundeswehr in den östlichen Bundesländern als Transfer gerechnet werden, das ist doch absoluter Unsinn. Glücklicherweise hat jetzt der Schwanitz, der jetzt Staatsminister für die neuen Bundesländer ist, diese Rechnung in dem letzten Bericht der Bundesregierung über den Stand der Einheit, korrigiert. Jetzt ist eine Transfersumme zwischen 106 und 140 Milliarden jährlich berechnet worden, und das ist mal eine reale Rechnung, weil diese Mittel tatsächlich der Entwicklung des Ostens dienen. Das ist wirklich Geld, für das wir im Osten auch Danke sagen können, weil das eine Unterstützung ist, obwohl natürlich auch hier das Problem ist, daß die westlichen Konzerne vorher die Gewinne abkassiert haben. 85% des Volkseigentums der DDR sind in westliche Besitzerhände gegangen, 9 % in andere ausländische Hände und 6% ist bei Osis geblieben. Die Zahl der Millionäre ist von 18.000 auf 25.000 gestiegen, aber davon sind nur 109 aus dem Osten, also nur unter 1%. Das alles muß man ja auch berücksichtigen, wenn man von Geldtransfers spricht. Geldtransfer ja, aber Eigentumstransfer von Ost nach West, Gewinntransfer von Ost nach West, das muß doch gegengerechnet werden. Meine innere Grundeinstellung ist, daß das Beste, was aus dem Zusammenbruch der DDR und des Ruins und der Vereinigung mit der Bundesrepublik herausgekommen ist, ist die auf friedlichem Wege erreichte Einheit Deutschlands. Man müßte alles tun, um die verständlichen großen anderen Betrachtungsweisen schrittweise einsenken und ein Aneinanderwachsen organisieren. Dafür muß man allerdings einige

Überheblichkeiten und Empfindlichkeiten von uns beseitigen. Wenn ich überhaupt tätig bin auf dem Gebiet der Aufarbeitung von Geschichte, dann nur deshalb. Geld machen kann man überhaupt nicht damit, man hat Mühe, seine Kosten erstattet zu bekommen, wenn man so etwas übernimmt und man muß sich manchmal sogar beschimpfen lassen. Das ist doch klar. Es gibt doch Leute, die haben andere Auffassungen zu den Dingen. Es gibt Opfer, die sagen sehr brutal ihre Meinung, wenn man da auftritt als ehemaliger Politbüroandidat oder Mitglied.

M.O. Wenn Sie abschließend noch einmal eine Bilanz von 40 Jahren DDR ziehen, die Sie aus nächster Nähe mitbekommen haben, gibt es da vielleicht etwas, was Ihnen in den Jahren ganz besonders präsent ist, beruflich oder auch privat?

G.S. Ich habe mit der Zeit gelebt, ich bin in diesem Land groß geworden und habe alle Dinge mitgetragen. Ich bin in ganz armen Hause geboren und bin nicht an irgend etwas interessiert zu erhalten. Wenn ich heute in einer Drei-Zimmer-Wohnung lebe, dann finde ich das schon als eine schöne Wohnung. Gegenüber den Lebensbedingungen aus der Familie, aus der ich komme, ist das sehr schön. Ich habe auch keinen Ehrgeiz mehr irgend etwas zu machen. Ich fühle mich jetzt erleichtert, daß ich die Verantwortung für 27 Jahre Planung nicht mehr auf der Schulter habe. Ich erinnere mich manchmal gerne zurück, z.B. an das Abkommen mit der Sowjetunion über die Koordinierung der Fünf-Jahres-Pläne mit einem gegenseitigen Austauschvolumen mit 360 Millionen Mark. Ein Riesen Abkommen, daran erinnere ich mich gerne. Heut bin ich froh, wenn ich meine Rente und mein Arbeitseinkommen bekomme. Ich bin in einer Unternehmenskommunikation einer Dienstleistungsfirma tätig und gehe jeden Morgen zur Arbeit. Ich mache das nicht nur für meine große Familie, ich mache das auch, damit ich geistig gefordert werde. Ich bin optimistisch, da ich sieben Kinder und zehn Enkelkinder habe.

M.O.: An dieser Stelle bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen für dieses Gespräch.

Interview mit der PDS Bundestagsabgeordneten und damaligen Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung Christa Luft am 08.10.1997 in Bonn.

Christa Luft (geb.Hecht), geb. am 22.Feb.1938, studierte ab 1956 Wirtschaftswissenschaften an der Elite- und Kaderschmiede der DDR , der Hochschule für Ökonomie (HfÖ) in Karlshorst und promovierte dort anschließend. 1958 trat sie in die SED ein. Im Alter von 33 Jahren wurde Luft Professorin für sozialistische Außenwirtschaft, 1978 bis 1981 war sie stellvertretende, ab 1988 Direktorin an der HfÖ. Am 18.November 1989 wurde sie Ministerin für Wirtschaft und Stellvertreterin von Ministerpräsident Modrow. Seit Februar 1990 ist sie Mitglied der PDS und sitzt heute für die PDS im Deutschen Bundestag.

M.O.: Vielleicht können Sie mir aus Ihrer Sicht einleitend kurz einige Ursachen für den Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989 nennen.

Chr. Luft: Verkürzt wird der Zusammenbruch der DDR immer auf ihre wirtschaftliche Lage reduziert. Ich halte das für eine Verkürzung. In der Tat war die wirtschaftliche Lage außerordentlich angespannt. Man muß schon sagen, daß der Wirtschaftkörper sehr krank war, aber ich denke, daß das allein den Zusammenbruch nicht ausgemacht hat. Ich meine eher, daß das politische System - die Führung des Landes sich in den Augen der Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen der DDR diskreditiert hatte. Es gab kein Vertrauen mehr, daß irgend eine neue Mannschaft dann nochmal einen neuen Anfang hätte machen können. Ich glaube es war das Zusammenspiel vieler Faktoren, wobei ich noch einmal betone, eine Verkürzung auf nur die wirtschaftliche Lage halte ich für nicht gerechtfertigt. Man muß diesen Punkt Diskreditierung der politischen Führung unbedingt hinzufügen und das damit zusammenhängende fehlende Vertrauen der Masse der Bevölkerung, daß ein eigenständiger Weg sich noch einmal lohnt.

M.O.: Der Aussage des Schürer-Gutachtens zur Lage der Wirtschaft folgend, stand die DDR im Herbst 1989 vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Was hätte eine Zahlungsunfähigkeit für die DDR bedeutet?

Chr. Luft: Ich bestreite das, ich habe das immer bestritten, daß die DDR kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stand, und wenn Sie die Literatur aufmerksam verfolgen, die inzwischen erschienen ist, gerade in den letzten eineinhalb Jahren, dann werden Sie diese Auffassung auch bestätigt finden. Die DDR hat für ihre Verhältnisse einen hohen Berg an Schulden gehabt, das ist keine Frage, aber sie hat bis zum letzten Tag fällige Zahlungen immer geleistet und auch Tilgungen vorgenommen und die Zinsen beglichen. Das eigentliche Kriterium für Zahlungsunfähigkeit ist, daß man keine Substanz mehr hat, wovon man Fälligkeiten bedienen kann. Und der Punkt war nicht erreicht. Ich will das überhaupt nicht beschönigen, denn jede Mark die zur Tilgung und Zinsbedienung einzusetzen war, war ein weiterer Schnitt am Wirtschaftskörper, das ist keine Frage. Weil die Aufwendungen um eine DM zu erwirtschaften im Export am Ende ja im Schnitt vier Mark zwanzig waren, und das ist nur eine Durchschnittsgröße, bei manchen Waren die exportiert worden sind war das Verhältnis weitaus ungünstiger, dafür bei anderen etwas günstiger. Also keine Beschönigung, aber es hat dieses Faktum einfach nicht gegeben, daß die DDR kurz vor der Zahlungsunfähigkeit gestanden hätte.

Es sind noch zu meiner Zeit, und ich bin ja dort als Neuling so auch hineingeworfen worden, und hatte viele Informationen gar nicht, die andere, die schon länger dabei waren, aber nachdem Schalck-Golodkowski die DDR über Nacht verlassen hatte, zwischen dem 2. und 3. Dezember, und eine Mannschaft eingesetzt worden ist, die dort die Sicherung und Prüfung aller Dinge vornimmt in dem Schalck - Imperium, da kam ja nach einer gewissen Zeit zum Vorschein, daß aus dem großen Schalck-Bereich etwa 3 Milliarden DM plötzlich in die Zahlungsbilanz der DDR eingestellt werden konnten, die bis dato immer außerhalb gelaufen waren. Also auch von der Zeit an war es sichtbar, daß das Katastrophenszenario Zahlungsunfähigkeit der DDR nicht gegeben war. Im übrigen waren ja viele Wege noch gar nicht ausgeschöpft, die hätten gegangen werden können, immer unter der Voraussetzung, daß die DDR ein Land gewesen wäre wie Polen oder Ungarn oder irgendeines, das nicht einen gleichsprachigen Verwandten hinter dem Fluß hat.

M.O.: Sie waren Direktorin der Hochschule für Ökonomie in Berlin, als Sie von Hans Modrow in sein Kabinett geholt wurden. In Ihrem Buch *Zwischen Wende und Ende* schreiben Sie, daß Sie bei Kenntnis der ganzen Heimtücke des Erbes Modrow die kalte Schulter gezeigt hätten. Auf welche Heimtücken spielen Sie an?

Chr. Luft: Habe ich von Heimtücke gesprochen ?

M.O.: Ja, das war ein Zitat!

Chr. Luft: Da ist sicherlich damals unter dem Eindruck unter dem ich gestanden habe, als ich das Buch geschrieben habe, diese Vokabel gewählt worden. Also ich greife jetzt mal irgendwo hinein. Hätte ich gewußt, was dort so auf dem Umweltgebiet los ist. Oder was in nicht wenigen Bereichen los ist, was das Alter des Kapitalstocks anbetrifft - und manche solcher Sachen, die diejenigen Minister, die dort zum Teil seit Jahrzehnten in der Regierung saßen - für die war das natürlich alles nichts Neues. Ich bekam von Tag zu Tag Informationen, die mir vorher so nicht zugänglich waren, weil die Statistik der DDR eben auch nach einem bestimmten Reglement aufbereitet war. Heute, mit Abstand, sage ich, auf mich ist damals auch diese ganze Katastrophe, auch wie sie von den Medien dann noch gemacht, noch größer gemacht worden ist, zugeprallt. Mit Abstand habe ich da auch schon eine etwas gemäßigtere Haltung dazu und will sagen, daß nachdem es die Regierung nicht mehr gab und nachdem dann eine andere Mannschaft an der Macht war und nachdem dann auch andere Gutachten erstellt worden sind, sah manches z.B. nicht mehr ganz so katastrophal aus. Ich will auch die Umweltsituation in der DDR in keiner Weise beschönigen, aber als ich noch in der Regierung war, da hieß es, im Grunde könnt ihr ganze Flächen und Regionen hier einfach vergessen. Z.B. die Chemieregion um Halle, Bitterfeld, Merseburg - und wenn man dann unter diesem Eindruck steht, daß dort auch Proteste der Beschäftigten stattfinden, daß die internationalen Medien darauf rumhacken, dann hat man in der Situation wenig Gegenargumente. Es wurden dann in der zweiten Hälfte des Jahres 90 und in späteren Jahren Gutachten auch von Grünen angefertigt, die ergaben - ja gut, da gibt es Flächen in der Chemieregion, die waren außerordentlich stark kontaminiert, dann gab es

Flächen, die waren so kontaminiert wie in jeder Chemieregion der Welt und dann gab es auch Dinge, wo man gestaunt hat über die Ergebnisse der Gutachter, daß dort sogar eine unternormale Belastung vorlag. Man hat auch all das, was noch aus dem zweiten Weltkrieg an Rückständen da war und gefunden worden ist, dann auch auf das Konto der DDR geschrieben. Also es kam dort in der Zeit vieles zusammen und es gab sowohl im Innern der DDR als natürlich in ihrem Umfeld, auch im internationalen Umfeld, Menschen, die nun alles gesammelt haben, was Wert sein konnte, was helfen konnte, den Zusammenbruch herbeizureden.

M.O.: Der Weg wirtschaftlicher Reformen für die DDR sah zunächst ein Festhalten an der sozialistischen Planwirtschaft vor. Dabei entwickelte sich die Vorstellung eines „Dritten Weges“. Was sah dieser Weg vor, und warum scheiterte er?

Chr. Luft: Warum scheiterte er? Das ist eine Frage, die kann man schon nicht stellen. Die Modrow-Regierung war ganze vier Monate im Amt. Stellen Sie sich mal vor, was in dieser Zeit alles passiert ist. Ich bin jetzt hier drei Jahre im Bundestag - wenn ich mir überlege, die brauchen zur Abschaffung eines Ladenschlußgesetzes mehr als fünf Jahre, dann ist vergleichsweise das vor dem wir standen ein Gebirge, wenn dies hier kleine Berge sind. Also wir haben ja gar keine Zeit gehabt irgend etwas zu verwirklichen. Aber um auf den Ausgangspunkt Ihrer Frage zu kommen, ich glaube das waren mal ganze vierzehn Tage, wo noch von sozialistischer - nein sozialistischer Planwirtschaft, ich glaube davon hat niemand mehr gesprochen. Es war entweder sozialistische Marktwirtschaft oder eine - ich weiß jetzt nicht mehr. Jedenfalls dieses alte Vokabular von sozialistischer Planwirtschaft hat niemand mehr verwendet. Ich erinnere mich ganz genau, daß in den ersten Tagen meiner Mitwirkung in der Regierung - ich wurde also pausenlos von Medium zu Medium gereicht und mußte dann immerzu erklären, was dort los ist. Noch während einer Fernsehsendung, ich glaube da war ich ganze 14 Tage im Amt, habe ich erklärt, daß wir einen marktwirtschaftlichen Weg beschreiten wollen, aber natürlich in einem Umfeld, das bitteschön seine sozialistische Herkunft nicht leugnet und auch das Gemeinwohl sehr stark in

den Mittelpunkt rücken wird. Da bekam ich noch ganz skeptische und zweifelnde und auch verwunderte Fragen von Männern, die der damaligen LDPD in der DDR angehörten und der NDPD, also der Menschen, die dann später in die FDP gegangen sind. So war die Situation damals. Mir ist ganz wichtig Ihnen zu sagen, diese Modrow-Regierung wird immer daran gemessen, was sie denn ganz schnell auf den Weg gebracht hat und wo hat sie gezögert oder was hat sie nicht getan. In einer solchen Umbruchsphase zu stehen bedeutet nicht nur irgend etwas zu leisten, wofür man Aha-Effekte auf der politischen Bühne im Ausland oder in diesem Falle beim Nachbarn Bundesrepublik Deutschland ernten konnte, sondern es ging darum den Menschen mitzunehmen und so einen radikalen Bruch innerhalb weniger Wochen hätte dort niemand mitgemacht. Man mußte Schritte setzen, persönlich bin ich auch davon überzeugt, daß man Schritte setzen muß. Das war auch nicht nur eine Avance an Millionen Menschen, die eben aus einer ganz bestimmten Vergangenheit kamen, und für die es alle überraschend war, was an denjenigen Tagen und Wochen geschah. Man muß die Menschen mitnehmen, wir sehen das nach sieben Jahren Deutscher Einheit, viele Menschen sind nicht mitgenommen worden, sie kommen einfach nicht klar und werden immer ein Protestpotential bilden, das ist schon klar. Warum ist der Weg gescheitert? Ich habe schon gesagt, es gab keine Möglichkeit etwas zu experimentieren. Experimente wollte keiner mehr, man wollte wissen, aha, das ist also der Weg, da geht es lang und bitte nicht mehr experimentieren. Dann hatten wir ganze vier Monate Zeit, und dann war es zu Ende. In vier Monaten hat noch niemand auf der Welt irgend etwas total umsteuern können. Und wenn Sie fragen, was das überhaupt sein sollte, das sollte diesen bürokratischen Zentralismus den es in der DDR gegeben hat, ganz rasch abbauen. Da sind wir ja auch, so denke ich mal, sehr schnell wirksam geworden. Wir wollten Initiative schaffen von unten - Leistung sollte sich auch lohnen. Wir haben in der DDR immer über Wettbewerb gesprochen, aber der Wettbewerb war im Grunde so etwas, das man an der Tafel in jedem Betrieb sehen konnte: Müller, Meier, Schulze, wer hat in welcher Zeit wieviel produziert. Am Ende wurde so etwas ausgewertet und mit einer Kurve an die Wand gehängt. Es gab Wettbewerb in dem Sinne, daß der, der besser arbeitet,

auch wirklich mehr in der Lohntüte hat. Das hat es ja aber nicht gegeben, sondern wenn da mal Differenzen von 50,- oder 100,- Mark waren, mußte sich der Betriebsleiter schon mächtig rechtfertigen, warum er diese Differenzierung macht. Also, es sollte alles ganz schnell aufgehoben werden, wir wollten Wettbewerb auch zwischen Unternehmen allmählich zulassen, wir wollten die großen Kombinate in leistungsfähigere Einheiten zerlegen, aber nicht jedes Kombinat den Bach runter gehen lassen, wie das dann anschließend geschehen ist. In jedem Land gibt es große Unternehmen und mittlere und kleine und in Ostdeutschland gibt es jetzt nur noch mittlere und kleine, überhaupt keine großen Unternehmen mehr. Wir wollten auch die großen Kombinate und die volkseigenen Betriebe umwandeln in Aktiengesellschaften und in GmbHs, also in Kapitalgesellschaften, wobei in der Phase, die ich mitgestaltet habe und - wäre eine Mannschaft, der ich angehört habe, noch länger im Amt geblieben- wäre das sicher auch ein paar Jahre so geblieben. Wir wollten daß 100 % der Aktienpakete oder der Geschäftsanteile zunächst beim Staat oder bei der öffentlichen Hand bleiben, um dann überhaupt Zeit zu haben, zu überlegen, in welcher Art und Weise gestalten wir das, was man wirklich privatwirtschaftliche Initiative nennt.

M.O.: Als der Runde Tisch seinen Vorschlag zur Bildung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums der DDR machte, gab es auch von Ihrer Seite einen Vorschlag. Was sah Ihr Vorschlag vor, und weshalb lehnte der Runde Tisch ihn ab? Waren es die Vorbehalte wegen der fehlenden Vermögensübertragung an die Bevölkerung?

Chr. Luft: Es gab, das war schon einmal ein Glücksumstand, von mehreren politischen Kräften, die am Runden Tisch waren, in der Tendenz gleiche Überlegungen, nicht etwa das bisherige volkseigene Vermögen über Nacht auf den Markt zu werfen zur Privatisierung oder aber auch zum Zugriff durch Menschen, die einigermaßen clever schienen, sondern dieses volkseigene Vermögen wirklich denen zugute kommen zu lassen, die an der Entstehung dieses Vermögens beteiligt waren, also der Masse der

arbeitenden Bevölkerung. Das war das, was uns verband, die „Demokratie Jetzt“ von Ullmann und der Modrow-Regierung. „Demokratie Jetzt“ wollte vor allen Dingen eine sofortige Ausgabe von Anteilscheinen am volkseigenen Vermögen und möglichst auch sofort eine Bedienung der Anteilscheine am Vermögen. Es gab z. B. den natürlich vernünftigen Gedanken, Menschen, die einen Anteilschein am Vermögen hatten, denen z.B. zu übergeben, um für den Anteilschein ihre Wohnung als Eigentum zu erlangen. Das hielt ich vom Ansatz und auch in der Zielsetzung für völlig in Ordnung, nur wußte in diesen wenigen Tagen, die uns zur Verfügung standen um das Thema zu bewältigen, niemand so recht, wie der Mechanismus hätte laufen sollen, und der eine hätte dann eben eine recht gute Wohnung für seinen Anteilschein bekommen und der andere eine Wohnung, aus der er schon lange hatte ausziehen wollen. Da waren viele Dinge von den Mechanismen noch nicht zu Ende gedacht, und wir hätten wahrscheinlich sehr viel neuen Zwist in der Bevölkerung geschaffen, hätten wir das so getan. Deshalb hat die Modrow-Regierung, der ja Ullmann angehört hat, und wo er am Ende zu diesem Beschluß der Modrow-Regierung auch den Arm gehoben hat - wir haben diese Treuhand-Verordnung auf den Weg gebracht, die vorsah, zunächst einmal das volkseigene Vermögen zu sichern und zusammen zu halten, bevor es an die Verteilung geht, und Verteilung zum Beispiel auch über Privatisierung geht, das war der Kernunterschied. Aber Ullmann hat am Ende den Arm gehoben, nicht etwa, daß er dort dagegen gestimmt hätte.

M.O.: Es gab einige Gesetze und Maßnahmen Ihrer Regierung, die für Zündstoff sorgten, so daß Sie sich den Vorwurf gefallen lassen mußten, Sie hätten verdienten Parteigenossen enorme Vorteile verschafft. Ich meine das Gesetz über den Verkauf volkseigener Gebäude und Grundstücke vom 6. und 7. März 1990.

Chr. Luft: Ich denke eigentlich, dieses Thema müßte sich nach sieben Jahren erledigt haben. Inzwischen gibt es Gerichtsentscheide, wonach dieser Modrow-Erlass, diese Verordnung, rechtens ist, und Menschen, die damals nach einer solchen Verordnung glaubten, gekauft zu haben. Und

dann wurden die Kaufverträge wieder für ungültig erklärt, die haben inzwischen aber nach rechtsstaatlichen Bedingungen diese Grundstücke tatsächlich erwerben können. Und das ist ja wohl keine nachträgliche Avance an die Modrow-Regierung, sondern das ist das Eingeständnis, daß alles schon seine Ordnung hatte, und von wegen hier immer, das ist eine bestimmte Klientel, die da bedient worden ist, das ist nun wirklich absoluter Stuß. Es ging etwa um 600.000 Menschen, die beteiligt waren, wenn man die Familien einrechnet. Wer will denn dann erklären, daß dies alles SED-Bonzen waren, ich könnte Ihnen reihenweise Leute aufzählen, die inzwischen gekauft haben, die weder in der SED waren, bitteschön, die waren auch in der CDU, oder in anderen Blockparteien, das möchte ich dann schon ausdrücklich erwähnt haben, daß das nicht ein Selbstbedienungsladen war für abgewrackte SED- Leute.

M.O.: Was steckte denn hinter diesem Gesetz ?

Chr. Luft: Dahinter steckte, und wenn Sie sich diese Verordnung mal anschauen, dann wird das auch ganz zweifelsfrei, es sollte die Möglichkeit geschaffen werden für gewerbliche Tätigkeiten. Für gewerbliche Tätigkeit braucht man eine Immobilie, braucht man ein Grundstück. Den Vorrang beim Verkauf solcher Objekte sollten Menschen haben, die erstens darin schon gewohnt haben, lange dort auch eigene Arbeit hineingesteckt haben, und zweitens irgendwelche gewerblichen Nutzungsmöglichkeiten beabsichtigten. Ich habe zum Beispiel einen Kollegen von meiner Hochschule für Ökonomie, der war ein begnadeter Radfahrer - Thomas Huschke, der hat auch mal eine Weltmeisterschaft gewonnen beim Radfahren. Er hat sich als Taxiunternehmer selbständig gemacht und mit Schulungen für Menschen, die die Fahrerlaubnis machen wollen. Das ist zum Beispiel so ein typischer Fall, wo jemand eine Villa in Pankow gekauft hat, um damit eine gewerbliche Tätigkeit begründen zu können. Am Ende ist das Kriterium, es sollte eine Wurzel gelegt werden, ein Keim für den Beginn einer freien gewerblichen Tätigkeit mit Hilfe dieser Immobilie. Davon ist dann sicher in vielen Fällen abgewichen worden, und da wurde das dann großzügiger gehandhabt, aber wie gesagt, das Ganze ist dann rückgängig

gemacht worden zu de Maizière-Zeiten, wobei die de Maizière-Regierung die Gültigkeit dieser Kaufverträge immer akzeptiert hat. Aber es gab ja in der de Maizière-Regierung sehr viele Eingriffe schon aus Bonn, da ist das alles rückgängig gemacht worden und inzwischen konnten alle, die kaufen wollten, es auch bekommen, inzwischen zu anderen Konditionen. Das ist auch wahr, aber, wissen Sie, es wird immer übersehen, wenn jemand 20 Jahre in einem Objekt gelebt hat, dann hat der dort am Ende soviel eigenes Geld und eigene Arbeit hineingesteckt, daß natürlich ein Wertzuwachs entstanden ist. Und es war ja in den wenigsten Fällen so, daß Leute, die nicht in den Objekten gewohnt hatten, die Möglichkeit bekamen, etwas zu kaufen, sondern es waren Menschen, die langjährige Mietverträge hatten.

M.O.: War es denn vielleicht auch die Sorge davor, daß eventuell ein Ausverkauf des Landes stattfinden könnte, daß Ansprüche von westlicher Seite kommen würden, auf ehemalige Grundstücke und Häuser ?

Chr. Luft: Ich glaube das mit den Restitutionsansprüchen, das haben wir damals noch gar nicht so gesehen, jedenfalls ich nicht. Möglicherweise hat das damals schon jemand bedacht, das kann ich nicht so sagen, aber in welchem Maße es Restitutionsansprüche geben wird, und daß zum Teil vielgliedrig, das war ja dann nicht nur einer, der einen Anspruch hatte, sondern plötzlich waren das 27 Leute, die einen Anspruch auf ein Objekt erhoben. Das war damals in unserem Blickfeld so noch nicht, das hat sich eigentlich später erst entwickelt, nachdem im Einigungsvertrag das Prinzip Rückgabe vor Entschädigung verankert worden ist. Das konnte ja die Modrow-Regierung noch gar nicht wissen, ob mal dieses Prinzip zur Anwendung kam. Dagegen war ich persönlich auch, weil ich wußte, wieviel persönliches Leid das schaffen würde und wieviel Investitionshemmnisse sich daraus entwickeln würden. Aber das hat ja der Graf Lambsdorff dann im Einigungsvertrag durchgeboxt.

M.O.: Ich würde gerne noch kurz das Thema Parteivermögen der SED/PDS anschneiden. Können Sie etwas zu unrechtmäßigen Geldabflüssen von Parteigeldern sagen?

Chr. Luft: Nein, dazu kann ich nichts sagen. Im übrigen wissen Sie, nachdem nun sieben Jahre dieses Thema untersucht wird, von Kommissionen, die gut bestallt sind, personell und mit Geld gut ausgestattet sind, die eine Infrastruktur haben, die alles haben, wenn die noch nicht dahinter gekommen sind, wo nun noch Geld sein kann, ich kann es auch nicht sagen. Ich habe da nie etwas darüber gewußt, das hat mich auch nicht interessiert. Für Geldsachen müssen bestimmte Leute verantwortlich sein, da kann nicht jeder mitmischen und jeder darf auch nicht Kenntnis haben. Ich habe diese Kenntnis nicht und weiß es auch nicht, und allmählich hängt mir dieses Thema zum Halse raus, weil diese Kommissionen alle sehr teuer sind. Wenn sie nichts mehr finden, dann soll man sie endlich einstellen, oder aber sie sollen sagen, wir haben ganz konkrete Spuren, dann sollen sie den Spuren endlich nachgehen.

M.O.: Also ein Thema, das Sie ärgert ?

Chr. Luft: Das ist ärgerlich inzwischen, weil ich mir sage, da kommt nichts mehr Neues raus, die SED/PDS und später die PDS hat erklärt, wenn noch irgendwo etwas gefunden wird, im Ausland oder auch im Inland, was wir nicht in unseren Büchern angegeben haben, dann gehört es ohnehin dem Staat, bitte, ist egal, wann das nun gefunden wird. Es gehört dann dem Staat.

M.O.: Haben Sie feststellen können, daß es während Ihrer Amtszeit zu Seilschaften und kriminellen Machenschaften im Bereich der Wirtschaft kam, in deren Folge alte SED-Funktionäre und Kader begünstigt wurden?

Chr. Luft: Der alte Vorwurf, ja. Wissen Sie, wenn Sie sich wissenschaftlich mit dieser Thematik befassen, dann müssen Sie aber auch viel aufarbeiten,

was inzwischen dazu geschehen ist. Da kann man nicht immer die alten Fragen bemühen aus dem Jahre 1990. Wenn ich mir überlege, was hier in diesem Lande nach Privatisierung des DDR-Vermögens, des volkseigenen Vermögens, wer sich da die Taschen vollgesteckt hat.

M.O.: Ich rede von beiden Seiten, sowohl Ost als auch West.

Chr. Luft: - da kann ich nur sagen, eine solche Frage ist so absolut absurd. Natürlich, es gibt zwischen Elbe und Oder, genau wie zwischen Elbe und Rhein Menschen unterschiedlicher Charaktere und unterschiedlicher Cleverness- in Führungsstrichen- wer bedient sich wie schnell wie und womit. Auf beiden Seiten gab es die Leute. Es ist doch lächerlich anzunehmen, daß zwischen Oder und Elbe ein Umbruch hätte geschehen können, ohne daß irgendwer versucht, davon einen privaten Nutzen zu ziehen. Der ist nicht von dieser Welt, wer so etwas annimmt. Natürlich hat es das gegeben. Die Frage ist, und dazu gibt es inzwischen schon lange, lange Untersuchungen, wo etwas mit Wissen von Menschen, die in Verantwortung standen, geschehen ist. Wo haben die zugeschaut, wo haben die das geduldet, laufen lassen, und den Fällen muß man nachgehen, das ist dann kriminell gewesen, da müssen Leute zur Verantwortung gezogen werden, keine Frage. Und dann gibt es aber diesen anderen, ganz großen Bereich, wo man sagt, in solchen Umbruchperioden läuft manches so. Schauen Sie sich Rußland an, sehen Sie irgendwen in dieser Bundesregierung, der sich darüber aufregt, was in Rußland in Größenordnungen in mafiose Kreise gekommen ist, im Zuge der Transformationsperiode? Kein Mensch, die sind alle hochangesehene Leute dort drüben, die früher die Oberkommunisten waren, heute wieder an der Regierung stehen, die sind die Allergrößten und werden hofiert und in diesem innerdeutschen Verhältnis werden solche Sachen pausenlos bemüht. Und daß auch in der wissenschaftlichen Arbeit nicht mal neue Akzente gesetzt werden, das fängt an, mich zu ärgern, ehrlich gestanden. Das sind diese Sachen, da bin ich zig mal danach gefragt worden in den vergangenen Jahren, aber daß ich da im Jahre Acht der Deutschen Einheit immer noch danach gefragt werde, wer sich bedient hat, das ist

schlechterdings eine Sache, wo ich schon kein Verständnis mehr für habe. Die Modrow-Regierung hat eine Treuhand-Verordnung auf den Weg gebracht, die keine unverzügliche Privatisierung vorsah, wir wollten ja eben gerade dieser Selbstbedienung, die natürlich nicht verborgen geblieben ist, der wollten wir ganz schnell einen Riegel vorschieben. Zunächst einmal zusammenhalten, die Hand draufhalten, bevor irgendwelche Selbstbedienungsaktivitäten laufen oder Seilschaften, die sich gebildet hatten zwischen West und Ost, Zugriff bekommen, nur weil sie die besten Kenntnisse haben, wo sind die Rosinen und wo sacken wir uns die Rosinen mal ganz schnell ein. Also, ich denk mal, das ist eigentlich das Siegel gewesen für die Modrow-Regierung, daß sie gesagt hat, wir wollen die Hand draufhalten, es soll sich niemand selbst bedienen können, wir wollen erst mal in Ruhe über die neuzuwählende Volkskammer nachdenken, wie soll mit dem Vermögen weiter umgegangen werden. Und vieles, was heute als Bereicherung und Zugriff von Seilschaften und was weiß ich, von SED-Funktionären betitelt wird, das ist ja gar nicht in der Modrow-Zeit geschehen. Stellen Sie sich mal vor, am 18. März war unsere Zeit zu Ende, da gab es, wenn man überhaupt will, vielleicht drei Monate dazwischen, wo sich ein gewisser Wildwuchs hätte entwickeln können. Das was die ganz großen Brocken der Verschleuderung und der Bereicherung waren, das ging ja dann mit den Stromkonzernen los und mit den Versicherungsgesellschaften, und das ist dann in der de Maizière-Zeit passiert, wobei ich sage, da zeige ich nicht mit dem Finger auf de Maizière, sondern diese Zeit, die nach der Übernahme der Regierung durch de Maizière und damit durch eine CDU geführte Mannschaft geschah, das geschah auch alles schon unter westdeutschen Augen. Die de Maizière-Regierung war gespickt mit Beratern aus Bonn, mit Leuten, die sozusagen in die Bücher gucken konnten, also da muß endlich in der Literatur, auch in der wissenschaftlichen Arbeit die Akzente allmählich anders gesetzt werden, weil sonst die Wissenschaft keinen Beitrag zum Zusammenwachsen von Ost und West leistet.

M.O.: Ich danke Ihnen für das Interview.

Telefonisches Interview mit Edelgard Jeske von der Zentralen Ermittlungsstelle für Vereinigungs- und Regierungskriminalität (ZERV) in Berlin, Prüfgruppe VI, am 17.09.1997.

M.O.: Nach der „Wende“ in der DDR kam es zu zahlreichen Machenschaften alter Kader, die mit dem Begriff Seilschaften bezeichnet werden. Zu welchem Zeitpunkt kam es Ihrer Meinung nach zum verstärkten Aufkommen dieser Seilschaften?

E. Jeske: Ich glaube, das kann man gar nicht so sagen. Sie haben sich sicherlich mit der Thematik beschäftigt. In dem Moment, wo es hieß die politische Macht abzugeben, wurde überlegt, wie man sich über Wasser halten könne, um vielleicht eines Tages wiederzukommen.

Dafür mußten Pfründe gesichert werden. Das fing meines Erachtens schon im Januar, Februar 1990 an. Modrow war derjenige, unter dessen Schirmherrschaft das alles gelaufen ist, wenngleich ich das nicht nur an seiner Person festlegen will.

In der Wirtschaft würde ich das so sehen. In der Partei war es ja schon früher so. Da haben sie schon zu Zeiten, nachdem Schalck gegangen war, alles mögliche überlegt, Gelder zu sichern. Im Bereich der Wirtschaft, wenn es darum ging neue Strukturen zu schaffen, Dinge auszugründen oder neue Posten zu besetzen mit Leuten, die aus den sich auflösenden Apparaten kamen, ist dies wie gesagt im Januar/Februar geschehen.

M.O.: Sie sagen, daß es nicht unbedingt Modrow-spezifisch war. Können Sie einschätzen, ob Modrow eine Mitschuld an der Entwicklung von Seilschaften trifft? Auf sein Konto gehen schließlich mehrere Gesetze und Maßnahmen, die er zu verantworten hat, in deren Folge alte Kader begünstigt wurden.

E. Jeske: Das sind Dinge, die sind ihm angelastet worden, doch waren es insgesamt die alten Apparate, die haben weiter gearbeitet und wußten doch

was sie wollten. Die haben natürlich solche Dinge inszeniert und vorgelegt. Ob das nun wirklich Modrow allein trifft, der diese Dinge vorangetrieben hat, das würde ich gar nicht glauben. Das sind die noch arbeitenden Apparate gewesen und er hat das natürlich abgesegnet. Aber daß das nun alles seinen Ideen entsprungen ist, würde ich nicht so sehen. Dazu haben die Apparate zu gut funktioniert. Es war ein Versäumnis, daß man da nicht eingeschritten ist und dort die Macht abgeschnitten hat. Die politische Macht war ein bißchen verschwommen, aber diese Macht (der Apparate) war ja noch in den Händen von Funktionären, von der Nomenklatur.

M.O.: In Ihrer Expertise für die Enquete-Kommission sprechen Sie davon, daß es Schwierigkeiten bereitete, die Öffentlichkeit auf Seilschaften aufmerksam zu machen. Vor welchen Problemen standen Sie?

E.Jeske: Was heißt Öffentlichkeit? Wenn Sie die Zeitungen aus der Zeit lesen, war der Begriff Seilschaften überall gegenwärtig. Aber die politisch Handelnden waren nicht interessiert an der Lösung oder Wahrnehmung des Problems. Das ist doch für mich der Unterschied.

M.O.: Die politisch Handelnden in Ost oder West?

E. Jeske: Im Westen! Oder auch Leute die abgeordnet wurden. Für mich läßt sich das schön an dem Personalmanagement der Treuhand festmachen. Das war für die kein Thema. Sie haben die Elite an Bord, man kannte sich aus früheren Zeiten z.B. aus Reisekader-Tätigkeit und durch Kongresse - das waren die Eliten. Mir hat damals der Personalchef Koch gesagt: „Frau Jeske, was wollen Sie denn? In der DDR gibt es doch bloß Generaldirektoren und Pförtner.“ Wenn ich diese Meinung habe, dann bin ich natürlich nicht bereit, dies so zu realisieren. Das ist kein Einzelfall. Für mich ist er bloß so stellvertretend, weil er es so auf den Punkt gebracht hat. Ich denke, dasselbe Problem ist auch bei westdeutschen Politikern dagewesen.

M.O.: Haben Sie eine Erklärung dafür, daß es bei den Politikern im Westen so lange mit der Wahrnehmung von Seilschaften gedauert hat?

E.Jeske: Ja, es gibt da vielleicht auch eine ganz pragmatische Erklärung. Ich will das nicht so generell unterstellen, aber für mich ist es so. Jetzt müssen wir auch zeigen, daß diese Wirtschaft so abgewirtschaftet ist. Laßt die doch noch machen, ob da jetzt noch mehr passiert oder nicht, ist egal. Es kommt auf die Höhe des Scherbenhaufens nicht mehr an.

Eine genauere Erklärung habe ich auch nicht dafür. Es ist ja von so vielen Seiten darauf hingewiesen worden, es ist ja nicht nur in der Wirtschaft. Die sind in die Arbeitsämter gegangen, damit hatten die alle diese Posten wieder, wo es darauf ankommt, Leute wieder in Brot und Arbeit zu bringen, damit hatten die wieder diese Machtstellungen. Ich weiß es nicht, ist es zu kurz gedacht, für mich ist es auch so, wenn ich heute Dinge erfahre, die wir ja damals nicht gewußt haben. Wenn ich höre, daß in die Gauck-Behörde z.B. über das Bundeskanzleramt die schlimmsten roten Socken reinlanciert worden sind⁴⁸³, die hochrangigste Kader waren- z. B. in der Eingabenstelle

⁴⁸³ Die weitere Untersuchung dieses Sachverhaltes hat ergeben, daß die Bundesregierung ehemalige Stasimitarbeiter nicht etwa vorsätzlich, d.h. mit erkennbarer Absicht, in die Gauck-Behörde hineingebracht hat. Mit der Behördengründung im Jahre 1991 mußten 3000 Stellen besetzt werden, daß dabei nicht jeder Lebenslauf im Detail geprüft werden konnte, darauf wies Behördendirektor Peter Busse 1997 hin, als ein Referatsleiter wegen des Verdachts von Unregelmäßigkeiten bei der Amtsführung vom Dienst entbunden wurde. (siehe „Referatsleiter in der Gauck-Behörde mußte seinen Schreibtisch räumen“, in: Berliner Zeitung vom 24.6.1997) Referatsleiter Wolfram Traunsberger hatte als Leiter der Abteilung „Auskunft zur Personalüberprüfung des Öffentlichen Dienstes“ u.a. die Aufgabe, mögliche Verstrickungen von Polizeibeamten und anderen Mitarbeitern des „Öffentlichen Dienstes“ der DDR mit der Staatssicherheit zu überprüfen, wobei es eindeutig zu Unregelmäßigkeiten seinerseits kam. Traunsberger wurde damit konfrontiert, er habe zum Vorteil ehemaliger Mitarbeiter der Staatssicherheit Überprüfungen nicht ordnungsgemäß vorgenommen, womit es möglich wurde, daß ehemalige Stasimitarbeiter bei der Polizei eine Beschäftigung fanden. Da er selbst in der DDR als Gruppenleiter der Eingabestelle im Amt des Ministerpräsidenten tätig war, lag der Verdacht nah, er habe versucht, ehemaligen „Genossen“ aus der DDR bei der Vergabe von Beurteilungen für einen Arbeitsstelle zu bevorteilen. Traunsberger verweist darauf, gewissermaßen als Rechtfertigung, daß er schließlich vom Bundeskanzleramt in die Gauck-Behörde vermittelt wurde (siehe „Herr T. Frau A. und ein paar seltsame Vorgänge in der Gauck-Behörde“, in: Berliner Zeitung vom 24./25.5.1997), auf diesen Vorgang deutet E. Jeske hier im Interview hin. Der Hintergrund dieser Vermittlung ist wie angeführt die Tatsache, daß bei der Behördengründung auch auf Verwaltungsdienstferne DDR-Bürger zugegriffen worden war. Traunsberger hatte als

des Ministerrates- dann frage ich mich, was sind denn das für Leute gewesen, die denen solche Positionen verschafft haben. Und da denke ich mir, da muß es irgendwas im Hintergrund geben, was zu diesen Dingen bewogen hat, ich weiß es nicht. Das kommt heutzutage immer mehr raus, mancher verplappert sich oder so und sagt, na was wollt Ihr denn, die haben mich doch über das Bundeskanzleramt in die Gauck-Behörde lanciert.

M.O.: Aus welchem Personenkreis bestanden die Seilschaften im Bereich der Wirtschaft? Waren es vornehmlich Kader aus der DDR oder auch Personen aus dem Westen ?

E. Jeske: Ich würde sagen, das ist vielleicht gar nicht so zu trennen. Am Anfang waren es natürlich erst mal reine Ost-Seilschaften, denke ich mir, weil diese alten Kadernomenklaturnetze, die trugen ja. Man hat sich gegenseitig gestützt und so, und dann war das natürlich so, daß sie merkten, jetzt kommt der Anschluß oder der Beitritt, da wurde dann nach

anderen Möglichkeiten gesucht. Da hat man meines Erachtens auch Leute hofiert und ihnen bestimmte Dinge auf dem silbernen Tablett serviert, und hat diese Leute damit an sich gebunden, und dann war das natürlich eine schöne Ost-West- Seilschaft. Das haben wir erlebt, man hatte ja Grundstücke, dann hatte man denen die Grundstücke vermittelt und dann eine gute Position und so was alles. Und damit hat man sich die Leute gewogen gemacht. Z.B. auch wieder dieser Treuhandchef, der hat an der

Staatswissenschaftler entsprechende Erfahrungen vorzuweisen und war somit als geeignet eingestuft worden. Auch Gauck meldete sich zu diesem Vorfall zu Wort und gab innerhalb der Behörde die Erklärung ab, daß bei der Auswahl an Mitarbeitern Zeitnot und somit Hektik eine Rolle spielten. Dies habe dazu führen können, daß nicht jeder einzelne Mitarbeiter ausreichend überprüft wurde (in einem Schreiben an die Mitarbeiter der Behörde vom 08.07.1997). Bereits 1993 waren 16 ehemalige hauptamtliche Stasimitarbeiter in der Gauckbehörde tätig, weil ihr Fachwissen wichtig erschien („In Gauck-Behörde wächst der Unmut“, in: Berliner-Zeitung vom 09.07.1993). Dieses Vorgehen wurde immer wieder kritisiert und zum Streitpunkt. In einer so sensiblen Behörde Stasimitarbeiter zu beschäftigen, ihnen einen Neuanfang am alten Platz zu gewähren, daß mußte zwangsläufig zu Recht zu Auseinandersetzungen führen.

Humboldt-Universität seinen Doktor gemacht innerhalb von vier Wochen, den er in den Jahren in der Bundesrepublik nicht geschafft hat. Vor allen Dingen in einem DDR-Verfahren noch, nach ganz anderen Kriterien, das ist ja damals sehr durch die Presse gegeistert, und das ist ja nachher wohl auch ein Grund gewesen, ihn abzusägen. Aber solche Dinge schaffen natürlich den Boden für sowas.

M.O.: Welchen Zweck verfolgten die Seilschaften - war es ausnahmslos die Sicherung finanzieller Mittel oder sollte auch politische Macht gesichert werden?

E. Jeske: Also, politische Macht, das hatten sie sehr schnell erkannt, die mußten sie erst mal abgeben. Aber die wirtschaftliche Macht ist natürlich die Basis der politischen Macht, das ist ja nun SED-Bibel. Und dann weiß man natürlich auch, wenn man diese Stellen hat, hat man wieder Macht, nicht so sehr in Parlamenten, aber da wird ja auch im Prinzip die Politik nicht gemacht, die wird ja woanders gemacht. Das war natürlich sehr schnell erkannt und da hat man das natürlich auf die Strecke der Wirtschaft gelegt. In welchen Großbetrieben ist denn zu der Zeit den Ehemaligen das Zepter aus der Hand genommen worden - in fast keinem, die sind ja alle geblieben. Deren Haltung war: nicht auffallen, abtauchen, erst mal alles weiter laufen lassen, und dann sind wir eines Tages wieder da. Man hat dann zwar eine andere, ausgewechselte Spitze, aber da lief dann wieder die Sache, daß man sich die Leute durch bestimmte Dinge gewogen gemacht hat, und damit hatte man ein gutes Einvernehmen. Es ist wirklich so, in den Betrieben sitzt eine West-Schicht drüber, wenn sie denn von Investoren übernommen worden sind, und die Alten sind alle noch da. Damit können Sie auch verstehen, daß hier manches wie Mehltau ist, die Leute fragen ja, was hat sich denn eigentlich in dieser Strecke geändert? Natürlich, die persönlichen Freiheiten, aber was sich so in den Betrieben abspielt, es sind ja meine gleichen Leute, die ich vorher bekämpft hatte, die sitzen doch immer noch da, mit Duldung und mit Unterstützung der anderen Seite. Das ist es, was auch viele so wurmt bei dem Thema Seilschaften.

M.O.: Können Sie konkret im Bereich Landwirtschaft sagen, wie hoch Sie den Schaden schätzen, der durch die Seilschaften entstanden ist ?

E. Jeske: Das kann man nicht genau beziffern, die Treuhand ist mein Thema gewesen, nicht Landwirtschaft. In der Landwirtschaft ist ja auch der Schaden für die Allgemeinheit nicht so genau zu fühlen, hier sind Einzelpersonen geschädigt worden im Bereich der LPG. Im Bereich der Wirtschaft sind wir es aber alle, das sind wir als der Steuerzahler im Zusammenhang mit dem Erblastenfond, was da in den Fond geht, müssen wir ja alle mitfinanzieren. Das ist im Bereich der Landwirtschaft doch nicht so, das sind ja doch mehr die ehemaligen LPG - Mitglieder, eine bestimmte Gruppe. Bei der Seilschaft in dem Bereich Wirtschaft sind wir es alle.

M.O.: Welche Auswirkungen haben Seilschaften heute noch? Gibt es noch Strukturen in den Betrieben, die auf Seilschaften alter Kader schließen lassen?

E. Jeske: Doch, auf alle Fälle, man hebt sich gegenseitig wieder in die Ämter, man kennt sich von früher und man empfiehlt sich gegenseitig. Es ist so, daß diese Leute nicht untergehen. Während die anderen arbeitslos werden, fängt man sich auf, man versucht es eben immer wieder. Oder man hat ja diese Ausgründungen aus Parteigeldern oder aus den Verwahrkonten der Betriebe und was so alles an Geld da war, was so keiner genau wußte, wo es herkommt, wo es hingehet, aus diesen sind ja neue Betriebe entstanden, und da fängt man sich halt auf.

M.O.: In dem Buch von Hartmut Koschyk und Konrad Weiß, Von Erblasten und Seilschaften, spricht Koschyk davon, daß die Seilschaften eine Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Sehen Sie das auch so ?

E. Jeske: Ja, das sehe ich auch so. Da muß ich auch noch mal einschränken, wir sind immer so rigoros gegen die Seilschaften vorgegangen, dieses Beziehungsgeflecht gibt es ja im Westen auch, das

muß man ja auch sehen. Das ist nicht so, daß das alles spezifische Erscheinungen sind, bloß hier hat es einen anderen Hintergrund, weil sich die Eliten der untergegangenen DDR hier vor allen Dingen zusammengetan haben, insofern ist das doch schon ein anderes Gewicht, was dahinter ist.

M.O. Wie wird denn in der Politik mit der Kenntnis bestehender Seilschaften umgegangen?

E. Jeske: Da hab ich so meine großen Probleme mit, man ist schnell dabei, mit diesem Begriff zu hantieren, aber wohl nicht bereit, gegen diese Dinge wirklich anzukämpfen. Es ist ja sicher auch schwer.

M.O. Sollte da Ihrer Ansicht nach mehr passieren, bei der juristischen Aufarbeitung beispielsweise?

E. Jeske: Das ist ja wieder nicht justitiabel, es ist ja das, was ich schon sagte, es gibt ja Beziehungsgeflecht und Parteifilz, solange das nicht irgendwelche Gesetze übertritt, können Sie da auch nichts machen. Sie bewegen sich ja nicht auf krimineller Ebene, es ist halt so, daß in diesen geschlossenen Kreis andere nicht reinkommen, und wenn man heute aus der Sicht, daß es wenig Arbeitsplätze gibt, wenn dann solche Leute immer noch die Macht haben, Arbeitsplätze zu verteilen, oder bestimmte Leute einzustellen, dann ist es doch schwer, diese Leute auszumachen. Das ist halt das Problem, es ist nicht justitiabel. Ich hatte jetzt neulich einen Anruf, der Anrufer war völlig echauffiert, er sagte, ich glaube, ich muß mir eine Kalaschnikow kaufen und dazwischen halten, und dann wird man das Thema vielleicht mal los. Das frustriert auch, es ist ja auch schwer, bestimmte Dinge zu beweisen, es ist die Situation im Rechtsstaat, daß Sie ja auch alles beweisen müssen und dann müssen Sie sagen, der und der macht das und das. Aber das geht ja nicht immer, es ist ja so, wenn Sie sagen, derjenige hat vorher in der Abteilung Inneres gesessen, und sitzt jetzt im Arbeitsamt- was hat der da zu suchen? Der schickt seine Leute in eine Umschulungsmaßnahme und der läßt zu, daß die mehr Geld kriegen, aber Sie können es immer nicht beweisen. Sie kriegen es zwar mit,

womöglich kommen Sie dann zu einem Staatsanwalt und dann sagt der Ihnen, das ist doch alles eine Bagatelle, nehmen Sie das denn auch richtig wahr- das ist wirklich sehr schwierig hier. Es ist wirklich ein großes Problem, ich weiß auch nicht, wie man da rankommt. Wir haben ja damals versucht, im Bereich der Wirtschaft, mit dem Ombudsmann einige Dinge wenigstens mal verständlich zu machen, ob wir das erreicht haben, wissen wir nicht.

M.O.: Ich möchte noch einmal auf die ZERV zurückkommen. Manfred Kittlaus hat sich immer beklagt, daß zu wenig Mitarbeiter bei der ZERV wären und daß die Zusammenarbeit mit anderen Behörden, z.B. mit der Staatsanwaltschaft so schlecht wäre. Ist dies inzwischen besser geworden und können Sie einen Zeitraum abschätzen, wie lange die ZERV noch tätig sein wird ?

E. Jeske: Erst mal kann ich es schlecht einschätzen, weil ich mit diesen abgeordneten Mitarbeitern nichts zu tun habe, ob das funktioniert und wie das ist, weiß ich nicht. Es ist wohl ein bißchen besser geworden, aber das ist auch von Land zu Land unterschiedlich. Die Staatsanwaltschaft hat das gleiche Problem, daß sie nicht genug Leute hat. Die Arbeit der ZERV hängt auch ein bißchen davon ab, ob die Sache mit der Verjährungsfrist durchkommt, das hat natürlich auch Auswirkungen darauf, ob die ZERV nun noch länger arbeitet.

M.O.: Vielen Dank für das Interview.

Literaturverzeichnis

Ammer, Thomas: Demokratie- jetzt oder nie! Die „Wende“ in der DDR , in: Kontinent, Heft 1/1990

Bahrmann, Hannes: Der Bereich Kommerzielle-Koordinierung (KoKo), in: dpa Hintergrund vom 29.08.1991

Barth, B.-R.; Links, Ch., Müller-Enbergs; H.; Wielgohs, J. (Hrsg.): Wer war Wer in der DDR? Ein biographisches Handbuch, Berlin 1996

Batkin, Leonid: Weiß Gorbatschow, was er will?, in: Kontinent Ost-West-Forum Heft 2/1990

Bauerkämper, Arnd: „Junkerhand in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996

Behrend, Manfred; Meier, Helmut: Der schwere Weg der Erneuerung, von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991

Bortfeld, Heinrich: Von der SED zur PDS Wandlung zur Demokratie?, Bonn, Berlin, 1992

Brahm, Heinz: Glanz und Grenzen der Glasnost, in: Sowjetunion 1986/87 Ereignisse, Probleme, Perspektiven, München 1987

Buck, Hannsjörg.: Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II 1 (S. 1070-1213), Frankfurt a. M. 1995

Buck, Hannsjörg: Umweltpolitik und Umweltbelastung, in: Kuhr, E.; Buck, H.; Holzweißig, G.(Hrsg.) :Die wirtschaftliche und ökologische Situation in der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1996

Buck, Hannsjörg: Von der staatlichen Kommandowirtschaft der DDR zur Sozialen Marktwirtschaft des vereinten Deutschland. Sozialistische Hypothesen, Transformationsprobleme, Aufschwungchancen, Düsseldorf 1991

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zum Besuch von DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in Bonn, in: Texte zur Deutschlandpolitik Band 8a-1990, Bonn 1991

Cornelsen, Doris: DDR-Wirtschaft: Ende oder Wende, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 05.01.1990

Deutschland Archiv, Chronik der Ereignisse in der DDR, Köln 1989

Deutschland Archiv, Das Ende der kurzen Ära Krenz, 1/1990

Deutschland Archiv, Wahlfälschungen, 9/1989

Diedrich, Torsten: Aufrüstungsvorbereitungen und -finanzierung in der SBZ/DDR 1948-1953, in: Thoß, Bruno (Hrsg.): "Volksarmee schaffen - Ohne Geschrei!", München 1995

Diedrich, Torsten; Ehlert, Hans; Wenzke, Rüdiger (Hrsg): Im Dienste der Partei Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, 2. Auflage, Berlin 1998

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: DDR-Wirtschaft im Umbruch Bestandsaufnahmen und Reformansätze, Berlin 1990

Donges, Juergen B.; Engels, Wolfram u.a., Wirtschaftspolitik für das geeinte Deutschland, Frankfurt 1990

Eckert, Rainer: Die revolutionäre Krise am Ende der 80er Jahre und die Formierung der Opposition, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII 1, Frankfurt a. M. 1995

Elitz, Ernst: Sie waren dabei: Ost-deutsche Profile von Bärbel Bohley zu Lothar de Maizière, Stuttgart 1991

Eppelmann, Rainer; Müller, Horst; Nooke, Günter; Wilms, Dorothee (Hrsg.) Lexikon des DDR-Sozialismus Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn 1996

Faude, Eugen: „Es gibt kein Zurück, das ist ausgeschlossen“, in: Die Welt vom 24.11.1989

Fehrenbach, Oskar: Helmut Kohl. Ein biographisches Essay, in: Klein, Hans (Hrsg.): Die Bundeskanzler, Berlin 1993

Filmer, Werner; Schwan, Heribert: Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes, München 1992

Fischer, Horst: Schalck-Imperium Ausgewählte Dokumente, Bochum 1993

Foerster, Andreas: Auf der Spur der Stasi-Millionen Die Wien Connection, Berlin 1998

Fricke, Karl-Wilhelm: Zur Abschaffung des Amtes für Nationale Sicherheit, in: Deutschland Archiv 1/1990

Fricke, Karl-Wilhelm: Das Ende der DDR-Staatssicherheit, Vom MfS zum Amt für Nationale Sicherheit, in: Deutschland Archiv 12/1989

Fricke, Karl-Wilhelm: Opposition und Widerstand in der DDR, Köln 1984

Fricke, Karl-Wilhelm: Politik und Justiz in der DDR, Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945-1968, Köln 1979

Fricke, Karl Wilhelm: Zur inneren Situation der SED, in: DDR-Report Referatezeitschrift zur politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland, Ausgabe 5/1988

Fritze, Lothar: Panoptikum: DDR-Wirtschaft, Machtverhältnisse - Organisationsstrukturen - Funktionsmechanismen, München 1993

Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte - Wo stehen wir?, München 1992

Geppert, Mike; Kachel, Petra, in: Schmidt, Rudi; Lutz, Burkart (Hrsg.): Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland, Berlin 1995, S. 69-106

Gießmann, Hans-Joachim: Das unliebsame Erbe, Die Auflösung der Militärstruktur der DDR, Baden Baden 1992

Glaeßner, Gert-Joachim: Die andere deutsche Republik, Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1989

Glaeßner, Gert-Joachim; Svankmajer, Milan: Der Zusammenbruch des Sozialismus in der DDR und der CSSR, Berlin 1990

Goebel, Walter: Abiturwissen Deutschland nach 1945, Stuttgart, Dresden 1993

Gorbatschow, Michail: Perestroika, Die zweite Etappe hat begonnen Eine Debatte über die Zukunft der Reformpolitik, Köln 1988

Gorbatschow, Michail: Demokratisierung - das ist das Wesen der Umgestaltung, das Wesen des Sozialismus, in: Perestroika. Die zweite Etappe hat begonnen, Köln 1988

Gorbatschow, Michail: Erinnerungen, Berlin 1995

Gorbatschow, Michail: Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999

Gorbatschow, Michail: Perestroika, Die zweite russische Revolution, München 1987

Gransow, Volker; Jaraus, Konrad H. (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991

Güttler, Markus: Die Grenzen der Kontrolle Das Statistische Informationssystem und das Versagen zentralistischer Planwirtschaft in der DDR, in: Bessel, Richard; Jessen, Ralph: Die Grenzen der Diktatur Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996

Gutmann, Gernot; Klein, Werner, Herausbildung und Entwicklungsphasen der Planungs-, Lenkungs- und Kontrollmechanismen im Wirtschaftssystem, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II 3, Frankfurt a. M. 1995

Gutmann, Gernot; Klein, Werner: Skizzen zu Reformen des Wirtschaftssystems in der DDR, Konsequenzen für die Deutschlandpolitik, Königswinter 1990

Gutzeit, Martin: Widerstand und Opposition in den 80er Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, Band VII 1, Frankfurt a.M. 1995

Haendcke - Hoppe, Maria: Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv, Heft 6/1995

Haffner, Friedrich: Die Bedeutung der politischen Ökonomie für die Wirtschaftstheorie und wirtschaftliche Praxis in der DDR, in: Ideologie und Gesellschaftliche Entwicklung in der DDR – Achtzehnte Tagung zum stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 28. bis 31. Mai 1998, Deutschland Archiv 1985

Haufe, Gerda; Bruckmeier, Karl (Hrsg.): Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern, Opladen 1993.

Hamer, Eberhard: Von der Perestroika zur Katastroika, in: Ende-Wende-Wiederaufbau, Hannover 1993

Hebing, Wilhelm; Jaletzke, Matthias: Bestellung von Vorstand und Aufsichtsrat bei Umwandlung volkseigener Kombinate und Betriebe in Aktiengesellschaften, in: Recht der Internationalen Wirtschaft, Heft 11/1990

Heering, Walter: Die Wirtschaftspolitik der Regierungen Modrow und ihre Nachwirkungen, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages, Band III 3, Frankfurt a.M. 1999

Henkys, Reinhard: Die Kirchen im SED-Staat, in: Weber, Jürgen: Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994

Herger, Wolfgang: Friedliche Revolution zu einem demokratischen Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 18./19. 11.1989.

Herles, Helmut; Rose, Ewald: Parlaments-Szenen einer Deutschen Revolution Bundestag und Volkskammer im November 1989, Bonn 1990

Hertle, Hans-Hermann: Vor dem Bankrott der DDR, Dokumente des Politbüros des ZK der SED aus dem Jahre 1988 zum Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, Berlin 1991

Hertle, Hans-Hermann: Chronik des Mauerfalls, Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1996

Hertle, Hans-Hermann; Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): Das Ende der SED, Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997

Hertle, Hans-Hermann: Der Fall der Mauer, Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996

Hertle, Hans-Hermann: Staatsbankrott, Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv, Heft 10/1992

Hertle, Hans-Hermann: Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv, Heft 2/1992

Hertwig, Manfred: Der Umgang mit oppositionellem und widerständigem Verhalten. Die Opposition von Intellektuellen in der SED/DDR in den 50er Jahren (insbesondere 1953, 1956/57), ihre Unterdrückung und Ausschaltung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII 1, Frankfurt a.M. 1995

Herzberg, Guntolf: Darum geht's: Demokratie und Gerechtigkeit, in: Neues Forum. Wirtschaftsforum der DDR. Internationale Wirtschaftskonferenz des Neuen Forums, Berlin-Buch, vom 25./26. November 1989, Berlin 1990

Hesse, Kurt: Westmedien in der DDR-Nutzung, Image und Auswirkungen bundesrepublikanischen Hörfunks und Fernsehens, Köln 1988

Hillgärtner, Karl-Heinz: Erfahrungen mit der kriminalistischen Aufarbeitung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität der ehemaligen DDR, in: Der Kriminalist, Heft 10/95

Höhmann, H.H.; Meier, C.: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen. Teil 1, Berichte des BIOst, No. 55, 1994

Hoffmann, Dieter: Robert Havemann, Dokumente eines Lebens, Berlin 1991

Hübner, Peter: Von der friedlichen Herbstrevolution 1989 bis zur deutschen Einheit - das Erbe, in: Fischer, Alexander; Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria (Hrsg.): Auf dem Weg zur Realisierung der Einheit Deutschlands, München 1991

Icks, Annette: Der Transformationsprozeß in der ehemaligen DDR 1989-1991, Bonn 1995

Isensee, Josef; Kirchhof, Paul: Handbuch des Staatsrechts, Bd.VII, Heidelberg 1995

Isermeyer, F.: Probleme und Lösungsansätze bei der Umwandlung von LPGen, Zwischenbilanz nach einem Jahr Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion-, Braunschweig 1991

Jander, Martin: Vorläufige Chronologie Verfolgung, Opposition, Dissidenz und Verweigerung in der DDR 1945-1990

Janson, Carl-Heinz: Totengräber der DDR: Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf, Wien, New York 1991

Jeske, Edelgard: Studie zum Thema Seilschaften, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VIII, Frankfurt a.M. 1995

Jürgs, Michael: Die Treuhändler, Wie Helden und Halunken die DDR verkauften, München 1997

Jung, Heinz: Abschied von einer Realität, Zur Niederlage des Sozialismus und zum Abgang der DDR. Ein politisches Tagebuch, Frankfurt a. M. 1990

Keck, Alfred: Im Dschungel der Schattenwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.01.1990

Keller, Dietmar; Elm, Ludwig, Mocek, Reinhard (Hrsg.): Ansichten zur Geschichte der DDR-Wirtschaft Band VI Bonn, Berlin 1996

Kittlaus, Manfred: Anhaltende Gefährdung durch kriminelle Seilschaften und Probleme bei der Bekämpfung der Regierungs-, Funktionärs und Vereinigungskriminalität, in: Koschyk, Hartmut; Weiß Konrad (Hrsg.): Von Erblasten und Seilschaften, a.a.O., S. 179-198

Klein, Hans H.: Verfassungskontinuität im revolutionären Umbruch?, in: Festschrift für Peter Lerche, 1993

Klein, Thomas: Reformen von oben? Opposition in der SED, in: Poppe, U.; Eckert, R. und Kowalczyk, I. S. (Hrsg.) Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995

Klein, Thomas: Die Herrschaft der Parteibürokratie, Disziplinierung, Repression und Widerstand in der SED, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/96 vom 10.05.1996

Klein, Werner; Schmidt, Reinhard: Bilanz der DDR-Wirtschaft – Zwischenbilanz Aufbau Ost. Anspruch und Wirklichkeit der Arbeits- und Sozialpolitik in der DDR – Die Gesellschaft in den neuen Bundesländern im Umbruch, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der

Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages, Band III 1, Frankfurt a.M. 1999

Klein, Werner; Paraskewopoulos, Spiridon: DDR Schritte aus der Krise 2.Teil, Königswinter 1990

Kleines Politisches Wörterbuch der DDR, 4.Auflage, Berlin 1983

Kleißmann, Christoph: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Kljamkin, Igor: Kann Gorbatschow auf den Sozialismus verzichten?, in: Kontinent Heft 1/1991

Knabe, Hubertus: Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989

Knabe, Hubertus: Sprachrohr oder Außenseiter?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B20/96 vom 10.05.1991

Knut, Holm (Hrsg.): Wahlfälschung DDR, Der Modrow-Prozeß, Berlin 1993

Koch, Peter-Ferdinand: Das Schalck-Imperium lebt, Deutschland wird gekauft, München 1992

Kohl, Helmut: Bilanzen und Perspektiven, Regierungspolitik 1989-1991, Bonn 1992

Kohl, Helmut: Ich wollte Deutschlands Einheit, Berlin, 1996

Kohl, Helmut: Die deutsche Einheit, Reden und Gespräche, Bergisch Gladbach 1992

Koschyk, Hartmut; Weiß, Konrad (Hrsg.): Von Erblasten und Seilschaften, Die Folgen der SED-Diktatur und Gefahren für die Demokratie, München 1996

Krenz, Egon: Wenn Mauern fallen, Wien 1990

Kroh, Ferdinand: Seilschaften: Machterhaltungsstrategien der früheren ostdeutschen Machtelite, in: Außenpolitik Zeitschrift für internationale Fragen 2. Quartal 1992, Jg. 43

Kruse, Kuno; Schwarz, Birgit: Wem gehört die DDR?, in: Die Zeit vom 16.03.1990

Kühnhardt, Ludger: Revolutionszeiten Das Umbruchjahr 1989 im geschichtlichen Zusammenhang, München 1995

Küsters, Hanns Jürgen; Hofmann, Daniel: Dokumente zur Deutschlandpolitik, Deutsche Einheit, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998

Kuhrt, Eberhard; Buck, Hannsjörg; Holzweißig, Gunter (Hrsg.): Die Endzeit der DDR-Wirtschaft Analysen zur Wirtschafts-, Sozial und Umweltpolitik, im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, Band 4, Opladen 1999

Kuppe, Johannes; Ammer, Thomas: Von der SED zur PDS, Bonn 1991

Kuppe, Johannes: Die PDS-Finzen - eine Skandalgeschichte, in: Deutschland Archiv Heft 12/1990

Kusch, Günter; Montag, Rolf; u.a.: Schlußbilanz-DDR, Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991

Lange, Horst; Matthes, Uwe: Ein Jahr danach, Auf der Suche nach Fragen und Antworten zur Wende in der DDR, in: Deutschland Archiv, Heft 11/1990

Lapp, Joachim: Ehemalige DDR-Blockparteien auf der Suche nach Profil und Glaubwürdigkeit, in: Deutschland Archiv Heft 1/1990

Leipold, H.: Privatisierungskonzepte im Systemwandel, Arbeitsberichte zum Systemvergleich, in: Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme der Universität Marburg (Hrsg.), Nr.16, Marburg 1992

Lenin, Wladimir Iljitsch: Die große Initiative, in: Werke, Band 29, Berlin 1961

Leonhard, Wolfgang Das kurze Leben der DDR, Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, Stuttgart 1990

Lippe, Peter von der: Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II3, Frankfurt a.M. 1995

Lochen, Hans-Hermann: Grundlagen der Enteignungen zwischen 1945 und 1949, in: Deutschland Archiv 10/1991, S. 1025-1037

Lohlein, Fritz: Vermögensauseinandersetzung, Bewertung und Auskunftsanspruch, in: Agrarrecht, Heft 6/1994, S. 1-7

Löw, Konrad: Beharrung und Wandel Die DDR und die Reformen des Michail Gorbatschow, Berlin 1990

Luft, Christa: „Nichts gegen Erhard“, in: Wirtschafts Woche vom 08.12.1989

Luft, Christa: „...damit nichts auf den Weg gebracht wird, dessen man sich vor dem Volk schämen müßte“, in: Neues Deutschland vom 03.02.1990

Luft, Christa: Zwischen Wende und Ende Eindrücke, Erlebnisse, Erfahrungen eines Mitgliedes der Modrow-Regierung, Berlin 1991

Luft, Christa: Abbruch oder Aufbruch? Warum der Osten unsere Chance ist, Berlin 1998

Maier, S. Charles: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt a.M., 1999

Maier, Gerhart: Die Wende in der DDR, Bonn 1991

Malycha, Andreas u.a.: DDR-Geschichte zwischen Hoffnung und Untergang, Berlin o.J., Herausgegeben von der Kommission Politische Bildung des Parteivorstandes der PDS

Manz, Günter: Subventionspolitik als Teil der Sozialpolitik, in: Wirtschafts-Wissenschaft, Berlin, Ausgabe 4/1990

Marquardt, Bernhard: Menschenrechtsverletzungen durch die Deutsche Volkspolizei, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band IV, (S. 655-759), Frankfurt a.M. 1995

Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) Herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a.M. 1995

Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“(13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) Herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a.M. 1999

Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages) Herausgegeben vom Deutschen Bundestag, Frankfurt a.M. 1995

Mathiopoulos, Margarita: Rendezvous mit der DDR Politische Mythen und ihre Aufklärung, Düsseldorf und Wien 1994

Mentzel, Jörg Peter: Perestroika in der DDR? Reaktionen der SED auf die sowjetische Entwicklung, in: Informationen für die Truppe (IfdT), Heft 12/1988

Miegel, Meinhard: Der Preis der Gleichheit: wirtschaftliche und gesellschaftliche Perspektiven Deutschlands in den 90er Jahren, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/1992, S. 675-686

Mittag, Günter: Um jeden Preis, Berlin 1991

Mitter, Armin.; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle, Befehle und Lagerberichte des MfS, Januar-November 1989, Berlin 1990

Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Untergang auf Raten, Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993

Modrow, Hans: Aufbruch und Ende, Hamburg 1991

Modrow, Hans (Hrsg.): Das große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED, Norhaven, Dänemark 1994

Modrow, Hans: Das große Haus von außen. Erfahrungen im Umgang mit der Machtzentrale in der DDR, Berlin 1996

Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998

Modrow, Hans: Die Perestroika. Wie ich sie sehe. Persönliche Erinnerungen und Analysen eines Jahrzehnts, das die Welt veränderte, Berlin 1998

Müller-Enbergs, Helmut: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996

- Müller-Enbergs, Helmut: Was will die Bürgerbewegung? Augsburg 1992
- Myritz, Reinhard: Die Partei und ihre Polizei „Linie 2000“-Der Transformationsprozeß von SED und MfS zur PDS.; Köln 1990
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Bonn 1997
- Netzold, Günter: Der Umbau des Sozialismus darf keine Tabus kennen, in: Wirtschaftswoche Nr.50, vom 08.12.1990
- Neues Forum: Wirtschaftsreform der DDR, Berlin 1990
- Neues Leben / Temperamente 1990: Oktober 1989 - Wider den Schlaf der Vernunft, Berlin 1989
- Nölling, Wilhelm (Hrsg.): Hamburger Beiträge zur Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa, Wiedervereinigung - Chancen ohne Ende?, Hamburg 1990
- Oldenburg, Fred: Sowjetische Deutschland-Politik nach der Oktober-Revolution in der DDR, in Deutschland Archiv 1/1990
- Oldenburg, Fred: Die Deutschlandpolitik Gorbatschows 1985-1991, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche Studien, Köln
- Oldenburg, Fred: Das entgleiste Bündnis. Zum Verhältnis DDR-Sowjetunion im Zeichen von Perestrojka und „neuem Denken“, in: Kuhrt, E.; Buck, H.F.; Holzweißig, G. (Hrsg) : Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996
- Opp, Karl Dieter: DDR `89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: Joas, Hans; Kohli, Martin (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Stuttgart 1993

Otto, W.: Visionen zwischen Hoffnung und Täuschung, in: Klein, T.; Otto, W.; Grieder, P.: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt a.d. Oder 1996

Ow, von Barbara: Der Vogel in Moskaus Käfig, in: Löw, Konrad (Hrsg.): Beharrung und Wandel Die Reformen des Michail Gorbatschow, Berlin 1990, S. 9-18

Papier, Hans-Jürgen: Das Parteivermögen in der ehemaligen DDR, Aktuelle Rechtsfragen der Feststellung, Sicherung und Verwendung, Berlin, New York 1992

Paque, Karl-Heinz: Die Schimäre aus dem Nirgendwo, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.01.1990

Peiler, Wolfgang: Gorbatschows Deutschlandpolitik, in: Sowjetpolitik unter Gorbatschow, Die Innen- und Außenpolitik der UdSSR 1985-1990, Berlin 1991

Pirker, T.; Lepsius, M.R.; Weinert, R.; Hertle, H.-H.: Der Plan als Befehl und Fiktion - Wirtschaftsführung in der DDR, Opladen 1995

Pollack, Detlef: Religion und gesellschaftlicher Wandel, Zur Rolle der evangelischen Kirche im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Joas, Hans; Kohli, Martin: Der Zusammenbruch der DDR, Frankfurt a.M.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Stimme der DDR: „Wir wollen ein soziales Netz, aber keine soziale Hängematte“, Interview mit Dr. Holland vom Zentralvorstand der LDPD, in: Deutschland 1990, DDR Spiegel vom 18.01.1990

Przybylski, Peter: Tatort Politbüro, Berlin 1992

Reißig, Rolf; Glaeßner, Gert-Joachim: Das Ende eines Experiments, Umbruch in der DDR und die deutsche Einheit, Berlin 1991

Rein, Gerhard: Die protestantische Revolution 1987-1990, Ein deutsches Lesebuch, Berlin 1990

Richter, Helmut: Wie unsere Wirtschaft leiten?, in: Neues Deutschland vom 17.11.89

Richter, Michael: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, Weimar, Köln, Wien 1996

Roth, Paul: Die sowjetische Medienpolitik seit 1985, in: Sowjetunion 1988/89, Perestroika in der Krise?, München 1989

Schabowski, Günter: Die Abstoßung der Utopie. In der DDR erlitt der Marxismus sein deutsches Fiasko, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 43, Frankfurt a.M., 1992

Schell, Manfred; Kalinka, Werner: Stasi und kein Ende, Die Personen und Fakten, Frankfurt a.M. und Berlin 1991

Schieder, Theodor: Die Entwicklung des Revolutionsdenkens, in: Die Theorie der Revolution, Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. V. 1972

Schenk, Fritz: Kommunistische Grundsatzserklärungen 1957-1971, Köln 1972

Schmidbauer, Bernhard: „Im Prinzip Hoffnung“ Die ostdeutschen Bürgerbewegungen und ihr Beitrag zum Umbruch 1989/90, Frankfurt a.M. 1996

Schmidt, Rudi; Lutz, Burkart: Chancen und Risiken der industriellen Restrukturierung in Ostdeutschland, Berlin 1995

Schmidt, Uwe: Die Wirtschaftsreform brisanter denn je, in: Der Morgen vom 17.11.89

Schmidt, Uwe: Regierungs- und Vereinigungskriminalität, in: Kriminalistik Heft 8-9/ 1993

Schneider, Eberhard: Die Politische Funktionselite der DDR, Eine Empirische Studie zur SED - Nomenklatura, Opladen 1994

Schneider, Gernot: Wirtschaftswunder DDR, Anspruch und Realität, Köln

Schürer, Gerhard: Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Kuhrt, Eberhard; Buck, Hannsjörg F.; Holzweißig, Gunter (Hrsg.): Die Endzeit der DDR Wirtschaft- Analysen zur Wirtschafts- und Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999

Schroeder, Friedrich-Christian: Die Reaktion der DDR auf die „Perestroika“ auf dem Gebiet von Recht und Rechtstaatlichkeit, in: Löw, Konrad (Hrsg.) Beharrung und Wandel Die DDR und die Reformen des Michail Gorbatschow, Berlin 1990

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998

Schröter, Harm; Fischer, Wolfram: Die Entstehung der Treuhandanstalt; in: Treuhandanstalt: Das Unmögliche wagen, Berlin 1992

Schult, Reinhard: Offen für alle - das Neue Forum, in: Knabe, Hubertus (Hrsg.): Aufbruch in eine andere DDR, Hamburg 1989

Schumann, Michael: Der Bruch mit dem Stalinismus, in: Deutschland Archiv, Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik, Ausgabe 4/1990

Schweizer, Dieter: Das Recht der landwirtschaftlichen Betriebe nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz, Eigentumsentflechtung, Umstrukturierung, Vermögensauseinandersetzung, Köln 1994

Schwarzer, Oskar: Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1996

Seiffert, Wolfgang: Die Reformpolitik und die Deutsche Frage, in: Osteuropa, Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Heft 4/1989, S.317-331,1991

Seiffert, Wolfgang: Die SED/PDS-Milliarden gehören in jedem Fall dem Bund, in: Neues Deutschland 2/1991

Seul, Arno: Das Ministerium für Staatssicherheit und die DDR-Volkswirtschaft, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VIII, (S. 532-584), Frankfurt a.M. 1995

Sik, Ota: Dritter Weg in der DDR?, in Wirtschaftswoche Nr. 50 vom 15.12.1989

Siebert, Horst: Ohne privates Eigentum endet der „Dritte Weg“ in der Sackgasse, in: Handelsblatt vom 17.01.1990.

Sinn, Gerlinde; Hans-Werner: Kaltstart, Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1991

Spittmann, Ilse; Helwig, Gisela: Chronik der Ereignisse in der DDR, Köln 1989

Spittmann, Ilse: Deutschland einig Vaterland, in: Deutschland Archiv Heft 2/1990

Spittmann, Ilse: Sozialismus in den Farben der DDR, in: Deutschland Archiv Heft 3/1989

Staritz, Ditrich: Die SED und die Opposition, in: Spittmann, Ilse (Hrsg.): Die SED in Geschichte und Gegenwart, Köln 1987

Stark, Isolde: Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der Zeit vom Sommer 1989 bis zum Oktober 1990, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band III, Frankfurt a. M. 1999

Stark, Isolde: Wirtschaftspolitische Vorstellungen der DDR - Opposition 1989, in: Deutschland Archiv, Heft 11/ 1995

Stinglwagner, Wolfgang: Schwere Zeiten für die DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv Heft 2/1990

Süß, Walter: Bilanz einer Gratwanderung - Die kurze Amtszeit des Hans Modrow, in: Deutschland Archiv, Heft 6/1991, S. 596-608, (S.601).

Suhr, Heinz Der Treuhandskandal, Wie Ostdeutschland geschlachtet wurde, Frankfurt a.M. 1991

Teltschik, Horst: 329 Tage Innenansichten der Einigung , Bonn 1991
Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Band 8a, Bonn 1990

Thaysen, Uwe: Fortwirkende Maßnahmen der Regierung Modrow, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII 2, Frankfurt a.M. 1995

Thaysen, Uwe: Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der DDR zur Zeit des Zentralen Runden Tisches (1989/90), in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung

der Folgen der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band III, Frankfurt am Main 1999

Tuchtfeldt, Egon: Die deutsche Wiedervereinigung - einige kritische Anmerkungen, Hamburg 1993

Turner, Georg; Karst, Ulrich: Die Umwandlung Landwirtschaftlicher Produktionsgemeinschaften, in: Deutsch - Deutsche Rechts - Zeitschrift, Heft 2/1992

Vatthauer, Manfred: Wirtschaft der DDR - Bestandsaufnahme und Reformperspektiven, Hannover 1990

Volze, Armin; Kuppe, Johannes L.: Doktor Schalck, Analyse einer Geheimdissertation, in: Deutschland Archiv Heft 6/1993, S. 641-656

Wagenlehner, Günther: Der Systemwandel in Osteuropa und in der DDR als Folge der Perestroika, in: Göttinger Arbeitskreis(Hrsg.), Die revolutionäre Umwälzung in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1993

Weber, Adolf; Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band II1, Frankfurt a.M. 1995

Weber, Hermann: „Asymmetrie“ bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte? Probleme mit Archivalien, dem Forschungsstand und bei den Wertungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, B26/97 20. Juni 1997

Weber, Hermann: Aufbau und Fall einer Diktatur, Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991

Weber. Hermann: DDR: Grundriß der Geschichte, Hannover 1991

Weber, Hermann; Koch, Manfred: Opposition in der DDR, Bedingungen, Formen, Geschichte, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.), Stuttgart 1983

Weber, Jürgen (Hrsg.), Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München und Landsberg am Lech, 1995

Weidenfeld, Werner; Korte, Karl - Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1993

Weilemann, Peter; Meyer zu Natrup, Friedhelm; Bulla, Marcel u.a.: Parteien im Aufbruch, Nichtkommunistische Parteien und politische Vereinigungen in der DDR vor der Volkskammerwahl am 18. März 1990, Melle 1990

Wendel, Kay: Die Treuhandanstalt und die Deindustrialisierung Ostdeutschlands, in: Dümcke, Wolfgang; Vilmar, Fritz (Hrsg.) Kolonialisierung der DDR, Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses, Münster 1995

Welzel, Christian: Von der SED zur PDS, Eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt a. M. 1992

Wendt, Hartmut: Die deutsch-deutschen Wanderungen, in: Deutschland Archiv Heft 24/1991

Wenzel, Joachim: Probleme der Vermögensauseinandersetzung und Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften in der Rechtsprechung des BGH, in: Agrarrecht - Zeitschrift für das gesamte Recht der Landwirtschaft, Heft 1/1995

Wiedmann, Roland: Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden, in: MfS-Handbuch Teil V/1, BStU Berlin, 1995

Winters, Peter Jochen: Die Reformen Gorbatschows und die DDR-Bevölkerung, in: Löw, Konrad:

Wirtschaftsreport Daten, Fakten zur wirtschaftlichen Lage Ostdeutschlands, Berlin 1990

Wissmann, Matthias: Presseerklärung der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag vom 04. 01.1990 in Bonn

Wittkowski, Joachim: Die DDR und Biermann, in: Aus Politik und Zeitgeschichte - Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 20/96 vom 10. Mai 1996

Wolle, Stefan: Der Weg in den Zusammenbruch: Die DDR vom Januar bis zum Oktober 1989, in: Jesse, Eckhard; Mitter. Armin: Die Gestaltung der deutschen Einheit, Bonn 1992

Wollmann, Hellmut: Institutionenbildung in Ostdeutschland: Neubau, Umbau und „schöpferische Zerstörung“, in: Kaase, Max; Eisen, Andreas; Gabriel, Oscar W. u.a.: Politisches System, Opladen 1996

Worst, Anne: Das Ende eines Geheimdienstes, Oder: Wie lebendig ist die Stasi?, Berlin 1991

Zelikow, Philip; Rice, Condoleezza: Sternstunde der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas, Berlin 1999

Zwahr, Hartmut: Ende einer Selbstzerstörung: Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993

Zeitungen und Zeitschriften

Interview mit Christa Luft „...damit nichts auf den Weg gebracht wird, dessen man sich vor dem Volk schämen müßte“, in: Neues Deutschland vom 03.02.1990

Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv Ravensburg

1987

Jedes Land wählt seine Lösung, in: Der Stern vom 09.04.1987, S. 140

1988

Zum Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ durch die SED, in: Der Spiegel, Nr. 48, 1988, S. 26-32

Informationen zur Politischen Bildung: Die DDR , Nr. 205, Bonn 1988

1989

Europa-Archiv, Heft 20/1989: Kommuniqué der Tagung des Politisch-Beratenden Ausschusses der Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages am 7. und 8.7.1989 in Bukarest

Erklärung des Politbüros des ZK der SED, in: Neues Deutschland vom 12.10.1989

Für außenwirtschaftliche Öffnung und internationale Arbeitsteilung, in: Neues Deutschland vom 17.11.1989, S.5

Hans Modrow: Eine Regierung der Koalition, eines neu verstandenen, kreativen politischen Bündnisses, in: Neues Deutschland vom 18/19.11.1989

Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeit sein. Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow, in: Neues Deutschland vom

18./19.11.1989, S.3-5 Regierungserklärung von Ministerpräsident Hans Modrow:, S.5.

Der Block ist zerbrochen, in: Neues Deutschland vom 7.12.1989, S.5

„Nichts gegen Erhard“ DDR-Wirtschaftsministerin Luft zur Reform, in: Wirtschafts- Woche vom 08.12.1989, S. 3

Hans Modrow: Souveräne DDR muß ein solider Baustein für ein europäisches Haus sein, in: Neues Deutschland vom 9./10.12.1989

Modrow, Hans: Aktuelle ökonomische Aufgaben und nächste Schritte der Wirtschaftsreform, in: Neues Deutschland vom 11.12.1989

Demokratisierung braucht funktionierende Wirtschaft", in: Neues Deutschland vom 11.12.1989

Gorbatschow warnt vor Einmischung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.12.1989, S.5

Mitbringsel für Modrow, in: Wirtschafts Woche Nr. 51, vom 15.12.1989, S.27

Modrows Drahtseilakt, in: Wirtschafts Woche, Heft 51 vom 15.12.1989, S.14-24

Amt für Nationale Sicherheit wird aufgelöst, in: Neues Deutschland vom 18.12.1989, S.5

Leipziger Thesen zum Wirtschaftsprogramm, in: Neues Deutschland vom 22.12.1989, S.3

1990

Deutsche Rechts Zeitschrift (DtZ) 1990, Heft 2-3

Die Lage der DDR-Wirtschaft zur Jahreswende 1989/90, in: Wochenbericht 6/90, S.72-75

Ohne die Abkehr von der Planwirtschaft gehen Hilfen und Kooperation ins Leere, in: Handelsblatt vom 10.01.1990

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. BDI-Präsident gibt DDR-Wirtschaftsreform höchste Priorität, in: Pressemitteilung vom 11.01.1990

BDI und DIHT wollen nicht die SED stärken, in: Handelsblatt vom 11.01.1990

4b-cDie Unruhe kocht jetzt hoch, in: Der Stern vom 18.01.1990, S.36

Der Sozialismus war ein Experiment, das in zehn Fällen völlig versagt hat, in: Handelsblatt vom 30.01.1990

Hermann, K.: Das Stundenbuch der Revolution, Teil 2, in: Der Stern vom 01.02.1990, S.35

Am Grabe einer Utopie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.02.1990

Pressedienst der CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag: Zu den jüngsten Forderungen von DDR-Wirtschaftsministerin Luft, vom 06.02.1990

Der Runde Tisch verlangt aus Bonn 15 Milliarden für die DDR, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.02.1990

Schlecht, Otto: Ein Modell macht Karriere, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 03.03.1990

Sozialcharta soll nicht nur das Recht auf Arbeit sichern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.03.1990

Modrow erbittet Gorbatschows Unterstützung und erinnert an die Rechte der Siegermächte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.03.1990

Die Grundlagen des Hitlerfaschismus zerschlagen, in: Stuttgarter Zeitung vom 08.03.1990

Volkskammer verabschiedet letzte Gesetze, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.03.1990

Modrow erbittet Gorbatschows Unterstützung und erinnert an die Rechte der Siegermächte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.03.1990

Die Grundsicherung für ein menschenwürdiges Leben Die DDR Volkskammer verabschiedet eine Sozialcharta, in: Frankfurter Rundschau vom 15.03.1990

Kruse, Kuno; Schwarz, Birgit: Wem gehört die DDR?, in: Die Zeit vom 16.03.1990

Die Sowjets haben Mielke informiert - aber falsch, in: Die Welt vom 04.04.1990

„DDR Betriebsleiter nutzen Rechtsunsicherheit aus“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.05.1990

1991

Hier geschieht Unrecht, Der Spiegel, Heft 19/1991, S. 70-80

Ralf Georg Reuth: Die Idee vom reformierten Sozialismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.2.1991

1993

In Gauck-Behörde wächst der Unmut, in: Berliner-Zeitung vom 09.07.1993

1995

Enthüllungen zum Staatsbankrott der DDR, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Heft 64 vom Juni 1995

Hildebrandt, Rainer: Die Mauer. Eine Bilanz, 105. Pressekonferenz der „Arbeitsgemeinschaft 13.August“ am 10.08.1995, in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11.08.1995

1996

Altkader am Hebel - Wie „Rote Junker“ die Insel Rügen untereinander aufteilen und mit Subventionen reich werden wollen, in: Die Welt vom 06.10.1996

Unfaßbare Chance der Altkader - Ihre Machenschaften werden nur halbherzig verfolgt, in: Die Welt vom 13.10.1996

Moderner Bauernkrieg, in: Der Spiegel vom 04.11.1996

1997

Lex Modrow sorgt für Unruhe in Thüringen, in: Die Welt vom 22.01.1997

Modrow-Gesetz wird zur Zeitbombe, in: Die Welt vom 07.02.1997

Kontroverse um Fehleinschätzung der DDR-Wirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05.03.1997, S.4

Herr T., Frau A. und ein paar seltsame Vorgänge in der Gauck-Behörde, in: Berliner Zeitung vom 24./25.5.1997

Referatsleiter in der Gauck-Behörde mußte seinen Schreibtisch räumen, in: Berliner Zeitung vom 24.6.1997

Zurückgezahlte Raten wurden für die Parteiarbeit ausgegeben, in: Der Tagesspiegel vom 19.08.1997

Modrows Millionenerben, in: Focus Heft 17/1997, S.38

Ein Stück vom KoKo-Kuchen, in: Focus Heft 21/1997, S. 52

1998

Diestel und das lästige Schnäppchen in Zeuthen, in: Die Welt vom 05.01.1998

2000

DDR-Grundstücksausverkauf bleibt ungültig, in: Die Welt vom 16.02.2000

Amtliche Veröffentlichungen und Dokumente

Der Bereich Kommerzielle-Koordinierung und Alexander Schalck-Golodkowski: Werkzeuge des SED-Regimes Abschlußbericht des 1.Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages, Bonn 1994

BGH-Entscheidung vom 17.02.1999- 5 StR 494/98 „Vorwurf der Untreue gegen den ehemaligen Innenminister Peter Diestel“

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR: Anatomie der Staatssicherheit Geschichte, Struktur, Methoden, Berlin 1995

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Informationen, Heft Nr 16 vom 02.09.1988

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Informationen Heft Nr. 22 vom 01.12.1989

Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen: Der Staatssicherheitsdienst, Bonn 1962

Bundesregierung (Unterrichtung): Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern, in: Bundestags Drucksache 13/2280, S. 125

Deutscher Bundestag, Drucksache 12/7820 vom 31.05.1994 Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1990

Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6515 vom 22.12.1993: Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen in der DDR

Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/10900 vom 28.05.1998: Beschlußempfehlung und Bericht des 2. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11353 vom 24.08.1998: Bericht der unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR über das Vermögen der Sozialistischen Einheitspartei (SED) jetzt Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) der sonstigen politischen Organisationen und Stellungnahme der Bundesregierung

Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/136 vom 08.11.1996.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Zur Unterstützung der Wirtschaftsreform in der DDR: Voraussetzungen und Möglichkeiten, Wiesbaden im Januar 1990

Erklärung von Hans Modrow vor der 12. Tagung der Volkskammer der DDR, in: Außenpolitische Korrespondenz, Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (Hrsg.), vom 24.11.1989, Nr.46

Gesetzblatt der DDR Teil I, Nr. 17, 1990, Landwirtschafts-
anpassungsgesetz, S. 57

Informationen zur Politischen Bildung: Die DDR , Nr. 205, Bonn 1988

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Beschluß über Maßnahmen zur Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse und erste Schritte zur Ausgestaltung der Wirtschaftsreform 8/I.1 / 89 vom 21.12.1989.

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik, Beschluß zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums vom 01.03.1990. Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 14/1990;

SAPMO BArch, DY 30/ I V 2/2.035/59, B1.156.

Stenographische Niederschrift des informellen Treffens der Generalsekretäre nach der Tagung des Politisch-Beratenden-Ausschusses in Bukarest am 08.07.1989, in: SAPMO-BArch, ZPA-SED, IV 2/2.039/290, Bl. 117.

Statistisches Bundesamt: DDR 1990, Zahlen und Fakten, Wiesbaden 1990

Statistisches Bundesamt: Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Sonderausgabe, August 1992

Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1983

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und Jugendgesetz,
Berlin (Ost) 1975

Abkürzungsverzeichnis

AfNS	= Amt für Nationale Sicherheit
APuZ	= Aus Politik und Zeitgeschichte
AL	= Alternative Liste
BHF	= Berliner Handels- und Finanzierungsgesellschaft
BKK	= Bereich Kommerzielle-Koordinierung
BvS	= Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben
CSSR	= Tschechische und Slowakische Sozialistische Republik
DA	= Demokratischer Aufbruch
DBD	= Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DJ	= Demokratie Jetzt
ERP	= European Recovery Program
FDGB	= Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	= Freie Deutsche Jugend
GG	= Grundgesetz
lfdT	= Informationen für die Truppe
IFM	= Initiative Frieden und Menschenrechte
KoKo	= Kommerzielle Koordinierung
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	= Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	= Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LPG	= Landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaft
LwAnpG	= Landwirtschaftsanpassungsgesetz
LDP	= Liberal-Demokratische Partei
LDPD	= Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
MfS	= Ministerium für Staatssicherheit
NDPD	= National-Demokratische Partei Deutschlands

NF	= Neues Forum
NÖS	= Neues ökonomisches System
NSW	= Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
ÖSS	= Ökonomisches System des Sozialismus
RGW	= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SZS	= Staatliche Zentralverwaltung für Statistik
THA	= Treuhandanstalt
UFV	= Unabhängiger Frauenverein
UKPV	= Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Parteivermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR
VL	= Vereinigte Linke
VM	= Valuta Mark
VdgB	= Verein der gegenseitigen Bauernhilfe
VEM	= Versorgungseinrichtung des Ministerrats
ZERV	= Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität
ZK	= Zentralkomitee

Biographie Hans Modrow ⁴⁸⁴

Herkunft:

1928 Am 27. Januar wurde Hans Modrow in Jasenitz im Kreis Ueckermünde geboren, als Sohn einer Arbeiterfamilie.

Familie: Hans Modrow ist seit 1950 mit Annemarie Straubing verheiratet, hat zwei Töchter und drei Enkelkinder.

Ausbildung:

1942-1945 Nach der Dorfschule machte Modrow eine Berufsausbildung zum Maschinenschlosser.

1945-1949 Zum Ende des Krieges wurde er in den Volkssturm einberufen und geriet in Greifswald in sowjetische Gefangenschaft. Während dieser Zeit besucht er in der Sowjetunion eine "Antifa-Schule".

1952-1957 Im Laufe seiner Parteikarriere besucht er die Komsomolhochschule in Moskau, studierte an der „SED-Parteihochschule Karl Marx“ und schloß als Diplom-Gesellschaftswissenschaftler ab.

⁴⁸⁴ Alle Angaben aus: Munzinger-Archiv/Internationales Biographisches Archiv; Barth, B.-R.; Links, Ch., Müller-Enbergs; H.; Wielgoß, J. (Hrsg.): Wer war Wer in der DDR?, Berlin 1996; Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998.

- 1959-1961 Externes Studium an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin mit Abschluß als Diplomwirtschaftler.
- 1966 Promotion zum Dr. rer.oec. an der Humboldt Universität Berlin.

Politischer Weg:

- 1949-1973 Im Anschluß an die Rückkehr nach Deutschland war Modrow zunächst als Maschinenschlosser in Hennigsdorf tätig, trat der SED sowie der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) bei. Er wurde hauptamtlicher Parteifunktionär, Abteilungsleiter und Sekretär des FDJ-Landesvorstandes Brandenburg, ab 1953 Erster Sekretär der Bezirksleitung Berlin und Sekretär des Zentralrates der FDJ. Gleichzeitig Mitglied des Zentralrates der FDJ von 1952 bis 1961.
- Nach dem Studienaufenthalt in Moskau wurde Modrow 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Berlin und zum Mitglied des Zentralrates (1953-1961). Aufgrund seiner Ausbildung kam er in der Partei zügig vorwärts, als 1.Sekretär der Kreisleitung Berlin-Köpenick(1961-1967), Sekretär für Agitation und Propaganda (1967-1971), Kandidat im ZK der SED (1958-1967), seit 1967 Mitglied im ZK, seit 1957 Berliner Abgeordneter der Volkskammer. Im Oktober 1973 kam Modrow zur Bezirksleitung Dresden, wurde dort 1. Sekretär und somit Parteichef in Dresden.
- ab 1967 Vorsitzender der Parlamentarischen Freundschaftsgruppe DDR -Japan.

- 1975 Auszeichnung mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Gold und 1978 mit dem Karl-Marx- Orden.
- 1989 Mitinitiator des Dresdener Dialogs mit der oppositionellen Gruppe der 20". Die Gespräche stellen die ersten geregelten Kontakte zwischen Behörde, Partei und Opposition dar.
- 13.Nov.1989 Wahl zum Ministerpräsidenten der DDR
- Dezember: Wahl zum stellvertretenden Vorsitzende der SED/PDS.
- 1989/90 In seiner Funktion als Vorsitzender des Ministerrates der
- November-März: DDR ist Hans Modrow bemüht, einen geordneten Wandel herbeizuführen. Er will zunächst die Eigenständigkeit der DDR bewahren und lediglich eine Konföderation mit der Bundesrepublik einzugehen. Ab Februar werden diese Ansprüche aufgegeben und das Konzept "Für Deutschland einig Vaterland" vorgestellt. Zusammen mit den Vertretern des Runden Tisches bildet er die "Regierung der nationalen Verantwortung". Die PDS ernennt Modrow zu ihrem Ehrenvorsitzenden.
- 1990-1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, im außenpolitischen Ausschuß tätig.
- Mai 1993 Verurteilung durch das Landgericht Dresden in drei Fällen wegen Wahlfälschung zu einer Geldstrafe.
- 1994 Anklage wegen meineidiger Falschaussage vor dem Sonderausschuß zur „Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch“ in der ehemaligen DDR. 1996

Verurteilung zu einer zehnmönatigen
Bewährungsstrafe.

Juni 1999 Bei den Europaparlamentswahlen für die PDS ins
Europa Parlament gewählt.

Veröffentlichungen:

- | | |
|------|--|
| 1991 | Aufbruch und Ende (Hamburg) |
| 1993 | Ansichten zur Geschichte der DDR (Berlin) |
| 1995 | Das große Haus. Insider berichten aus dem ZK der
SED, (Berlin) |
| 1996 | Unser Zeichen war die Sonne Gelebtes und Erlebtes,
(Berlin) |
| 1996 | Das große Haus von außen. Erfahrungen im Umgang
mit der Machtzentrale in der DDR (Berlin) |
| 1998 | Ich wollte ein neues Deutschland (Autobiographie)
(Berlin) |
| 1998 | Die Perestroika. Wie ich sie sehe. Persönliche
Erinnerungen und Analysen eines Jahrzehnts, das die
Welt veränderte. (Berlin) |

DDR Zeitchronik 1988 - Dezember 1990 ⁴⁸⁵**1988**

17. Januar: am Rande der offiziellen Kampfdemonstration der SED zum Gedenken an K. Liebknecht und R. Luxemburg kommt es in Ost-Berlin zu Demonstrationen und zahlreichen Verhaftungen. Seitdem wächst der Protest insbesondere unter dem Schutz der evangelischen Kirche gegen die Reformfeindlichkeit der SED (fortan finden regelmäßig Friedensgebete statt).

1989

2. Mai: Beginn des Abbaus von Grenzsperranlagen zwischen Ungarn und Österreich.

7. Mai: Kommunalwahlen in der DDR lösen Proteste gegen die offenkundigen Manipulationen der Wahlergebnisse aus (Wahlfälschung, Wahlbetrug).

4. Juni: Massaker gegen die Demokratiebewegung in Peking; seitdem besteht in der Bevölkerung die Furcht vor einer chinesischen Lösung für die DDR, zumal Egon Krenz, Mitglied des ZK der SED und möglicher Nachfolger von Honecker, bei einem Besuch in Peking das Vorgehen der chinesischen KP- und Staatsführung offiziell gutheißt.

Juli: erste größere Gruppen von DDR-Flüchtlingen in der bundesdeutschen Botschaft in *Budapest*. *In der Folgezeit Anschwellen der Flüchtlingszahlen, auch in Prag und Warschau.*

19. August: erste Massenflucht von etwa 900 DDR-Bürgern über die ungarisch-österreichische Grenze.

⁴⁸⁵Vgl.: Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 1998; Schlosser, Horst Dieter: Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990; Spittmann, Ilse; Helwig, Gisela (Hrsg.): Chronik der Ereignisse in der DDR, Edition Deutschland Archiv im Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1998 (4. erw. Auflage 1990) Weber, Jürgen (Hrsg.), Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München und Landsberg am Lech, 1995

19. September: Das Neue Forum beantragt die förmliche Zulassung als politische Vereinigung (wird jedoch wegen Verfassungswidrigkeit abgelehnt, 21. 9.). Weitere Oppositionsgruppen drängen an die Öffentlichkeit (Demokratischer Aufbruch, Demokratie jetzt u. a.).

20. September: Manfred Gerlach (LDPD), stellv. Staatsratsvorsitzender, verlangt als einer der ersten DDR-Politiker öffentlich Reformen.

25. September: erste größere Montagsdemonstration in Leipzig (ca. 5000 Teilnehmer), Polizeieinsätze mit Verletzten.

1. Oktober: erste Flüchtlingszüge aus Prag durchqueren die DDR. Unruhen und polizeiliche Übergriffe in Dresden.

6./7. Oktober: Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR unter starken Sicherheitsvorkehrungen in Ost-Berlin. Gorbatschow warnt in einem Spontaninterview vor den Folgen der Reformfeindlichkeit. Protestaktionen außerhalb der Absperrungen, brutale Polizeieinsätze.

7. Oktober: Gründung der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR.

9. Oktober: die Leipziger Arbeitskreise Gerechtigkeit, Menschenrechte, Umweltschutz rufen zur Gewaltlosigkeit auf. Kurt Masur, Chef des Leipziger Gewandhausorchesters, die Sekretäre der SED-Bezirksleitung K. Meier, J. Pommer, R. Wötzel, der Pfarrer P. Zimmermann und der Kabarettist B. L. Lange verbreiten über Rundfunk und Lautsprecher ebenfalls einen Appell zur Gewaltlosigkeit und zum friedlichen Dialog. Trotz massiver Vorkehrungen zu einer militärischen Niederschlagung verläuft die Montagsdemonstration von rd. 70 000 Bürgern friedlich. Die zentrale Parole: "Wir sind das Volk!" Erster Höhepunkt der friedlichen Revolution; auf einem Plakat steht die Forderung nach Freie Wahlen.

11. Oktober: das SED-Politbüro bietet in einer Erklärung "vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der Opposition an, die, in der Folgezeit als Volksbewegung akzeptiert, für die erzwungene Wende vereinnahmt werden soll.

16. Oktober: aus der Leipziger Montagsdemonstration (rd. 120000 Teilnehmer) heraus wird die Forderung nach Reformen und freien Wahlen erhoben.

18. Oktober: Absetzung E. Honeckers als Staats- und Parteichef, Egon Krenz wird Nachfolger (Wahl durch die Volkskammer am 24. 10.; erstmals Nein-Stimmen: 26).

23. Oktober: Leipziger Montagsdemonstration mit rd. 300 000 Teilnehmern.

26. Oktober: erstes Treffen zwischen Vertretern der Opposition (Neues Forum) und der SED (G. Schabowski) in Ost-Berlin. In Dresden diskutieren Hans Modrow und Wolfgang Berghofer (SED) mit der Opposition vor mehreren hunderttausend Zuhörern.

November: trotz Amnestiegesetz und Ankündigung von Reiseerleichterungen werden die Demonstrationen in vielen Städten fortgesetzt. Führende Funktionäre von SED, Massenorganisationen und Blockparteien treten zurück oder werden ihres Amtes enthoben (zahlreiche Selbstmorde mittlerer Leitungskader!).

1. November: Krenz trifft Gorbatschow während eines Arbeitsbesuches in Moskau und betont dabei den Nutzen der Perestroika für die Reformen in der DDR

2. November: die Vorsitzenden bzw. Vorstände von FDGB, CDU, NDPD und anderen Organisationen treten zurück. Krenz ist zu einem Arbeitsbesuch in Polen

4. November: Massendemonstration (etwa eine Mio. Teilnehmer) in Ost-Berlin; Redner sind u.a. Christa Wolf, Stefan Heym und Gregor Gysi.

7. November: Rücktritt des Ministerrats der DDR unter Willy Stoph.

8. November: Offizielle Zulassung des Neuen Forums; Rücktritt des SED-Politbüros und Neuwahl (u. a. von H. Modrow).

9. November: Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik und nach West-Berlin.

13. November: H. Modrow übernimmt Regierungsverantwortung als Ministerpräsident; Bildung eines neuen DDR-Ministerrats mit SED-Übergewicht.

21. November: der Ministerrat beschließt Sofortmaßnahmen zur Reduzierung und Flexibilisierung der staatlichen Planung.

25. November: gegenüber der Financial Times betont Krenz, daß die DDR ein sozialistischer Staat bleiben werde, schließt aber mittelfristig eine

deutsche Konföderation nicht aus, sofern sich NATO und Warschauer Pakt zu dem Zeitpunkt bereits aufgelöst hätten.

28. November: "Zehn-Punkte-Plan" des Bundeskanzlers; Krenz und Modrow erteilen der Idee einer Wiedervereinigung die Absage.

30. November: die staatliche Druckgenehmigung (Zensurmittel) für Bücher wird aufgehoben.

1. Dezember: Volkskammer streicht Führungsanspruch der SED aus der DDR-Verfassung. Die Volkskammer verurteilt den Einmarsch des Warschauer Pakts in Prag 1968 und entschuldigt sich bei der CSSR.

3. Dezember: Auflösung von ZK und Politbüro der SED. E. Honecker wird aus der SED ausgeschlossen. Günter Mittag, Harry Tisch u.a. werden wegen schwerer Schädigung von Volkswirtschaft und – vermögen verhaftet. Fahndung nach Schalck-Golodkowski wegen des Verdachtes auf illegalen Waffenhandel und Devisenschiebereien.

4. Dezember: Krenz und Modrow treffen Gorbatschow in Moskau.

6. Dezember: Rücktritt von E. Krenz als Staatsratsvorsitzender (amtierend nun der Stellvertreter M. Gerlach, LDPD).

7. Dezember: nach polnischem Vorbild Einrichtung eines Rundes Tisches, der die Regierungsarbeit kritisch begleiten soll.

8. Dezember: Modrow setzt in allen Bezirken Beauftragte ein, die die Auflösung der örtlichen AfNS – Einrichtungen begleiten sollen.

9. Dezember: Gregor Gysi wird von einem Sonderparteitag zum Vorsitzenden der SED gewählt. Öffentliche Entschuldigung des Parteitags für die Existenzkrise der DDR, die durch die ehemalige Parteiführung verursacht worden sei.

10. Dezember: stellvertretend für die DDR-Bürgerrechtler nimmt Friedrich Schorlemmer (Demokratischer Aufbruch) die Carl- von Ossietzky-Medaille der Liga für Menschenrechte entgegen. In einem Telefonat mit Gorbatschow legt Gysi „größten Wert“ auf die Erhaltung von Staat und Partei.

11. Dezember: Forderungen nach deutscher Einheit auf der Leipziger Montagsdemonstration ("Wir sind ein Volk!" - "Deutschland einig Vaterland"...). Die Fahne der Bundesrepublik wird zum Einheitssymbol auf fast allen Demonstrationen.

12. Dezember: nach einer Unterredung mit Kohl, Genscher und Momper trifft sich US-Außenminister Baker mit Modrow in Ost-Berlin.

14. Dezember: der Ministerrat beschließt die Auflösung des AfNS durch einen Regierungsbeauftragten unter Beobachtung eines Kontrollausschusses, der sich am 17.12. konstituiert.

17. Dezember: die SED erweitert ihren Namen um den Zusatz "Partei des Demokratischen Sozialismus" SED-PDS.

19. Dezember: Hans Modrow und Helmut Kohl verabreden in Dresden die Bildung einer deutschen Vertragsgemeinschaft.

20. Dezember: Mitterand besucht die DDR und trifft Modrow.

21. Dezember: wegen öffentlicher Ächtung und Diskriminierung ehemaliger Mitarbeiter von Parteien, Organisationen, Staats-, Partei und Sicherheitsorganen bei der Arbeitsplatzsuche nach dem Ausscheiden aus ihren bisherigen Beschäftigungen beschließt der Ministerrat eine Arbeitsgruppe, um für diese Personen den Wechsel von Arbeitsplatz und persönlichen Umständen „rechtsstaatlich und koordiniert zu regeln“.

22. Dezember: Öffnung von Grenzübergängen auch am Brandenburger Tor unter Beteiligung von H. Modrow und H. Kohl sowie der Berliner (Ober-) Bürgermeister E. Krack (Ost) und W. Momper (West).

1990

Januar: zahlreiche Gründungen von politischen Gruppierungen, die an der in Aussicht genommenen Volkskammerwahl teilnehmen wollen, sowie von Wirtschaftsvereinigungen, die auf privatwirtschaftlicher Basis arbeiten (z. B. Bund der Selbständigen, Handelskammern....).

3. Januar: am Runden Tisch informiert die DDR-Regierung, daß am Volkseigentum festgehalten werden solle, daß das AfNS nicht mehr in den alten Strukturen bestehe.

8. Januar: der entsprechende Regierungsbeauftragte Peter Koch kann die Fragen des Runden Tisches zur Auflösung des AfNS nicht befriedigend beantworten und bekommt das Mißtrauen ausgesprochen. Modrow reist nach Sofia.

11. Januar: in einer Regierungserklärung fordert Modrow die Opposition zur Zusammenarbeit auf, sieht eine Wiedervereinigung „nicht auf der Tagesordnung“.

12. Januar: die Volkskammer setzt den Regierungsbeauftragten zur AfNS-Auflösung wegen Inkompetenz ab und ändert die Verfassung zur Ermöglichung von Joint-Ventures.

13. Januar: SDP benennt sich um in SPD. Das SED-PDS-Vorstandspräsidium schlägt die Überführung der meisten Zeitungsverlage und Druckereien der Partei sowie einiger Gasthäuser u.ä. und weniger Firmen in Volkseigentum vor.

15. Januar: Regierungsvertreter berichten vor dem Runden Tisch über den Stand der Inneren Sicherheit und der AfNS-Auflösung. Modrow nennt den neuen Beauftragten für letzteres; zehntausende Demonstranten stürmen und verwüsten die Stasi- bzw. AfNS-Zentrale. Erneut landesweite Demonstrationen und Warnstreiks zur konsequenten Demokratisierung und AfNS-Auflösung und gegen hartnäckige alte Machtstrukturen.

22. Januar: Douglas Hurd führt mit Modrow Gespräche in Berlin.

25. Januar: Volkskammer schafft gesetzliche Voraussetzungen für Gemeinschafts-unternehmen/Joint Ventures ("Unternehmen mit ausländischer Beteiligung").

26. Januar: Modrow ist zu einem Staatsbesuch in Wien. Der Runde Tisch fordert die Bildung einer parteilosen „Regierung der Nationalen Verantwortung“

29. Januar: Volkskammerwahltermin vom 6. Mai auf 18. März vorgezogen.

30. Januar: Modrow trifft Gorbatschow in Moskau, der eine deutsch-deutsche Konföderation nicht ablehnt.

1. Februar: H. Modrow legt seinen "Deutschlandplan" vor unter dem Motto "Deutschland soll wieder einig Vaterland aller Bürger deutscher Nation werden". Forderung nach Neutralität eines konföderativen deutschen Gesamtstaates.

4. Februar: SED-PDS benennt sich um in PDS. Der PDS-Vorstand beschließt eine 3 Mrd. Mark-Reserve aus langjährigen Gewinnen der Parteibetriebe an den Staatshaushalt abzuführen.

5. Februar: Die Regierung der nationalen Verantwortung: DDR-Ministerrat um acht Vertreter oppositioneller Gruppierungen als Minister ohne Geschäftsbereich erweitert.

13. Februar: Modrow und Kohl vereinbaren in Bonn die Vorbereitung einer Währungsunion und einer Wirtschaftsgemeinschaft; 23 Vertreter von Runder-Tisch-Gruppierungen, Volkskammerfraktion, Kirchen und der Regierung bilden einen Medienkontrollrat.

15. Februar: der Ministerrat legt der EU-Kommission Ideen zur Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR vor. Honecker läßt erklären, er übernehme die politische Verantwortung für die Krise im Land und für die Kommunalwahlfälschung am 7.4.1989, sehe sich aber strafrechtlich nicht schuldig.

16. Februar: laut ADN hat Gysi Modrow vorgeschlagen, die 3 Mrd. Mark des ehemaligen Parteivermögens primär für soziale und Gesundheitszwecke auszugeben. Modrow ist zu Besuch in Warschau.

20. Februar: zur Ermöglichung freier Wahlen beschließt die Volkskammer eine Verfassungsänderung, Wahl-, Parteien- und Vereinigungsgesetze und eine Wahlordnung. Modrow plädiert für eine Wiedervereinigung mit sozialer Absicherung für die DDR-Bürger.

21. Februar: Alle Fraktionen der Volkskammer bekennen sich zur deutschen Einheit.

1. März: der Ministerrat beschließt die Bildung einer treuhänderischen Anstalt zur Verwaltung von Volkseigentum sowie eine Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Firmen in Kapitalgesellschaften. Modrow betont in einer Regierungserklärung die besondere Schutzwürdigkeit von Eigentums-, Miet- und Nutzungsrechten der DDR-Bürger an Grundstücken, Wohnungen und Gebäuden.

6. März: Modrow trifft Gorbatschow in Moskau, der für eine Wiedervereinigung etappenweises Vorgehen und eine europäische Einbettung für nötig hält. Die Volkskammer beschließt ein Gewerkschaftsgesetz und ändert das LPG-Gesetz sowie das Gesetz zu Rechten von Grundstückseigentümern aus der Bodenreform, so daß LPG-Nutzungsrechte an volkseigenem Boden zu Eigentumsrechten werden.

8. März: der Ministerrat entpflichtet offiziell die 100.000 ehemaligen Mfs-Ims, hebt deren Schweigepflicht auf und gebietet ihnen die Aussage bei Vernehmungen; Verbot der weiteren Konspiration bei Strafe.

12. März: der Runde Tisch fordert auf Initiative der SPD die Aufhebung des Ministerratsbeschlusses zur Umwandlung volkseigener Betriebe in Kapitalgesellschaften (vgl. 01.März). Ein Ausschuß informiert, daß das MfS nicht mehr arbeitsfähig sei, aber kleine Gruppen noch aktiv sein könnten, und daß weiterhin die Wachsamkeit der Öffentlichkeit gefordert sei.

14. März: ab sofort können DDR-Bürger über ihr Vermögen frei in bundesdeutschen Geldinstituten verfügen, zudem kann DM unbegrenzt in die DDR überwiesen und dort in DM abgehoben und verrechnet werden.

18. März: Volkskammerwahlen: erste demokratische, freie und geheime Wahl in der DDR.

5. April: neue Volkskammer beschließt erste grundsätzliche Verfassungsänderungen, u. a. Abschaffung des Staatsrats und Schaffung eines Präsidentenamtes.

12. April: Bildung der ersten frei gewählten Regierung der DDR unter Lothar de Maizière (CDU) unter Beteiligung von „Allianz für Deutschland“, SPD und „Bund freier Demokraten“.

6. Mai: erste freie und geheime Kommunalwahlen in der DDR.

1. Juli: die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR tritt in Kraft.

3. Oktober: Deutsche Wiedervereinigung.

Dokumentenabschrift I:**Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik über Maßnahmen zur Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse und erste Schritte zur Ausgestaltung der Wirtschaftsreform vom 21.12.1989**

**An alle Generaldirektoren der
zentralgeleiteten Kombinate der Industrie**

Im Auftrag der Regierung der DDR wende ich mich zum Jahresende 1989 an Sie, um Ihnen Anerkennung und Achtung zum Ausdruck zu bringen für den selbstlosen Einsatz, den Sie im Prozeß der Erneuerung unseres Landes tagtäglich an der Spitze Ihrer Belegschaften und Arbeitskollektive leisten.

In Verwirklichung der Regierungserklärung von Ministerpräsident Hans Modrow und der Arbeitsberatung des Ministerrates mit Ihnen am 9.12.1989 hat der Ministerrat weitere Festlegungen getroffen, die auf das Inganghalten der Produktion, der Versorgung und der Außenwirtschaft gerichtet sind.

Ich bevollmächtige Sie hiermit, in hoher Eigenverantwortung alles Notwendige in Ihrem Kombinat zu entscheiden und zu veranlassen, was die Leistungsbereitschaft der Kollektive und die Produktionskontinuität fördert, die Inlandsversorgung für die Bevölkerung und ihre Vertragspartner in der Volkswirtschaft stabilisiert sowie dazu beiträgt, höchstmögliche Valutaeinnahmen des Staates zu erzielen. Grundlage dafür sind die den neuen Kombinat für das 1. Quartal 1990 von den zuständigen Ministern bestätigten Planaufgaben.

Behinderungen, die Ihrer Entscheidungskompetenz dabei entgegen stehen und einen nachweislichen Nutzen für die Volkswirtschaft einschränken oder unwirksam machen, können von Ihnen unverzüglich Ihrem zuständigen Minister bzw. direkt an mich zur Entscheidung vorgelegt werden.

Zur schnellen Entscheidung grundsätzlicher Fragen des Wirtschaftsablaufes nimmt mit Beginn des Jahres in der Regierung ein Ministergremium zur Wirtschaftskoordinierung die Arbeit auf. In der Staatlichen Plankommission wurde durch den Ministerrat eine Arbeitsgruppe zur materiell-technischen Sicherung der Plandurchführung beauftragt, alle zweigübergreifenden Probleme der Plandurchführung, die nicht in eigener Verantwortung der Minister lösbar sind, unverzüglich zu entscheiden bzw. zur Entscheidung der Leitung der Staatlichen Plankommission oder dem Ministerrat vorzulegen.

Die Generaldirektoren sind bevollmächtigt, in ihrem Zweig nicht lösbare Fragen von größerer Tragweite für den Verlauf der Produktion im Kombinat direkt an diese Arbeitsgruppe einzureichen.

Mit diesem Schreiben übermittle ich Ihnen den Beschluß des Ministerrates vom 21.12.1989 über „Maßnahmen zu Stabilisierung volkswirtschaftlicher Prozesse und erste Schritte zur Ausgestaltung der Wirtschaftsreform“.

Für alle dazu gestellten Aufgaben ermächtigt Sie der Ministerrat ebenfalls, in eigener Verantwortung unverzüglich die notwendigen Festlegungen für deren Durchführung in Ihrem Kombinat zu Treffen. Für weitere von Ihnen um Beschlußentwurf bereits übermittelten Hinweise, insbesondere zur materiell-technischen Absicherung der Produktion, sind die Minister beauftragt worden, in direkter Verbindung mit Ihnen Entscheidungen zu treffen bzw. der Staatlichen Plankommission zur Entscheidung vorzulegen.

Die verantwortungsvolle Umsetzung dieses Beschlusses erfordert vor allem, die Belegschaften der Betriebe Ihres Verantwortungsbereiches gemeinsam mit den Gewerkschaften davon in Kenntnis zu setzen und sie in die Maßnahmen umfassend einzubeziehen.

Der Ministerrat bekräftigt seine vom Vorsitzenden Hans Modrow auf der Arbeitsberatung am 9.12.1989 geäußerte Position, die Autorität und Handlungsfähigkeit der Generaldirektoren, der Werkleiter und aller Leitungskader der Industrie zu stärken. Auf Ihren Schultern liegt eine große Verantwortung für die Sicherung auch der Handlungsfähigkeit der Regierung. Im Wissen um die Schwere dieser Verantwortung und die von Ihnen dabei zu meisternden Konflikte, wird der Ministerrat noch konsequenter und auch operativer alle für die Stabilisierung der Volkswirtschaft erforderlichen Maßnahmen treffen.

Ich wünsche allen Werktätigen Ihres Kombinates, Ihrem Leitungskollektiv und Ihnen persönlich alles Gute und einen die Wirtschaft unseres Landes weiter stabilisierenden Übergang in das Jahr 1990.

(handschriftlich unterzeichnet)

Prof. Dr. Christa Luft
Stellvertreter des Minister-
Präsidenten für Wirtschaft

Dokumentenabschrift II:

Beim Übergang vom MfS zum AfNS unter Modrow waren alte Stasi-Spitzen weiterhin für entscheidende Aufgaben vorgesehen.

Ministerrat
Der Deutschen Demokratischen Republik
Amt für Nationale Sicherheit
Leiter

Berlin, 8.12.1989

Ex.-Nr.: 0009

Befehl Nr. K 4914/89

Zu dem Ihnen übergebenen Strukturschema werden folgende Verantwortlichkeiten festgelegt:

- 1) Generalmajor Engelhardt, Heinz
**1. Stellvertreter des Leiters des Amtes und Leiter des Bereiches
Verfassungs- und Staatsschutzes**

Generalmajor Braun, Edgar
Stellvertreter des Leiters des Bereiches Verfassungs- und Staatsschutzes und
verantwortlich für die Abwehr von Angriffen auf die Volkswirtschaft

- 2) Generaloberst Großmann, Werner
**Stellvertreter des Leiters des Amtes und Leiter des Bereiches
Aufklärung (Auslandsnachrichtendienst)**

- 3) Generalmajor Niebling, Gerhard**

Stellvertreter des Leiters des Amtes und Leiter des Bereiches Zentrales
Koordinierungsorgan

- 3) Oberst Schwager, Erich
Stellvertreter des Leiters des Amtes und Leiter des Bereiches Sicherstellung

Dokumentenabschrift III:

**Brief von Dr. Walter Siegert an Dr. Hans Modrow vom 28.02.1990, aus:
Bericht des 1. Untersuchungsausschusses des 12. Deutschen Bundestages
Der Bereich Kommerzielle Koordinierung und Alexander Schalck-
Golodkowski, 2 / 1994**

Minister für Außenwirtschaft
Minister der Finanzen und Preise

Berlin, 28.2.1990

Vorsitzenden des Ministerrates der DDR
Herrn Dr. Hans Modrow
Klosterstraße 47
Berlin
1020

(handschriftlich von Hans Modrow an dieser Stelle
notiert:
„Ich stimme dem zu“)

Sehr geehrter Herr Dr. Modrow!

Durch Sie wurde festgelegt, daß der Bereich Kommerzielle Koordinierung mit seinen betrieblen in die Volks- und Finanzwirtschaft der DDR einzugliedern ist.

Als grundlegende Voraussetzung dafür wurde per 31.12.1989 ein Gesamtstatus für diesen Bereich erstellt sowie vorhandenen Bestände gesichert und jeglicher Abfluß von Kapital ausgeschlossen.

Des weiteren wurde die Erfüllung und Abwicklung aller bestehenden kommerziellen Verpflichtungen so gewährleistet, daß ein ökonomischer Schaden für die DDR weitgehend abgewendet werden konnte.

Die vorgesehene Valutaeinführung für 1989 in Höhe von 1,2593 Mrd. VM wurde per 31.12.1989 erfüllt.

Der vorläufige Abschlußstatus wird im Ergebnis der durchgeführten Kontrollen der staatlichen Finanzrevision und der Rechenschaftslegungen der Betriebe per 28.02.1990 präzisiert, insbesondere hinsichtlich der Regulierung der Verbindlichkeiten und Forderungen gegenüber dem Staatshaushalt.

Betriebe, für deren weitere Tätigkeit keine Grundlagen bzw. Voraussetzungen mehr bestanden, stellten ihre Tätigkeit ein bzw. befinden sich in Liquidation.

Die DELTA GmbH und die ehemalige Investbauleitung Hönow wurden in den Verantwortungsbereich des Ministers für Bauwesen und Wohnungswirtschaft übergeben.

Aus dem Bereich Kommerzielle Koordinierung selbst sind bereits über 30% der Mitarbeiter in andere Bereiche der Außenwirtschaft bzw. Volkswirtschaft übergeleitet. Nach Abschluß der Liquidierung der Bereiches werden die gegenwärtig noch benötigten Mitarbeiter ebenfalls entsprechend den geltenden gesetzlichen Bestimmungen übergeleitet.

Dokumentenabschrift IV**Strategien zur Eingliederung von Staatssicherheits-Mitarbeitern in zivile Bereiche****Hauptabteilung XVIII****Berlin, 22.11.1989**Bestätigt:**Protokoll**

über die Beratung zu den gegenwärtigen Kaderveränderungen im Bestand des Hauptabteilung XVIII

Teilnehmer:

Oberst Pulow
 Major Bendix, Kader 7
 Major Janzen
Major Kieseler

1. Genosse Bendix informierte über von der Abteilung Kader 7 gesetzte Orientierungspunkte.

- Bei den aktuellen Entlassungen aus dem Organ ist die Kaderrichtlinie aus 1972 zwecks Inanspruchnahme vorzeitiger Berentungennicht anzuwenden. Ihre Anwendung soll erst mit Beginn der Aktion für das gesamte Amt erfolgen.

Dagegen haben sich die Beratungsteilnehmer einheitlich ausgesprochen.

- Die Kaderdokumente und der Dienstheitenschlüssel bleiben bestehen. Da bereits bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehrere Befehle zur Arbeit mit den Kadern defacto außer Kraft sind, wurde auf eine Präzisierung dieser Aussagen durch das Kaderorgan von den Beratungsteilnehmern aufmerksam gemacht.

- In der Arbeit mit den Offiziersschülern ist davon auszugehen, daß der

- 3. OSL planmäßig die Ausbildung abschließt
- 5. OSL sein Praktikum durchführt
- 6. OSL in die DE ohne Abschluß zurückkehrt
- 7. OSL im studienvorbereitenden Prozeß verbleibt

- An der Hochschule des MfS wird der 31. Fernstudienlehrgang und das gegenwärtig laufende Ergänzungsstudium ausgesetzt.

2. Mit Stand 20.11.1989 sind aus dem Mitarbeiterbestand der HA XVIII

93 Genossinnen und Genossen gewillt eine Tätigkeit

- in der HA VI
- in den Organen des Zolls

aufzunehmen oder nehmen die vorzeitige Berentung in Anspruch (ca. 10 Genossen).

3. In der Beratung wurden weitere Möglichkeiten für die Arbeitsplatzvermittlung von ausscheidenden Mitarbeitern des Organs diskutiert (u.a. die Anregung der GO-Delegiertenkonferenz vom 20.11.1989).

Sie beinhalten vor allem die Umgebung der bestehenden gesellschaftlichen Ausgrenzung von Mitarbeitern bei den Bewerbungen in den verschiedenen Bereichen.

Als mögliche Varianten wären zu prüfen:

1. Schaffung von volkswirtschaftlichen Einrichtungen (VEB, PGH u.a.) mit abzubauenen Fonds des Amtes und vorrangige Einstellung von ehemaligen Mitarbeitern.

2. Für ausscheidende Mitarbeiter sind kurzzeitige legendierte Nachweise von zivilen Arbeitsstellen zu schaffen, um bei Bewerbungen nicht als Angehörige des MdI oder MfS in Erscheinung treten zu müssen.

Stellv. Leiter der HA
(handschriftl. Unterzeichnet von)
Pulow
Oberst

Dokumentenabschrift V

Von Hans Modrow veranlaßter Befehl des Ministerrates zur Vernichtung von unberechtigt angelegten Dokumenten im Ministerium für Staatssicherheit (Anordnung von Aktenvernichtungen)

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik Berlin, 7.12.1989

BdL/359/89

Fernschreiben an die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates

1. Der Ministerrat hat die Tätigkeit der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates bestätigt und dankt ihnen und allen Partnern des Zusammenwirkens für die bisherige Arbeit.

2. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 07.12.1989 folgendes Festgelegt:

- Die Regierung verurteilt das unberechtigte Sammeln von Informationen durch das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit und verbietet ein Fortsetzen derartiger Praktiken.
- Die Regierung bekräftigt das Erfordernis des Schutzes von Staatsgeheimnissen und wendet sich gegen ein Offenlegen von Staatsgeheimnissen, die die nationale Sicherheit gefährden.
- **Die Regierung beauftragt den Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, die unberechtigt angelegten Dokumente unverzüglich zu vernichten, Das Vernichten hat unter Aufsicht von Beauftragten der Regierung, der örtlichen Staats- und Rechtspflegeorgane und gegebenenfalls Vertretern der Öffentlichkeit zu erfolgen.**
- Der Minister für Innere Angelegenheiten und die Vorsitzenden der örtlichen Räte werden beauftragt, die öffentliche Ordnung und Sicherheit und die Arbeitsfähigkeit der örtlichen Staatsorgane zu gewährleisten.

3. In der gemeinsamen Arbeit der Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates mit den Vertretern örtlicher Staatsorgane und Bürgervertretern ist nach dem Grundsatz des Vertrauens und der gegenseitigen Achtung sowie unter Gewährleistung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit und der Wahrung des Geheimnisschutzes auszugehen.

4. Der Leiter der jeweiligen Dienststelle des Amtes für Nationale Sicherheit sollte in einem Auskunftsbericht entsprechend der Lage darstellen:

- Struktur, Aufgabenstellung, Funktionsbereiche, Verantwortlichkeiten sowie den Umfang der Tätigkeit des ehemaligen MfS und des jetzigen Amtes für Nationale Sicherheit auf Bezirks- und Kreisebene:
 - wenn erforderlich, Offenlegung und Einsichtnahme in Unterlagen bei Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen (Quellenschutz)
 - Gewährleistung des Zugangs zu Einrichtungen, Gebäuden und Räumen sowie Ermöglichung von Kontrollen in arbeitenden Bereichen (Sperrbereiche unterliegen der Kontrolle des Militärstaatsanwaltes)
 - von den Mitarbeitern können Auskünfte erteilt werden, soweit nicht nationale Sicherheitsinteressen und der Quellenschutz verletzt werden.
 - Feststellungen über Rechtsverletzungen sind als Grundlage für die weitere Arbeit der Justizorgane zu dokumentieren

Die Leiter der in der Vollmacht des Vorsitzenden des Ministerrates genannten Einrichtungen sind über den Inhalt des Fernschreibens in Kenntnis zu setzen mit dem Hinweis, daß bei Forderung nach Offenlegung der Tätigkeit anderer Staatsorgane sinngemäß zu verfahren ist.

(unterzeichnet von)
Hans Modrow

Dokumentenabschrift VI

Der Ministerrat erläßt am 5.12.1989 den Befehl, den Verkauf von Immobilien an Angehörige des MfS/AfNS vorzunehmen

E 927/89 7.12.89

Ministerrat

der Deutschen Demokratischen Republik
Amt für Nationale Sicherheit
Der Leiter

Berlin, 5.12.1989
BdL/356/89
Ex.-Nr.: 0041
BStU 00024

B e f e h l Nr. 16/89

Zur Sicherung eines einheitlichen Herangehens bei der Bewertung aller bisher von den Diensteinheiten des Amtes für Nationale Sicherheit genutzten Objekte wird zur Gewährleistung der neuen Aufgabenerfüllung in Erweiterung des Schreibens meines 1. Stellvertreters (VVS 89/89) vom 23.11.1989

b e f o h l e n

1. Die Leiter der Diensteinheiten haben zu prüfen, welche Objekte im Zusammenhang mit der Realisierung der neuen Aufgabenstellung ihres Verantwortungsbereiches unbedingt erforderlich sind.

2. Alle in Rechtsträgerschaft des Amtes befindlichen Objekte, die einer anderen Nutzung zugeführt werden sollen, sind in Abstimmung mit dem Leiter der VRD, durch diesen in Berlin dem Ministerrat bzw. dem Magistrat der Hauptstadt zur Entscheidung über die weitere Nutzung zu übergeben.

Analog ist durch die Leiter der Bezirksämter nach Abstimmung mit dem Leiter der VRD in den Bezirken und Kreisen zu verfahren.

Eine Abgabe von in Rechtsträgerschaft des Amtes befindlichen Objekten ohne Abstimmung mit dem Leiter der VRD sowie eine direkte Abgabe an Bürger durch die Diensteinheiten ist nicht gestattet.

3. Objekte, die unter Legende registriert sind und für die Realisierung der neuen Aufgabenstellung nicht mehr benötigt werden bzw. dekonspirierte Objekte, sind durch die Leiter der bisher nutzenden DE der legendierenden Stelle zur weiteren Verwendung zur Verfügung zu stellen. Entsprechendes gilt auch für bestehende Nutzungs- und Mietverträge.

4. Einfamilienhäuser, die sich in Rechtsträgerschaft des Amtes befinden und durch Angehörige bewohnt werden, können unter Beachtung bestehender dienstlicher Bestimmungen und Rechtsvorschriften an diese verkauft werden.

5. Einfamilienhäuser, die sich in Rechtsträgerschaft des Amtes befinden und zur Zeit nicht zu Wohnzwecken benutzt werden, können an Angehörige verkauft werden, wenn dabei keine Beeinträchtigung des Ansehens des Amtes erfolgt und die Zustimmung der örtlichen Räte erteilt wird.

6. Die Leiter der Dienstseinheiten haben Objekte, die weiterhin für die Realisierung der neuen Aufgabenstellung erforderlich sind, mir bzw. meinem zuständigen Stellvertreter bis zum

15. Januar 1990

zur Bestätigung vorzuschlagen.

Zum gleichen Termin sind die Objekte zu benennen, die aus ihrem Bestand freigesetzt werden können.

Schwanitz
Generalleutnant

Dokumentenabschrift VII

Einspruch der Wahlbeobachter gegen die Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen am 7.Mai 1989

An den Nationalrat der Nationalen Front der DDR

Berlin, 12.5.1989

Thälmannplatz 8-9

Berlin

1080

Betr.: Einspruch gegen die Gültigkeit der Kommunalwahlen 1989 in Berlin

Wir wollen unsere Gesellschaft konstruktiv gestalten. Darum nahmen wir in Wahrung unserer staatsbürgerlichen rechte und Pflichten an der öffentlichen Auszählung der Kommunalwahlen am 6. und 7.5.1989 teil, andere haben die Ergebnisse zur Kenntnis genommen.

Die in 66 von 67 Wahllokalen des Stadtbezirkes Weißensee öffentlich verkündeten Resultate lauten:

den	Abgegeb.Stimmen	ungült.Stimmen	Stimmen für den Wahlvorgang Wahlvorgang	Stimmen gegen Wahlvorgang
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände	27680	46	25410	2224

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut „ND:	43042	24	42001	1011
-----------	-------	----	-------	------

Es ergeben sich folgende schwerwiegende Differenzen:

1. Zwischen den Angaben der gültigen Stimmen gegen den Wahlvorschlag besteht ein Unterschied von 1213 Stimmen.
2. Zwischen den Angaben der ungültigen Stimmen besteht ein Unterschied von 22 Stimmen.

Die in 80 von 88 Wahllokalen im Stadtbezirk Friedrichshain verkündeten Resultat lauten:

den	Abgegeb.Stimmen	ungült.Stimmen	Stimmen für den Wahlvorgang	Stimmen gegen
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände	71704	133	66712	4271

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut „ND“	85377	113	83653	1611
-----------	-------	-----	-------	------

Es ergeben sich folgende schwerwiegende Differenzen:

1. Zwischen den Angaben der gültigen Stimmen gegen den Wahlvorschlag besteht ein Unterschied von 3110 Stimmen.
2. Zwischen den Angaben der ungültigen Stimmen besteht ein Unterschied von 20 Stimmen.

Ähnliche Tendenzen wurden in Berlin-Prenzlauer-Berg festgestellt (41 Wahllokale=etwa ein Drittel):

den	Abgegeb.Stimmen	ungült.Stimmen	Stimmen für den Wahlvorgang	Stimmen gegen
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände	23482	37	20768	2659

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut „ND“	107739	127	105614	1998
-----------	--------	-----	--------	------

Es ergibt sich folgende schwerwiegende Differenz:

In nur einem Drittel der Wahllokale wurden 661 Stimmen mehr gegen den Wahlvorschlag festgestellt, als für den gesamten Prenzlauer Berg in der Presse veröffentlicht wurden.

Hinzu kommen folgende Verstöße gegen das Wahlgesetz der DDR:

§30, Abs. 1: Die Wahllokale wurden insgesamt nicht öffentlich bekanntgegeben.

§37, Abs. 1: Die Öffentlichkeit wurde in mehreren Fällen von der Auszählung ausgeschlossen.

§ 37, Abs.2: Die Kontrolle der abgegebenen Stimmen anhand der Wählerliste und der vorhandenen Wahlscheine wurde weitestgehend unterlassen.

§ 38, Abs. 2: Es erfolgte teilweise keine korrekte Auszählung und Differenzierung der abgegebenen Stimmen.

Im Wahlgesetz ist in keiner Weise definiert, wie die unterschiedlichen Stimmen zu werten sind. Nach § 38, Abs. 2 obliegt diese Entscheidung dem Wahlvorstand. Die Erfahrungen der diesjährigen Wahlen zeigen, daß der Auszählungsmodus der Willkür der Wahlvorstände überlassen bleibt. Das bestehende Wahlgesetz schließt eine eindeutige Stimmauszählung aus.

Dokumentenabschrift VIII

Befehl von Erich Honecker vom 13.10.1989 zur Gewährleistung der Sicherheit in Leipzig, anlässlich der Demonstrationen auf keinen Fall Gebrauch von der Schusswaffe zu machen.

Deutsche Demokratische Republik

Nationaler Verteidigungsrat
Der Vorsitzende

Befehl Nr. 9/89

Des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik

über
Maßnahmen zur Gewährleistung und Sicherheit und Ordnung in Leipzig

vom 13.10.1989

Zur Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung in Leipzig und zur Verhinderung von Provokationen unterschiedlicher Art

BEFEHLE ICH

1. Auf der Grundlage des Statuts der Einsatzleitungen der Deutschen Demokratischen Republik haben
 - die Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG und
 - die Kreiseinsatzleitung der Stadt LEIPZIG
 mit sofortiger Wirkung
die Führungsbereitschaft in ihren stationären Objekten herzustellen.

2. Die Arbeitsorgane der Vorsitzenden und die Führungsorgane der Mitglieder dieser Einsatzleitungen sind ständig durch leitende Kader zu besetzen.

3. Hauptaufgaben der Bezirkseinsatzleitung sind:
 - die ständige Analyse der politischen Lage und die Festlegung der erforderlichen politisch-ideologischen und politisch-operativen Maßnahmen zur Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung auf dem Territorium der Stadt LEIPZIG,
 - die Organisation einer zielgerichteten politisch-ideologischen Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen und des offensiven Regierens auf provokatorische Erscheinungen und Aktionen,

- die Aufrechterhaltung eines ununterbrochenen engen Zusammenwirkens zwischen dem Arbeitsorgan des Vorsitzenden und den Führungsorganen der Mitglieder der Bezirkseinsatzleitungen,
- die Gewährleistung einer ständig operativen Informationstätigkeit von den Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke zur Bezirkseinsatzleitung,
- die Gewährleistung einer straffen Führung der Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke sowie
- die Kontrolle der festgelegten Maßnahmen.

4. Der Vorsitzende der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG hat in einem Befehl

- die Herstellung der Führungsbereitschaft der Kreiseinsatzleitungen der Stadtbezirke anzuweisen,
- in Abhängigkeit von den spezifischen Bedingungen der Stadtbezirke den Kreiseinsatzleitungen entsprechende Aufgaben zu stellen und
- mit den Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitungen Halle, Magdeburg, Berlin, Dresden, Karl-Marx-Stadt und Gera ein enges Zusammenwirken zu gewährleisten.

5. Der am 13.10.1989 gemeldete Entschluß des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung Leipzig wird bestätigt. Es sind alle Maßnahmen vorzusehen, um geplante Demonstrationen im Entstehen zu verhindern.

Der aktive Einsatz polizeilicher Kräfte und Mittel erfolgt nur bei Gewaltanwendung der Demonstrationen gegenüber den eingesetzten Sicherheitskräften bzw. bei Gewaltanwendung gegenüber Objekten auf Befehl des Vorsitzenden der Bezirkseinsatzleitung LEIPZIG.

Der Einsatz der Schusswaffe im Zusammenhang mit möglichen Demonstrationen ist grundsätzlich verboten.

6. In Verantwortung des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten erhalten Vertreter westlicher Medien bis auf weiteres keine Einreise bzw. keine Arbeitsgenehmigung nach bzw. in LEIPZIG.

7. Meldungen an den Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR:

- Sofortmeldungen über schwerwiegende besondere Vorkommnisse politisch-provokativen Charakters;
- tägliche Meldungen 08:00 Uhr mit Stand 06:00 Uhr über die Gesamtlage im Verantwortungsbereich der Stadt LEIPZIG schriftlich.

8. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft und hat Gültigkeit bis auf Widerruf.

Berlin, den 13. 10. 1989
Honecker)

(Handschriftl. unterzeichnet von Erich

E.Honecker
Generalsekretär des Zentralkomitees
der SED und Vorsitzender des
Nationalen Verteidigungsrates der DDR